

# Das Argument

# 89

17. Jahrgang 1975

## **Konservative Gehalte der Anti-Psychiatrie** **Argumente für eine soziale Medizin (VI)**

Nachruf auf Heinz-Joachim Heydorn	1
Editorial: Politische und ökonomische Schwierigkeiten linker Öffentlichkeit und Das Argument	2
Editorial: Warum Kritik von Anti-Psychiatrie und Randgruppen-Strategie?	6
Erich Wulff: Richters Konzept der Randgruppentherapie	9
Irma Gleiss: Der konservative Gehalt der Antipsychiatrie	31
Russell Jacoby: Laing, Cooper und das Verhältnis von Gesellschaftstheorie und Psychotherapie	52
<b>Diskussion:</b>	
Probleme der Einführung in den Marxismus	71
<b>Besprechungen:</b>	
Methoden der Literaturwissenschaft; Freizeit; Psychologie; 1. Weltkrieg; Geschichte der SPD; Klassenverhältnisse in der Weimarer Republik; Parlamentarismus; Einführungen in die Volkswirtschaftslehre	93

## Nachruf auf Heinz-Joachim Heydorn

Mit Heinz-Joachim Heydorn haben wir einen Mitherausgeber, Genossen und Freund verloren, den zu entbehren sehr schwer fällt.

Er vereinte Kampfgeist mit Güte, revolutionäre Ungeduld mit der Geduld des „langen Zorns“, glühendes Herz mit hellem Verstand. Für uns verkörpert er einen der viel zu wenigen, dringend benötigten Überlebenden der älteren Generation, einen der wenigen Aufrechten inmitten des großen Kahlschlags, den Faschismus und Nachkriegsrestauration — nicht zu schweigen vom stalinistischen Hintergrund — in Westdeutschland hinterlassen haben. In einem Land, in dem links zu sein eine Sache der jüngeren Generation scheint und älter als fünfzig gleichbedeutend mit Resignation, mit Verrat an den eigenen Hoffnungen, in einem solchen Land ist es notwendig, Mitkämpfer von der Art zu finden, wie sie Heinz-Joachim Heydorn verkörperte.

Warum hat er sich nicht korrumpieren lassen? Warum haben ihn die vielen Enttäuschungen, die man in diesem Lande hinnehmen mußte, nicht wie andere resignieren lassen? Vermutlich war es die Tatsache, daß die Weise, wie er am Sozialismus und an der Demokratie festhielt, zusammenhing mit der Weise, wie er sich selber, seinen eigenen Hoffnungen treu blieb. Wenn die FAZ ihn heute zum Schwärmer für Humboldtsche Ideale totloben möchte, so ist etwas daran, das sie allerdings in sein Gegenteil verkehren möchte. Er war durchaus der gebildete Bürger. Aber nachdem der Bourgeois längst sich gegen den Citoyen gekehrt hatte, und die bürgerliche Geschäftsgrundlage mit dem kulturellen Überbau unvereinbar geworden war, da blieb er ganz entschieden Citoyen, hielt er an der Kultur fest und ergriff Partei für die sozialistische Arbeiterbewegung und gegen das Bürgertum und seinen Kapitalismus. Denn hellseherisch und gesellschaftswissenschaftlich bewandert, wie er war, sah er wohl, daß die humanistischen Ideen und vor allem die Perspektive der allseits gebildeten Persönlichkeit — einst schier uneinlösbare Ideale für herausgehobene einzelne Bildungsbürger —, daß diese Ideale heute für alle realisierbar zu werden beginnen und einen festen Ort in der Wirklichkeit bekommen können und in wachsendem Ausmaß schon bekommen haben im Sozialismus.

Die Sozialdemokratische Partei, in der er lange aktiv gewesen war, hat diesen Mann aus ihren Reihen ausgeschlossen. Er war zu unbestechlich, er ließ sich nicht einschüchtern. Den Aufbau des Sozialismus verfolgte er mit ungeduldiger Sympathie, kritisch, mit-leidend an den in Deutschland besonders fühlbaren Muttermalen der alten Gesellschaft, an der unermeßlichen Hypothek aus Faschismus und Krieg, die der Sozialismus sich aufladen mußte. Von Landauer kommend verarbeitete er die Spannungen zum realen Sozialismus produktiv. Die Hoffnung auf künftige Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unmündigkeit verleitete ihn nicht zu utopischen (im Sinne von unrealistischen) Entwürfen.

Er verkörperte den linken Lehrer, der sich charakterisieren läßt mit seinen eignen Worten aus dem einleitenden Aufsatz zu Argument 80: „Der linke Lehrer ist der gebildete Lehrer, er ist ein Sachwalter jener Überlieferung, die das Bürgertum preisgegeben hat und die er den Massen zu ihrer Konstituierung als Subjekt der Geschichte vermittelt... Er gibt die Fackel weiter.“

## Editorial

### **Politische und ökonomische Schwierigkeiten linker Öffentlichkeit und Das Argument**

Im Editorial zu *Argument 81*, worin die neue redaktionelle Konzeption der Zeitschrift und der Start der neuen Reihe *Argument-Sonderbände* begründet wurde, warnten wir vor der Fehleinschätzung der „linken Konjunktur“ im Bereich kritisch-sozialwissenschaftlicher Publikationen. „Ein Blick in die USA zeigt, welche gefährliche Bedrohung der Linken davon ausgeht, wenn dann der ‚Moment des Profits‘ vorbei ist und ein standfestes, von den Kapitalinteressen unabhängiges fortschrittliches Verlagswesen nicht rechtzeitig aufgebaut worden ist.“<sup>1</sup> Inzwischen bedarf es keines Verweises auf die USA mehr. Der Moment des linken Profits — und damit der Moment des kommerziellen wie karrieristischen linken Opportunismus — ist vorbei in der Bundesrepublik. Allgemeiner Rechtstrend, Berufsverbote, Inflation und Wirtschaftskrise wirkten zusammen. Das Verlagswesen, die Druckereien, der Buchhandel waren bei gleichzeitiger Kosteninflation nicht zum wenigsten von der Rezession betroffen, die kaum politische Unterschiede machte. Nach dem kriminellen Ölpreiswucher der „Sieben Schwestern“, der großen Ölgesellschaften, warf sich das internationale Papieroligopol auf die gleiche Tour des durch künstliche Warenverknappung herbeigeführten Monopolprofits. Binnen Jahresfrist schnellten die Papierpreise fast auf das Doppelte, während gleichzeitig die allgemeine Inflation die Studenten, also die wichtigste Käuferschicht vor allem wissenschaftlicher Literatur, besonders hart traf. Die Folgen bekamen auch die linken Unternehmen zu spüren. Linke Buchhandlungen in Bremen, Braunschweig, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Hannover usw. mußten „aufgrund der allgemeinen schwierigen Situation im Buchhandel und unserer schlechten finanziellen Lage“<sup>2</sup> schließen. Auch linke Verlage gerieten in Schwierigkeiten. Anfang 1975 muß die Zeitschrift „Facit“ eingestellt werden. Schon Mitte 1974 hat der „Politladen Erlangen“ an die linke Öffentlichkeit appelliert, „Darlehen zu gewähren“ („Bitte bald reagieren, bevor es zu spät ist“). Im Herbst sandte der Trikont-Verlag einen „Hilfeschrei“ mit einer Tendenzmeldung, die in ihrer Allgemeinheit überzogen sein dürfte: „Gegenüber linken Vorstellungen und Perspektiven breitet sich zunehmend Resignation und Desinteresse aus.“ Die Moral, die Trikont aus dieser Situation ableitet, ist hingegen verallgemeinerbar: „Die (wenn auch bescheidenen) Möglichkeiten eines Verlagsprogramms, dagegen etwas zu tun, liegen unserer Meinung darin, Alternativen zu politischer Dogmatisierung und Verwaschenheit zu bieten.“

1 *Argument 81*, S. 554, Anm. 2.

2 Rundschreiben der Göttinger Buchhandlung „Polibula“ vom 4. 11. 74.

Und wie reagierten die kommerziellen Verlage? — Rowohlt, Luchterhand u. a. reduzierten drastisch die linkshaltigen Programme. Das ehrgeizige Projekt von Fischer-Athenäum flog auf; das darin steckende US-Kapital zog sich heraus und retirierte nach Übersee, der Fischer-Verlag würgt das Programm vollends ab; inzwischen sieht es so aus, als wolle er auch die fortschrittliche sozialwissenschaftliche Unterreihe im Fischer-Taschenbuchverlag, „Texte zur politischen Theorie und Praxis“, eingehen lassen. Eine Folge war, daß einige Autoren, die schon eine Verlagszusage in Händen gehalten hatten, auf ihren Manuskripten sitzen blieben. Ein Opfer dieser Demontage — für die gewiß nicht nur das momentane Kasseninteresse bestimmend war, sondern langfristig das ideologische Klasseninteresse — war zum Beispiel die von Michael Nerlich bei Fischer-Athenäum vorbereitete „Zeitschrift für Frankreichforschung und Französischstudium — Lendemains“, die in der Folgezeit vergebens nach einem Verlag suchte und nun, mitten in der Depression, versuchen muß, einen eigenen Verlag aufzubauen.

Auch der Argument-Verlag tut sich nicht mehr so leicht wie in den Jahren 1969—72, als der Rückenwind nie mehr nachzulassen schien. Zwar stieg der Umsatz 1973 und 1974 noch geringfügig an, aber die Kosten-Erlös-Struktur verschlechterte sich zusehends, und die verkauften Stückzahlen blieben hinter den Planzahlen zurück. Die Folge heißt Liquiditätsmangel, und es wurde notwendig, auf allen Ebenen zu sparen, an Gehältern und Honoraren ebenso wie an Investitionen; u. a. wurde die Auflage von 15 000 auf 13—14 000 (Heft 86 sogar auf 12 000) heruntergesetzt, obwohl dadurch eine Nachauflage zu früh notwendig werden kann und natürlich die Stückkosten weiter steigen.

Leider ist es nun außerdem unvermeidlich geworden, die Einzelverkaufspreise im Schnitt um 10 % heraufzusetzen — außer bei den Einfachheften, deren Preise unverändert bleiben.

Wahrscheinlich wäre auch der Argument-Verlag in ernsthaftere Schwierigkeiten gekommen, gäbe es nicht die rund 9000 Abonnenten. Um unsere Dankbarkeit gegenüber dieser Gruppe — und denen, die im neuen Jahr zu ihr stoßen — zum Ausdruck zu bringen, werden wir die Abo-Gebühren für 1975 *nicht erhöhen*.

Jetzt, da die kapitalistischen Verlage die „linken“ Veröffentlichungen abstoßen, wird vielleicht manchem klar, was er während der linken Konjunktur im Verlagswesen nicht einsah: wie wichtig es ist, ein unabhängiges, stabiles fortschrittliches Verlagswesen zu haben, d. h. *mitzutragen*. Zusammen ergeben die linken Verlage und vor allem die Zeitschriften eine sich selbst tragende Öffentlichkeit, mit einem gewissen unverzichtbaren Maß an Zusammenhalt, Überblick und Diskussion. Die Linken müssen wissen, daß ihnen diese ihre Öffentlichkeit — auch der wissenschaftliche Teil darin — nicht geschenkt wird.

Es sind nicht nur die unmittelbar finanziellen Probleme, mit denen wir uns beim Machen der Zeitschrift herumschlagen müssen. In

Wirklichkeit ist eine permanente Anstrengung auf vielen Ebenen vonnöten, um den Arbeits- und vor allem Diskussionszusammenhang, um die Standards aufrechtzuerhalten, die eine wissenschaftliche Zeitung ausmachen. Nicht ganz so alltäglich — aber der Sache nach auch zur Routine gehörend — sind zwei Prozesse, die wir zu führen gezwungen waren.

#### Beispiel 1: *Argument* / . *Deutsche Bundespost*

Zusätzliche Portosteigerung — über die Gebührenerhöhung hinaus — wurde dadurch hervorgerufen, daß die Bundespost das *Argument* von der Postzeitungsliste gestrichen hat. Die Begründung ist so irrsinnig, daß man seinen Augen nicht traut: Laut Postzeitungsordnung dürfen nur solche Druckschriften aufgenommen werden, die nicht mehr als 70 % Werbung enthalten. Als Werbung wertet die Bundespost im *Argument*-Fall den Rezensionsteil und jeden Aufsatz, insofern in den bibliografischen Anmerkungen Bücherpreise erwähnt sind. Unter Bezugnahme auf Heft 82 schreibt der Beauftragte der Post: „Der Anteil presseüblicher Berichterstattung in der Druckschrift erreicht dadurch nur knapp 28 v. H. des Umfanges des Blattes und erfüllt damit den Ausschlußtatbestand des § 6 Abs. 2 Nr. 1 der Postzeitungsordnung.“ Man glaube nicht, daß sich durch Weglassen der Preise etwas ändern würde. Denn schon jetzt verhalten sich im Jahrgang 1973 nach den Kriterien der Bundespost die „rein informativen“ zu „werbehaltigen“ Textseiten wie 544:523.

Irgendwo muß man schallend gelacht haben über diesen zynisch-reaktionären Streich. Nicht nur erhält das *Argument* kaum Inserate, bleibt ihm also diese im Zeitschriftenverlagswesen fast wichtigste Einnahmenquelle verstopft. Sondern es wird auch noch von der Postzeitungsliste gestrichen, weil — im Gegensatz zu so würdigen Organen wie „Quick“ und „Hör zu“ — zu werbehaltig.

Seit Anfang 1974 ist in dieser Sache eine Verwaltungsklage beim Verwaltungsgericht in Karlsruhe anhängig, von dem, laut brieflicher Auskunft des Gerichts, „derzeit noch nicht gesagt werden kann, wann mit einem Termin ... gerechnet werden kann. Bei Gericht sind eine große Anzahl weitaus älterer Verfahren mit zumindest gleicher Bedeutung für die Beteiligten anhängig ...“

*Merke:* Zensur findet doch statt.

#### Beispiel 2: *Argument* / . *CDU Landesverband Hessen*

In einer Hetzschrift gegen die Hessischen Rahmenrichtlinien („Marx statt Rechtschreibung“) wird als Beweis für deren Untragbarkeit u. a. angeführt, daß das *Argument* zitiert wird.

„Noch drastischer wird die Primivierung erkennbar, wenn wir die Durchführung des Themas ... betrachten. Neben wenigen seriösen Buch- und Zeitschriftentiteln dienen tendenziöse und zum Teil Hetzschriften aus dem roten Untergrundverlagswesen zur ‚Orientierung‘ der Lehrer: aus den Verlagen ‚Neue Kritik‘ ... ‚Das Argument‘ und ‚Voltaire‘.“

Wir erwirkten zunächst eine einstweilige Verfügung gegen die CDU; als diese sich weigerte, zu widerrufen, klagten wir, worauf die CDU sich zum Widerruf verpflichten mußte. Wir argumentierten u. a. damit, daß nicht nur auch in den niedersächsischen Rahmenrichtlinien das *Argument* zitiert ist, sondern daß die beiden attackierten Minister, v. Friedeburg wie v. Oertzen, beide schon als Argument-Autoren hervorgetreten sind. Die CDU schlägt auf den Sack *Argument*, um den Esel SPD zu treffen. Daher sei Wiederholungsgefahr gegeben. Das Gericht folgte dieser Auffassung. Das Verfahren ist von Bedeutung, weil es für andere linke Verlage und Organe eine Art Musterprozeß darstellt. Hier ein Passus aus der Begründung des Gerichtsbeschlusses:

„Die Darstellung, Das Argument sei dem roten Untergrundverlagswesen zuzurechnen, erweist sich bei dieser Betrachtungsweise als stark abwertende und rufschädigende Behauptung, deren Unrichtigkeit nach den unstrittigen Parteivorbringungen außer Frage steht ...

Aber auch als Wertung, von der wegen des Gesamtzusammenhanges, in den sie gestellt ist, ausgegangen werden könnte, müßte die angegriffene Äußerung als unzulässig angesehen werden. Denn eine abschätzige Kritik ist ungeachtet des weiten Freiheitsraumes, den Artikel 5 GG einer Meinungsäußerung gewährt, dann nicht erlaubt, wenn ihr jeder sachliche Bezugspunkt fehlt ...

Diesbezügliche Umstände sind vom Beklagten (also der CDU) weder dargetan noch ersichtlich. Es ist deshalb — wenn nicht von einer unrichtigen Tatsachenbehauptung — jedenfalls von einer unzulässigen ‚Schmähkritik‘ auszugehen ...“

Mancher mag sich fragen, ob es sich lohnt, gegen die tägliche Schmutzwerferei vorzugehen. Aber wir sagen uns, daß man alles tun muß, nicht nur um sich der von der CDU-CSU betriebenen Kriminalisierung der sozialistischen Bewegung zu widersetzen. Es ist ungeheuer schwierig, gegen einen *fast allseitigen Druck* einen kritischen Diskussionszusammenhang, wie ihn das *Argument* darstellt, aufrechtzuerhalten. Deshalb haben wir seinerzeit eine einstweilige Verfügung gegen die FAZ durchgesetzt und einen Widerruf erzwungen, deshalb das jetzt Entsprechende gegen die CDU. Deshalb auch in einer Reihe von *Editorials*<sup>4</sup> immer wieder der Versuch, Verleumdungskampagnen entgegenzutreten, ihre Machart aufzudecken. Dabei gehen wir doch wohl zu Recht davon aus, daß das *Argument* bestimmten „Strategen“ gerade deshalb ein Dorn im Auge ist, weil es einerseits *kein Parteiorgan*, sondern realiter unabhängig, also nicht so leicht einzuodnen ist, andererseits ausdrücklich die Ghettoisierung der Kommunisten seit Jahren programmatisch durchbricht.<sup>5</sup>

3 Vgl. das Editorial zu Heft 66.

4 Nämlich zu den Heften 66, 71 und 81.

5 Unverändert gelten in dieser Hinsicht für die Redaktionspolitik die programmatischen Zielsetzungen, wie sie in den Editorials zu den Heften 66, 71 und 81 formuliert sind.

## Editorial

### **Warum Kritik von Anti-Psychiatrie und Randgruppen-Strategie?**

In bisher sechs Heften und Sonderbänden „Zur Kritik der bürgerlichen Medizin“ bzw. „Argumente für eine soziale Medizin“<sup>1</sup> wurde ebenso das Gesundheitswesen mit seinen Institutionen und den in ihm sich betätigenden sozialen Gruppen und Interessen von vielen Seiten beleuchtet, wie nach den theoretischen Grundlagen der Medizin gefragt, darüber hinaus allgemein nach deren Stellung im kapitalistischen Gesellschaftssystem. Dazu brachten wir empirische Untersuchungen, in denen sich das Verhältnis von Sozialstruktur und Krankheitsverteilung konkret darstellte. Von diesen Untersuchungen bemerkte die französische Soziologenzeitschrift *L'homme et la société*, in ihnen sei nicht nur für die westdeutsche Medizin „Pionierarbeit geleistet worden“. Anerkennende Worte fand auch die „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung“<sup>2</sup> der DDR, in der A. Thom und H. Pöhler vor allem die Argument-Beiträge rezipierten und deren Autoren bestätigten, sie hätten „enorme Arbeit zur Ausarbeitung wissenschaftlich fundierter Analysen der tatsächlichen Situation des Gesundheitswesens im Kapitalismus geleistet und dabei die ideologischen Positionen der Bewegung in ihrer heutigen Gestalt präzisiert. Am auffälligsten ist diese Entwicklung in folgenden drei Problembereichen vor sich gegangen: bei der Untersuchung und Kritik der Rolle der Geld-Beziehungen in der ärztlichen Tätigkeit; bei der Untersuchung und Kritik der unmittelbaren medizinischen Versorgung und des Gesundheitsschutzes der Industriearbeiter und bei der Untersuchung und Kritik der Theorie und Praxis der Psychiatrie.“

Wenn wir uns im vorliegenden Heft noch einmal<sup>3</sup> kritisch mit den theoretischen Grundlagen und der Praxis bestimmter „linker“ Ansätze in Psychiatrie und Psychotherapie befassen, bedarf dies der Erklärung. In Zeiten sich verstärkenden Rechtstrends, so könnte man meinen, sollte eine solche Kritik vielleicht hintanstehen; dies insbesondere deshalb, weil jene scheinradikalen Entwürfe der „Anti-psychiatrie“ wie auch die Randgruppenpraxis, die — als neuer Import aus den USA — sich zunehmend in der BRD ausbreitet, auf den ersten Blick fast das einzige zu sein scheinen, was vom Reform-

1 Vgl. dazu die Argumenthefte 69, 71 und 78; und die Argumentsonderbände 50, 60 und AS 4.

2 Z. ärztl. Fortbildg., 68. Jg., H. 3, S. 149 ff.

3 Vgl. dazu die Aufsätze von Abholz und Gleiss in Argument 71 und des Autorenkollektivs in Argument 78.

eifer der letzten Jahre, der Hoffnung auf die sozialliberale Koalition geblieben ist. Die vielen vorgesehenen Reformen im Gesundheitswesen, die allerdings nie mehr als halbe Ideen waren, dann auch nur halbherzig begonnen wurden, blieben in den Anfängen stecken: der Traum vom „klassenlosen Krankenhaus“ endete als Finanzreform, die die Arbeitsüberlastung in den Kliniken wenn überhaupt verändern, dann nur verschärfen konnte. Die Ausbildung der Mediziner wurde zwar auf dem Papier durch einen sozialmedizinischen Teil ergänzt, aber aus Angst davor, kritische Sozialtheoretiker mit der Ausbildung betrauen zu müssen, wurde in der Praxis fast nichts getan, vieles verhindert. Die Pläne für notwendige Eingriffe in die Macht der Pharmakonzerne, die wenigstens in Gestalt einer Preiskontrolle auf der Tagesordnung zu stehen schienen, wurden in der allgemeinen Inflation und Preistreiberei schnell in die Schubladen versenkt. Schon polieren die ärztlichen Standesvertreter wieder ihr angekratztes Image. Mit päpstlicher Attitüde verdammt der Präsident der Bundesärztekammer, Sewering, in einem Neujahrsaufruf „das fahle Licht des Zweifels“, in den er den Ärztestand gerückt fühlt und verkündet das Glaubensbekenntnis einer Ärzteschaft, die sich als Feind jeden Dirigismus verstehe, und meint damit die Diagnostik und ambulante Nachversorgung durch die Krankenhäuser, wobei die „Propagandisten der Systemveränderung“, die zum Feind erklärt werden, längst nicht mehr nur die „Jusos“ sind, sondern die Ortskrankenkassen und die Gewerkschaften<sup>4</sup>.

Die Blamage der sozialliberalen Reformideen, das Abbröckeln ihrer Massenbasis aufgrund von Arbeitslosigkeit und Inflation, aufgrund der vielen Versprechen, die nicht gehalten wurden, droht vielfach eine regelrechte Idiosynkrasie gegen „Reformen“ schlechthin zu hinterlassen, weil damit vergangene illusionäre Hoffnungen verknüpft sind, die ohne weiterführende Perspektive, ja ohne einen Begriff von dem, was politisch-ökonomisch geschehen ist, enttäuscht worden sind. Statt zu begreifen, daß die Reformabsichten gescheitert sind, weil sie zu oberflächlich waren, daß sie am Wirtschaftssystem gescheitert sind, das sie nicht anzutasten wagten, erscheint vielen „Systemveränderung“ als Synonym für Unsicherheit, was von der Reaktion eifrig geschürt und für ihre Zwecke ausgenutzt wird. Strauss und Dregger spielen mit niederdrückendem Erfolg den „Anwalt des kleinen Mannes“.

Noch hat der Gedanke, daß Krankheit etwas mit sozialer Lage zu tun hat, daß sie in ihrer Entstehung, Art, Dauer und in ihren Folgen von den sozialen Verhältnissen bestimmt ist, nicht überall oder nur erst zögernd Fuß gefaßt, als auch schon die praktische Erfahrung als schmerzlich beschleunigender Lehrmeister jeden Zweifel an der Richtigkeit dieser Einsicht beseitigt. Vor den Toren der von einer gescheiterten Politik nicht reformierten und ohnehin überforderten Krankenhäuser, in den Wartezimmern mangelhaft ausgebildeter und ausgestatteter Ärzte treffen die ersten Opfer jener

4 Vgl. dazu das Editorial im Argument-Sonderband AS 4.

Verhältnisse ein, die die Reformen begruben: die Folgen der niederdrückenden Arbeitslosigkeit sind nach dieser Seite Krankheiten, die dadurch, daß sie aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes verschleppt wurden, sich chronisch verschlimmerten; hinzukommen psychische Krankheiten bis hin zur Drogenabhängigkeit und zum Alkoholismus Jugendlicher ohne Ausbildungsstelle.

In diesem Kontext gedeihen kurzschlüssige und individualisierende Randgruppenstrategien, heften sich radikalisierte Illusionen an Entwürfe „ganz anderer Zustände“. „Linksradikale“ Vorstellungen, welche die psychisch Kranken nicht nur zu den eigentlich Gesunden, da auf eine kranke Gesellschaft adäquat Reagierenden, umdeuten und darüber hinaus Gesellschaftsveränderung einzig von ihnen sich versprechen — wie dies etwa bei Basaglia, aber auch bei Laing und Cooper geschieht —, landen aber allenfalls in der Propagierung und Praxis von Subkulturen. Die Beunruhigung, die die Existenz psychischer Krankheit auslöst, wird nicht gewendet in den bewußten Willen und die Kraft zur Veränderung. Steht in der „Anti-Psychiatrie“ die Gesellschaftsveränderung immerhin noch dem Namen nach auf dem Programm, so gilt das nicht mehr für jene Randgruppenpraxis, für die in diesem Heft exemplarisch die Konzeption von Richter behandelt wird. Was schon geradezu seit Jahrhunderten wirksam ist, wird hier noch einmal mit einigen modernen Zusätzen probiert: Der Wille zur Veränderung auf der notwendigen Basis der Menschlichkeit wird schon im Vorfeld als Mitleid ausgeschöpft. Ein Rest von Ungeduld aus der Studentenbewegung, die für den lang anhaltenden Zorn zu groß und nicht groß genug war, findet bei der Arbeit unter den Ausgestoßenen der Gesellschaft Befriedigung in der sinnlichen Unmittelbarkeit. So wurde in den USA und wird in der BRD in immer größerem Umfang kritisches Potential abgefangen, in die karitative Arbeit von Sozialfürsorgern gesteckt; eine Arbeit, welche zwar wohl notwendig ist, jedoch als eine Art Wiedergutmachung zwingend die Basis dessen, wogegen in der Wirkung angegangen werden sollte, akzeptieren muß.

Die Enttäuschung über gescheiterte Reformen ist ein Nährboden für neue philanthropische Illusionen. Dagegen ist es von größter Wichtigkeit, daß diese von Enttäuschung bedrohten Potentiale nicht mit der sozialliberalen Illusion untergehen, sich nicht resigniert ins Private zurückziehen, sondern daß sie lernen, was notwendig ist, damit die Reformideen sich künftig nicht wieder blamieren. Dafür gilt es von der Oberfläche, von der Erscheinungsebene her, die kurzschlüssiges Handeln nahelegt, weg zu den Ursachen, zur Anatomie der Gesellschaft fortzuschreiten.

Erich Wulff

## Richters Konzept der Randgruppentherapie

*„Die Psychoanalyse in ihren intelligentesten Formen ist womöglich, ja zweifellos das Wesentlichste, was zum konkreten Individuum gesagt werden kann, solange dessen wesentlichster Aspekt noch übergangen wird.“*

*Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, S. 167*

### I

Seitdem sie existiert, hat die Psychiatrie es auch immer mit den Randgruppen der Gesellschaft zu tun gehabt. Ihr eigenes Sachgebiet, das psychisch Kranke, hat sich in der Beschäftigung mit Randgruppen überhaupt erst herausdifferenziert. Auf der anderen Seite sind die psychisch Kranken für einen großen Teil des öffentlichen Bewußtseins selber eine Randgruppe geblieben — und die Psychiatrie eine Randdisziplin der Medizin<sup>1</sup>.

In dieser weiten und schillernden Bedeutung soll der Begriff Randgruppe in diesem Aufsatz allerdings nicht verwandt werden. Gemeint sind vielmehr die Menschen, für die die Zuständigkeitsbereiche von öffentlicher Ordnung, Fürsorge und Medizin nicht genau abgegrenzt sind: die sogenannten „Asozialen“ oder „Dissozialen“<sup>2</sup>. Die Praxis, mit der die Psychiatrie an diese Menschen heranging, ist erst später durch mannigfache Theorien abgestützt worden. Dabei ist die Bestimmung dessen, was als Randgruppen begriffen wurde, oft unpräzise geblieben. Nicht nur erbgenetische, biologische und psychogenetische, sondern auch sozioökonomische und sozialpsychologische Perspektiven grenzten sich nicht immer klar von einander ab. Die beiden letztgenannten sollen zunächst kurz einander gegenübergestellt werden.

Wer von Randgruppen im sozioökonomischen Sinne spricht, hat im Gegensatz zu diesen einen Kernbereich der Gesellschaft im Auge: den Bereich der Produktion, Reproduktion und Zirkulation. Randgruppen nehmen an diesen Bereichen fast oder gar keinen aktiven Anteil. Eben deshalb stehen sie am Rande oder, anderen Redeweisen zufolge, ganz „außerhalb der Gesellschaft“. Diese objektive Lage spiegelt sich teilweise auch in ihrem Bewußtsein, in ihren Werthaltungen und in ihren Verhaltensweisen wider. Diese sind nicht

1 Foucault, Michel: L'Histoire de la Folie. Paris 1961.

2 Dörner, Klaus: Bürger und Irre. Frankfurt/M. 1969.

oder nur teilweise bestimmt von den allgemeinen gesellschaftlichen Normen: d. h. von den Normen der herrschenden Klassen, und noch weniger bestimmt vom Bewußtsein der Arbeiterklasse. Vielmehr herrscht eine weitgehende chaotische Ungebundenheit bzw. Bindungslosigkeit vor. Dabei können bewußte Werthaltungen und tatsächliches Verhalten in einen scharfen Gegensatz miteinander geraten<sup>3</sup>. In diesem Sinne käme der Begriff der gesellschaftlichen Randgruppe nahe an denjenigen des Lumpenproletariats heran.

Der Begriff „Randgruppe“ wird jedoch noch in einer anderen sozialpsychologischen Bedeutung gebraucht: Danach handelt es sich um Minoritäten, die durch Vorurteile der Bevölkerungsmehrheit von der Teilhabe am allgemeinen gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen worden sind. Wird so definiert, dann könnte man ethnische, rassische und religiöse Minderheiten, Frauen, Jugendliche, sexuell Deviante, psychisch Kranke und Alte, aber auch die Bevölkerung der Dritten Welt ebenso wie die Slumbewohner in den Großstädten des Kapitalismus zu den Randgruppen zählen. Hier gilt ein ganz anderes Prinzip der Unterscheidung. Bewegendes Motiv für die Zugehörigkeit zur Randgruppe soll das Vorurteil, das Abgrenzungs- und Ausstoßungsbedürfnis der Mehrheit sein. Die Grenze zwischen Gesellschaft und Randgruppen sollen hier gerade nicht durch die Stellung im Produktionsprozeß, durch die Klassenlage gezogen werden, sondern im Vorurteil, in der Meinung oder aber in unbewußten Bedürfnissen der Ausgrenzenden — (und später auch der Ausgegrenzten) — ihre Ursache haben. Die Anhänger dieser mehr sozialpsychologischen Begriffsbestimmung — unter ihnen auch *Herbert Marcuse* — kommen zwar gelegentlich auch auf die mögliche Indienstnahme von Vorurteilen und unbewußten Bedürfnissen für eine verschärfte Ausbeutung zu sprechen, begründen aber die Entstehung von Vorurteilen und Ausstoßungsbedürfnissen nicht in erster Linie von der sozioökonomischen Basis her, d. h. nicht von den Produktionsverhältnissen und den Klassenauseinandersetzungen, sondern entweder aus dem Wesen des Menschen, also *anthropologisch*, oder aber aus angeblichen klassenneutralen geschichtlichen Tendenzen wie der sogenannten „Leistungs“- oder „Konkurrenzgesellschaft“. Ins Politische gewendet, gibt diese Definition den Anhängern solcher Theorien die Möglichkeit, Randgruppen als solche — und nicht als mögliche Verbündete der Arbeiterklasse, denen nur ihre Klassenlage noch nicht bewußt gewesen ist — zum revolutionären Ersatzpotential zu erklären. Dabei verändert das Wort „Revolution“ ebenfalls seine Bedeutung: Ihr primäres Ziel ist nicht mehr die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sondern vor allem die Aufhebung der Entfremdung der Bewußtseinsprozesse. Nicht die Proletarier, sondern die gesellschaftlich Ausgestoßenen und Ausgegrenzten sollen sich vereinigen und ihre Ausstoßung gemeinsam durch gesellschaftliche Umwälzung

3 Matza, David und Sykes, Grasham: Techniques of Neutralisation. Am. Soc. Rev. 22 (1957) S. 669 ff.

des Bewußtseins rückgängig machen. Anderen, die eine solche Umwälzung gerade nicht wollen, das angeblich explosible Potential der gesellschaftlichen Randgruppen im Gegenteil sogar fürchten, geht es umgekehrt gerade um den rechtzeitigen Abbau der Vorurteile und die Rücknahme der Ausgrenzung durch soziale, pädagogische und sozialpsychologische Maßnahmen: Um die Randgruppen friedlich in normale Wohngebiete, an die Arbeit und in die — ihrer Meinung nach jedenfalls im Prinzip solidarische — „Sozialpartnerschaft“ von Staat und Gesellschaft zurückzuführen. Dabei gehen beide: die Verfechter der Ideologie des sozialen Rechtsstaates und diejenigen der Ideologie kulturrevolutionärer Gewalt, von durchaus verwandten Begriffen und oft den gleichen theoretischen Referenzen aus<sup>4</sup>.

Diese beiden Perspektiven werden uns in den weiteren Überlegungen immer wieder begegnen. Zuvor ist aber eine Abgrenzung des Sachbereiches notwendig, innerhalb dessen wir uns hier bewegen wollen. Von den verschiedenen Randgruppen werden wir uns hier nur mit den sogenannten „Asozialen“, und dabei in erster Linie nur mit den Bewohnern von Slums und Obdachlosensiedlungen beschäftigen. Mit ihnen haben sich in den letzten Jahrzehnten sowohl in den USA, wo sie zahlenmäßig immer stärker anschwellen, als auch in der BRD, wo sie schwerer auffindbar, aber in den meisten Großstädten auch vorhanden sind, staatliche und kommunale Stellen, vor allem aber auch eine große Anzahl von Bürger- und Studenteninitiativen befaßt. Das Problembewußtsein diesen Randgruppen gegenüber ist zweifellos — wie etwa Richter durchaus zutreffend bemerkte<sup>5</sup> — gewachsen, teilweise wohl auch durch die politischen Kämpfe, die vor allem in den USA in den Slums ihren Anfang nahmen<sup>5a</sup>.

Woher kommt dieses wachsende Problembewußtsein, und zwar nicht nur im Bereich caritativer Initiativen, sondern auch im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik? Es findet seinen Ausdruck auch in wachsenden staatlichen Investitionen in „Sanierungsprogramme“ und in der wachsenden Bedeutung der psychiatrischen Gemeindearbeit — der Hinwendung von einer klinisch-stationären zu einer extramuralen, gemeindenahen Psychiatrie. Der erste Versuch einer Antwort kann nur sehr allgemein und unpräzise ausfallen. Es ist anzunehmen, daß die Entwicklung dieses Problembewußtseins in einem Zusammenhang steht mit den entscheidenden geschichtlichen Prozessen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts: d. h. mit den Erfordernissen der technisch-wissenschaftlichen Revolution. Dabei müssen wir freilich berücksichtigen, daß die technisch-wissenschaftliche Revolution in den sogenannten „westlichen Industrieländern“ durch die Zwangsjacke der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gefesselt ist. Katzenstein z. B. behauptet, daß die Automation der

4 Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Berlin/West u. Neuwied 1967.

5 Richter, Horst-Eberhard: Die Gruppe. Hamburg 1972, S. 323.

5a Richter (1972) S. 192.

Produktionsvorgänge unter kapitalistischen Verhältnissen eine hohe Arbeitslosenquote entstehen ließe, würde diese nicht durch eine ständige wirtschaftliche Expansion wenigstens teilweise aufgefangen<sup>6</sup>. Daraus ergeben sich folgende Schlüsse: Stockt diese Expansion, so wächst die Arbeitslosigkeit sprunghaft; und handelt es sich um mehr als eine augenblickliche Stockung, so wachsen die Arbeitslosen in die Randgruppen hinein: die Verslumung nimmt dementsprechend zu. Natürlich ist dies keine unabwendbare Folge der Automation. Die wachsende Produktivität der industriellen Anlagen könnte auch, wenn sie nicht vorwiegend dem Profit der Unternehmer zugeschlagen würde, die Möglichkeit zu einem besseren Ausbau der Dienstleistungen — z. B. des Gesundheitswesens und des Bildungswesens — geben, wo dann neue Arbeitsplätze entstünden, die auf diese Weise sowohl finanziert als auch besetzt werden könnten. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen wird diese Möglichkeit trotz einiger vorhandener sozialpolitischer Ansätze jedoch nicht genügend genutzt. Sie würde auch kurzfristig eine Umschulung vieler Arbeiter sowie mittel- und langfristig nach einer sorgfältigen Bedarfsplanung die Einrichtung neuer Ausbildungsstätten erfordern, also viel Geld kosten. Wird dieses Geld nicht oder nur ungenügend investiert, und stößt die wirtschaftliche Expansion an Grenzen, so werden immer mehr Menschen gesellschaftlich „überflüssig“. Ansätze zu einer solchen Entwicklung scheinen in den USA — in der BRD in zunehmendem Maße — vorzuliegen.

Zu untersuchen wäre auch, in welcher Weise sich die Arbeitsanfordernisse selbst durch die technisch-wissenschaftliche Revolution verändert haben, welches also die Ausbildungsvoraussetzungen und psychischen und physischen Fähigkeiten sind, die einen Arbeiter für die Automation optimal ausstatten. Haben die heutigen, im Bildungswesen des Kapitalismus groß gewordenen Arbeiter für die modernen Produktionsstätten das nötige Sachwissen, bzw. haben sie es gelernt, wie man selbständig neues Wissen erwerben kann? Eine polytechnische Ausbildung, die dafür die besten Voraussetzungen böte, findet in der Bundesrepublik bislang nicht statt. Ferner: sollte der Arbeiter weiterhin vor allem Körperkraft, Ausdauer und Disziplin mitbringen, oder werden noch andere Fähigkeiten und Eigenschaften wie sensibles Eingehen auf die Arbeitskollegen, Umstellungsfähigkeit, Übersicht und affektiv wohltdosierte Sachlichkeit zumindestens in den technologisch progressivsten Betrieben verlangt — also eine Art von Astronautenpsyche? Sind aber diese psychischen Voraussetzungen — Fähigkeit zur kooperativen Teamarbeit, zu Übersichtlichkeit, Selbständigkeit und Kreativität innerhalb von vorgegebenen Grenzen — in der Sozialisation, angefangen mit der primären, frühkindlichen Sozialisation des Arbeiters, vorgeprägt? Ist die letztere nicht weiterhin auf Disziplin, Ausdauer und Aus-

6 Katzenstein, Robert: Technischer Fortschritt, Kapitalbewegung, Kapitalfixierung. Berlin/DDR 1971, S. 130 ff. — Vgl. auch die Rezension in diesem Heft.

führungen von Anordnungen orientiert? Und lassen sich die geforderten Eigenschaften, die der Arbeitsprozeß verlangt, innerhalb der Rahmenbedingungen der kapitalistischen Produktion — geprägt durch Konkurrenz um Aufstieg und Arbeitsplatz — überhaupt frei entwickeln?<sup>7</sup> Und stellt die Diskrepanz zwischen den verlangten Fähigkeiten auf der einen Seite und der diesen Fähigkeiten widersprechenden sozialisationsbedingten Persönlichkeitsprägung, der mangelhaften Ausbildung und dem Konkurrenzdruck und der Arbeitsunsicherheit auf der anderen Seite nicht ein Spannungspotential dar, das sich auch in psychosomatischen und psychoneurotischen Krankheitssymptomen entladen kann? Zu bedenken ist schließlich auch, ob die Automation nicht auch Folgewirkungen auf die vorläufig nicht automatisierbaren Bereiche der Produktion hat: ob dort die alte Arbeitsdisziplin und die Monotonie des Arbeitsprozesses nicht noch verstärkt werden müssen. Das sind alles vorerst nur Fragen, kaum erst operationalisierbare Hypothesen. Immerhin könnte das Nachdenken darüber etwas dazu beitragen, sich die Frage zu stellen, ob nicht auch die Psychiatrie im Rahmen der gesellschaftlichen Veränderungen neue Funktionen zugewiesen bekommen müßte: erstens hätte sie die psychisch Beschädigten instand zu setzen für ihre verschiedenen Arbeitserfordernisse mit ihren Widersprüchen, und zwar nicht erst im Asyl, nicht alleine mit ärztlichen Mitteln, sondern auch durch den Einsatz von Psychologie, Sozialarbeit und Pädagogik — in der Gemeinde, in der Familie und am Arbeitsplatz. Dabei spielte die psychiatrische Berufsberatung und -vermittlung zweifellos eine wichtige Rolle. Zweitens müßte die Psychiatrie die Intakten intakt halten und die besten psychischen Voraussetzungen für ihre gegenwärtige oder spätere Tätigkeit schaffen. Sie hätte also auch ihren neuen Ort in der Familie, in der Schule und im Kindergarten, um an der Persönlichkeitsprägung mitzuwirken, die den neuen Arbeitserfordernissen am besten entspricht<sup>8</sup>. Und schließlich hätte sie drittens diejenigen zu identifizieren und sich um diejenigen zu kümmern, die einstweilen auf der Strecke geblieben sind und der Sozialhilfe und potentiell auch den Slums zuwachsen. Die hier genannten Funktionen der Psychiatrie mit ihren Hilfswissenschaften sind aber genau diejenigen, die sie in ihren progressivsten Formen in der Tat auch auszuüben versuchten. Da die Widersprüche, die zu Störungen führen, im Kapitalismus nicht aufhebbar sind, wird die Psychiatrie zwangsläufig zu einer Dauerbegleiterin vieler Menschen durchs Leben. Auch bleibt ihre Zwitterstellung erhalten, die sie mit den meisten gesundheitspolitischen und sozialpolitischen Institutionen des Staates im Kapitalismus teilt. Einerseits trägt sie dazu bei, den Menschen die Arbeitserfordernisse unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen erträglich zu machen und sie an diese anzupassen, für den Fortgang des Profites die beschädigte Ar-

7 Hierzu auch: Sève, Lucien: *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*. Frankfurt/M. 1973, S. 166 ff. u. S. 349 ff.

8 Hierzu auch: Castel, Robert: *Le Psychoanalytisme*. Paris 1973.

beitskraft zu restituieren bzw. ihrer Beschädigung vorzubeugen; und darüber hinaus: die völlig unbrauchbar gewordenen in dafür vorgesehenen Reservaten zu befrieden. Auf der anderen Seite hilft sie aber auch den Leidenden und fordert dazu die nötigen Mittel, die dem Profit der Unternehmer erst abgerungen werden müssen. Nur an der konkreten Arbeit einer Institution oder Gruppe läßt sich erkennen, wessen Interessen sie vorrangig vertritt.

## II

Im Rahmen dieses Aufsatzes befassen wir uns mit der Arbeit der Psychiatrie in den Slums. Dazu soll ein konkretes, in der Literatur ausführlich dargestelltes Randgruppenprojekt beschrieben, analysiert und kritisiert werden. Ich habe absichtlich keines der sich selbst als „revolutionär“ verstehenden Projekte gewählt, wie etwa das schon vielfach besprochene sozialistische Patientenkollektiv (SPK) oder die Wohngemeinschaften mit delinquenten Jugendlichen oder Fürsorgezöglingen, die von verschiedenen linken — zumeist ultra-linken — Gruppen in Angriff genommen worden sind, sondern ein Projekt eines gemäßigten, konfessionell orientierten Arbeitskreises. Es handelt sich um das sogenannte „Eulenkopf-Projekt“, das von seinem psychoanalytischen Betreuer *H. E. Richter* in zwei Büchern und einem Aufsatz<sup>9</sup> dargestellt wird. Dies von einem sozialpolitischen Arbeitskreis (SPAK) ausgegangene Projekt suchte im zweiten Jahr seiner Tätigkeit die Kooperation mit *Richter* und anderen Mitarbeitern der Gießener Psychosomatischen Klinik. Zum Zeitpunkt ihrer ersten literarischen Darstellung bestand die Initiativgruppe aus zwei Psychoanalytikern, vierzig Studenten, zwei Sozialpädagoginnen, einer Sozialarbeiterin und drei Juristen. Drei weitere Psychoanalytiker der Gießener Psychosomatischen Klinik standen zur Supervisionsarbeit für die verschiedenen Gruppenaktivitäten des Projektes zur Verfügung. Die Obdachlosensiedlung, die für die Arbeit ausgesucht wurde, befand sich am Rande Gießens, einer mittleren Kleinstadt von 75 000 Einwohnern; in ihr lebten 120 Familien mit etwa 400 Kindern. Die Initiativgruppe richtete einen Kindergarten ein, half bei Schularbeiten der oft lerngestörten Kinder, setzte bei Behörden einige materielle Verbesserungen durch (z. B. Einbau von Duschen und Toiletten, Straßenbeleuchtung und schließlich den Bau eines Gemeindezentrums) und erreichte schließlich die Einrichtung von Planstellen von Gemeinwesenarbeiter und Sozialpädagogen. *Richter* beschreibt auch die — unterschiedlich erfolgreichen — Versuche der Gruppe, die Eigeninitiative der Bewohner zu stimulieren und einen Teil von ihnen der „masochistischen Lethargie und Hilflosigkeit zu entreißen, der sie bislang verfallen waren“. Es gelang, so schreibt er, aus ihren eigenen Reihen einen Mieterrat ins

<sup>9</sup> Richter, Horst-Eberhard: Lernziel Solidarität. Rowohlt Verlag, Hamburg 1974 (320 S., br., 18,50 DM). — Derselbe: Die Gruppe. Hamburg 1972; vgl. die Rezension in *Das Argument* 86, 16. Jg. 1974, S. 479 ff. — Derselbe: Gruppenarbeit mit Obdachlosen. Vortragsmanuskript 1973.

Leben zu rufen, der die Bewohner vertrat, wenngleich oft unter Anleitung der studentischen Initiatoren. In Bewohnerversammlungen lernten es die Obdachlosen bis zu einem gewissen Grade, ihre Bedürfnisse zu formulieren, die Studenten dagegen das emotionalisierte Denken, das instabile, kaum berechenbare Kontaktverhalten mit abrupten Wechseln von ungeduldigem Kontakthunger, von impulsiver Aggressivität und mißtrauisch-resignativer Abkapselung der Ghettabewohner zu akzeptieren und so auf den „eigentlichen Hintergrund ihrer Fragen und Forderungen einzugehen, der sich oft leichter aus ihrer Emotionalität und ihrem Gesamtverhalten als auch ihrem verbalen Formulieren ableiten läßt“<sup>10</sup>. Aus dem Buch wird allerdings ebenso deutlich, daß die Eigeninitiative der Slumbewohner sehr weitgehend an die Anwesenheit ihrer studentischen und psychoanalytischen Betreuer gebunden geblieben ist.

*Richter* betont dabei besonders, daß der Lernprozeß, der dabei durchlaufen wurde, sich nicht auf die Obdachlosen beschränkte, sondern auch die Studenten, die psychoanalytischen Mitarbeiter und auch ihn selbst mit einbezog. Dabei lernten die Studenten unter psychoanalytischer Anleitung nicht nur, Verhaltenstypen und Kommunikationsstil der Obdachlosen zu verstehen und zu akzeptieren, sondern auch aus der „introspektiven Ausarbeitung“<sup>11</sup> ihrer eigenen Gefühlsreaktionen und ihres eigenen Verhaltens bei der Konfrontation mit dem „Kommunikationsstil“ der Randgruppen ihre eigenen Mittelstandsnormen in Frage zu stellen. Aus der eigenen gefühlsmäßigen Ablehnung des Randschichtverhaltens lassen sich — *Richter* zufolge — die kollektiven psychischen Mechanismen der „Leistungsgesellschaft“ angesichts dieser Bevölkerungsgruppe: Aggressivität, Diskriminierung, soziale Ausstoßung und Ghettoisierung rekonstruieren. *Richter* sieht in diesem Konzept „introspektiver Rekonstruktion“ sozialer Prozesse sogar eine eigenständige sozialwissenschaftliche Methode. „Überall da, wo in sozialen Situationen, die sich im psychischen Bereich abbilden, ein Moment der gesellschaftlichen Repräsentativität steckt, können seelische Prozesse als Schlüssel für gesellschaftsbezogene Erkenntnisse genutzt werden.“<sup>12</sup> Die Analyse der eigenen Gefühlsreaktionen bei der Ghettoarbeit — institutionalisiert in der Supervision der Gruppenarbeit — ver helfe aber nicht nur zu Erkenntnissen über gesellschaftliche Prozesse, sondern auch dazu, mit sich selbst und den eigenen Konflikten besser zu Rande zu kommen. Durchaus folgerichtig bezeichnet *Richter* die Arbeit von solchen und anderen Initiativgruppen auf dem Umschlagdeckel seines Buches „Die Gruppe“ daher auch als „Hoffnung auf einen neuen Weg, sich selbst und andere zu befreien“<sup>13</sup>.

Diese optimistische Zukunftsperspektive wird in „Lernziel Solidarität“ weiter ausgebaut. *Richter* bekundet, daß in den USA inner-

10 Richter (1974) S. 260.

11 Richter (1974) S. 260/261.

12 Richter (1974) S. 19.

13 Richter (1972) Umschlagseite.

halb eines Jahres von insgesamt 400 000 Studenten unbezahlte Sozialarbeit im Wert von 80 Millionen Dollar geleistet werden konnte und schlägt eine entsprechende Tätigkeit auch für innerlich unausgefüllte Hausfrauen der Mittelstandssuburbs vor<sup>14</sup>. Darüber hinaus entwirft er eine Strategie, wie solche Einzelprojekte überregional koordiniert und mit Hilfe der Massenmedien öffentlichkeitswirksam popularisiert werden können. Darin scheint er die Möglichkeit zu sehen, sozialer Verelendung in Industrienationen, wo immer sie dort auftritt, wirksam zu begegnen, wenn nicht sogar sie beseitigen zu können. Denn es handelt sich nach *Richter* nicht nur um eine symptomatische, sondern um eine exemplarische kausale Therapie. Im Fortgang der freiwilligen Sozialhilfeinitiativen wird nämlich seiner Meinung nach soziale Distanz zwischen Helfern und Geholfenen zunehmend reduziert. Die Bedürfnisse und Ängste, die hinter den gegenseitigen Feindbild-Projektionen stecken, werden bewußt gemacht, so daß die letzteren letztendlich fallengelassen werden können<sup>15</sup> und alle Beteiligten schließlich die Gemeinsamkeit ihrer Urängste und Grundbedürfnisse erkennen: darunter besonders das Grundbedürfnis nach offener, gefühlswarmer, angstfreier (herrschaftsfreier?) Kommunikation<sup>15a</sup>. In der gemeinsamen Aufklärung von Kommunikationsbedürfnissen und -hindernissen, von „kollektiven Kommunikationsdefekten“<sup>15b</sup>, nähert man sich — unter Anleitung des psychoanalytischen Betreuers — allmählich dem „Lernziel Solidarität“, auf das *Richters* psychoanalytische Gruppenarbeit überhaupt hinaus will: einer Solidarität, die über unterschiedliche Meinungen, Bildungsvoraussetzungen, Verhaltens- und Kommunikationsstile, aber wohl auch — dies wird allerdings nicht ausdrücklich gesagt — über unterschiedliche Interessen- und Klassenlagen triumphieren soll.

Allerdings fordert *Richter* von den Obdachlosen keineswegs eine vorbehaltlose Solidarität mit den Interessen der Mittelschichten oder gar denjenigen der Unternehmer. Sein Appell, wir säßen alle in einem Boot, ist in erster Linie nicht an die Unterprivilegierten, sondern an die Mittelschichten und an die Besitzenden gerichtet: er fordert — darin der katholischen Sozialethik durchaus verwandt — eine Solidarität dieser Gruppen nach unten<sup>16</sup>. Ein solcher Appell ist für *Richter* allerdings nicht nur moralischer Natur, sondern hat für ihn auch epochale Bedeutung. Diese macht sich an *Richters* Auffassung fest, das Zeitalter imperialistischer, wirtschaftlicher und technologischer Expansion sei endgültig vorüber — und zwar für alle Gesellschaftssysteme: die „staatskapitalistischen“ ebenso wie die „staatssozialistischen“. Die expansionistischen Leitbilder der „Hyperaktivität und maximale(n) Leistung ... wachgehalten durch hohen

14 Richter (1974) S. 14.

15 Richter (1974) S. 262 ff.

15a Richter (1972) S. 50.

15b Richter (1972) S. 192.

16 Richter (1974) S. 215.

Konkurrenzdruck und dazu eine antrainierte Vorurteils- und Kampfbereitschaft gegen systemspezifisch ausgesuchte Einzelseinde und innere Minderheiten“<sup>17</sup> hätten damit ihre Funktion verloren und würden deshalb auch von vielen, besonders von der Jugend, nicht mehr als gesellschaftliche Normen und Werte anerkannt. Mit *Kahn* und *Wiener*<sup>18</sup> erwartet *Richter* einen „langsamen Abbau der arbeits-, leistungs- und aufstiegsorientierten Einstellung“ ... und statt dessen einen „Anstieg sensualistischer, humanistischer und möglicherweise auch verweichlichender Grundsätze“ — mit *H. Marcuse*, daß eine Stufe erreicht werde, „auf der die Befriedigung der Bedürfnisse Bedürfnisse schafft, welche die staatskapitalistische und staatssozialistische Gesellschaft transzendieren“. — So werde ein Prozeß eingeleitet, der schließlich zu einer „neuen Moral, einer neuen Rationalität und einer neuen Sinnlichkeit“<sup>19</sup> führen soll — Errungenschaften, die sich in den Werthaltungen der amerikanischen neuen Linken bereits andeuteten. Diese Entwicklung sei auch für die Bundesrepublik nicht ohne Folgen geblieben. Die meisten studentischen Initiativen wollen sich nämlich — aus einer neu gewonnenen Sensibilität heraus — besonders mit denjenigen solidarisieren, „gegen die man sich unnatürlicherweise polarisiert fühlt... mit dem anderen Geschlecht, mit abgegrenzten Minderheiten und Randgruppen“ ... „mit denen, die von der Konkurrenzgesellschaft abgehängt worden sind: die Unterprivilegierten, die Armen, die Kranken, die Alten, die Schwachen“<sup>20</sup>. In dieser mächtigen und unerwarteten Bewegung, die „auf das Allerdeutlichste eine Gegentendenz zu den überkommenen Leitbildern des Expansionismus“ anzeige, sei „die Expansion direkt nach innen zurückgeschlagen“. Objektive Schwierigkeiten bei der Verwirklichung solidarisierender Sozialinitiativen ergäben sich vor allem deshalb, weil solche realitätsträchtigen Einsichten der Jugend sich bisher weder im Staatskapitalismus und seinen „anonymen Machtzentralen“ noch im „Staatssozialismus“ mit seinem „viel plumper“ Herrschaft ausübenden „Parteiapparat“ haben durchsetzen können<sup>21</sup>. In dieser Auseinandersetzung der gegen überständige Normen und Werte rebellierenden Jugend, die gegen die Starrheit der Bürokratie, der Verwaltungs- und Herrschaftsapparate anrennt, ergreift *Richter* Partei: für die neue sensibilisierte Linke und damit seiner Meinung nach für den Fortschritt und für den Gang der Geschichte. Und er sieht seine Rolle darin, dieser Jugend einerseits bei der Aufarbeitung und Überwindung der alten Ängste, Bedürfnisse und Leitbilder des „Expansionismus“ behilflich zu sein, die sonst die soziale Arbeit bremsen, wenn nicht gar scheitern lassen würden. Zum anderen versucht er ihre Rebellion in produktive Bahnen zu lenken: beispielsweise in den unvermeidlichen Auseinandersetzungen mit den Behörden die Menschen, die in der Sozialbürokratie, den Personalbü-

17 Richter (1974) S. 10.

18 Richter (1974) S. 11.

19 Richter (1974) S. 11.

20 Richter (1974) S. 18.

21 Richter (1974) S. 10.

ros, bei der Polizei etc. arbeiten, von der Notwendigkeit sozialer Veränderungen und Verbesserungen, von der Notwendigkeit des Abbaus der Vorurteile und schließlich von den neuen Werten der Sensibilität, der Gefühlswärme und Solidarität zu überzeugen. Die These, die dies Gedankengebäude krönen könnte, klingt allerdings nur an, wird von Richter nirgends direkt ausgesprochen: daß nämlich die Krücken und Korsette der Behörden- und Parteiapparate, die seiner Meinung nach der totalen Beseitigung psychischen Elends entgegenstehen, von den Verwaltern dieser Apparate, von den Ausübern der Herrschaft fallengelassen würden, falls es gelänge, auch diese von den neuen inneren Werten zu überzeugen und zur praktischen Solidarität mit den Initiativgruppen und den von diesen Betreuten zu bewegen<sup>22</sup>. Um dies plausibel zu machen, muß Richter allerdings zwangsläufig ökonomische Prozesse in sozialpsychologische übersetzen. So wird für ihn aus der Durchsetzung der Klasseninteressen der Kapital-eigner zunächst die Ausübung von Herrschaft durch den „Apparat“, und aus der Revolte gegen die Institutionen der Herrschaft eine Gruppensolidarisierung mit ihren Trägern als eine neue Art innerer Missionsarbeit, deren letztes Ziel konsequenterweise das Absterben des Staates wäre.

### III

Die theoretische Einstellung, die hinter Richters Vorhaben zu stehen scheint, könnte man anarcho-reformistisch nennen, so grotesk und ungereimt eine solche Bezeichnung auf den ersten Blick auch klingen mag. Immerhin ist bei einer kritischen Würdigung des *Richterschen* Projektes folgendes zu erwägen: bereits die Tatsache, daß eine Psychosomatische Universitätsklinik mit ihrem Direktor, einem der bekanntesten Psychoanalytiker des Landes, aktiv in einem von Studenten initiierten Obdachlosen-Projekt mitarbeitet, stellt einen in der Bundesrepublik höchst selten vorkommenden Sachverhalt dar. Die meisten orthodoxen — d. h. der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung (DPV) und damit der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung angehörenden — Psychoanalytiker stehen einem Verlassen des psychoanalytischen Ordinationsraumes mehr als skeptisch gegenüber. Diese Skepsis reicht so weit, daß einige besonders konservative von ihnen sogar Zweifel daran haben, ob man gruppen-therapeutische Verfahren überhaupt als eine psychoanalytische — und damit als wissenschaftlich ernst zu nehmende — Methode ansehen kann. Richter hat sich durch sein Projekt also stark exponiert und sich sogar der Gefahr einer wissenschaftlichen Isolierung ausgesetzt. So haben die Projekte des Gießener Instituts — die Betreuung von Kinderläden, Ehepaar- und Obdachlosengruppen — manche Kritiker innerhalb und außerhalb der DPV dazu veranlaßt, wenngleich vorläufig mit vorgehaltener Hand, von einer „linksradikalen Ideologisierung“ der Psychoanalyse in Gießen zu sprechen, und es ist in erster Linie Richters internationalem Renomé zu danken, daß er von der DPV nicht einfach als Häretiker ausgeschlossen

22 Richter (1974) S. 297.

werden konnte. Man sollte sich deshalb in der Beurteilung seines Unternehmens nicht allein von der Eigenwilligkeit seines theoretischen Ansatzes leiten lassen, sondern seine Praxis näher ins Auge fassen.

Zunächst verlangt allerdings schon die Wahl einer Randgruppe in einem Obdachlosenviertel als sozialpolitisches und psychoanalytisches Betätigungsfeld einige Überlegungen. Sicher haben hier caritative und humanitäre Motive mitgespielt. Man wollte gerade den Ärmsten der Armen helfen, dort helfen, wo das Interesse — wenn auch nicht die materielle Fürsorge, was das Lebensnotwendige betrifft — der Sozialbehörden und der freien Wohlfahrtsverbände allzu oft endet. Richter erwähnt auch, daß es sich um einen Bereich handelt, dessen Zuständigkeit von den offiziell Verantwortlichen — von den Sozialämtern bis zu den ärztlichen Standesorganisationen — nur allzu gerne ganz oder teilweise abgegeben wird, und sei es an studentische Initiativgruppen, denen die Behörden sonst ja nicht gerade allzu großes Vertrauen entgegenbringen. Auch dies wird mit Sündenbock-Projektionen, Ausschließungs- und Abgrenzungsbedürfnissen in Verbindung gebracht, die wie bei den meisten übrigen Menschen auch bei den Behördenangehörigen wirksam sind<sup>23</sup>. Die Frage ist allerdings, ob sich diese Projektionen und Bedürfnisse vorrangig psychologisch und sozialpsychologisch aus der „expansiven Konkurrenz und Leistungsgesellschaft“ erklären lassen, wie Richter dies versucht. Klärend könnte sich dabei ein Blick auf die objektive Situation der Bewohner des Eulenkopfes auswirken. Beim größten Teil handelt es sich dort um Menschen, die gar nicht oder nur gelegentlich in den Produktionsprozeß eingegliedert sind, die keinen Mehrwert schaffen, sondern vielmehr von der Arbeit anderer leben. Vielleicht geraten diese Menschen aber gerade auch deshalb unter den Druck sowohl der bürgerlich-kapitalistischen Moralnormen als auch unter jene der Arbeiter. Die Bürger fühlen sich durch das scheinbare Parasitendasein der Ghettobewohner um einen Teil ihres Profites, die Arbeiter um einen Teil der Frucht ihrer Arbeit betrogen. Von hier wird vielleicht auch verständlich, daß die behördlichen Vorschriften und die staatlichen Institutionen — in ihrer Struktur vorläufige Ergebnisse des Klassenkampfes — den sogenannten Asozialen gegenüber zumeist nur die Dimension von Desinteresse und Druck kennen. Dabei ist für die Entstehungsgründe des „Ausstoßungsbedürfnisses“ und der Diskriminierung die Frage der subjektiven Verantwortlichkeit des einzelnen Ghettobewohners möglicherweise ziemlich gleichgültig. Auch konjunkturelle oder strukturelle Arbeitslose, die in Ghettos verelenden, leben, wenn auch gegen ihren Willen, von der Arbeit der anderen, und es bedarf eines gewissen Grades von Klassenbewußtsein, wie es sich nur in einer politischen Organisation entfalten kann, um bei den Arbeitern die nötige Solidarität mit ihnen aufrechtzuerhalten. Dies gilt vor allem

23 Zu Richters Sündenbockbegriff: Richter (1972) S. 197—204; Richter (1974) S. 222 ff.

dann, wenn die Verelendung sich über lange Zeit, bis in die zweite oder gar dritte Generation fortpflanzt, wie teilweise in den amerikanischen Slums<sup>23a</sup>. Diese Deutung entwertet die sozialpsychologische Theorie der gesellschaftlichen Sündenbock-Projektionen nicht völlig, sie versucht aber ihre Fundierung in der objektiv gegebenen Klassenlage der Beteiligten. Daß Menschen, die unter den Gesetzen der Kapitalverwertung und unter den Bedingungen scharfer Arbeitsdisziplin Mehrwert produzieren müssen, auch den Wunsch haben, selbst einmal parasitär und verantwortungslos zu leben, und daß sie diese Wünsche bei anderen unnachsichtlich verfolgen, um sie bei sich selbst besser unterdrücken zu können, ist ebenfalls keineswegs abwegig. Die „introspektive Rekonstruktion“ *Richters* findet also in der Klassenlage der Ghettobewohner — in ihrem Verhältnis zur gesellschaftlichen Arbeit — eine objektive Grundlage.

Und es scheint mir auch kein Zufall zu sein, daß es sich bei dem Obdachlosen-Projekt *Richters* um eine studentische Initiative handelt: d. h., daß sie von Menschen ausgeht, die noch keinen festen Platz im Produktionsprozeß eingenommen haben, die selber noch, ohne eine ihnen streng aufgezwungene Arbeitsdisziplin, vom von anderen erarbeiteten Mehrprodukt leben. Daß bei ihnen in der Obdachlosenarbeit neben dem Bedürfnis nach Ausschließung ein mindestens ebenso großes Identifikationsbedürfnis entstehen dürfte, ja, daß dieses wahrscheinlich überwiegt, liegt auf der Hand. Wieweit hier auch uneingestandene Wünsche mitspielen, den eigenen unproduktiven Status zu verewigen — und wieweit solche Wünsche dazu beitragen können, die Außenseiterlage derjenigen aufrechtzuerhalten, die man aus ihr ja gerade befreien möchte, sollte zumindestens auch einmal erwogen werden. Diese Bemerkungen sollen keine unberechtigten Vorurteile gegen Studenten nähren, die ja — nicht nur von der Springer-Presse — mindestens seit 1968 verbreitet werden. Zum Bedürfnis, den eigenen unproduktiven Status zu verlängern, trägt sicher auch die Bildungsmisere an den Hochschulen bei, aber auch die unerfreuliche Berufsperspektive für viele Studenten, besonders in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Trotzdem sollte man sich fragen, ob der unproduktive Status der Studenten vielleicht mitbeteiligt ist an der Entstehung dieser eigentümlichen Mischung aus Schuldgefühl und Faszination, die in der Randgruppenarbeit so deutlich wird und die auch *Richter* als Problem sieht<sup>24</sup>, ohne sie jedoch auf ihre objektiven Grundlagen hin zu analysieren. Durch dieses Klima, aber auch durch einige Ähnlichkeiten in der objektiven Lage wird die Identifikationsbereitschaft der Studenten mit den von ihnen Betreuten sowohl in ihren produktiven als auch in ihren destruktiven Zügen wahrscheinlich enorm gestärkt. Und es wird auch verständlicher, weshalb die alltäglichen psychischen Leiden der werktätigen Bevölkerung, die blanden depressiven Verstimm-

23a Vgl. Kramer, David: Rassismus und Klassenkampf in den USA, in: *Das Argument* 76, 14. Jg. (1972), S. 817—824, vor allem S. 821 ff.

24 *Richter* (1974) S. 223 ff.

mungen, die Reizbarkeit, die vegetative Labilität, die hypochondrischen Ängste, die Somatisierung psychischer Konflikte usw., von studentischen Initiativen oft als weniger „interessant“ und weniger „gravierend“ angesehen werden als die aggressiven Triebdurchbrüche, die Verwahrlosungstendenzen und die mangelnde Frustrationstoleranz der Randgruppenangehörigen: So als ob die psychischen Störungen, die im Rahmen einer gerade noch funktionierenden Realitätskontrolle und unter deren Druck auftreten, der Bearbeitung weniger wert wären als solche, die bereits ihren Zusammenbruch — sei es im sozialen, sei es im intrapsychischen Feld — anzeigen.

Von Bedeutung ist auch die *Perspektive*, in der *Richter* das Obdachlosenghetto als Ganzes sieht. Er beschreibt es in den Begriffen der Ökologie: als einen unmenschlich gewordenen Lebensraum, der seine Bewohner in seinen destruktiven Bann zieht; sieht es als eine Gestalt, manchmal fast als eine organismische Einheit mit für sie charakteristischen Kommunikations- und Interaktionsformen. Zwar erkennt auch *Richter* inmitten dieses zunächst homogen wirkenden Gebildes eine verborgene Hierarchie: einige Bewohner haben eine feste Arbeit, andere sind beschäftigungslos, einige haben sich darinnen eingerichtet, andere glauben sich im Begriffe, dem Ghetto zu entkommen. Doch für *Richter* sind dies im wesentlichen Scheindifferenzen. Die einen *dünken* sich bloß den anderen überlegen, *phantasieren* bloß, sie kämen bald frei. Es handelt sich mehr um ein fantasmatishes Bedürfnis nach Unterscheidung als um wirkliche Unterschiedenheit. Und man gewinnt beim Lesen den Eindruck, als gehöre es zu den Aufgaben der gemeindetherapeutischen Helfer, diese Unterscheidungs-(Abgrenzungs-? Ausstoßungs-?) „Phantasien“ abbauen zu helfen, um die solidarische Einheit der Ghetto-Gemeinde zunächst einmal herzustellen<sup>25</sup>. Die Basis, auf der eine solche Einheit und Solidarität sich herstellen kann, wird aber nicht ganz klar. Die dahintersteckende Idee scheint jedenfalls eher diejenige der Klassendifferenzen verleugnenden US-amerikanischen „Community“ als diejenige eines künftigen Arbeiterviertels zu sein. Die gemeinsamen Interessen einer solchen Gemeinde lassen sich objektiv aber doch wohl nur in bezug auf bestimmte Forderungen an die Behörden — bessere Straßen, bessere Straßenbeleuchtung, bessere sanitäre Verhältnisse u. a. — festmachen; die Gemeinde als Lebensgemeinschaft, mit einem Grundstock von gleichen Interessen, bleibt hingegen im Kapitalismus ein irrationaler und deshalb leicht zu mißbrauchender Begriff, weil er Gegensätze, Widersprüchliches, Unversöhnliches verdeckt. *Richter* diskutiert dies nicht näher. Und es wird auch nirgends ersichtlich, ob er es für nötig hält, die unterschiedliche ökonomische Lage der einzelnen Ghetto-Bewohner und ihr unterschiedliches Verhältnis zur Produktion sowie die daraus ableitbaren sozialpsychologischen Folgen zu bearbeiten — als Realitäten und keineswegs bloß als sozialpathologische Illusionen. Man wird beim Lesen der „Gruppe“ den Verdacht nicht los, daß ein Vertreter einer klassenverleug-

25 Richter (1972) S. 312 ff.

nenden Reformideologie hier mit den Repräsentanten messianischer Randgruppentheorien ein Bündnis geschlossen hat: — ein Verdacht, der sich bei Lesen von „Lernziel Solidarität“ nur noch verdichtet.

Die Ausklammerung — zwar nicht der materiellen Realität, aber der Klassenlage — zeigt sich auch in den gewählten Begriffen. *Richter* erklärt die „irrationalen positiven Interessen“, „die Ghettokultur in der heutigen Form zu erhalten“, durch „unsere eigene latente Soziopathie und Verwahrlosung, die wir aus unserem Bewußtsein verdrängt haben“<sup>26</sup> — so als ob es Ausstoßungsbedürfnisse und latente Soziopathie als psychische Tendenzen an sich gäbe. Ihr Zusammenhang mit dem Bedürfnis, am Mehrprodukt parasitär teilzuhaben, von der US-Soziologie zu untergründigen „leisure values“ der amerikanischen Gesellschaft<sup>27</sup> erklärt, bleibt auch hier unerörtert, ebenso wie der Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Ausbeutung und solchen parasitären Bedürfnissen. Im Gegenteil: die von *Richter* genannten individual- und sozialpsychologischen Bedürfnisse werden von ihm in den Rahmen einer psychoanalytischen Konvergenztheorie der Gesellschaftssysteme gestellt<sup>28</sup>. So kann es ihm bei den Auseinandersetzungen der Ghattobewohner mit der Außenwelt auch nur um „Kommunikationsdefekte“ und „gestörte Interaktionen“, „narzistische Wünsche“ und „irrationale Triebdurchbrüche“ gehen — und nicht um eine teils offene, teils verschleierte Auseinandersetzung um das Produkt gesellschaftlicher Arbeit.

Auf die kommunikationstheoretischen Begriffe — manche sind inzwischen zu Modewörtern avanciert — will ich hier nur ganz kurz eingehen. Oft machen sie die dahintersteckende inhaltlich-politische Bedeutung unkenntlich. Wenn *Richter* sagt, Hilfe im Einzelfall könne nur Erfolg haben, wenn es gelänge, „auf das ganze soziale System des Gettos in Interaktion mit den behördlichen Institutionen ändernd einzuwirken“<sup>28a</sup>, so bleibt z. B. offen, ob es sich darum handelt, Forderungen gegenüber den Behörden mit Hilfe politischer oder gewerkschaftlicher Organisationen (welcher?) oder durch Selbstorganisation der Ghattobewohner durchzusetzen — oder lediglich darum, ein besseres partnerschaftliches Vertrauensverhältnis zu den Behörden herzustellen. Das Wort Interaktion gibt keine politischen Handlungsanweisungen im Umgang mit den Behörden, es verdeckt vielmehr die Art und Richtung der Beziehungen mit ihnen, weil es ihre politische Funktion als bestimmte Staatsorgane unsichtbar macht und so tut, als handele sich es im Umgang mit ihnen um zwischenmenschliche Beziehungen.

Aber nicht nur die kommunikationstheoretischen und soziologischen Allgemeinbegriffe, auch die von *Richter* verwendeten klassischen psychoanalytischen Termini wirken in seinen beiden letzten

26 *Richter* (1972) S. 203.

27 *Matza, David, and Sykes, Grasham: Juvenile Delinquency and Subterranean Values Am. Soc. Rev. 26 (1961) S. 712—719.*

28 *Richter* (1974) S. 10.

28a *Richter* (1972) S. 218.

Büchern nicht immer schlüssig. Wird das Bedürfnis, die eigene Leistung von anderen anerkannt und bestätigt zu finden, tatsächlich im Begriff Narzißmus am richtigsten, d. h. am klärendsten gefaßt?<sup>29</sup> Dies Bedürfnis kann — durch ein Übermaß an Versagungen, aber auch an Verwöhnung — überentwickelt sein, es kann sich verselbständigen und destruktiv werden. Aber sein Kern ist doch in der Tatsache zu suchen, daß die Menschen ihr Leben und ihre Welt gemeinsam gestalten müssen, daß sie sich die Natur durch gesellschaftliche Arbeit aneignen. Daraus ergibt sich das Bedürfnis nach gegenseitiger und gesellschaftlicher Anerkennung ganz von selber. Der Begriff Narzißmus bringt nun ein solches Bedürfnis, das primär eine elementare soziale Beziehung darstellt und zweifellos etwas mit Solidarität zu tun hat, allerdings mit einer anderen als derjenigen Richters, auf den gleichen individualpsychologischen Nenner wie Selbstbespiegelungswünsche, die verschiedenen frühkindlichen Entwicklungsstadien — der autoerotischen oder der phallisch-narzißtischen — entstammen<sup>29a</sup>.

Dabei handelt es sich bei dem allgemeinen gesellschaftlichen Anerkennungsbedürfnis und den genannten frühkindlich-narzißtischen Strebungen durchaus um Sachverhalte, die aufeinander bezogen sein können. Bei der Untersuchung ihres Verhältnisses zueinander muß man aber davon ausgehen, daß eine volle gegenseitige gesellschaftliche Anerkennung der eigenen Arbeit im Kapitalismus unmöglich ist. Überall dort, wo Menschen durch Menschen ausgebeutet werden, wird das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Anerkennung notwendigerweise Versagungen erfahren. Zunächst wird es schon um das Quantum der vom Unternehmer angeeigneten Mehrarbeit verkürzt. Die elementare gesellschaftliche Anerkennung für die geleistete Arbeit wäre ja zunächst einmal der gezahlte Lohn, hinzu kämen die unentgeltlichen Dienstleistungen des Staates und die Verbesserung der „Lebensqualität“, d. h. der Bedingungen, die die Arbeit fruchtbar und ihre Produkte genießbar machen — ebenso wie diejenigen der Natur. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft ergäbe die Summe dieser Leistungen eine weitgehende objektive gesellschaftliche Anerkennung für die eigene Arbeit. Dort könnte diese Anerkennung auch einen weiteren Ausdruck finden in der gemeinsamen Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen, vor allem in der gesellschaftlichen Mitgestaltung der Produktion. Im Kapitalismus wird es hingegen — durch die Profitbestimmtheit jeglicher gesellschaftlichen Produktion — immer nur „Versagung“ (Ausgebeutetwerden) oder „Verwöhnung“ (Teilhabe am Profit) geben. Psychologisch gehört dazu das mißgünstige oder hemdsärmelige Konkurrieren um Aufstieg, Arbeitsplatz oder Marktpositionen, das mit beidem einhergehen kann. So wird von der Mehrzahl der Menschen — vor allem der Lohn-

29 Richter (1972) S. 272—274 u. S. 283.

29a Zu einer genaueren Klärung des Problems wäre eine philosophische Analyse der Begriffe Anerkennung, Solidarität, Gemeinschaft u. Gesellschaft nötig.

abhängigen — die Versagung des gesellschaftlichen Anerkennungsbedürfnisses nach Hause getragen als unerfülltes und unerfüllbares Bedürfnis. Gelegentliches Lob durch Vorgesetzte ist nur ein kümmerliches Surrogat gesellschaftlicher Anerkennung, noch kümmerlicher als die Auszahlung der Lohngehälter für die verkaufte Arbeitskraft. So kann sich gesellschaftliche Anerkennung kaum anders materialisieren als im erfolgreichen Rivalisieren um größeren materiellen Wohlstand, sichtbar in modischer Kleidung, im schicken Auto und anderen Statussymbolen des *Konsums* — jedenfalls aber nicht innerhalb der Sphäre der Produktion und der gemeinsamen Arbeit. Deutlich wird dies auch im größeren Prestige, das „geistige Arbeit“, ja sogar das glitzernde Parasitentum der Playboy-Millionäre im Verhältnis zur Arbeit im Produktionsbereich genießt. Ganz folgerichtig muß Geldmangel, Wohnen im Ghetto und ärmliches Aussehen als eine ständige Versagung des gesellschaftlichen Anerkennungsbedürfnisses erfahren werden, was dann zu ständigen irrationalen Überkompensationsversuchen wie z. B. irrationalen Anerkennungsansprüchen zu Hause, in der eigenen Familie und im Freizeitverhalten führen muß. Auch von hier wird die niedrigere Frustrationstoleranz der Ghattobewohner vermeintlichen oder wirklichen Kränkungen gegenüber und ihre Neigung zu irrationalen aggressiven „Triebdurchbrüchen“ etwas verständlicher. Wenn Kinder in solchen Familien aufwachsen, ist es zwar anzunehmen, daß diese sozialspezifischen Versagungen und Kränkungen sich an die entsprechenden frühkindlichen narzißtischen Bedürfnisse heften, diese gewissermaßen zu Krisenpunkten der künftigen Entwicklung aufblähen. Und es ist ebenfalls denkbar, daß die späteren, unvermeidlichen Kränkungen im Arbeitsleben bei Menschen, die im Kindesalter besondere Probleme mit dem Durchlaufen der narzißtischen Entwicklungsstadien hatten, gewissermaßen einen leichteren Durchbruch zu den affektiven Grundlagen der Persönlichkeit erzielen. Fraglich scheint mir jedoch, ob dies der einzige Weg zu einer sozial-spezifischen Persönlichkeitsprägung ist, ob es nicht psychiatrisch relevante Versagungsfolgen gesellschaftlicher Anerkennungsbedürfnisse gibt, bei denen der „frühkindliche“ Narzißmus, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle als Ansatzpunkt spielt. Für eine kausale Therapie in einem ganzen Stadtviertel wäre die „Bearbeitung“ des — erwachsenen — gesellschaftlichen Anerkennungsbedürfnisses doch wohl sicher ebenso wichtig wie eine Bearbeitung von frühkindlich-narzißtischen Strebungen, die ja bei nahezu allen Menschen vorhanden sind.

Ähnliches gilt für einen anderen, in der psychoanalytischen Sozio- und Psychopathielehre wichtigen Begriff, den des „Über-Ich“, der auch für Richters Arbeit eine bedeutende Rolle spielt<sup>30</sup>. Man kann sich nämlich durchaus fragen, ob das Zurgeltungbringen gesellschaftlicher Normen in den Werthaltungen des einzelnen mit dem Begriff „Über-Ich“ stets am besten gefaßt ist. Wäre z. B. ein objek-

tiv falsches Bewußtsein, das sich destruktiv gegen die eigenen Interessen richtet, wirklich stets identisch mit einem „sadistischen Über-Ich“, d. h. mit der Internalisierung einer irrationalen Strafdrohung durch den Vater — als Erbe des Ödipus-Komplexes? Wird es nicht auch oft durch Konditionierung, durch Anpassung an gesellschaftliche Zwänge bestimmt, auch wenn diese den Interessen des einzelnen zuwiderlaufen? Auch hier mag es sein, daß diese Zwänge manchmal in einem übermächtigen und starren, frühkindlich entstandenen Über-Ich einen besonders wirksamen Ansatzpunkt finden. Wer aber, wie ich in Vietnam, gesehen hat, wie rasch nach tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzungen falsches Bewußtsein abgebaut werden kann, wie innerhalb eines knappen Jahrzehnts angeblich stabile, der psychoanalytischen Theorie nach in früher Kindheit fixierte Sozialcharaktere kaum mehr auffindbar sind, wird einer solchen verdinglichenden und individualisierenden Deutung von kollektiven Charaktermerkmalen sehr skeptisch gegenüberstehen. So sehr der Gebrauch solcher psychoanalytischer Begriffe zur psychodynamischen Diagnostik und psychoanalytisch orientierten Therapie einzelner Individuen manchmal angemessen sein kann — dann nämlich, wenn es darum geht, eine frühkindlich erfolgte Verdinglichung, Verfestigung und Verselbständigung psychischer Strebungen (hier eines starren oder sadistischen Über-Ichs) anzuzeigen, die man therapeutisch überwinden muß —, bei dem psychischen Schicksal eines Kollektivs wie desjenigen der Bewohner des Eulenkopfes werden psychoanalytische Definitionen leicht zu einer psychologisierenden, soziale Sachverhalte und ihre Veränderungsmöglichkeiten unkenntlich machenden Ideologie.

So ist es auch kein Wunder, daß ebenso wie die kommunikationstheoretischen und soziologischen auch die psychoanalytischen Begriffe in den Obdachlosenstudien *Richters* ihre Strenge verlieren, manchmal mehr literarisch als wissenschaftlich klingen. Auch in dieser Form üben sie eine durchaus politische, nämlich neutralisierende Wirkung hinsichtlich der gesellschaftlichen Widersprüche aus, die sich hinter ihnen verstecken. In der Einzeltherapie kann ein derartiger neutralisierender Charakter der Begriffe gelegentlich notwendig sein: z. B. dort, wo es darum geht, einen neurotischen Kranken aus pseudopolitischen Rationalisierungen zu seinen eigenen, privaten, frühkindlich bedingten Konflikten und Komplexen zurückzuführen. Außerhalb von therapeutischen Situationen, so zumeist in der Sozialarbeit, bewirkt die begriffliche Neutralisierung die effektivste — weil scheinbar aus der Natur der Sache, d. h. der Begriffe sich ergebende — Entpolitisierung gesellschaftlicher Beziehungen —: z. B. in Richtung auf klassenindifferente Sozialpartnerschaft beim Gebrauch des Wortes „Interaktion“; in Richtung auf Systemstabilisierung beim Gebrauch des Wortes „Kommunikationssystem“; in Richtung auf psychoanalytischen Abbau angeblich überzogener Bedürfnisse gesellschaftlicher Anerkennung beim Gebrauch des Wortes „Nazißmus“. Die „Interaktions- und Kommunikationsebene“ wird dabei — ebenso wie die Ebene der psychosexuellen Persönlichkeitsentwick-

lung — von den konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen abgespalten. Diese Auseinandersetzungen werden damit abstrakt, vom Schicksal des einzelnen, von seinen Bedürfnissen, Wünschen, Ängsten und Affekten geschieden. Dies soll wiederum nicht heißen, daß es die Ebene der psychosexuellen Persönlichkeitsentwicklung als eigenes Thema in der Sozialarbeit gar nicht geben sollte. Aber ihre Isolierung sollte auf bestimmte Probleme einzelner Individuen begrenzt werden, zu Anfang eher etwas zu eng als zu weit. Dies bedeutet, daß auch bestimmt und begrenzt werden sollte, was man sich schließlich entschließt als „Kommunikationssystem“, als „Interaktionsstörung“, als „Narzißmus“, als „Über-Ich“ oder als „Triebdurchbruch“ zu bezeichnen.

Ich verkenne die Schwierigkeit nicht, die darin liegt, hier die richtige Entscheidung zu treffen. Vielleicht hilft aber die Überlegung darüber, wozu Begriffe in einer praxisbezogenen Wissenschaft — in der Medizin, Psychotherapie, Sozialarbeit, aber auch in der politischen Ökonomie — überhaupt gut sind. Ob man es nun für richtig hält oder nicht: sie stellen immer auch *Handlungsanweisungen* dar, indem sie die Ebene und die Nahtstellen angeben, wie und wo man in einen Sachbereich verändernd eingreifen kann. Insofern ist es weit entfernt davon, gleichgültig zu sein, wie man eine Sache benennt. Spricht man von Narzißmus, so legt man den Schwerpunkt auf eine Bearbeitung eines frühkindlich fixierten, überzogenen Geltungsstrebens und -bedürfnisses, das man zunächst durch Erfolgversicherungen und dann durch leicht erreichbare Erfolgserlebnisse zu stillen versucht und in der Folgezeit dann, durch einen analytischen Prozeß, auf einen normalen Stand abzubauen sich bemüht. Redet man hingegen von versagter gesellschaftlicher Anerkennung, so wären vor allem andere Möglichkeiten und Wege zu suchen — auch politische und gewerkschaftliche —, um diese Anerkennung zu erreichen. Vielleicht erwüchse sie auch aus der Solidarität des gemeinsamen politischen Kampfes und aus seinen Ergebnissen. Sicher wird es Fälle geben, wo beides sich verbinden muß und kann: das Erreichen einer realen gesellschaftlichen Anerkennung und die psychologische Klärung eines überzogenen narzißistischen Bedürfnisses. Beides wäre dann aber wohl getrennt in Angriff zu nehmen. Hüten muß man sich auf alle Fälle davor, anzunehmen, schon das Vorhandensein frühkindlich entstandener Anerkennungsbedürfnisse, wie man es bei nahezu allen Menschen feststellen kann, genüge, von Narzißmus im pathologischen, d. h. psychoanalytisch-therapiebedürftigen Sinne zu reden. Die Psychoanalyse macht es einem hier besonders schwer, da sie vor allem in ihren reiferen wissenschaftlichen Entwicklungsstadien der Grenze zwischen normal und pathologisch immer weniger Bedeutung beimißt, sie zumindestens immer weniger als ihre eigene Angelegenheit ansieht: analysierbar ist für sie auch der scheinbar Gesündeste. Die Frage ist dabei allerdings, ob er tatsächlich auch analysiert werden sollte. Nur wenn frühkindliche Fixierungen und Versagungen einen Menschen derart an der individuellen und kollektiven Verfolgung seiner eigenen Interessen und

an der Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse hindern, scheint mir eine analytische Therapie — und damit auch die Verwendung politisch neutralisierender analytischer Begriffe — angezeigt. So etwas mag sich auch kurzfristig in einer Krisensituation innerhalb einer politisch orientierten Gruppenarbeit ergeben, und insofern kann die Einbeziehung eines Psychoanalytikers in eine solche Gruppenarbeit manchmal durchaus hilfreich sein; sie kann aber auch die weitere politische Arbeit blockieren, wenn der Psychoanalytiker die Gesamtregie des Projektes übernimmt und mit seinen psychoanalytischen Begriffen auch überall dort psychoanalytische Handlungsanweisungen gibt, wo es primär um politisches Handeln ginge. Aus dieser Perspektive erscheint die Zurückhaltung der klassischen Analytiker, die nur Produkte der dualen analytischen Situation mit psychoanalytischen Begriffen bearbeiten und nur sie als „reine Produkte des Unbewußten“ gelten lassen, als geradezu fortschrittlich im Vergleich zu *Richters* Psychoanalytismus<sup>30a</sup>.

## IV

Nun wäre noch der politische Stellenwert zu besprechen, den *Richter* seinem Projekt gibt. Der Titel auf der Umschlagseite: „*Hoffnung auf einem neuen Weg, sich selbst und andere zu befreien*“ wurde bereits erwähnt. Folgerichtig fragt *Richter* auch, „ob dieses Selbstverständnis, ausgehend von einer seismographisch sensibilisierten kritischen Jugend, sich ausbreiten könnte“, „ob die ersten Erfolge der neuen sozialpolitischen Initiativen in den Gettos die Vorläufersymptome einer sich weiter ausbreitenden Neuorientierung gegenüber den Outgroup-Problemen sein könnten?“<sup>31</sup> Und obwohl *Richter* mir gegenüber gesprächsweise versichert hat, die „*Hoffnung*“ beziehe sich nicht auf das Ghetto, sondern auf andere Gruppeninitiativen, vor allem auf die Eltern- und Ehepaargruppen, erweckt zumindestens sein zweites Buch „*Lernziel Solidarität*“ den Eindruck, verschiedene spontane sozialpolitische Initiativen in den Gemeinden könnten, gewissermaßen durch Ansteckungswirkung ihrer Modelle, das soziale Problem der Randgruppen lösen. Hier handelt es sich offensichtlich um eine bundesdeutsche Umformulierung der US-amerikanischen Community-Ideologie<sup>31a</sup>, die nicht nur die Unruhe der Jugend durch sozialpolitische Sisyphusarbeit zu kanalisieren sucht, sondern auch „*unausgelasteten Hausfrauen*“ einen sinnvollen Inhalt „*in Gestalt einer irgendwie hilfreichen Tätigkeit*“ bietet<sup>32</sup>.

Der hier *Richter* gegenüber gemachte Ideologievorwurf wäre gegenstandslos, wenn das soziale Unrecht mit den von *Richter* vorgeschlagenen Mitteln tatsächlich abgeschafft werden könnte. Aus dieser Perspektive sollen die Bedingungen des teilweisen Erfolges

30a R. Castel, Robert: *Le Psychoanalytisme*. Paris 1973.

31 *Richter* (1972) S. 323.

31a *Richter* benutzt häufig die US-Kolonialsprache: z. B. in *Richter* (1972) S. 63, S. 227, S. 235 usw.

32 *Richter* (1974) S. 18.

des Eulenkopf-Projektes noch etwas gründlicher betrachtet werden. *Richter* selbst schreibt dazu, es mache einer Behörde Eindruck, wenn in der Initiativgruppe das eine oder andere Mitglied mitarbeite, das ein gewisses öffentliches Ansehen genießt und dessen Einfluß man fürchten muß. Diese Trümpfe stehen bei ihm neben einer Reihe anderer — wie z. B. gute Pressekontakte etc. *Richter* fordert sie geradezu, um den Erfolg von solchen Initiativen abzusichern<sup>33</sup>. Auf wessen Kosten dies geschieht, bleibt dabei jedoch offen. Man wird sich fragen müssen, ob das Ausspielen der genannten Trümpfe nicht hauptsächlich bewirkt, daß die ziemlich knappen Mittel der Sozialämter einfach unkanalisiert, d. h. auf Kosten anderweitig geplanter Sozialhilfe für solche Prominenten-Projekte bereitgestellt werden, deren materielle Erfolgsbedingungen sich so natürlich dramatisch verbessern. *Richters* Buch ist wenig darüber zu entnehmen, ob die auch für die psychoanalytische Arbeit in derartigen Initiativen nötige Vertrauensbasis ihre relative Stabilität nicht gerade der Tatsache verdankt, daß im Eulenkopf tatsächlich auch materiell wirksam geholfen werden konnte, daß die Behördenvertreter sich aufgrund von *Richters* Prestige bereitfanden, an Gemeinschaftsveranstaltungen im Ghetto persönlich teilzunehmen usw. Vielleicht wurden erst durch solche Machtbeweise des Initiativkreises — d. h. de facto des Psychoanalytikers *Richter* — die Übertragungsmechanismen wirksam, die auch eine therapeutisch-psychoanalytische Einflußnahme auf bestimmte Ghettomitglieder und -familien gestatten? Das gesamte Sozialbudget einer Stadt oder eines Landes wird durch solche Aktionen freilich kaum größer. Es wird nur — auf Kosten der übrigen Sozialarbeit — in Richtung auf prominentere Initiativen umverteilt. Um den Erfolg zu verallgemeinern, müßten überhaupt mehr Mittel für den Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsetat bereitgestellt werden — und dazu bedarf es einer politischen Auseinandersetzung. Politisch gekämpft werden muß um eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums: durch Verringerung des Unternehmerprofites, durch den Abbau der Steuerprivilegien der Großindustrie, durch Verringerung des Rüstungsetats und durch eine den Bedürfnissen der Menschen entsprechende Setzung der Prioritäten.

*Richter* selbst scheint sich die Frage nach den u. a. auch psychoanalytisch relevanten Folgewirkungen seiner eigenen Machtposition nicht zu stellen, und schon gar nicht diejenige nach den objektiven Grenzen der Modellhaftigkeit eines Projektes. Statt dessen erörtert er die Möglichkeit einer psychoanalytischen Beziehung zu seinen Lesern: den nahezu 100 000 Käufern der „Gruppe“, denen sich aller Voraussicht nach eine ähnlich große Zahl solcher anschließen wird, die sein „Lernziel Solidarität“ erreichen wollen — zusammengenommen eine durchaus stattliche psychoanalytische Gemeinde<sup>34</sup>. Ein Psychoanalytiker wäre hier vielleicht versucht, zu überlegen, ob diese Ausweitung der psychoanalytischen Beziehung nicht etwas zu

33 Richter (1974) S. 296, S. 311.

34 Richter (1974) S. 314.

tun hat mit der Verleugnung der objektiven Grenzen des eigenen Projektes. Lassen wir es jedoch bei der Analyse der Grenzen und der Funktionen des vorgeblichen Modelles Eulenkopf bewenden. Meiner Überzeugung nach handelte es sich um ein Modell, dessen Modellhaftigkeit darin besteht, daß es sich aus den genannten Gründen — anders als es selber vorgibt — gerade nicht verallgemeinern läßt. Diese Art von Modellen, deren Verwirklichung privilegierte Sonderbedingungen voraussetzt, die jedoch verleugnet, verschwiegen oder verdrängt werden, gehört zum politischen Arsenal des Reformismus — in unserem Lande zum Arsenal des Reformismus der sozial-liberalen Koalition —, und eine ihrer Funktionen ist es, den Anschein zu erwecken, daß wesentliche Reformen wie die Beseitigung des sozialen Elends „technokratisch“, durch Appelle an Vernunft und Mildtätigkeit der Bevölkerung sowie durch psychologische Klärung allein, d. h. aber auch ohne grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, vor allem ohne Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, und das heißt ohne politischen Kampf um das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit möglich sind. Solche, in Wirklichkeit ohne politischen Kampf gerade nicht zu verallgemeinernden Scheinmodelle lassen sich in manchen Bereichen des Gesundheits- und Bildungswesens wahrscheinlich auch noch anderswo finden, und ihre Funktion ist überall sehr ähnlich: das im Kapitalismus ohne politischen Kampf nicht Machbare als durchaus machbar, ja lediglich von der Vernunft und dem guten Willen der Beteiligten abhängig erscheinen zu lassen.

Verallgemeinert werden kann an diesem Modell also zwar nicht der — ohnehin begrenzte — Erfolg, dafür aber einiges andere, für die Stabilisierung der nach Richter durch marxistische „Orthodoxie“<sup>35</sup> gefährdeten Jugend ebenso wichtige: nämlich z. B. deren langfristige Absorption in ähnliche Projekte. Selbst beim relativ erfolgreichen Eulenkopf zeichnet es sich nach 6 Jahren Projektarbeit noch nicht ab, wann die psychoanalytischen und studentischen Berater sich aus dem Stadtteil zurückziehen und ihn der Eigeninitiative seiner Bewohner überlassen können. Vielmehr ist dieses Projekt — wie fast alle anderen ähnlichen, die ich kenne — mehr oder weniger auf Dauer angelegt. Ich kann mir nicht helfen: Das Projekt und andere ähnliche Projekte erinnern mich an die Art und Weise, wie von westlichen kapitalistischen Industrienationen sogenannte „Entwicklungshilfe“ betrieben wird — und daß ich mit diesem Eindruck nicht ganz schief liege, belegt Richters eigene Referenz auf „Entwicklungshilfe“ in seiner „Gruppe“: „Man muß nicht erst in Entwicklungsländer gehen, um die Emanzipation von bislang vergessenen bzw. unterdrückten Gruppen zu fördern, sondern findet das gleiche Problem in der unmittelbaren Nachbarschaft“<sup>36</sup>. Auch in der dritten Welt wurden von den kapitalistischen Ländern „Modelle“ geschaffen, die gerade nicht zu verallgemeinern waren, und dies zu dem hauptsächlichsten Zwecke, die Notwendigkeit grundlegender gesell-

35 Richter (1972) S. 64.

36 Richter (1972) S. 192.

schafflicher Veränderungen zu verschleiern. Auch dort gab man vor, Eigeninitiative stimulieren zu wollen — und machte sich in Wirklichkeit jedoch für den Fortgang der Kolonisationsarbeit unentbehrlich. Man sprach von Selbständigkeit — ökonomisch und technologisch — und bereitete doch nur neue Märkte für die eigenen Waren und Experten vor. Und ich frage mich, ob die studentischen Initiativen bei Projekten wie denjenigen *Richters* sich nicht in der Rolle eines inneren „Peace-Corps“ wiederfinden. Meines Erachtens nach sollte es bei der Randgruppenarbeit politisch bewußter Menschen aber gerade nicht um eine solche Dauerbefriedung gehen, sondern um die Wiedereingliederung der Ghattobewohner in die Arbeiterklasse, ihre Wohnbereiche und ihre Organisationen.

Was bleibt nach dieser Analyse vom Anspruch des Projektes übrig? Eine durchaus lobenswerte caritative Arbeit, die vor allem deshalb anrühlich geworden ist, weil sie vorgab, weitaus mehr zu sein, als sie in Wirklichkeit sein konnte: nicht nur momentane Notlinderung, nicht nur Befreiung des einzelnen von psychischen Zwängen, sondern auch Beseitigung des sozialen Elends überhaupt in Gemeinschaft mit den Betroffenen selber, und dies noch als allgemeines Modell. Gerade durch diesen — im Kapitalismus uneinlösbaren — Anspruch nahm das Unternehmen (als Schein-Modell) quasi neokolonialistische Züge an. Immerhin — es wurde einer Anzahl von Menschen geholfen, und dies ist nicht gering zu achten. Zu dieser Hilfe hat sicherlich auch die psychoanalytische Arbeit beigetragen, wenn auch wohl nur zu einem geringeren Teil. Wenn Caritas, wenn Wohltätigkeit das einzige Motiv und Ziel der Arbeit gewesen wäre, könnte man derartige Projekte nur gutheißen: sie stünden in einer altehrwürdigen Tradition: dort zu helfen, dort einzuspringen, wo einem die Macht fehlt, Verhältnisse durchzusetzen, die solche Hilfe überflüssig machen. Schon etwas anders zu bewerten ist die Durchsetzung staatlicher und kommunaler Hilfen durch die Initiativgruppe, d. h. durch das Prestige *Richters*. Hier werden begrenzte öffentliche Mittel zugunsten der eigenen Schützlinge umkanalisiert, d. h. die Hilfe geht notwendigerweise auf Kosten derer, die keinen — oder keinen so mächtigen — Schutzpatron haben, der seine Macht noch durch seine hunderttausendköpfige Lesergemeinde und ihre Kaufkraft erheblich erweitert. Und hier muß ich noch einmal an die katholischen und protestantischen Waisenhäuser, Krankenhäuser und Schulen in den früheren Kolonien — und noch heute in manchem Land der Dritten Welt — denken. Es waren oft nicht allein kirchliche Mittel, die für sie eingesetzt wurden, sondern auch staatliche, wobei man, zur Begründung ihrer Vergabe, sagte, daß sie in den konfessionellen Einrichtungen besonders hilfreich und nutzbringend verwendet würden. So gingen sie anderen staatlichen oder nicht-christlich-konfessionellen sozialen Einrichtungen verloren. Die Bekehrten der Kolonien, denen von der Mission geholfen worden war, wurden später häufig die politisch Verbündeten der Imperialisten. So stellt sich die Frage, wessen politische Verbündete die Bewohner des Eulenkopfes eines Tages werden.

Irma Gleiss

## Der konservative Gehalt der Anti-Psychiatrie

Wenn man sich die Kontroverse um die Funktion psychotherapeutischer Modelle ansieht, dann erscheint es auf den ersten Blick so, als stünden sich hier im wesentlichen zwei Ansätze polar gegenüber, die in Theorie und Intention nichts gemein haben: Auf der einen Seite Psychotherapiemodelle wie Psychoanalyse, Gesprächspsychotherapie, Verhaltenstherapie und verschiedene sozialpsychiatrische Ansätze, die das Ziel der Wiedereingliederung des Patienten in seine gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitszusammenhänge verfolgen; auf der anderen Seite Konzeptionen, die genau dies als Anpassungsfunktion kritisieren und ablehnen.

Exemplarisch für die Konzeption der „Anpassungs-Befürworter“ werden im folgenden der sozialbehavioristische und an der Labeling-Theorie orientierte Ansatz von Ullmann und Krasner und Parsons' Theorie abweichenden Verhaltens diskutiert<sup>1</sup>. Dies ist deshalb gerechtfertigt, weil in diesen theoretischen Systemen die Berechtigung bestehender Normen und die Notwendigkeit ihrer Übernahme nicht in Zweifel gezogen wird. Als Beispiel für die Konzeption der „Anpassungs-Gegner“ werden das anti-psychiatrische Modell von Laing und Cooper sowie die „Meta-Psychiatrie“ Basaglias angeführt<sup>2</sup>.

Die folgende Auseinandersetzung mit diesen Konzeptionen geschieht unter zwei Zielsetzungen. Einmal soll gezeigt werden, daß es sich dabei keineswegs um gegensätzliche theoretische Positionen handelt, sondern um zwei Ansätze, die sich in ihrem Menschen- und Gesellschaftsbild sehr nahestehen, daß sich beide Ansätze nicht in ihrer Auffassung von gesellschaftlicher Wirklichkeit unterscheiden, sondern nur in der Bewertung vermeintlich objektiver Tatbestände. Die Übereinstimmung in der theoretischen Grundposition läßt sich besonders in drei Punkten nachzeichnen: Psychische Störungen werden als Norm-Abweichung charakterisiert; sie gelten als system-

1 L. P. Ullmann u. L. Krasner: Introduction: What is behavior modification? In: L. P. Ullmann u. L. Krasner (Eds.): Case studies in behavior modification. New York 1965; L. P. Ullmann u. L. Krasner: A psychological approach to abnormal behavior. Eaglewood Cliffs, New Jersey 1969; S. Parsons: The social system, Glencoe, Ill. 1951.

2 D. Cooper: Psychiatrie und Anti-Psychiatrie. Frankfurt am Main 1971; R. D. Laing: The politics of the family. New York 1969. Die Bezeichnung „Meta-Psychiatrie“ für Basaglias Ansatz stammt von einem Autorenkollektiv. Siehe dazu: „Psychiatrie und Politik“. In Das Argument 76, 14. Jg., 1973.

gefährdend, und die Funktion der Psychotherapie wird im wesentlichen in der sozialen Kontrolle gesehen. Zum anderen soll aufgezeigt werden, daß die Einschätzung dessen, was Psychotherapie leistet und was sie leisten kann und sollte, im wesentlichen von der Auffassung über das Objekt psychotherapeutischer Tätigkeit, nämlich dem psychisch gestörten Individuum, abhängt.

### **I. Die Definition psychischer Störungen als normabweichendes Verhalten**

Die im weitesten Sinne als interaktionstheoretisch<sup>3</sup> zu bezeichnende Auffassung über psychische Störungen als normabweichendes Verhalten entwickelte sich in der Auseinandersetzung mit dem medizinischen Modell der klassischen Schulpsychiatrie<sup>4</sup>. Die darin vertretene Lehre von den psychiatrischen Krankheitseinheiten geht davon aus, daß Geisteskrankheiten nach derselben Logik entstehen und ablaufen wie organische Krankheiten, also ihre letzten Ursachen im biologischen Geschehen des Organismus haben. Eine endgültige Beseitigung der Geisteskrankheit kann nach dieser Krankheitsauffassung nur dadurch erreicht werden, daß man die organischen Ursachen behebt und nicht dadurch, daß man die psychopathologische Symptomatik direkt angeht, da diese nur Ausdruck der Krankheit ist. Die Kritik am Medizinischen Modell<sup>5</sup> umfaßt zwei wichtige Momente: Der psychiatrische Krankheitsbegriff kann nur zum therapeutischen Pessimismus führen und wird dadurch zur Legitimationsgrundlage für die vorherrschende Form der Anstaltspsychiatrie, in der die Patienten lediglich aufbewahrt, nicht jedoch psychotherapeutisch versorgt werden. Beweise für die Berechtigung einer solchen therapeutischen Vernachlässigung werden dabei nicht aus naturwissenschaftlichen Studien über die organischen Ursachen psychischer Störungen gewonnen, sondern sie werden durch die eigene Praxis der Kasernierung und Isolierung von Patienten selbst produziert, nämlich in Form des chronischen Anstaltspatienten, der dann in der Tat keiner psychotherapeutischen Behandlung mehr zugänglich ist. Die Kritik an der theoretischen Position der klassischen Psychiatrie richtet sich vor allem gegen die biologistische Sicht vom Menschen als Naturwesen, in der psychotische Störungen nur als naturhafter Schicksalsschlag begreifbar sind, nicht jedoch im Zusammenhang mit

3 Unter diesem Begriff werden hier im wesentlichen die Labeling-Theorie und die Rollentheorie abgehandelt.

4 Eine gute Darstellung der Kontroverse findet sich bei H. Keupp: *Psychische Störungen als abweichendes Verhalten*. München 1972.

5 Trotz wichtiger Momente enthält diese Kritik am Medizinischen Modell einige Schwierigkeiten: erstens die undifferenzierte Gleichbehandlung von klassischer Psychiatrie und Psychoanalyse, zweitens die implizit enthaltene Unterstellung, daß das Medizinische Modell für organische Krankheiten angebracht sei, und zuletzt die abstrakte Negation des Biologischen bei psychischen Störungen.

der gesellschaftlichen Existenz des gestörten Individuums. Die Ergebnisse der psychiatrischen Epidemiologie über kulturelle und schichtenspezifische Unterschiede in Häufigkeit und Ausprägungsform psychischer Störungen können so innerhalb des medizinischen Modells nicht mehr erklärt werden.

Der wichtigste Punkt der Kritik am methodischen Vorgehen des medizinischen Modells besteht darin, sich gegen die substantialistische Auffassung psychischer Störungen abzugrenzen, d. h. dagegen, die Spezifik der Störung nur innerhalb des Individuums zu suchen, sie gleichsam als substantielle Eigenart eines isolierten, ungesellschaftlichen Menschen zu konzipieren. Die verschiedenen Versionen interaktionstheoretischer Konzepte — mit dem gemeinsamen Kernstück der Auffassung von psychischen Störungen als Norm-Abweichung — sehen nun den Vorteil des eigenen Modells gegenüber der psychiatrischen Krankheitsauffassung gerade darin, psychische Störungen als sozial bedingtes Phänomen und damit als erworben begreifen zu können. Die wichtigsten Bestimmungsmomente dieser Auffassung sollen im folgenden am Beispiel der obengenannten Autoren kurz nachgezeichnet werden, um im Anschluß die Kritik zu formulieren.

#### *Ullmann und Krasner (Labeling-Theorie)*

Ullmann und Krasner verstehen sich selbst als Sozialbehavioristen. Ihre allgemeine Konzeption psychischer Störungen, von ihnen als „sozialpsychologisches Modell“ bezeichnet, enthält sowohl Elemente der neobehavioristischen Lernpsychologie und hier besonders der Theorie des operanten Konditionierens, als auch Elemente der Labeling-Theorie. Hinsichtlich dieser beziehen sich die Autoren im wesentlichen auf die Arbeiten von Goffman, Scheff und Szasz.

Für ihre Bestimmung psychischer Störungen als normabweichendes Verhalten werden vom Ullmann und Krasner folgende Argumente hervorgebracht: Psychische Störungen seien weder Resultat biologischer Prozesse noch „Eigenschaft“ des isolierten Individuums, seiner Persönlichkeit oder seiner psychischen Funktionen. Von psychischen Störungen im eigentlichen Sinne, d. h. etwa von Funktionsstörungen der Organe, könne man gar nicht sprechen. Dies würde beispielsweise daran deutlich, daß je nach kulturellen Normen verschiedene Verhaltensweisen als „krank“, „gestört“ oder „abnormal“ bezeichnet werden: ein und dasselbe Verhalten kann in einem kulturellen Kontext als normal und wünschenswert gelten, in einem anderen jedoch als störend oder verrückt. Kriterien für die Unterscheidung von normalem und abweichendem Verhalten könnten damit nicht im Verhalten selbst gesucht werden, sondern nur im gesellschaftlichen Kontext, in dem Verhalten geäußert wird, und zwar in der Reaktion der Gesellschaft auf das jeweilige Verhalten. Damit gäbe es folglich kein gestörtes Verhalten, keine psychischen Störungen, sondern nur Verhalten, das andere stört. Bei den sogenannten psychischen Störungen handele es sich also um fehlangepaßtes Ver-

halten, d. h. um Verhaltensweisen, die den je herrschenden Normen widersprechen und die spezifische Formen von Sanktionen, therapeutischer Behandlung bis zur Anstaltsunterbringung nach sich ziehen.

Das Problem der Entstehung psychischer Störungen wird in diesem Ansatz also im wesentlichen zum Problem des Bezeichnens, des Etikettierens. Zwar wird in der Labeling-Theorie berücksichtigt, daß die Grundlage für den Etikettierungsprozeß eine irgendwie geartete „Primärabweichung“ des Individuums ist. Der Erforschung der Entstehungsbedingungen dieser Primärabweichungen wird jedoch keine theoretische oder praktische Bedeutung beigemessen. Denn — so wird argumentiert — es gebe eine solche Vielfalt von Normen und Rollen, die sich zum Teil sogar widersprechen. Im Leben eines jeden Menschen gebe es deshalb notwendig die eine oder andere Form primärer Abweichungen, die jedoch in der Regel folgenlos blieben, jedenfalls solange sie nicht von gesellschaftlichen Instanzen mit dem Etikett der Abweichung versehen werden. Von ätiologischer Bedeutung ist in der Labeling-Theorie also allein der Akt der Bezeichnung eines Verhaltens als gestört oder verrückt, der mit dem Prozeß der Stigmatisierung den Abweichenden in eine bestimmte, gesellschaftlich definierte Krankenrolle drängt. Durch die ebenfalls gesellschaftlich geprägten Erwartungen an das Verhalten eines „Verrückten“ wird die Entstehung der Sekundärabweichung eingeleitet und verfestigt. Der Prozeß der Stigmatisierung wird dabei als sprachlicher Zuweisungsprozeß verstanden, der auf der Ebene der unmittelbaren Interaktion den konkreten Umgang mit dem Abweichenden prägt.

Was allgemein als psychische Störung auftritt, hat nach dieser Auffassung den entscheidenden Erklärungsgrund im gesellschaftlich definierten Krankheitsbegriff. Der gesellschaftliche Charakter der sogenannten psychischen Störungen, den es ja in der Abgrenzung vom medizinischen Modell galt aufzuzeigen, wird einzig und allein in der Abhängigkeit der Entwicklung abweichenden Verhaltens von der Etikettierung durch gesellschaftliche Instanzen gesehen. Damit wird vorgegeben, die gesellschaftliche Determination psychischer Störungen sei letztlich dann erklärt, wenn man die gesellschaftliche Abhängigkeit des Krankheitsbegriffs aufzeigt.

### *Gesellschaftstheoretische Implikationen der Labeling-Theorie*

Die der Labeling-Theorie, und zwar speziell der darin entwickelten Auffassung von psychischen Störungen als Norm-Abweichung, zugrundeliegenden Konzeptionen über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft sollen am Beispiel von Parsons' allgemeiner Theorie abweichenden Verhaltens dargestellt werden; denn die Theorie Parsons' hat zweifellos großen Einfluß auf die verschiedenen soziologischen und sozialpsychologischen Ansätzen zum angesprochenen Problemkreis erzielt.

Parsons entwickelte seine Theorie der Abweichung mit der ausdrücklichen Zielsetzung, eine Konzeption zu formulieren, die für alle Sozialsysteme anwendbar sei. Um seine Bestimmung von psychischen Störungen als abweichendes Verhalten einordnen zu können, kann man sich zunächst seine Vorstellung vom Gegenteil, d. h. vom angepaßten Individuum oder vom normalen Interaktionsprozeß, vergegenwärtigen. Der normale Interaktionsprozeß beschreibt bei Parsons der „established state of a social system“. „Die Stabilität eines sozialen Systems ist ein Prozeß komplementärer Interaktion von zwei oder mehr individuellen Akteuren, in der jeder den Erwartungen des anderen entspricht, und zwar derart, daß Altersreaktionen auf Egos Handlungen positive Sanktionen darstellen, die so beitragen, seine gegebenen Bedürfnisdispositionen zu bekräftigen und damit seinen gegebenen Erwartungen nachzukommen. Dieser stabile oder gleichgewichtete Interaktionsprozeß ist der fundamentale Bezugspunkt für jede dynamische motivationsbezogene Analyse sozialer Prozesse.“ „In anderen Worten: Die Tendenz, den Interaktionsprozeß aufrechtzuerhalten, ist das erste Gesetz sozialer Prozesse.“<sup>6</sup> Das Gleichgewicht zwischen den Interaktionen ist somit quasi der Naturzustand des sozialen Systems, für dessen Beibehaltung keine speziellen Mechanismen nötig sind. Die gegebene Rollenorientierung ist jedoch nicht angeboren, sondern muß erst erlernt werden. Bevor dieser Prozeß vollzogen ist, tendiert das Individuum zu Handlungen, die das Interaktions-Equilibrium, d. h. die Übereinstimmung der Rollenerwartungen, gefährden. Der besondere Lernprozeß, der dem Individuum eine Orientierung vermittelt, damit es zufriedenstellend in seiner Rolle funktionieren kann, wird von Parsons als Sozialisierung bezeichnet. Dieser Prozeß besteht primär im Lernen bestimmter Erwartungen und Motivationen und vollzieht sich in der Form der Verinnerlichung bestehender gesellschaftlicher Normen und Werte. Ähnlich wird von Parsons auch Abweichung als motivationales Geschehen begriffen, das die Kongruenz der Rollenerwartungen gefährdet. „Abweichung wird als eine Tendenz definiert, die entweder in der Veränderung der Beschaffenheit des Interaktions-Systems resultiert, oder in der Wiederherstellung des Gleichgewichts durch gegenwirkende Kräfte, nämlich durch die Mechanismen der sozialen Kontrolle.“<sup>7</sup>

Da von Parsons das soziale System als Summe unmittelbarer Interaktionsprozesse verstanden wird, ergibt sich daraus relativ zwingend die Konstruktion eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen Abweichung und sozialem Wandel. Veränderungen in der Stabilität des sozialen Systems haben darin ihren letzten Erklärungsgrund in individuellen, motivationalen Abweichungstendenzen, d. h. sozialer Wandel wird ausschließlich aus den Aktionen abweichender Individuen erklärt. Darin ist zunächst keine Wertung der Abweichung bzw. der Richtung sozialer Veränderungen eingeschlossen.

6 Parsons, a.a.O., S. 204 bis 205.

7 Ebenda, S. 250.

### *Die Bestimmung psychischer Störungen innerhalb der Anti-Psychiatrie*

Die theoretische Nähe der Anti-Psychiatrie zur Labeling-Theorie zeigt sich bereits in der Gegenstandsbestimmung der Schizophrenieforschung. Laing und Cooper geht es um die Erforschung des sozialen Feldes, auf dem das Etikett „Schizophrenie von einigen Beteiligten an diesem Feld anderen Beteiligten angeheftet wird“<sup>8</sup>. Entsprechend wird Schizophrenie als Interaktionsprozeß definiert, der vorwiegend auf der kommunikativen Ebene abläuft und das Resultat der Identifizierung eines Menschen als geisteskrank hervorbringt. So schlägt Laing beispielsweise die Durchführung eines Experiments vor, in dem „Normale“ als „schizophren“ und „Schizophrenie“ als „normal“ behandelt werden sollen. Mit einem solchen Experiment sei zu beweisen, daß Schizophrenie durch die Erwartung entsteht, die man an die Rolle des Schizophrenen knüpft.

Die gesellschaftliche Bestimmung von Schizophrenie wird gemäß der Labeling-Theorie nur im begrifflichen Bereich konzipiert. Gesellschaftlich bestimmt sei Schizophrenie insofern, als dieses spezifische Etikett von gesellschaftlichen Instanzen zugeordnet würde, was dann entweder die Ausgrenzung des Betroffenen oder dessen Behandlung legitimiere. Zweck und faktisches Resultat dieses Prozesses sei die Erhaltung der Stabilität bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse.

Abweichung und soziale Kontrolle werden damit innerhalb der Anti-Psychiatrie in einen gesellschaftstheoretischen Kontext gestellt, der in seinen Grundzügen mit der oben skizzierten Theorie der Abweichung von Parsons formal identisch ist. Eine Präzision dieses Ansatzes erfolgt nur insofern, als stellvertretend für Gesellschaft bzw. gesellschaftliche Agenturen und Institutionen die Familie untersucht wird. Dies ist innerhalb der Logik der „Gesellschaftstheorie“ sowohl Parsons' als auch Laings und Coopers legitim. Da Gesellschaft als Summe von Individuen und gesellschaftliche Beziehungen als Summe unmittelbarer Interaktionsbeziehungen verstanden werden, ist es nur schlüssig, anzunehmen, daß Struktur und Funktion der Familie die Struktur und Funktion des gesellschaftlichen Systems im Kleinen widerspiegeln.

### *Psychiatrischer Krankheitsbegriff als Herrschaftsbegriff*

Die Auffassung, daß die maßgebende soziale Funktion des professionalisierten, psychiatrischen Krankheitsbegriffs, die der sozialen Kontrolle und der Herrschaft sei, ergibt sich relativ zwingend aus der Konzeption psychischer Störungen als normabweichendes Verhalten. Sie wird so auch bei allen oben erwähnten Autoren explizit gemacht. Da es in dieser Konzeption psychische Störungen nur als Resultat begrifflicher Zuweisung gibt, kann ein professionalisierter

Krankheitsbegriff, egal auf welcher theoretischen Grundlage, für das betroffene Individuum nur eine beherrschende Funktion haben, d. h. nur nachteilige Konsequenzen. Der psychiatrische Krankheitsbegriff und die an ihn gebundene Diagnostik können so nicht die für das betroffene Individuum nützliche Funktion der Identifikation einer Störung zum Zwecke ihrer Beseitigung haben, da ja die begriffliche Identifikation erst die Störung hervorruft. Die gesellschaftliche Funktion des psychiatrischen Krankheitsbegriffs kann innerhalb des Ansatzes also nur in der sozialen Kontrolle gesehen werden, d. h. darin, mit Hilfe professioneller Klassifikationen Schützenhilfe für die Ausgrenzung unliebsamer Norm-Abweicher zu bekommen.

Am bekanntesten in diesem Zusammenhang sind in der BRD die Arbeiten von Dörner und seiner Mitarbeiter. In einer historischen Analyse der Psychiatrie<sup>9</sup> charakterisiert Dörner das, was in der Psychiatrie wesentlich geschieht, als Ausgrenzung bzw. Integration und Behandlung der gesellschaftlich definierten Unvernunft. Der sich in den historischen Epochen ändernde Krankheitsbegriff stecke dabei jeweils die Grenzen dessen ab, was nicht mehr tolerierbar sei an Unvernünftigem, d. h. an von der herrschenden Vernunft abweichenden Ideen und Verhaltensweisen. In dieser Darstellung ist somit implizit die Vorstellung enthalten, daß der psychisch Gestörte oder allgemein das Phänomen der psychischen Störungen in seiner historischen Veränderung nur darüber Auskunft gibt, was zu bestimmten historischen Epochen oder in bestimmten gesellschaftlichen Systemen als Abweichung gilt und nicht mehr geduldet werden kann. Damit wird auch hier, ähnlich wie in der Labeling-Theorie, das Problem der Entstehung psychischer Störungen auf die Ebene begrifflicher Zuweisung eingeschränkt. Von Interesse sind nicht wirkliche Ursachen psychischer Störungen oder das Unvermögen von Menschen, sich in einer gegebenen gesellschaftlichen Umwelt einzurichten, sondern allein die Stigmatisierungspotenz verschiedener Wörter in einem historischen Ablauf.

## **II. Kritik an der Definition psychischer Störungen als normabweichendes Verhalten**

Mit der Definition psychischer Störungen als Norm-Abweichung ist, wie bereits erwähnt, der Anspruch verbunden, sie als sozial bedingtes Phänomen begrifflich zu machen. Die folgende Kritik an dieser Auffassung beschränkt sich im wesentlichen auf diesen Anspruch und versucht die Unmöglichkeit seiner Einlösung zu begründen. Als wesentlicher Grund gilt, daß mit der Auffassung von psychischen Störungen als normabweichendes Verhalten notwendig eine falsche Bestimmung der Gesellschaftlichkeit des Individuums einhergeht.

### *Die Reduktion gesellschaftlicher Zusammenhänge auf ideologische Prozesse*

Der Sozialisationsprozeß, d. h. die Entwicklung des Individuums unter dem Einfluß der Erziehung, wird in den oben genannten Ansätzen ausschließlich als ideologischer Prozeß verstanden. Die Inhalte des Erziehungsprozesses sind danach die bestehenden Normen und Werte; der Form nach ist er Internalisierung. Durch Belohnung und Strafe als Erziehungsmittel wird die Anpassung an die bestehenden Normen, die Übernahme gesellschaftlicher Rollenerwartungen garantiert. Diese Bestimmung des Erziehungsprozesses impliziert, daß der Mensch vor allem deshalb gesellschaftlich ist, weil er bestimmte gesellschaftliche Wertvorstellungen internalisiert hat. Die Übernahme dieser Werte geschieht in der unmittelbaren, zwischenmenschlichen Interaktion. Aus dieser entstehen die Handlungen des einzelnen, die durch nichts weiter begründet werden<sup>10</sup>.

Diese Betonung des Sozialisierungsprozesses als Prozeß vorwiegend der Normverinnerlichung macht allenfalls deutlich, worauf es bürgerlichen Ideologen bei der Erziehung ankommt, sie spiegelt jedoch keineswegs den faktischen Sozialisationsprozeß des Individuums wider, auch nicht den unter kapitalistischen Verhältnissen. Ein Mensch, der im Laufe seiner individuellen Entwicklung ausschließlich Normen verinnerlicht, dessen Bild der Realität nur über Normen vermittelt ist, wäre nicht lebensfähig und schon gar nicht anpassungsfähig. Unmittelbare zwischenmenschliche Beziehungen erklären nicht die gesellschaftliche Existenzweise des Menschen, sondern sie müssen umgekehrt in ihrer konkreten Form und ihrem konkreten Inhalt durch die gesellschaftlichen Verhältnisse erklärt werden. Bestimmend dabei ist die materielle Grundlage, d. h. die Form der Produktion der eigenen Lebensbedingungen. Über sie werden die unmittelbaren Beziehungen der Menschen zueinander vermittelt, nicht über verschiedenste Bewußtseinserscheinungen oder Erwartungen. Entsprechend vollzieht sich der individuelle Entwicklungsprozeß nicht als passive Übernahme bestehender Normvorstellungen, sondern als Prozeß der praktischen Aneignung gesellschaftlich geprägter Wirklichkeit<sup>11</sup>. Der individuelle Erwerb menschlicher Fähigkeiten realisiert sich durch die aktive, eingreifende Auseinandersetzung mit den Produkten gesellschaftlicher Arbeit. Die gesellschaftliche Determination des menschlichen Individuums und seiner psychischen Entwicklung ist damit primär materiell bestimmt, einmal durch die objektivierte Form menschlicher Fähigkeiten in den Produkten gesellschaftlicher Arbeit, zum anderen durch die Materialität des gesellschaftlichen Lebens, in dem die dominierende und bestimmende

<sup>10</sup> Vgl. dazu F. Haug: Kritik der Rollentheorie. Frankfurt am Main 1972.

<sup>11</sup> Vgl. dazu K. Holzkamp: Sinnliche Erkenntnis — Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt am Main 1973.

Rolle den ökonomischen Verhältnissen zukommt. „Und zwar deshalb, weil dieser Bereich, diese Dimension, der Inbegriff, die Zusammenfassung jener menschlichen Lebenstätigkeit ist, die für den Menschen und die Gesellschaft arbestimmend ist... Wenn dem gesellschaftlichen Leben ein Umstand objektiv vorgegeben ist, dann der, daß die menschliche Gattung sich aufgrund der physischen Konstitution des menschlichen Individuums auf eine ganz bestimmte Art und Weise mit der sie umgebenden Natur auseinandersetzen muß, um ihr Leben zu erhalten, auf eine ganz bestimmte Art den lebenserhaltenden Stoffwechsel mit der Natur vollziehen muß... Die eigentliche Qualität dieses Stoffwechsels besteht in der Arbeit, jener Tätigkeit, als deren entscheidende Attribute Marx das Element der Zweckbewußtheit, der Zweckmäßigkeit und den Gebrauch bzw. die Schöpfung von Arbeitsmitteln zur Herstellung von Gebrauchswerten herausarbeitete.“<sup>12</sup>

Wenn einmal der Erziehungsprozeß als Normverinnerlichung verstanden und damit primär auf der ideologischen Ebene konzipiert wird, dann liegt es auf der Hand, die Gesellschaftlichkeit des Individuums darin zu sehen, daß Normen internalisiert wurden. Damit ist auch die Gesellschaftlichkeit des Menschen primär ideell bestimmt. Sind diese beiden Schritte vollzogen, dann bleibt faktisch nichts anderes mehr übrig, als die Gesellschaftlichkeit des Menschen als normative Übereinstimmung aufzufassen. Das Individuum erwirbt, nach dieser theoretischen Konstruktion, sein gesellschaftliches Wesen, indem es Werte übernimmt, Rollenerwartungen lernt, kurz, indem es sich ideologisch einpaßt. Diese Illusion der primär ideell-gesellschaftlichen Determination des Individuums, in der die Anpassung des Menschen an die Bedingungen der objektiven Realität nur noch als Unterwerfung unter die herrschende Ideologie verstanden werden kann, ist sicherlich eine der wesentlichen theoretischen Grundlagen für die verschiedensten Randgruppen-Strategien. Denn in der Gesellschaft sein heißt ja hier angepaßt sein, und Anpassung wird ausschließlich als ideologische Anpassung verstanden. Veränderung der Gesellschaft und in der Gesellschaft sein schließen sich somit aus.

Aus allem folgt, daß bei einer primär ideellen Bestimmung der Gesellschaftlichkeit des Menschen, die Erklärung von Abweichung — auch wenn und gerade wenn sie in diesem Sinne sozial bzw. gesellschaftlich abgeleitet werden soll — wiederum nur auf ideelle Wurzeln stoßen kann. Abweichung ist Negation von Normen, Produkt eines Überangebots oder der Widersprüchlichkeit von Normen. Die Wiedereinholung der Abgewichenen in die Gesellschaft führt damit in günstigen Fällen zu einer Normkorrektur — dies ist dann sozialer Wandel. Ein Rekurs auf die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse scheint sich gänzlich zu erübrigen.

12 E. Hahn: *Historischer Materialismus und marxistische Soziologie*, Berlin/DDR 1968.

### *Abstrakte Sicht von Gesellschaft und Individuum*

In dem oben ausgeführten Sinn müssen Abweichung oder psychische Störungen Resultat sein der „gesellschaftlichen“ — im Sinne der normativen — Existenz überhaupt. Damit ist die Ontologisierung der für kapitalistische Verhältnisse spezifischen Widersprüche zwischen Individuum und Gesellschaft vollzogen. Deutlich wird dies sowohl in rollentheoretischen Konzeptionen als auch bei Laing und Cooper. Interessengegensätze werden nicht historisch bestimmt, nicht durch den historisch gewordenen Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklärt, sondern allein durch die Existenz von Ich und Du in Laings Terminologie bzw. Ego und Alter in der Parsons'. Basaglia kann dieser Vorwurf der Ontologisierung kapitalistischer Widersprüche nicht gemacht werden. Dadurch gerät er jedoch in Widerspruch zur eigenen Argumentation. Denn die Auffassung von psychischen Störungen als Norm-Abweichung provoziert die abstrakte Sicht von Individuum und Gesellschaft und ist nur innerhalb dieser Sichtweise stringent. So ist es nicht verwunderlich, daß die Frage, welche spezifischen Normen durch psychisch Gestörte verletzt werden, nicht oder nur falsch beantwortet werden kann.

Für entwickelte kapitalistische Länder versucht Basaglia diese Frage am Beispiel sozialpsychiatrischer Entwicklungen zu beantworten. Der veränderte Krankheitsbegriff sozialpsychiatrischer Prägung, mit dem Ziel der Wiedereingliederung des Patienten in den Produktionsprozeß, bringe im wesentlichen das Interesse des entwickelten Kapitalismus zum Ausdruck, alle Menschen in den Produktionsprozeß einzuverleiben. Darin bestünde auch der sublimen Herrschaftscharakter der Sozialpsychiatrie<sup>13</sup>. Zu dieser Einschätzung kommt Basaglia deshalb, weil er das entscheidende Entwicklungsprinzip kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Entfaltung der Produktivität sieht, das oberste Ziel des Kapitals im „wirtschaftlichen Aufschwung“ und in der „Entwicklung der Produktion“<sup>14</sup>. Ähnlich wird auch von Dörner argumentiert, eine kritische Norm, die von psychiatrischen Patienten nicht erfüllt würde, sei die, am Produktionsprozeß teilzunehmen. Der Irrtum, der dieser Auffassung zugrunde liegt, besteht in der Annahme, das Bewegungsprinzip kapitalistischer Produktion liege in der Produktivitätsentwicklung und nicht, wie dies der Fall ist, im Profit. Dies ist insofern eine abstrakte Sicht von Gesellschaft und Individuum, als hier ein für die Entwicklung der „großen Industrie“ unter kapitalistischen Bedingungen spezifischer Zusammenhang, nämlich der der Verkrüppelung menschlicher Fähigkeiten und Potenzen, gleichsam als Naturgesetz der Arbeit verewigt wird — indem ein ontologischer Gegensatz konstruiert wird zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit.

13 F. Basaglia: Die Abweichende Mehrheit. Die Ideologie der totalen sozialen Kontrolle. Frankfurt am Main 1972, S. 15, 150.

14 Ebenda, S. 25.

Laing und Cooper müssen sich in der Frage, welche Normen denn durch psychisch Gestörte gebrochen werden, etwas mehr abmühen, da bei ihnen interaktionstheoretische Elemente mit Existenz-Philosophie gekoppelt sind. Vereinfacht kann man diese Mischung etwa wie folgt darstellen: Ein mittleres Maß an Entfremdung sei die Daseinsbedingung jedes gesellschaftlichen Lebens<sup>15</sup>. Sie gelte als Normalität und impliziere auf Grund der ihr eigenen Logik die Intoleranz gegenüber Trägern anderer Entfremdungsformen wie etwa der Schizophrenie<sup>16</sup>. Sogenannte Schizophrene seien also deshalb normabweichend, weil sie bestimmte, außerhalb der normalen Pathologie liegende Erfahrungen machen, die gleichzeitig Versuch der Selbstfindung und Ausdruck von Autonomiebestrebungen gegenüber gesellschaftlichen Instanzen, vorwiegend der Familie, seien. Ihre Ausgrenzung oder Heilung würde notwendig, weil sonst der Schein der Normalität oder normalen Pathologie nicht mehr gewahrt würde<sup>17</sup>. Psychische Störungen tangieren also nach Laing und Cooper die bestehenden herrschenden Normen insofern, als sie als natürlicher Heilungsprozeß und existentielle Neugeburt zu verstehen seien, und als darüber hinaus der Prozeß der individuellen Erfahrung als sozialer Befreiungsprozeß zu sehen sei. Auch in diesem Lösungsvorschlag kann die Frage nach der Spezifik der Normen, die von psychisch Gestörten angeblich gebrochen werden, nicht beantwortet werden. Die für den Kapitalismus spezifischen Widersprüche werden aus der Daseinsweise des Menschen schlechthin abgeleitet, was im konkreten Fall einer Ontologisierung des Gegensatzes von Individuum und Gesellschaft gleichkommt.

Eine weitere Version, nach der alle im Kapitalismus herrschenden Normen auch kapitalistische Sonderinteressen zum Ausdruck bringen, schwingt sowohl in der Anti-Psychiatrie als auch bei Basaglia mit. Deutlich wird sie in beiden Konzeptionen durch die Forderung der totalen Negation aller bestehenden Normen und Rollen, die auch in verschiedensten Randgruppen-Strategien zum Ausdruck kommt. Grundlage dieser Auffassung ist die Vorstellung einer eindimensionalen Gesellschaft, in der nicht primär objektive Widersprüche die Entwicklung bestimmen, sondern in der allein das Kapital die Entwicklung regiert und die unbegrenzte Fähigkeit hat, objektive Widersprüche mit ideologischen Mitteln zu verdecken. Auch in diesem Punkt zeigt sich also die Fehlerverwandtschaft von „Anpassungs-Gegnern“ und „Anpassungs-Befürwortern“: Denn auch Parsons zeichnet ein Bild vom omnipotenten sozialen System, das je nach Einsatz ideeller Mittel, nämlich Sozialisierung und sozialer Kontrolle, die totale Anpassung eines an sich passiven Individuums gewährleisten kann und dadurch die eigene Stabilität perpetuiert.

15 Cooper, a.a.O., S. 54.

16 Autorenkollektiv, a.a.O., S. 73.

17 Cooper, a.a.O., S. 60/61.

### *Die Reduktion psychischer Störungen auf die Begriffsebene*

In ihrer Argumentation für die Definition psychischer Störungen als Norm-Abweichung geht die Labeling-Theorie von der zunächst stichhaltig erscheinenden Prämisse aus, daß es an sich kein gestörtes Verhalten gäbe. Diese Prämisse ist jedoch nur insofern stichhaltig, als es Verhalten „an sich“ überhaupt nicht gibt, als dies eine abstrakte und sinnlose psychologische Kategorie darstellt. Denn jedes konkrete Verhalten ist nicht als isolierte subjektive Äußerung begreifbar, sondern steht immer in einem Bezug zur objektiv-gegenständlichen Realität. Aber genau das wird in der Labeling-Theorie nicht gesehen. Sie unterstellt in ihrem Modell die Existenz eines Individuums, das sich zunächst „an sich“ verhält, und unterstellt ferner, daß erst über einen nachträglich einsetzenden sozial-evaluativen Prozeß feststellbar sei, ob dieses Verhalten nun angepaßt war oder nicht. Da Anpassung in der Labeling-Theorie nur als ideologische Anpassung begriffen werden kann, heißt dies ferner, daß einziges Kriterium für Anpassung die Einhaltung herrschender Normen sei. Entscheidend bei psychischen Störungen ist also nach dieser Sichtweise nicht die objektive Behinderung der individuellen Entwicklung durch die Störung, sondern die gesellschaftliche Bewertung eines an sich als völlig neutral und funktional gedachten Verhaltens.

Die damit einhergehende Leugnung psychischer Störungen als objektiv reales Phänomen wird sowohl in der konservativen als auch in der „kritischen“ Version der Labeling-Theorie deutlich: So heißt es z. B. bei Matza: „Es gibt keine Pathologie, sie existiert ausschließlich im begrifflichen Bereich.“<sup>18</sup> Ähnlich kann man es bei Cooper lesen: Schizophrenie gibt es nicht, es gibt nur Personen, die als schizophren behandelt und ausgeschlossen werden<sup>19</sup>. Damit wird von beiden die Realität psychischer Störungen auf die Realität bestimmter Begriffe reduziert. Die Untersuchung des Verhältnisses von Begriff und objektiver Realität gilt dabei meist nicht mehr als sinnvolles Forschungsinteresse.

Auch von ernst zu nehmenden Autoren wird bezweifelt, ob psychische Störungen objektiv-reale Phänomene seien, deren Entwicklungsgesetze man daher unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Geltung und Bewertung untersuchen könne. Bei Sarbin zeigt sich deutlich, daß diese Position letztlich zur Leugnung des Psychischen überhaupt führen muß. In seinem Aufsatz „Sinn und Unsinn der Definition von ‚psychischer Krankheit‘“<sup>20</sup> wendet sich Sarbin zu Recht dagegen, Krankheit als Eigenschaft der Seele, also substantialistisch zu begreifen. Seine Alternative ist jedoch nicht Kritik dieser besonderen Auffassung vom Psychischen, sondern die Leugnung des Psychischen als reales Phänomen überhaupt. Er vertritt also eine Posi-

18 D. Matza, zit. nach H. Keupp (Hrsg.): Der Krankheitsmythos in der Psychopathologie. München 1972, S. 79.

19 Cooper, a.a.O., S. 26.

20 T. R. Sarbin: Sinn und Unsinn der Definition von „psychischer Krankheit“. In H. Keupp, a.a.O.

tion, wie sie vom „primitiven Materialismus“<sup>21</sup> in Form der Leugnung des Ideellen oder vom Behaviorismus in Form der Leugnung des Bewußtseins her bekannt ist. Auch wenn man diese Position des „dummen Materialismus“ nicht übernehmen will, ist sie dennoch konsequentes Resultat der Auffassung von psychischen Störungen als Norm-Abweichung bzw. Konsequenz jener Auffassung, die die Realität psychischer Störungen auf die Realität des entsprechenden Begriffes reduziert. Denn jede psychische Tätigkeit, jedes Verhalten des Menschen, wird auf die eine oder andere Weise gesellschaftlich bewertet: als intelligent oder dumm, nützlich oder schädlich, normal oder unnormal, angepaßt oder abweichend. Sollte man daraus aber schlußfolgern, daß auch die normale psychische Tätigkeit des Menschen ihre objektiv reale Existenz erst dem Begriff oder der Bewertung, die darüber gemacht werden, verdankt?

Die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen psychischer Störungen wird so innerhalb der Labeling-Theorie notwendig reduziert auf die Gesellschaftlichkeit des Begriffs, der über psychische Störungen existiert. Damit führt dieser Ansatz in der klinischen Psychologie dazu, sich die Frage nach den materiell-gesellschaftlichen Ursachen psychischer Störungen nicht mehr zu stellen. Einzig legitimes Forschungsinteresse besteht in der Untersuchung derjenigen sozialen Faktoren, die mit den Entzugsmöglichkeiten vor dem Etikett „verrückt“ zu tun haben.

Ähnlich geschieht auch die Interpretation epidemiologischer Studien. Verantwortlich für die Häufung psychischer Erkrankungen in den unteren sozialen Schichten sind nicht mehr die belastenden Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern die Tatsache, daß Unterschichtsangehörige während ihres Sozialisationsprozesses nicht die geeigneten Techniken vermittelt bekommen, um sich der gesellschaftlichen Stigmatisierung zu entziehen. Für eine solche Interpretation sprechen jedoch nicht einmal die empirischen Befunde der sozial-psychiatrischen Forschung. Dagegen verweisen der frühere Behandlungsbeginn und die größere Anzahl von Selbsteinweisungen eher darauf, daß umgekehrt Angehörige höherer Bevölkerungsschichten sich früher und eher dem Etikett „krank“ aussetzen, wodurch sich ihre Versorgungslage allerdings nicht verschlechtert, sondern im Gegenteil verbessert. Wenn man davon ausgeht, daß primär die Benennung der Störung diese hervorruft, muß man auch gegen jede Art präventiver Maßnahmen sein. Früherkennung dürfte nach der Logik der Labeling-Theorie die Versorgungssituation nicht verbessern, sondern müßte sie verschlechtern. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: je früher eine Störung behandelt wird, desto besser sind die Aussichten auf dauernde Heilung.

Natürlich hat der Stigmatisierungs-Ansatz seinen berechtigten Kern: er wendet sich gegen die Diskriminierung psychisch Gestörter und zeigt auf, wie durch eine bestimmte Form der Behandlung und

21 Vgl. dazu L. Sève: *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*. Berlin/DDR 1972, S. 231 ff.

durch verschiedene soziale Vorurteile die Störung chronifiziert wird. Dadurch ist aber noch bei weitem nicht nachgewiesen — wie nahegelegt wird —, daß Behandlung an sich, d. h. jede mögliche Form der Behandlung psychischer Störungen zur Chronifizierung und Verfestigung führt. Anstatt sich also gegen bestimmte, nachweislich krankheitsverstärkende Formen von Diagnose und Behandlung zu wenden, wendet man sich überhaupt gegen Diagnose, was notgedrungen zu einer Praxis führen muß, die dem allgemeinen Interesse an präventiver und umfassender psychiatrischer Versorgung widerspricht.

### III. Methodische Überlegungen zur Bestimmung psychischer Störungen

Was sind aber nun psychische Störungen, wenn nicht das, was im Begriff oder in der Interaktion über sie ausgesagt wird? Man wird sich bei der Lösung dieser Frage, die noch keineswegs befriedigend zu klären ist, hüten müssen, in andere Versionen des Substanzdenkens zu verfallen, d. h. psychische Störungen als besondere Eigenschaft des abstrakten Individuums, seiner Seele oder seines Nervensystems zu begreifen. Das Wesen psychischer Störungen, wie überhaupt das Wesen eines beliebigen Gegenstands erfassen, bedeutet, die reale Entwicklung nachvollziehen. Damit muß sich das Augenmerk der Forschung auf die Genese psychischer Störungen richten, d. h. deren Entwicklungsbedingungen und -gesetze erforschen, um damit das Wesen psychischer Störungen zu erfassen.

Aber genau diese Frage nach der Genese psychischer Störungen wird in der Labeling-Theorie nicht mehr gestellt und hat darin auch keinen Stellenwert. Denn wenn psychische Störungen primär als Norm-Abweichung angesehen werden, dann ist nicht mehr das gestörte Verhältnis des Menschen zur objektiv-gegenständlichen Welt von Interesse, sondern allein das „gestörte Verhältnis“ zu den bestehenden Normen. Es wird so auch unterstellt, daß Besonderheiten im Denken, in der Wahrnehmung, im Verhalten oder in der gefühlsmäßigen Widerspiegelung keine Auskunft darüber zulassen, daß es sich um eine gestörte Widerspiegelung objektiv realer Bewegungen handelt, sondern daß sie statt dessen ausschließlich Auskunft über die Verfassung derjenigen geben, d. h. Familie oder Gesellschaft, die den Ausgrenzungs- oder Etikettierungsprozeß einleiten.

Auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Auffassung vom Psychischen, d. h. einer Auffassung, die in der psychischen Tätigkeit des Menschen einen für ihn spezifischen, bewußten Prozeß der Subjektivierung des Objektiven sieht und damit psychische Tätigkeit als Widerspiegelung des objektiv Realen begreift<sup>22</sup>, wird es jedoch durchaus möglich, von psychischen Störungen als objektiv realem Phänomen zu sprechen und damit zunächst davon zu abstrahieren,

22 Vgl. dazu K. Holzkamp, a.a.O.; A. N. Leontjew: Probleme der Entwicklung des Psychischen. Berlin/DDR 1967.

wie das Verhalten des Gestörten zu den bestehenden Normen in Beziehung steht bzw. vom Etikettierungsprozeß zunächst zu abstrahieren — obwohl natürlich die Untersuchung auch dieses Vorgangs und der Einfluß bestimmter Vorurteile auf die Störung selbst immer auch legitime und wichtige Ergänzungen der Forschung bleiben, aber eben nur Ergänzungen.

In jedem Falle ist es so, daß die Widerspiegelung des Objekts durch den bewußten Lebensprozeß und *nur* durch ihn, d. h. durch die aktive Tätigkeit des Subjekts vermittelt wird. Der reale Lebensprozeß des Individuums, seine gesellschaftliche Praxis entscheidet darüber, welches Bild der Mensch von der objektiv realen Welt vermittelt bekommt. Die gesellschaftliche Realität ist, wie dies Leontjew ausdrückt<sup>23</sup>, dem Menschen nicht gegeben, und sie spiegelt sich nicht unmittelbar im passiven Subjekt wider, sondern sie ist ihm aufgegeben, d. h. sie stellt sich dem Subjekt erst vermittelt über die aktive Tätigkeit, über den Aneignungsprozeß dar.

Wenn man nun psychische Störungen als eine gestörte Form der Widerspiegelungstätigkeit begreift — und daß dies ein wesentliches Merkmal jeder Störung ist, ist augenscheinlich —, stellt sich die Frage nach den Entwicklungsgesetzen dieser Form der Widerspiegelung und ihrer Spezifik. Ohne dies im Detail und für alle Störungen beantworten zu können, kann man jedoch stringent bestimmen, wo man nach Entwicklungsbedingungen und Determinanten zu suchen hat: nicht im Individuum und auch nicht primär in den gesellschaftlichen Normen, sondern im realen Lebensprozeß des Individuums mit seinen vielfältigen und komplizierten Beziehungen. Der reale Lebensprozeß eines Menschen, seine gesellschaftliche Praxis, ist jedoch nicht erschöpfend charakterisiert durch seine unmittelbaren sozialen Beziehungen, zumal wenn noch dazukommt, daß diese unmittelbaren Beziehungen auch nur als kommunikative Beziehungen aufgefaßt werden, wie dies in den interaktionstheoretischen Ansätzen vorwiegend geschieht. Die unmittelbaren sozialen Beziehungen müssen selbst als vermittelt begriffen werden — vermittelt über den Standort des Individuums im System materieller gesellschaftlicher Verhältnisse<sup>24</sup>. Erst dann läßt sich etwas über die gesellschaftliche Spezifik der Lebenstätigkeit des Individuums und damit auch über die gesellschaftliche Spezifik psychischer Störungen sagen.

#### IV. Psychotherapie als soziale Kontrolle

Im folgenden soll aufgezeigt werden, wie durch die falsche Bestimmung von psychischen Störungen als Norm-Abweichung auch eine einseitige Auffassung von Psychotherapie als sozialer Kontrolle provoziert wird. Dabei geht es zunächst nicht in erster Linie darum, was

23 Leontjew, a.a.O., S. 227 ff.

24 Holzkamp, a.a.O., S. 264 ff.

Psychotherapie sein soll, welche fortschrittliche Bestimmung man ihr geben will, sondern um die Einschätzung dessen, was sie tatsächlich ist — in den verschiedensten Formen, in denen sie existiert.

Notwendige Voraussetzung dafür, die herrschende psychotherapeutische Praxis im wesentlichen als soziale Kontrolle zu sehen, ist die Auffassung, daß psychisch Gestörte auf die eine oder andere Weise das System stören. Denn nur diejenigen gesellschaftlich-institutionellen Maßnahmen, die tatsächlich die Funktion der Stabilisierung des Systems und/oder der Verschleierung von Widersprüchen erfüllen, können als soziale Kontrolle bezeichnet werden. Die Frage, ob Psychotherapie soziale Kontrolle ist, stellt sich zunächst als Frage nach der Wirkung psychisch Gestörter auf das System.

Wenn man es einmal zur Gewohnheit hat werden lassen, psychische Störungen im wesentlichen als Norm-Abweichung zu betrachten und alle denkbaren Formen von Norm-Abweichung gleich zu behandeln, dann ist der Weg von der formalistischen Auffassung, daß psychische Störungen das Gleichgewicht des Systems gefährden, bis hin zur Vorstellung von ihnen als „Systemgefährdern“ im Sinne der praktischen Verneinung, nicht weit. „Anpassungs-Befürworter“ und „Anpassungs-Gegner“ sind sich also in dieser Frage scheinbar einig.

Systemgefährdend oder, neutral ausgedrückt, systemverändernd sind psychische Störungen wie alle Norm-Abweichungen also insofern, als die Veränderung der Gesellschaft schlechthin ein primär ideologischer Prozeß ist, der zwar in konkreten Handlungen abläuft, letztlich jedoch durch das Bewußtsein bestimmt ist. Genau diese Annahme wird von Laing und Cooper übernommen. Auch bei ihnen vollzieht sich gesellschaftlicher Wandel primär im Bewußtsein, in Form bestimmter individueller Erfahrungen. Die falsche Logik dieses Gedankens ist die, daß zunächst das Individuum sich intellektuell emanzipieren muß und daß der gesellschaftliche Wandel bereits durch die Summe solcher individueller Emanzipationsakte vollzogen sei. Die Grundlage dieser Auffassung ist hier wie auch bei Parsons die falsche Bestimmung von Gesellschaft als Summe der sie konstituierenden Individuen bzw. die Reduktion gesellschaftlicher Verhältnisse auf unmittelbare zwischenmenschliche Interaktion. Nun soll natürlich die Rolle des Bewußtseins bei gesellschaftsverändernden Prozessen nicht geleugnet werden, im Gegenteil: jede gesellschaftsverändernde Aktion und Tätigkeit ist notwendig bewußte Tätigkeit. Ausschlaggebend ist jedoch dabei — und dies kann weder von Parsons noch von Laing und Cooper gesehen werden —, daß Ideen selber gar nichts verändern, aber der gesellschaftsverändernden Praxis vorausgehen müssen in der Weise, daß sie die objektiven Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung widerspiegeln und sich damit der realen gesellschaftlichen Bewegung anpassen bzw. ihr den Weg weisen.

Dies hat jedoch mit Norm-Abweichenden wenig zu tun. Es trifft natürlich auch nicht auf kriminelle Abweichung zu, wenn hier auch noch eher als bei psychisch Gestörten eine Gegnerschaft zum beste-

henden System, beispielsweise zum bestehenden Eigentum, konstruierbar wäre. Aber eine kriminelle Handlung, z. B. ein Diebstahl, ist keineswegs für sich genommen bereits ein politischer Akt, sondern bedeutet meist das Gegenteil, nämlich eine bestimmte privatistische Form des sich Zurechtfindens und sich Einrichtens in den bestehenden Verhältnissen<sup>25</sup>. Ähnlich sind psychische Störungen auch eher als eine bestimmte Form der Koexistenz mit bestehenden Verhältnissen aufzufassen als ein kämpferisches Aufgreifen der objektiven Widersprüche. Das objektiv Unerträgliche wird nicht dadurch überwunden, daß man sich in eine Scheinwelt zurückzieht, sondern nur dadurch, daß man die materiellen Ursachen unerträglicher Arbeits- und Lebensbedingungen beseitigt bzw. realistische und realisierbare Schritte dazu angibt und einleitet.

Häufig fällt in diesem Zusammenhang das Argument, daß zwar nicht der einzelne systemgefährdend sei, wohl aber das Phänomen der Störungen selbst, da es auf die krankmachenden Verhältnisse hinweist. Tatsächlich wird jedoch von den krankmachenden Arbeits- und Lebensbedingungen eher abgelenkt als auf sie verwiesen.

Noch in einer weiteren Hinsicht scheint die Auffassung von der Systemgefährlichkeit psychischer Störungen eher als reaktionär einstuftbar zu sein, dann nämlich, wenn, wie bei Laing und Cooper, die psychisch Gestörten als die Hauptpotenz für die Gesellschaftsveränderung auftreten. Wenn man, wie dies hier ja geschieht, die Gesellschaftlichkeit des Individuums nur ideell bestimmt, führt das automatisch dazu, daß ein Mensch nur noch entweder konform ist oder aber normabweichend im definierten Sinne. Damit ist es nicht mehr möglich, sich einen Menschen vorzustellen, der in der Gesellschaft lebt, arbeitet und konsumiert, der aber dennoch mit den Zielen der kapitalistischen Produktion nicht konform geht. D. h. der ganz „normale“, durchschnittliche, klassenbewußte Arbeiter ist nicht mehr denkbar. Denn um gesellschaftsverändernd wirken zu können oder zu wollen, muß man sich nach Laing und Cooper — und auch bei Basaglia finden sich ähnliche Vorstellungen<sup>26</sup> — jenseits aller gesellschaftlicher Normen und Konventionen bewegen, man muß alle bestehenden Normen negieren, d. h. man muß Randgruppe sein, so wie sie von den Autoren verstanden wird. Bei Laing und Cooper wird dies dann auch deutlich ausgesprochen: Für die Arbeiterklasse gibt es keine Möglichkeit, eine Bewegung innerhalb des Systems auszulösen. „Die amerikanischen Arbeiter stehen, soweit ich das überblicken kann, weiter rechts als jede andere Klasse . . . Die industrielle Arbeiterklasse, der es zunehmend besser geht — das entnehme ich den wenigen, mir zur Verfügung stehenden Daten —, steht jeder Form von Abweichung eher ablehnend gegenüber, weil diese Men-

25 Ebenda, S. 292 f.

26 Vgl. H. Abholz und I. Gleiss: Zur Frage der Anpassung in der psychiatrischen Therapie. Das Argument 71, 14. Jg., 1972.

schen in die Mittelschicht aufrücken und ihre Stellung nicht aufgeben wollen, und weil sie sich aus Angst, das Erreichte zu verlieren, bedroht fühlen.“<sup>27</sup>

Die Auffassung, daß Psychotherapie wesentlich soziale Kontrolle sei, weil sie den Patienten an die bestehenden Verhältnisse anpaßt, basiert nun weitgehend auf der falschen Definition von psychischen Störungen als Norm-Abweichung und als systemgefährdend. Sie ist darüber hinaus nur innerhalb der darin vollzogenen fehlerhaften Bestimmung von Individuum und Gesellschaft zwingend. Am deutlichsten wird dies wiederum bei Parsons: dieser führt die Psychotherapie sogar als Prototyp für jede Form der sozialen Kontrolle an<sup>28</sup>. Die Logik seiner Ausführung ist eigentlich ganz offensichtlich: Psychotherapie ist soziale Kontrolle, soziale Kontrolle ist ein Motivationsprozeß, nämlich Verinnerlichung bestehender Normen und Rollenerwartungen. Ergo: alle Abweichungsprobleme, die ja auch nur ideell, d. h. auf der Ebene individueller Motivation, bestimmt werden, lassen sich ideell, d. h. mit ideologischen Mitteln, wie die Psychotherapie es vornehmlich macht, lösen. Der Sinn dieser Logik kann nur darin gesehen werden, erstens die Auffassung zu verbreiten, daß alle Abweichungsprobleme rein ideeller Natur seien, d. h. keine objektiven, materiellen Ursachen haben, und zweitens die Illusion zu nähren, alle Abweichungsprobleme seien durch den Einsatz von Psychotechniken lösbar.

Was bei Parsons als Propagierung sozialer Kontrolle auftritt, mit der Begründung, dadurch würde das System stabil bleiben, findet sich bei Laing und Cooper als identische Auffassung wieder, nur mit umgekehrten Vorzeichen: Propagierung abweichender Ideen, weil dadurch die gesellschaftlichen Verhältnisse überwunden werden könnten. In beiden Versionen wird damit soziale Entwicklung auf die Bewußtseinsentwicklung von Individuen reduziert.

Letztlich, und dies sollte in diesem Aufsatz vorrangig hergeleitet werden, ist die Ablehnung von Psychotherapie oder Sozialpsychiatrie, weil diese das Ziel der Anpassung verfolgen, auch nur stringente, wenn man die aufgezeigte, falsche Bestimmung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft mitübernimmt. Da hier die Gesellschaftlichkeit des Individuums in der „Sozialisierung“ gesehen wird und Sozialisierung nur ideell bestimmt wird, d. h. als Normverinnerlichung, kann Anpassung als Therapieziel nur noch als ideologische Anpassung verstanden werden, d. h. als angepaßt gilt der, der sich total mit den Zielen und Normen kapitalistischer Macht und Herrschaft einverstanden erklärt. Wenn dies so wäre, müßte man Anpassung als Therapieziel tatsächlich ablehnen. Geht man aber davon aus, daß die gesellschaftliche Realität für den Menschen nicht ausschließlich und nicht primär aus einem Konglomerat von Normen

27 R. D. Laing, zit. in Basaglia, a.a.O., S. 118.

28 Vgl. E. Hahn: Soziale Wirklichkeit und soziologische Erkenntnis. Berlin/DDR 1965, S. 75.

besteht, sondern sich ihm als gegenständliche Realität darstellt, bedeutet Anpassung als Therapieziel überhaupt nur die Herstellung der Fähigkeit, sich in bestehenden Verhältnissen zu orientieren, darin zu leben und zu arbeiten und die objektiven Widersprüche in einer Weise zu verarbeiten, die zumindestens nicht die Flucht in eine Scheinwelt notwendig macht.

Weiterhin von Bedeutung für Argumente gegen Anpassung als Therapieziel ist häufig die Furcht, dadurch gesellschaftliche Widersprüche zu eliminieren. Grundlage dafür ist die Vorstellung einer mehr oder minder allmächtigen kapitalistischen Herrschaft, der es gelingt, alles nach eigenen Wünschen zu regeln. Doch mit Hilfe therapeutischer Techniken wird nicht an eine eindimensionale Gesellschaft angepaßt, sondern an eine Gesellschaft, deren Entwicklung primär durch objektive Widersprüche bestimmt ist, die nicht dadurch verschwinden, daß Patienten angepaßt werden. Anpassung heißt daher nicht Gleichschaltung, sondern die Beteiligung am Arbeitsprozeß ist umgekehrt Voraussetzung dafür, Widersprüche zu erkennen und den Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen aufzunehmen.

Entscheidend jedoch für das Argument der Anpassung, verstanden primär als die Fähigkeit, am Arbeitsprozeß beteiligt zu sein, ist einfach die fehlende Alternative. Man kann nicht, wie Laing und Cooper dies behaupten, die Gesellschaft von außen verändern, vor allem deshalb nicht, weil man nicht außen stehen kann. Dies kann man sich nur einbilden, und die Einbildung liegt nahe, wenn man gesellschaftliche Determination ausschließlich als ideellen Prozeß begreift. Man ist gesellschaftlich determiniert, ob man sich nun als Außen-seiter fühlt oder nicht. Die Illusion diverser Randgruppenstrategien wurzelt ja primär in der falschen Auffassung, daß man sich als Individuum nur neben der Gesellschaft emanzipieren kann, d. h. daß Freiheit letztlich Unabhängigkeit von der Gesellschaft sei. Die Auffassung, daß man sich durch die Beteiligung an der Produktion notwendig dem Kapital mit Haut und Haaren verkauft, dient letztlich nur dazu, die gesellschaftsverändernde Potenz der Arbeiterklasse zu leugnen. Doch man erfährt gesellschaftliche Widersprüche erst dadurch, daß man am Produktionsprozeß teilnimmt, und hat insofern auch erst dann die Möglichkeit, ein fortschrittliches gesellschaftliches Bewußtsein zu entwickeln. Denn dieses entwickelt sich nicht kontemplativ-intellektuell, nicht in diversen „Net-Works“, die sich den Schein geben, unabhängig von der Gesellschaft zu sein, und auch nicht in diversen Hippie-Kolonien, sondern durch die aktive Beteiligung an der gesellschaftlichen Produktion und im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, um soziale und politische Forderungen. Anpassung als Therapieziel verschließt damit nicht die Möglichkeit einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Praxis des Patienten, sondern eröffnet sie erst.

Die Ausführungen sollten zeigen, daß die abstrakte Ablehnung jeder Form von Psychotherapie, die die Wiedereingliederung des

Patienten in die Gesellschaft anstrebt, einerseits am Interesse der Bevölkerung nach umfassender psychiatrisch-psychologischer Versorgung vorbegeht und andererseits auch auf einer falschen Bestimmung des Wesens psychischer Störungen beruht. Die Definition psychischer Störungen als Norm-Abweichung führt dazu, im psychotherapeutischen Prozeß primär oder ausschließlich einen Prozeß der ideologischen Beeinflussung zu sehen. Auf dieser Grundlage entstehen dann auch Vorstellungen, nach denen eine fortschrittliche oder „revolutionäre“ Psychotherapie allein durch die Umkehrung ihres als primär angenommenen ideologischen Gehalts erreicht sei, d. h., daß Ideologie nicht mehr als Anpassung, sondern als politische Aufklärung betrieben werden soll. Nun dürfte es aber relativ klar sein, daß erst zu nehmende psychische Störungen nicht durch ideologische Anpassung, etwa durch Preisung der Vorzüge kapitalistischer Verhältnisse, zu beseitigen sind. Dies impliziert natürlich, daß gegebene Psychotherapieansätze, sofern sie wirklich zur Beseitigung von Störungen beitragen, „mehr“ sein müssen als nur ein Prozeß ideologischer Manipulation. Umgekehrt dürfte ebenso klar sein, daß ein politisch fortgeschrittenes Bewußtsein nicht notwendig gegen psychische Störungen immun macht bzw. daß die Entwicklung eines politischen Bewußtseins nicht automatisch und spontan zur Beseitigung von Störungen führt.

Die Dinge scheinen weitaus komplizierter zu liegen, weil psychische Störungen eben nicht primär ein Problem ideologischer Norm-Abweichung sind, und entsprechend Psychotherapie nicht nur ideologischer Prozeß ist und sein kann, sondern andere wesentliche Momente beinhaltet, nämlich die mehr oder minder wissenschaftliche Einflußnahme auf psychische Entwicklungsprozesse. Die Einflußnahme auf psychische Entwicklungsprozesse ist zwar, weder in der Erziehung noch in der Psychotherapie, trennbar von ideologischer Beeinflussung, sie ist mit ihr jedoch auch nicht identisch.

Damit stellen sich die Probleme der Beurteilung bestehender Psychotherapieansätze und der Entwicklung einer fortschrittlichen Psychotherapie wesentlich komplizierter und differenzierter, als dies in der Anti-Psychiatrie angelegt ist. Die abstrakte Ablehnung jeder Form bestehender Psychotherapie bedeutet, wie gezeigt wurde, zwangsläufig die Übernahme durchaus konservativer Auffassungen über den Menschen und die Gesellschaft.

Demgegenüber muß zur Einschätzung bestehender Psychotherapie-Ansätze der innere Zusammenhang zwischen ideologischen Positionen und psychologischer Theorie aufgezeigt werden. Z. B. muß dabei auch deutlich gemacht werden, welche spezifische Sicht von der Gesellschaft dem Patienten in verschiedenen Psychotherapien vermittelt wird, auch wenn dies nicht deren wesentlicher Inhalt ist. Diese Analyse müßte weiterhin klar machen, daß durch die implizite Vermittlung bestimmter Auffassungen über das Funktionieren unserer Gesellschaft auch der therapeutische Prozeß selbst beeinträchtigt wird.

Umgekehrt besteht eine fortschrittliche Psychotherapie nicht allein darin, daß der Therapeut eine zutreffende Sicht von gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten hat und diese dem Patienten aufzwingt, sondern sie erfordert ihre Fundierung in einer wissenschaftlichen Theorie psychischer Entwicklung und der Persönlichkeit. Denn der Verzicht auf diese Fundierung würde bedeuten, daß man auf der konkreten Ebene therapeutischer Einflußnahme doch letztlich auf die Übernahme derjenigen Techniken angewiesen ist, die sich aus dem Standardrepertoire bestehender Psychotherapieansätze anbieten. So zeigt gerade das Beispiel der Anti-Psychiatrie, daß die abstrakt negierende Haltung auch nur auf entsprechend abstrakt-theoretischer Ebene eingehalten werden kann. Auf der ganz konkreten Ebene therapeutischer Einflußnahme werden dann letztlich doch der Psychoanalyse entnommene Verfahren angewandt.

Russell Jacoby

## **Laing, Cooper und das Verhältnis von Gesellschaftstheorie und Psychotherapie\***

Die dem Spätkapitalismus eigene Inflation nimmt Theorien und Konzeptionen nicht aus. Ähnlich wie der Fall der Profitrate mit der Inflation des Geldes einhergeht, soll eine sinkende Rate der Intelligenz durch eine inflationäre Zahl angebotener Konzeptionen ausgeglichen werden. Im Bereich der Theoriebildung von Linken und Radikalen äußert sich dieser Prozeß in besonderer Form: in der Steigerung des revolutionären Erscheinungsbildes der Theorien. Jede Theorie ist revolutionärer als die vorhergehende, zumindest behauptet sie es. Eine derartige Steigerung ist die Antwort auf eine Entwertung der kritischen Substanz und der Begriffe in den Theorien. So wie man Silbermünzen mit weniger wertvollem Material fertigt, ersinnt man revolutionäre Theorien mit konformistischem und konservativem Gehalt. Das Ergebnis ist Inflation. Diese Entwicklung beruht aber nicht auf dem Zynismus der revolutionären Denker, sondern auf der Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft.

R. D. Laing und D. Cooper sind diesem Schicksal nicht entgangen. Ihr Denken enthält echten politischen Radikalismus und revolutionären Elan — es gleitet aber ab in Pop-Existentialismus, Positivismus und Mystizismus. Insoweit dies weder ihnen selbst noch ihren Bewunderern bewußt zu sein scheint, könnte man es als belanglos abtun. Trotzdem ist es von Bedeutung: denn die radikale Gesellschaftskritik ist gegen ihren inneren Antrieb auf die Kritik von Äußerlichkeiten herabgesunken. Schritt für Schritt verlangt diese innere Logik auch ihren Tribut von Laing und Cooper sowie ihren Anhängern. Ihre Kritik — unfähig, den eigenen Anspruch aufrechtzuerhalten, und vom Sinn her ausgehöhlt — führt geradewegs zu politischer Passivität, konformistischer Psychologie und Spiritualismus.

Die folgenden Ausführungen beabsichtigen weder, mit Laing und Cooper abzurechnen noch sie abzuschreiben, sondern wollen nur Anregungen geben. Laing und Cooper haben ihr Werk noch nicht abgeschlossen, und insofern können dies auch keine abschließenden Bemerkungen sein; noch ist ungewiß, wie sie die Widersprüche in ihrem Denken lösen werden. — Im folgenden bezieht sich der Begriff

\* Zuerst erschienen in: *Telos* 17/1973, St. Louis, USA, S. 41—55, unter dem Titel: „Laing, Cooper and the Tension in Theory and Therapy“. Übersetzung von Holm Gottschalch.

Neo-Freudianer auf solche, die wie Erich Fromm und Karen Horney für die „Kulturkritik“ von Freud eintreten, aber nur in sehr verwässelter Form Freudsche Konzeptionen beibehalten haben. Der Begriff Nach-Freudianer ist umfassender — und ungenauer —, insofern er jene einschließt, die außerhalb des Freudschen Bezugssystems von unterschiedlichen Standpunkten aus fortfahren, die behavioristische Psychologie zurückweisen, so z. B. Carl Rogers, Abraham Maslow u. a. Sie bauen auf den Arbeiten der Neo-Freudianer auf und teilen in vielerlei Hinsicht deren Logik und Ansatz.

## I

Zunächst haben Laing und Cooper das regressive Prinzip der Nach-Freudianer von der Diskontinuität zwischen Gesundheit und Krankheit verworfen und kehrten damit zu einer Position Freuds zurück: der der wesensmäßigen Einheit psychischer Phänomene. Dies muß jedoch sofort insofern modifiziert werden, als sie in ihren jüngsten Veröffentlichungen die Nicht-Einheit in einfacher Umkehrung aufrechterhalten: die Kranken sind Gesunde, beide befinden sich aber in verschiedenen Bereichen. Dies entspricht im umgekehrten Sinn der falschen Gleichsetzung von Therapie und Gesellschaftstheorie, die die Nach-Freudianer kennzeichnet. Diese setzen auf naive Weise Individual- und Gruppentherapie mit sozialer Veränderung gleich. Laing und Cooper andererseits lassen — als offene Gegner des Systems — die herkömmlichen Bestimmungen von Gesundheit und Krankheit leichtherzig außer acht und reproduzieren spiegelbildlich dieselbe Identifikation von Therapie und gesellschaftlicher Veränderung. Sie neigen dazu, die individuelle Psychose und Geisteskrankheit mit sozialer Befreiung gleichzusetzen; sie legen in jene hinein, was nur durch diese erreicht werden kann. Daher rührt, insbesondere in „Phänomenologie der Erfahrung“, die bemerkenswerte Verherrlichung der Schizophrenie als ein „natürlicher Heilungsprozeß“ und eine „existentielle Wiedergeburt“.

Laing und Cooper erliegen ungelösten und unbewußten Widersprüchen, die sie nicht, wie Freud, deutlich aussprechen<sup>1</sup>. Vielmehr fallen sie ihnen, indem sie sie als überwundene darstellen, zum Opfer. Sie behaupten, daß Schizophrenie „eine besondere Strategie ist, die von einem Menschen erfunden wird, um in einer unlebbareren Situation leben zu können“<sup>2</sup>. Jedoch wird der Inhalt dieser unlebbareren Wirklichkeit beschnitten auf die der zwischenmenschlichen Beziehungen, besonders die der Familie. Dies liegt genau auf der Linie der Neo-Freudianer; die Sozialstruktur wurde verdünnt zu sozialen Freundschaftsbeziehungen. „Es gibt keine Schizophrenen“, teilt uns Cooper mit; und ferner werde das Problem entstellt durch die her-

1 Ich stimme im großen und ganzen überein mit J. B. Gordon: *The Meta-Journey* of R. D. Laing, in: R. D. Laing and *Anti-Psychiatry*, Hrsg. R. Boyers, New York 1971.

2 R. D. Laing: *Politics of Experience*, London 1969, S. 95. Deutsche Übersetzung: *Phänomenologie der Erfahrung*, Frankfurt/ Main<sup>3</sup> 1970.

kömmliche Methode der „Abstraktion“, in welcher der Schizophrene losgelöst „von dem System der Beziehungen, in denen er gefangen ist“, betrachtet wird<sup>3</sup>. Wenn es auch genug Äußerungen gibt, die die Familie als Vermittlungsglied zwischen der Gesellschaft und dem Individuum bezeichnen, so wird sie doch hauptsächlich als die Ursache der sozialen Unterdrückung und nicht auch als ihr Opfer angenommen. Die Kritik am Prozeß der Abstraktion, bei dem der Schizophrene isoliert betrachtet wird, mündet in eine andere Abstraktion: der Familie als einer inselhaften Gruppe. Was Marcuse über die Therapie der Neo-Freudianer schrieb, gilt hier in gleicher Weise. Unreflektiert bleibt das Problem, daß im Namen einer Therapie, die auf einen in Familienbeziehungen eingebetteten Schizophrenen abzielt, die Familie von der Gesellschaft losgelöst betrachtet wird. Es ist eine fachlich-praktische Entscheidung, die unter Spezialisten zu diskutieren ist, wann oder wo z. B. Individual- oder Familientherapie angemessener ist. Fragwürdig ist jedoch, wie dieser Vorgang der Abstraktion schnell vergessen, die Familie der Gesellschaft gleichgesetzt und nicht auch als ihr beschädigtes Produkt betrachtet wird. Wenn Familientherapie schon als soziale Veränderung begriffen wird, so verschwindet das Gebot der gesellschaftlichen Veränderung selbst.

Es gibt hier nur ein Entweder-Oder, vor dem Laing und Cooper und die „radikalen“ Therapeuten zurückscheuen, das aber unausweichlich ist; die Wurzeln können nur in den sozialen Verhältnissen angegangen werden. Die soziale und radikale Analyse legt nahe, daß das als geistig krank erkannte Individuum nicht aufgrund von Defekten seiner Persönlichkeit erkrankt ist; vielmehr ist die Krankheit eine Antwort auf eine „unlebbare Situation“, die in den Beziehungen zu Freunden, zur Familie, zur Arbeit bis hin zur ganzen Gesellschaft gefunden werden kann. Bleibt man dieser Analyse treu, so kann von eigentlicher, ursächlicher Therapie keine Rede mehr sein; man kann allerdings von einer Therapie als Handeln, das auf die Heilung des Individuums gerichtet ist, sprechen, nicht jedoch von einer radikalen Therapie oder von sozialer Veränderung. Die Therapie akzeptiert im Interesse des individuellen Opfers die Trennung der *individuellen Erscheinungsform* der Krankheit von ihrem *sozialen Ursprung*. In dieser Weise wird die Therapie sich ihrer selbst bewußt, wird ihrer ursprünglichen Absicht adäquat. Sie mystifiziert sich nicht als Radikalkur oder Befreiung, während sie auf die Notlage des individuellen Opfers eingeht.

Man kann der politischen und gesellschaftlichen Analyse jedoch auch untreu werden zugunsten einer Analyse, die zwischenmenschliche Beziehungen, familiäre Bindungen und die gesellschaftlichen Verhältnisse zusammenwirft. In einem solchen begrifflichen Durcheinander mag eine Therapie als „Geburt“, „Heilung“, „Entwicklung“

3 D. Cooper: *Psychiatry and Anti-Psychiatry*, New York 1971, S. 35. Deutsche Übersetzung: *Psychiatrie und Antipsychiatrie*, Frankfurt/Main 1971.

möglich scheinen. Die Erinnerung an die wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse, die dieses ausschließen, wird mittels des existentialistischen Jargons verdrängt oder von einem neuen religiösen Ethos und Spiritualismus vernebelt. Diese durchdringen alle Probleme theorieloser und existentialistischer Psychologie. Bei Cooper fällt, besonders in „Death of the Family“, ein radikal individualistischer und existentialistischer Standpunkt zusammen mit einem ebenso radikal gemeinschaftlichen. Die Verpflichtung zum Selbst wird ebenso betont wie die Verpflichtung zum Gemeinwesen. Das Hauptproblem ist aber gerade, daß in der bürgerlichen Gesellschaft die Bedürfnisse des einzelnen und die der Allgemeinen nicht identisch sein können. Ihre Identität in einer freien Gesellschaft zu erreichen, setzt voraus, daß der vorhandene Widerspruch deutlich ausgesprochen wird. Cooper jedoch, dem dieser Widerspruch nicht bewußt ist, verewigt ihn.

Insofern bei Cooper die Unversehrtheit der eigenen Person durch die Familie gefährdet ist, besteht die hauptsächliche Verpflichtung des Individuums zunächst gegenüber sich selbst. „Der einzige Weg zu mitleidvoller Verbundenheit mit anderen liegt im kürzesten Weg zur eigenen Befreiung“, schreibt Cooper, als ob dies nicht gerade das ewig gleiche Lied wäre, das die bürgerliche Gesellschaft spielt<sup>4</sup>. Die kurzschlüssige Selbstbefreiung des Individuums von gesellschaftlichen Zwängen schneidet die wirkliche soziale Befreiung ab, ohne die das Individuum in einer Sackgasse enden muß. Zu Anfang seines Buches erzählt Cooper die „existentialistische“ Geschichte eines japanischen Dichters, der sich entschließt, ein verlassenes und verzweifelt Kind nicht zu beachten, weil die Verantwortung gegenüber sich selbst und seinem Weg von größerer Bedeutung sei. Die Moral dieser Geschichte? „Die schwierigste aller Lektionen ist zu lernen, was man für sich selbst tun muß.“<sup>5</sup> So weit geht ein reiner Existentialismus, der sich einbildet, die bürgerliche Gesellschaft zu negieren, indem er gerade deren erstes Gebot beachtet: den Verlassenen zu verlassen zugunsten vorrangiger Selbsthilfe. Dies ist jedoch nicht der ganze Cooper. Der existentialistische Individualismus wetteifert mit einem Ethos der Gemeinschaftlichkeit und der Kollektivität. Der Widerspruch kann nicht Cooper allein angelastet werden. Es ist der einer unfreien Gesellschaft. Es kommt jedoch darauf an, ihn nicht in der Verwirrung zu verlieren, sondern ihn aufzufinden und auszusprechen. Vorzugeben, die individuelle Befreiung sei zugleich die Befreiung der Gesellschaft, hieße den Mythos zu fördern, die individuelle Befreiung sei tatsächlich als individuelle oder als Befreiung überhaupt möglich. Die einzige wirkliche „Abkürzung“ führt über den Umweg der gesellschaftlichen und politischen Praxis.

4 D. Cooper: Death of the Family, New York 1971. S. 60.

5 Ebenda, S. 16.

## II

Das Denken von Laing und Cooper nährt sich aus den verschiedensten Quellen, insbesondere aus den beiden folgenden: erstens einer neopositivistischen Sozialpsychologie und Soziologie mit Betonung der Gruppe und der Gruppendynamik und zweitens einem europäischen philosophischen Existentialismus, der auf das konkret existierende Individuum zugespitzt ist. Obwohl diese beiden Traditionen zunächst unvereinbar erscheinen, haben sie doch eines gemeinsam: das Interesse am Individuum in seinem unmittelbaren Zusammenhang. In verschiedenen Sprachen — „interpersonelle Wahrnehmung“ und „Intersubjektivität“ — lehnen beide Richtungen die Untersuchung des Individuums losgelöst vom Zusammenhang mit anderen Menschen ab. Beide betonen das „Netzwerk“<sup>5a</sup> konkreter menschlicher Beziehungen. Beiden ist letztlich das Absondern dieser menschlichen Beziehungen vom gesellschaftlichen Zusammenhang gemeinsam. Sie reduzieren gesellschaftliche Beziehungen auf unmittelbar menschliche.

Untersuchungen zur Gruppendynamik in der Psychologie und der Soziologie sind nicht neu; sie stammen sowohl aus einer amerikanischen als auch einer deutschen Tradition, von Charles H. Cooley sowie von Georg Simmel und Kurt Lewin. Die Soziologie selbst wurde oft als die Untersuchung der wechselseitigen Beeinflussung sozialer Gruppen und ihrer Mitglieder definiert. Die Anziehungskraft dieses Ansatzes für die herkömmliche Soziologie ist nicht schwer zu erkennen. Schon Adorno und Horkheimer merken an, daß sich der Gesellschaftsbegriff auflöse und den Weg freigebe zugunsten endloser empirischer Untersuchungen und Beobachtungen über Gruppendynamik<sup>6</sup>. Diese empirischen Beobachtungen reduzieren die widersprüch-

5a Der englische Terminus „network“ wird wörtlich übersetzt, H. G.

6 „Die Untersuchung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft, in dem Gruppen verschiedenster Art verschiedene vermittelnde Funktionen erfüllen, wird aufs Studium der Abhängigkeit von Individuen und Gruppen reduziert.“ T. W. Adorno, M. Horkheimer, Institut für Sozialforschung, in: *Soziologische Exkurse*, Frankfurt 1956, S. 55. Die Mannigfaltigkeit in der Tradition der Gruppendynamik erfährt man andeutungsweise am Beispiel eines ihrer Begründer, Kurt Lewin; in seinen Schriften ist ein existentielles Moment enthalten, das gegen einen engen Behaviorismus protestiert, der das Individuum losgelöst vom menschlichen Zusammenhang betrachtet: „Eines der grundlegenden Charakteristika der Feld-Theorie in der Psychologie . . . ist die Forderung, daß das Feld, welches das Individuum beeinflußt, nicht in ‚objektiven physikalischen‘ Begriffen beschrieben werden sollte, sondern auf die Weise, in der es für diese Person zu dieser bestimmten Zeit existiert.“ Aber, wie auch bei Laing und Cooper, schließt dies keineswegs die Mathematisierung oder Formalisierung dieses Zusammenhangs aus: „ . . . es ist möglich, psychologische Einflüsse recht genau zu bestimmen und zu messen.“ K. Lewin: *Field Theory in Social Science*, Hrsg. D. Cartwright, New York 1951, 1964, S. 62—63. Lewin hat auch die ersten T-Gruppen und das Sensitivity-Training initiiert und organisiert; vgl. A. Marrow: *The Practical Theorist, The Life and Work of Kurt Lewin*, New York 1969, S. 210 ff. Schließlich

lichen Verhältnisse außerhalb des Laboratoriums — die zwischen den Individuen und der Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse — auf die vermeintlich sichere, zuverlässige und nachweisbare Beziehung zwischen einzelnen Individuen.

Laing und Cooper dehnen die Untersuchungen zur Gruppendynamik auf die Untersuchung der Schizophrenie aus. Sie versprechen, die Schizophrenie aus ihrem unmittelbar menschlichen Zusammenhang, gewöhnlich dem der Familie, verstehbar zu machen. „Wir betrachten die Personen“, schreibt Laing (zusammen mit Aaron Esterson), „in ihren beständigen Beziehungen zu uns oder miteinander, in ihrem ständigen Zusammenhang mit ihrer Gruppe, hier meist der Familie, die aber auch das außerfamiliale persönliche Netzwerk einer Familie umfassen kann...“ Mit dieser Methode versuche man, „... gleichzeitig 1. jede Person in der Familie, 2. die Beziehungen der Personen in der Familie und 3. die Familie selbst als ein System“ zu untersuchen<sup>7</sup>. Es wird der Anspruch erhoben, daß der Übergang zur Betrachtungsweise der Schizophrenie in der Situation der Familie gegenüber einer solchen außerhalb eines Zusammenhangs „historisch von ebenso radikaler Bedeutung ist wie der Übergang von der dämonischen zur klinischen Betrachtungsweise vor dreihundert Jahren“<sup>8</sup>.

Dieser Betrachtungsweise gerät jedoch jeder gesamtgesellschaftliche Zusammenhang aus dem Blickfeld. Der Wechsel der Betrachtungsweise führt mitten in die Problematik der Untersuchung der Gruppendynamik hinein: ein gesellschaftliches Verhältnis wird banalisiert zu einem unmittelbar menschlichen Netzwerk. Dabei wird vergessen, daß die Beziehung zwischen „Du und Ich“ oder „Du und der Familie“ sich nicht in der Unmittelbarkeit erschöpft: die Gesellschaft bestimmt letztlich diese Verhältnisse doch. Wenn es klar ist, daß die unmittelbare Beziehung zwischen Chef und Arbeiter, Lehrer und Schüler in einem nicht-unmittelbaren sozialen Verhältnis gründet, so gilt dies nicht weniger für Beziehungen innerhalb der Fami-

sollte erwähnt werden, daß Lewin sehr lange Zeit mit Karl Korsch befreundet war, was sich vielleicht erklärt aus der positivistischen Neigung im Denken von Korsch selbst bzw. auch so erklärt wird; Lewin schrieb 1920 eine Streitschrift gegen den Taylorismus in der von Korsch herausgegebenen Reihe „Practical Socialism“. Sie arbeiteten auch 1939 gemeinsam an dem Aufsatz: *Mathematical Constructs in Psychology and Sociology*, vgl. Paul Breines: *Lukács and Korsch, 1910—1932*, unveröffentlichte Dissertation, Madison, Wisconsin, 1972, S. 226.

7 R. D. Laing, A. Esterson: *Sanity, Madness and the Family*, New York 1964, S. 7 u. 9.

8 Ebenda, S. 13. Hervorhebung im Original; oder weniger ausdrücklich: „Die entscheidendste theoretische und methodologische Entwicklung in der Psychiatrie in den letzten beiden Jahrzehnten ist meiner Ansicht nach die wachsende Unzufriedenheit mit allen Theorien oder Untersuchungen des Individuums, die es aus seinem Zusammenhang loslösen.“ R. D. Laing: *Self and Others*, New York 1961, zweite veränderte Auflage 1969, S. 65. Deutsche Übersetzung: *Das Selbst und die anderen*, Köln 1973.

lie. Die gesellschaftlichen Verhältnisse als bedingende Struktur diktiert mehr als nur die äußere Form einer Beziehung; sie schneiden in den lebendigen Keim. Laing und Cooper wissen dies zwar, aber dieses Wissen geht nicht in ihre Theorie ein, sondern bleibt ihr äußerlich.

Die Widersprüchlichkeit, die jeglichem therapeutischen Handeln innewohnt, wird hier letztlich zur Unvereinbarkeit. Stellt die Familie den unmittelbaren Entstehungszusammenhang der Schizophrenie dar, so ist sie doch nicht der Entstehungszusammenhang schlechthin: dies sind die gesellschaftlichen Verhältnisse. Sobald die Grenzen der Familientherapie nicht anerkannt werden, beginnt sich die Therapie mit sozialer Veränderung zu verwechseln. Jedoch zeigt sogar das Material selbst, die vorgestellten Fallstudien, in welchem Ausmaß die Familie, wenn sie die unmittelbare Situation der Schizophrenie sein soll, nur ein Teil der Gesamtbedingungen ist. Es stellt sich bei der Familienanalyse des jugendlichen Schizophrenen implizit die Frage nach der Herkunft der Eltern, die die Schizophrenie „verursachten“. Offensichtlich stammen sie aus anderen Familien, die ihrerseits in anderen Netzwerken gefangen waren und so weiter: der Gesellschaftsbegriff schleicht sich durch die Hintertür ein. Die Familienanalyse stößt auf ihre Grenzen; die während der Analyse entdeckten Fakten gestehen, indem sie die Familien selbst als zerstört aufweisen, daß Familientherapie unzureichend ist. „Beide Eltern Lucies waren nicht als selbständige Personen aus ihren Beziehungen zu ihren Eltern hervorgegangen. Beide waren während ihres ganzen Lebens hoffnungslos versunken in Phantasien, die als solche nicht erkannt wurden.“<sup>9</sup> Oder: „Mrs. Church hatte selbst vierhundert Anfälle gehabt, die sie, wie es in einem Bericht hieß, als leere Hülle zurückließen. Verständlicherweise und tatsächlich notwendigerweise neigte Mrs. Church nicht nur dazu, ihre eigene innere Welt zu zerstören, sondern auch Claires . . .“<sup>10</sup> Das „tatsächlich notwendigerweise“ fängt die ganze Dynamik der Gesellschaft mit ein.

Das Problem liegt nicht darin, daß Familienanalyse und -therapie überhaupt angewendet werden. Vielmehr darin, daß die Therapie nicht zum Bewußtsein ihrer theoretischen Grundlagen und zur Klarheit über ihren realen Wirkungsbereich gelangt. Weil sich das Verhältnis von Familie und Gesellschaft sowie von Psychotherapie und Gesellschaftstheorie verflüchtigt, wird die Gesellschaftstheorie und die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderung in die Familientherapie aufgesogen. Das uneingestandene Wechselverhältnis rächt sich. Die Therapie, die sich selbst so wahrnimmt, als ob sie den wirklichen Zusammenhang behandle, rückt zentimeterweise vor, schließt mehr und mehr Menschen in diesen Zusammenhang ein und ist schließlich zur Unfähigkeit verdammt, weil sie mit mehr Menschen konfrontiert ist, als eine Therapie jemals zu „behandeln“ hof-

9 R. D. Laing, A. Esterson: *Sanity, Madness and the Family*, a.a.O., S. 59.

10 Ebenda, S. 83.

fen könnte. Weil die Getrenntheit von Gesellschaft und Familie vernachlässigt wird, muß auch die besondere Praxis, die beiden jeweils angemessen ist, aufgegeben werden zugunsten eines Gemenges, das für keine von beiden paßt. Laing zitiert zustimmend den therapeutischen Versuch eines Arztes, dessen „Strategie es war, die Personen des Netzwerks wiederzuversammeln, aus dem die Mutter in den vergangenen zwanzig Jahren herausgefallen war, also möglicherweise bei einem Treffen mehr als 35 Menschen zusammenzubringen, die Teile von nicht mehr als sieben Kernfamilien darstellten. Er ‚behandelte‘ den Sohn oder die Mutter nicht individuell oder als eine Zweierheit, sondern er behandelt das ganze Netzwerk.“<sup>11</sup>

Die Absurdität dieses Versuchs liegt in der Illusion, daß der Therapeut das ganze Netzwerk tatsächlich „wiederversammeln“ kann, von dem der Patient ein Teil war, und zweitens, daß er, selbst wenn dies möglich wäre, diese Anzahl von Menschen „behandeln“ könnte. Die Frage ist natürlich, warum bei 35 Menschen aufhören, da diese ja mit weiteren 70 verbunden sind und so weiter und so fort. Es ist logisch impliziert, alle Mitglieder der Gesellschaft in einem Raum zu versammeln, als ob die Antagonismen im Hin und Her einer Gruppendiskussion ausgebügelt werden könnten. Objektive Bedingungen werden so geläutert zu schlechten Gewohnheiten. Zuweilen schlägt Laing vor, die ganze Welt als ausgedehnte Familiengruppe zu betrachten, er nennt sie „Total World System“<sup>12</sup>. Wahrheiten, die für die Familientherapie adäquat sein mögen, degenerieren zu naiven politischen Verkündigungen über „Ost“-„West“-Beziehungen und klingen nach Stammtischgerede. Wenn der Unterschied zwischen der Familie und der Gesellschaft überhaupt anerkannt wird, so ist er reduziert auf ihre unterschiedliche Komplexität, nicht auf ihr Wesen oder ihre Struktur. „Neue Elemente“ und eine „neue ‚Gestalt‘“ gehen in das „größere Muster“ ein. Mit dieser Bestimmung scheint es Laing, „daß unser Schema der *dyadischen Spirale* für das Zusammenspiel wirklicher Perspektiven auch in der internationalen Sphäre von Bedeutung ist“. Die Bedeutung wird veranschaulicht am Ratschlag, wie ein „Ost-West“-Konflikt zu vermeiden sei: „... Wenn der Westen denkt, der Osten denkt, daß der Westen denkt, daß der Osten denkt, der Westen werde zuerst handeln, dann denkt der Westen ...“ usw. usf.<sup>13</sup>

Es wird vergessen, daß die Gesellschaft nicht mit der Familie und gesellschaftliche Verhältnisse nicht mit menschlichen Beziehungen identisch sind. Der Kapitalismus ist nicht bloß eine Vielzahl von Menschen, die in Gruppen und Familien leben. Ein Mitarbeiter Laings, A. Esterson, faßt das auf das Individuum reduzierte Prinzip

11 R. D. Laing: *The Politics of the Family*, New York 1969, 1971, S. 49. Deutsche Übersetzung: *Die Politik der Familie*, Köln 1974.

12 Ebenda, S. 48.

13 R. D. Laing, H. Phillipson, A. R. Lee: *Interpersonal Perception*, New York 1966, 1972, S. 172. Deutsche Übersetzung: *Interpersonelle Wahrnehmung*, Frankfurt/Main 1971.

wie folgt zusammen: „Ein soziales System ist einfach das Muster der Interaktion und interpersonellen Erfahrung der Menschen, die es umfaßt.“<sup>14</sup> Das ist zu wenig: die Gesellschaft ist auch ein soziales Gebilde und eine Zusammenballung, die einerseits aus der Arbeit und Tätigkeit der Menschen entsteht und andererseits diese beherrscht; sie ist sowohl objektiv als auch subjektiv. Eine radikale Analyse der Schizophrenie ist der Gesellschaft als deren Bestimmungsgrund verpflichtet. Natürlich sind die Vermittlungsinstanzen entscheidend, und die Familie ist eine von ihnen. Aber sie sind Vermittlungsinstanzen, nicht die Ursprünge. Die Familie existiert nicht im Niemandsland. Sie ist selbst in eine historische Dynamik eingefaßt. Sie hat sich in der Vergangenheit verändert, und sie verändert sich gegenwärtig. Sie ist ebenso sehr der gesellschaftlichen Entwicklung unterworfen, als sie sich die einzelnen unterwirft.

Nochmals, es geht nicht darum, auf Familien- oder Gruppen-Therapie zu verzichten. Es geht darum zu erkennen, in welchem Ausmaß sogar die ausgedehnteste Therapie nur eine symptomatische Therapie bleibt, eine Entscheidung, das Individuum auf eine Weise zu behandeln, die die sozialen Wurzeln unberührt läßt. In diesem Sinne gibt es keine radikale Therapie — es gibt nur Therapie einerseits und kritische gesellschaftsverändernde Praxis andererseits. Muß man nun noch sagen, daß es keine Schande ist, den Opfern, den Kranken, den Benachteiligten und Niedergeschlagenen zu helfen? Eine Geisteskrankheit mit ihrer Behandlung ist eine Frage der Klassenzugehörigkeit<sup>15</sup>. Hier muß sehr viel getan werden. Aber die Neugestaltung der sozialen Verhältnisse ist eine andere Sache, die, wenn sie auch nicht vollkommen verschieden von der Therapie ist, doch nicht mit ihr verwechselt werden darf.

Die Frage nach dem Nutzen einer Analogie zwischen der Medizin oder Biologie und der klinischen Psychologie kann zu einer letzten Verdeutlichung des widersprüchlichen Zusammenhangs von Theorie und Therapie dienen. Laing und Cooper lehnen, wie viele andere, die Verwendung eines solchen Modells ab, weil es die spezifisch sozialen und menschlichen Prozesse in der klinischen Psychologie verschleierte, die in der Medizin existent seien. In der klinischen Psychologie gingen die „Diagnosen“ und „Definitionen“ selbst in die Dynamik der Situation ganz anders ein als die exakten biologisch-medizinischen Begriffe. Die Diagnose einer Tuberkulose, sogar eine falsche, beeinflusse zum Beispiel die Krankheit nicht, während die Diagnose „Schizophrenie“ diese auch „hervorrufen“ könne<sup>16</sup>. Die Definitionen, der Arzt als Person, der unmittelbare menschliche Zusammenhang bestimmten die Situation der klinischen Psychologie anders als in der nicht-psychologischen Medizin.

14 A. Esterson: *The Leaves of Spring: Schizophrenia, Family and Sacrifice*, Harmondsworth 1972, S. 243.

15 A. Hollingshead, F. C. Redlich: *Social Class and Mental Illness*, New York 1958, 1967.

16 R. D. Laing: *The Politics of the Family*, a.a.O., S. 41 f.

Dies ist sicher wahr — aber doch unzureichend, Diese Kritik einer naturwissenschaftlichen Psychologie im Namen der Gesellschaft verißt, daß die biologische Medizin ihrerseits nicht außerhalb der sozialen Dynamik steht. Klarheit ist vonnöten über das Verhältnis von Theorie und Therapie in beiden Bereichen, dem klinisch-psychologischen und den nicht-psychologischen. Das biologische Modell wird richtig, wenn es befreit wird von der Verschleierung, die es abgelöst von Geschichte und Gesellschaft betrachtet. Die Kritik des biologischen Modells hinkt hinter der riesigen Menge kritischer Literatur her, die nachweist, daß nicht nur die medizinische Versorgung, sondern selbst sogenannte biologische Krankheiten und Störungen der sozialen Dynamik der Klassen, der Schichtung und so weiter unterworfen sind<sup>17</sup>. Wenn dies so ist, kann die Gültigkeit des Verhältnisses von Theorie und Therapie in beiden Dimensionen verfolgt werden, ohne jedoch die Unterscheidungsmerkmale zwischen dem Klinisch-Psychologischen und dem Nicht-Psychologischen aus den Augen zu verlieren. Jede Dimension weist eine besondere als auch eine gemeinsame Beziehung zur Gesellschaft auf.

In diesem Zusammenhang soll die Frage der sozialen Entstehung und Wahrnehmung von Automobilunfällen betrachtet werden. Unfälle sind mehr als nur Zufälle. Beginnend bei der großen Anzahl von Arbeits- und Wegeunfällen bis hin zu den Berufskrankheiten sind sie eingebettet in soziale Zusammenhänge<sup>18</sup>. So ist es auch mit den meisten anderen Krankheiten, von Erkältungen bis zur Malaria. Keine von ihnen ist zufällig über die Population verteilt, sie alle haben auch eine soziale Seite. Eine chronische Krankheit ist zum Beispiel nicht ein biologischer Tatbestand bei den Armen, sie ist eine soziale Tatsache<sup>19</sup>. Die Tatsache jedoch ihres sozialen Ursprungs schließt nicht ihre Behandlung auf individueller Basis aus. Im Gegenteil, die individuelle Behandlung muß im selben Augenblick aufgenommen werden, in dem die Theorie nahelegt, daß das „Leiden“ und schließlich auch die „Heilung“ über das Individuum hinausgehen. Das Opfer eines Autounfalls kann vom politisch bewußten Arzt nicht mit der Bemerkung abgewiesen werden, er oder sie sei nicht das Opfer eines besonderen Fahrzeugs und Unfalls, sondern das Opfer eines überfälligen Transportsystems, das dem Profitbedürfnis der Industrie diene. Beides ist wahr, und beides muß in seiner Widersprüchlichkeit festgehalten werden. Der Notlage des Individuums

17 Vgl. die kürzlich erschienene Bibliographie über dieses Material: *The Politics of Health Care*, Hrsg. K. Rosenberg, G. Schiff, Boston Medical Committee for Human Rights, New England Free Press, Boston, o. J.

18 Vgl. die Literaturübersicht über Arbeitsunfälle und -krankheiten: F. Wallick: *The American Worker — An Endangered Species*, New York 1972.

19 Vgl. R. Hurly: *The Health Crisis of the Poor*; und in demselben Band J. M. Hunter: *Disease and ‚Development‘ in Africa*, in: *Social Organization of Health*, Hrsg. P. Dreitzel, New York 1971.

muß entsprochen werden, auch wenn sie zurückgeführt werden kann auf nicht-individuelle und soziale Faktoren, die die wirkliche Ursache sind.

Die Situation des Arztes, der die Schizophrenie „behandelt“, ist im Grunde nicht verschieden von dem, der Staublungen oder Automobil„unfälle“ behandelt. Während es weder Identität noch völlige Trennung zwischen dem Psychischen und dem Somatischen gibt, so gilt doch für beide das Auseinanderfallen von theoretischem Wissen und Therapie. In beiden läßt die Therapie die sozialen Wurzeln unberührt — was nicht bedeutet, daß die Therapie unnötig wäre. Der Schaden eines „Unfalls“, sei er psychisch und/oder physisch, muß geheilt werden; der verletzte Fahrer muß kuriert werden, damit er auf die Autobahnen zurückkehren kann, diesmal vielleicht um zu sterben. Dem Schizophrenen müssen psychische Transfusionen gegeben werden, damit er oder sie in das Tollhaus, das Gesellschaft genannt wird, entlassen werden kann. Diese Widersprüchlichkeit ist in jeder Art von Therapie enthalten. Sie muß aufgehellt, darf nicht verhüllt werden, so als ob irgendeine neue Behandlungsmethode, sei es für gebrochene Beine oder gebrochene Seelen, ihr heimlich entfliehen könnte. Laing und Cooper scheinen zu vergessen, daß eine besondere familiäre Therapie zwar ein Fortschritt gegenüber der herkömmlichen klinischen Therapie und Analyse ist, dieser Fortschritt der Therapie nicht aber zugleich einer der Gesellschaftstheorie oder der politischen Praxis ist.

### III

Der Schwerpunkt auf dem Familienzusammenhang, für den Laing und Cooper eintreten, zieht eine weitere Einschränkung der Dimension nach sich: es geht um die gegenwärtige kommunikative Interaktion der Familie. Die Analyse vollzieht sich auf der Ebene der Kommunikation, des Zusammenbruchs der Kommunikation, der Meta-Kommunikation und des Mangels an Kommunikation — der „Spiralen“ des Mißverstehens. Die Untersuchung bedient sich der Begriffe Erwartung, Wahrhaftigkeit, Bestätigung, Wahrnehmung und so weiter — Begriffe, die Kommunikation in ihrem wörtlichen und weiteren Sinne nahelegen.

Der Verlauf der Untersuchung ist nicht unterschieden von dem der Neo- oder Nach-Freudianer. Es wird auf die psychische Tiefe und Vergangenheit zugunsten der gegenwärtigen und zugänglichen zwischenmenschlichen Dynamik verzichtet. Die bekannte Kritik an der Psychoanalyse wird auch von Cooper vorgebracht: die Psychoanalyse spare das Soziale aus. „Die psychoanalytische Theorie kennt weder eine Deutung für die Zweierheit an sich, die Dyade, noch tatsächlich für irgendein soziales System, das aus mehr als einer Person zur selben Zeit besteht. Die psychoanalytische Theorie hat daher keine Möglichkeit, die einzelne Person in irgendeinem sozialen Zusam-

menhang darzustellen.“<sup>20</sup> Wie schon bei früheren Freud-Kritiken der Neo-Freudianer wird das „Soziale“, das dann hinzugefügt wird, zugleich verflacht, diesmal als Kommunikation.

Die Schwächen der Kommunikations- und Interaktions-Modelle sind die Schwächen der Alltagspsychologie. Nicht daß alle ihre Vorstellungen unrichtig wären, aber sie sind oberflächlich. Und sie werden um so mehr unrichtig, je mehr die Oberflächenanalyse die vergangenen und psychischen Dimensionen ausschließt. Dies scheint zunehmend der Fall zu sein; die Familie erscheint mehr und mehr als eine Machtgruppe und die Schizophrenie einfach als das Produkt nicht zusammenpassender Rollen, Erwartungen, Mitteilungen und so weiter. Die Familie „erfindet“ die Schizophrenie; oder „die schizophrenen Symptome sind im Grunde genommen all das, was die Familie so unerträglich ängstlich über das zögernd unabhängige Verhalten eines ihrer Sprößlinge macht.“<sup>21</sup> Die Schizophrenie wird ferner als das Produkt von Vorurteilen und Fehlerwartungen betrachtet. Daher behauptet Laing, ein Experiment, in dem eine Gruppe von „Schizophrenen“ wie Gesunde behandelt und eine andere Gruppe von „Normalen“ als schizophren behandelt würde, werde zeigen, daß die Erwartungen die Schizophrenie „verursachen“<sup>22</sup>.

Wenn bei Freud Neurosen und Psychosen in der kindlichen sexuellen Vergangenheit wurzeln und vollständig oder teilweise auslöschar sind, so erscheinen sie hier abhängig vom Fluß der Kommunikation. Die Kommunikations-Modelle unterstellen stillschweigend eine parlamentarische Vorstellung der Wirklichkeit, in der ein vernünftiger Ausgleich durch Verständigung möglich sein soll und es keine realen Antagonismen gibt. In den offiziellen Berichten werden alle Konflikte und Differenzen auf Kommunikations-Zusammenbrüche zurückgeführt, als ob es keine realen Widersprüche gäbe. Dieselbe Vorstellung wird behauptet oder impliziert von einem Großteil der Kommunikationstheorie der Psychosen; reale Unterdrückung und reale Antagonismen erscheinen verflacht als verwirrt und uneindeutige Mitteilungen. Daher wird von Gregory Bateson, der der Vorreiter dieses Ansatzes ist und auf den sich Laing und Cooper stützen, die Ich-Funktion beschrieben als „der Prozeß der Unterscheidung von Kommunikationsweisen...“ Bei der Schizophrenie „dürfen wir nicht nach einer besonderen traumatischen Erfahrung als Ursache in der Kindheit suchen... Die Besonderheit, die wir suchen, muß auf einer abstrakten und formalen Ebene liegen“<sup>23</sup>.

20 R. D. Laing, H. Phillipson, A. R. Lee: *Interpersonal Perception*, a.a.O., S. 8. Vgl. D. Cooper: *Freud Revisited*, in: *New Left Review* 20/1963, S. 112 f.

21 D. Cooper: *Psychiatry and Anti-Psychiatry*, a.a.O., S. 19.

22 R. D. Laing: *The Politics of the Family*, a.a.O., S. 46.

23 G. Bateson: *Towards a Theory of Schizophrenia*, in: G. Bateson: *Steps to an Ecology of Mind*, New York 1972, S. 205 f.

Nochmals, es geht nicht darum, daß diese Formulierungen nur ungenau sind, sondern darum, daß sie scheinhaft sind. Wenn in der Therapie ein Kommunikations-Verfahren effektiv ist, wird dies hier nicht in Frage gestellt. Fragwürdig ist vielmehr, wenn ein im Bereich der Behandlung wirksamer Ansatz beansprucht, mehr als eine Beschreibung laufender Prozesse zu sein. Ein Zusammenbruch der Kommunikation wurzelt in anderen Spannungen und Widersprüchen. Kommunikation ist nur ein Teil des Lebens und nicht das ganze.

Die Verwechslung von Wesen und Erscheinung führen Laing und Cooper dahin, den bürgerlichen Hauptfehler zu begehen: sie halten fälschlich ein für eine bestimmte historische Epoche kennzeichnendes Phänomen für universell und unveränderlich. Kurz gesagt, halten sie die menschlichen Beziehungen, die in der spätbürgerlichen Gesellschaft vorwiegen, für menschliche Beziehungen schlechthin. Rollenverhalten wird ausgegeben als menschliches Verhalten und nicht als eine erniedrigte Form desselben. Laing und Cooper kommen kaum darauf, daß die zwischenmenschlichen Beziehungen, die ausschließlich nach dem Muster von Einbildungen, Vorstellungen, Bestätigungen, Meta-Bestätigungen und so weiter ablaufen, bereits eine entfremdete Form des Verhaltens sind<sup>24</sup>. Es ist das Verhalten und die Kommunikation des desintegrierten Individuums.

Wenn Laing schreibt, daß „Menschen beständig über andere nachdenken und darüber, was andere über sie denken, und darüber, was andere denken, daß sie über andere denken und so weiter“<sup>25</sup>, verfißt er die entscheidende Bestimmung hinzuzufügen: nicht alle Menschen, sondern Menschen, die in Bann gezogen und verstümmelt wurden. „Die Menschen“ suchen nach doppelter und dreifacher Bestätigung, wenn schon der erste Versuch fehlschlägt; und der erste schlägt fehl, wenn das Ich, das sie sucht, fehlschlägt. Das Ich, verängstigt über die eigene Zerbrechlichkeit, sucht endlose Bestätigungen, die es weder geben noch empfangen kann. Die Logik der menschlichen Beziehungen nähert sich so der Logik eines Wahnsystems: in jedem Winkel, jeder Ritze lauert Gefahr. Eine Bestätigung lindert kaum die Ängste; man braucht Meta-Bestätigung und Meta-Meta-Bestätigung. „Was ich denke, daß du über mich denkst, strahlt zurück auf das, was ich über mich selbst denke, und was ich

24 Die Absicht ist also gerade die Lösung der Knoten oder der Spiralen der Fehl-Kommunikation. „Die Muster, die hier dargestellt wurden, sind noch nicht von einem Linnaeus der menschlichen Knechtschaft klassifiziert worden . . .“ R. D. Laing: *Knots*, New York 1970. Aber diese Absicht behandelt nur das Fehlschlagen von Kommunikation; sie wendet sich nicht zu einer Kritik dieser Art der Kommunikation überhaupt. — (Linnaeus, 1707—1778, war ein schwedischer Naturforscher, der die noch heute gültige Systematik und Nomenklatur in die Botanik einführte, das Linnésche System. H. G.)

25 R. D. Laing, H. Phillipson, A. R. Lee: *Interpersonal Perception*, a.a.O., S. 30.

über mich selbst denke, beeinflusst wiederum die Art, wie ich mich zu dir verhalte; dies beeinflusst wiederum, wie du über dich selbst denkst, und die Art, wie du dich zu mir verhältst, und so weiter.“<sup>26</sup> „Und so weiter“: die Aufgabe ist endlos, ohne Ausweg oder Entkommen. In dem Spiegelgefängnis, das die Gesellschaft darstellt, starren die Lebenden auf der Suche nach Lebenszeichen in die Spiegel<sup>27</sup>. Vielfältige Spiegelbilder sind das Opium für die zahlreichen Wunden, die das Ich erlitt.

Damit soll nicht gesagt sein, daß es in einer zukünftigen und menschlichen Gesellschaft keine Bestätigungen und Meta-Bestätigungen geben werde; zweifellos wird das der Fall sein. Aber sie werden zu etwas bloß Vergangenen in einer Gesellschaft, in der sich das Ich nach außen wendet. Vollständige Bestätigung ist ein Gebot, wo totale Unsicherheit die Wirklichkeit bestimmt. „Knoten“ werden zur Norm menschlicher Gespräche, wenn die Kommunikationsschlingen das Individuum knebeln. Dies ist die freudlose Wirklichkeit — aber es ist zugleich nur die Fassade: eine Fassade, weil es der oberflächliche Reflex einer objektiven sozialen Wirklichkeit ist, die der unmittelbaren Sicht verborgen ist. Die Theorie der interpersonellen Wahrnehmung ist eine Theorie des Schauspiels.

Laings und Coopers Wendung von einer Betonung des greifbaren interpersonellen Zusammenhangs menschlicher Verhältnisse zu einer Symbolisierung dieses Zusammenhangs, von einer existentiellen zu einer positivistischen Wirklichkeit, die auf andere Weise unerklärlich scheint, ist gerade dem Vermengen von Erscheinung und Wesen geschuldet. Wie Rollen-Psychologen sind Laing und Cooper in der bloßen Fassade gefangen, die von der positivistischen Logik nur wiedergegeben, nicht durchdrungen werden kann. Die Karten und Schemata fangen die Bewegungen der Wirklichkeit ein, jedoch nur nachdem die Wirklichkeit selbst die Männer und Frauen zu Trägern von Zeichen und Symbolen reduziert hat. Die Schemata der menschlichen Beziehungen, die sie aufzeichnen, sind der verdinglichte Ausdruck der Verdinglichung: „ $p \rightarrow (o \rightarrow (p \rightarrow (o \rightarrow p)))$ “ Er denkt, seine Frau denke, er nehme an, sie liebe ihn.“<sup>28</sup> Dies ist das lieblose Gerede einer lieblosen Gesellschaft.

Der Wendung vom Existentialismus zum Positivismus kommt die Fassade entgegen, die zugleich existentialistisch und positivistisch ist. Mit Fassade ist nicht eine scheinhafte Vorderansicht für die wirkliche Sache gemeint, sondern eine Fassade, hinter der die gesell-

26 Ebenda, S. 36.

27 „Wir alle haben schon jene Menschen gesehen, die von Spiegelglasfenstern durch ihre eigene Spiegelung angezogen werden. Gefangen von ihrem eigenen Widerschein, sind sie gezwungen, sich so zu sehen, wie andere sie sehen (...). Auf allen Seiten winken und verlangen diese Spiegel.“ Maxy Beml: William Burroughs and the Invisible Generation, in: *Telos* 13/1972, S. 129.

28 R. D. Laing: *Self and Others*, a.a.O., S. 157.

schaftlichen und objektiven Bestimmungsgründe verhüllt sind. Eben weil die Fassade die unmittelbare Wirklichkeit menschlicher Beziehungen in der spätbürgerlichen Gesellschaft ist, kann, wenn sie erforscht wird, zugleich behauptet werden, daß die existentielle Wirklichkeit erforscht werde. Und genau darum, weil diese existentielle Wirklichkeit entfremdet und unmenschlich ist, kann sie auch mit positivistischen Schemata wiedergegeben werden. Existentialismus und Positivismus konvergieren, wenn die existentielle Wirklichkeit eine positivistische ist.

#### IV

Laings und Coopers philosophisches Denken wurzelt im Existentialismus. „Ich erkenne meine hauptsächlich intellektuelle Verpflichtung jedoch im Existentialismus.“<sup>29</sup> Es muß ferner daran erinnert werden, daß das wahrscheinlich am wenigsten gelesene Buch von Laing und Cooper „Reason and Violence“ („Vernunft und Gewalt“) eine Ausführung über Sartre ist. Eine Diskussion darüber ist hier nicht möglich; im großen und ganzen korrigiert der durch Laing und Cooper gefilterte Existentialismus Sartres nicht dessen ursprüngliche Schwächen, auf die Marcuse zum Teil schon hinwies<sup>30</sup>.

Ein Element dieser existentialistischen Tradition soll das subjektive Herangehen von Laing und Cooper, das die objektive soziale Realität zu verschlingen droht, verdeutlichen. Laing beruft sich auf Feuerbach als den Begründer der existentialistischen Entdeckung der zwischenmenschlichen Wirklichkeit. „Vor über hundert Jahren stieß Feuerbach auf einen Angelpunkt in der Philosophie. Er entdeckte, daß die bisherige Philosophie ausschließlich auf das ‚Ich‘ orientiert war. Niemand hatte bemerkt, daß das ‚Du‘ ebenso grundlegend ist wie das Ich.“ „Das Dasein dieser anderen hat einen tiefgreifenden rückwirkenden Effekt auf mich... In der Philosophie wurde die Bedeutungslosigkeit des Begriffes ‚Ich‘ ohne den entsprechenden Begriff ‚Du‘, die von Feuerbach zuerst festgestellt wurde, von Martin Buber entwickelt.“<sup>31</sup>

Wenn auch jeder Beliebige in die Grabbelkiste des Existentialismus geraten kann und auch tatsächlich hineingeriet, so hat doch die Berufung auf Feuerbach besondere Gründe. Laing und Cooper nehmen jedoch nicht nur die Stärken von Feuerbach wieder auf, sondern

29 R. D. Laing: *The Divided Self*, Baltimore 1959, 1965, S. 10.

30 Vgl. die Marcuseanische Kritik an Sartre von R. Aronson: *The Roots of Sartre's Thought*, in: *Telos* 13/1972, S. 47—67; eine etwas andere Darstellung des existentialistischen Zuges bei Laing findet sich bei C. Rattner: *Principles of Dialectical Psychology*, in: *Telos* 9/1971, insbesondere S. 98—103.

31 R. D. Laing, H. Phillipson, A. R. Lee: *Interpersonal Perception*, a.a.O., S. 3 f. Eine Geschichte der Ich/Du-Konzeption findet sich im ersten Teil von J. Cullberg: *Das Du und die Wirklichkeit. Zum ontologischen Hintergrund der Gemeinschaftskategorie*, in: *Uppsala Universitets Arskrift*, I/1933, Uppsala.

auch seine Schwächen. Seine Stärke liegt darin, gegen den Idealismus Hegels auf eine auf den Menschen bezogene und materialistische Sicht der Wirklichkeit gedrungen zu haben. „Immer wieder besteht Feuerbach darauf, daß der Ausgangspunkt der Philosophie nicht die Philosophie selber, sondern nur das wirkliche Leben der Menschen sein kann. Die erste Tatsache im Leben der Menschen ist ... das Dasein der menschlichen Gemeinschaft.“<sup>32</sup> Aber bei Feuerbach tauchen dieselben Widersprüche auf wie bei Laing, Cooper und den humanitären Psychologen: die menschliche Gemeinschaft schrumpft zur Unmittelbarkeit der Ich/Du-Begegnung, und diese ist losgelöst von der historischen und sozialen Wirklichkeit. Die Geschichte verkehrt sich bei Feuerbach und den Feuerbachianern zur Anthropologie, zu einer unveränderlichen. „Das Wesen des Menschen“, schrieb Feuerbach, „ist nur in der Gemeinschaft, in der *Einheit des Menschen mit dem Menschen* enthalten — eine Einheit, die sich aber nur auf die *Realität* des Unterschieds von Ich und Du stützt.“ Oder er schrieb: „Die *wahre* Dialektik ist *kein Monolog des einsamen Denkers mit sich selbst*, sie ist ein *Dialog zwischen Ich und Du*.“<sup>33</sup>

Man erinnert sich, daß schon Marx und Engels an Feuerbach die Reduktion der sozialen Wirklichkeit auf eine zeitlose menschliche Begegnung kritisierten. Engels macht sich in einer fragmentarischen Schrift über Feuerbachs Ich/Du-Formulierung lustig. „Soweit kommt die Philosophie, daß sie die triviale Tatsache über die Unentbehrlichkeit des Verkehrs zwischen den Menschen, ohne deren Erkenntnis die zweite Menschengeneration, die überhaupt existierte, nie erzeugt worden wäre, die überhaupt schon im Geschlechtsunterschied liegt, als das größte Resultat am Ende ihrer ganzen Karriere hinstellt. Und noch dazu in der mysteriösen Form der ‚Einheit von Ich und Du‘.“<sup>34</sup> Oder wie Marx und Engels in der Deutschen Ideologie schrieben, Feuerbach faßt „die Menschen nicht in ihrem gegebenen gesellschaftlichen Zusammenhange, nicht unter ihren vorliegenden Lebensbedingungen, die sie zu dem gemacht haben, was sie sind, (auf) ... , so kommt er nie zu den wirklich existierenden, tätigen Menschen, sondern bleibt bei dem Abstraktum ‚der Mensch‘ stehen und bringt es nur dahin, den ‚wirklichen, individuellen, leibhaftigen Menschen‘ in der Empfindung anzuerkennen...“<sup>35</sup> Er spart „das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ aus<sup>36</sup>.

32 S. Hook: From Hegel to Marx, Ann Arbor 1936, 1962, S. 258.

33 Ludwig Feuerbach: Anthropologischer Materialismus. Ausgewählte Schriften I. Hrsg. A. Schmidt, Frankfurt/Main 1967; darin: Grundsätze der Philosophie der Zukunft, S. 100—157, hier S. 156.

34 Friedrich Engels: Feuerbach, in: Marx/Engels Werke, Bd. 3, Berlin/DDR, 1969, S. 541 f.

35 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels Werke, Bd. 3, a.a.O., S. 44.

36 Karl Marx: Thesen über Feuerbach, These 6, in: Marx/Engels Werke, Bd. 3, a.a.O., S. 6.

Was bei Feuerbach fehlt, fehlt auch bei Laing und Cooper; nach Marx und Engels ist dies das Begreifen des Menschen in seinem tätigen Wesen, in seiner Praxis. Aus diesem Grunde greift Marx — nach Marcuse — vor Feuerbach zurück auf Hegel<sup>37</sup>. Für Hegel ist der Begriff der Arbeit das unersetzbare Element der menschlichen Geschichte. Dabei meint Arbeit nicht einfach Fabrikarbeit; gemeint ist die Lebenspraxis des Menschen — Vergegenständlichung in der sozialen Welt. Die Arbeit ist die besondere Weise der Aktivität der menschlichen Existenz; die entfremdete Arbeit ist *eine* Form der Arbeit, nicht Arbeit an sich.

Weil die Vergegenständlichung oder Praxis bei Feuerbach fehlt, ist seine Theorie trotz all ihres Humanismus, ihres Ich/Du, eine passive; sie enthält die Welt nicht als eine soziale Umgebung, als eine geronnene Form der menschlichen Praxis. Diesen grundsätzlichen Mangel haben Laing und Cooper mit Feuerbach gemeinsam; sie erliegen dem Schauspiel: dem Nicht-Tätigsein des Beobachtens und Anschauens und Angesehenwerdens. Was Marcuse über Feuerbach schrieb, könnte auch für Laing und Cooper gelten. „Bei Feuerbach bleibt der Besitz der Welt und das Verhältnis zu ihr wesentlich theoretisch; dies kommt darin zum Ausdruck, daß die Art des Verhältnisses . . . die ‚Anschauung‘ ist. Bei Marx ersetzt, kurz gesagt, die Arbeit diese Anschauung, obwohl die zentrale Bedeutung des theoretischen Verhältnisses nicht verschwindet; es ist mit der Arbeit in einem Verhältnis dialektischer Wechselwirkung kombiniert.“<sup>38</sup>

Die Logik des Herangehens von Laing und Cooper an die menschlichen Verhältnisse ist an Feuerbach orientiert; interpersonelle Wahrnehmungen, Vorstellungen, Erwartungshaltungen werden zu bestimmenden Strukturen statt zu abgeleiteten. Bei Laing und Cooper verdrängen sie die grundlegende Weise der Aneignung der Welt, die menschliche Praxis. „Die Ich-Identität“, schreibt Laing, „wird nicht nur dadurch konstituiert, daß wir auf uns selbst blicken, sondern auch dadurch, daß wir auf andere blicken, die auf uns blicken. Auf dieser komplexeren und konkreteren Ebene ist die Ich-Identität eine Synthese meines auf mich selber Blickens mit meiner Vorstellung davon, wie andere auf mich blicken.“<sup>39</sup> Dies ist die Theorie des Schauspiels; die Passivität des Konsumenten wird zur Theorie der menschlichen Identität erhoben<sup>40</sup>. Da die Mittel der Produktion und Reproduktion des Lebens dem Kapital und dem Profit gehorchen, sucht das Leben selbst Zuflucht im Nicht-Tätigsein; die menschliche Praxis zieht sich zusammen auf das Du beobachtest, wie ich beobach-

37 H. Marcuse: The Foundations of Historical Materialism, in: H. Marcuse: Studies in Critical Philosophy, London 1972, S. 21.

38 H. Marcuse: The Foundations of Historical Materialism, a.a.O., S. 22.

39 R. D. Laing, H. Phillipson, A. R. Lee: Interpersonal Perception, a.a.O., S. 6.

40 „Das Schauspiel in der Gesellschaft korrespondiert mit der konkreten Herstellung von Entfremdung.“ Guy Debord: Society of the Spectacle, Detroit 1970, S. 30.

te, daß Du mich beobachtest. Passives Beobachten ist die gebilligte Form der Befreiung in einer Gesellschaft, die die einzige Befreiung erdrückt hat: die aktive menschliche Lebenserfahrung. Die Guckkasten-Vorstellungen sind nicht mehr nur am Rande des Jahrmarkts zu finden, sie sollen unter Beteiligung der Zuschauer die Gesellschaft selbst sein. Laing und Cooper putzen dies auf zu einer Theorie menschlicher — nicht unmenschlicher — Verhältnisse.

Indem sich schließlich das Leben in Positivismus kehrt, in die Herrschaft der Dinge über das Leben, kennt die undialektische Logik nur einen Fluchtweg: Mystizismus, Spiritualismus und ähnliches. Dies ist eine gewichtige Tendenz bei Laing und Cooper; heute ist sie Teil des „Zeitgeistes“. Die herrschende Vernunft und Wirklichkeit werden verwechselt mit der Vernunft selbst; man glaubt, daß das Nicht-Rationale eine Alternative außerhalb der Wirklichkeit und nicht länger in ihr sei.

Die Annahmen, daß Mystifizierung eine Antwort auf Entfremdung sein könne und daß das verinnerlichte Leben eine Antwort auf den Mangel an sozialem Leben sei, war schon vor langer Zeit fragwürdig und hat in der Zwischenzeit nichts an Wahrscheinlichkeit gewonnen.

Der Schlüssel zu dieser Logik bildete sich in der Debatte zwischen Marcuse und N. O. Brown über dessen *Love's Body* heraus. Brown schrieb in einer Entgegnung auf Marcuses Rezension, „die Alternative zur Verdinglichung ist die Mystifizierung“<sup>41</sup>. Dies ist der Angelpunkt der Sache. Für die kritische Theorie ist die Mystifizierung das Komplement zur Verdinglichung, nicht ihre Auflösung. Man versucht, die Verdinglichung hinwegzuzaubern, indem man die Tricks der Verdinglichung selber benutzt: man läßt sich die Dinge vor den Augen tanzen, während die bürgerliche Gesellschaft daherhumpelt. Wenn sich unsere Zeiten — Laing zufolge — durch ein fast vollständiges Vergessen der inneren Welt auszeichnen, so ist sie nicht dadurch zum Leben zu erwecken, daß man die äußere Welt, die die innere vergaß, ihrerseits vergißt. Das Versprechen einer „universellen Befreiung der vollen Spiritualität“ (Cooper) wird sich verkehren in eine universell kontrollierte und programmierte Wirklichkeit, wenn sie nicht in gesellschaftliche Praxis überführt wird. „Okkultismus ist eine Reflexbewegung auf die Subjektivierung allen Sinnes, das Komplement zur Verdinglichung“, schrieb Adorno. „Wenn die objektive Realität den Lebendigen taub erscheint wie nie zuvor, so suchen sie ihr mit Abrakadabra Sinn zu entlocken.“<sup>42</sup>

Heute wetteifern nicht ernst zu nehmende Mystiker mit vollkommen ernsthaften; Sterne, Zeichen, Gurus interpretieren die Welt der kapitalistischen Hieroglyphen. Die Botschaften von den Sternen sagen zufällig die Wahrheit: das tägliche Schicksal und die allge-

41 N. O. Brown: A Reply to Herbert Marcuse, in: H. Marcuse: *Negations*, Boston 1968, S. 244.

42 T. W. Adorno: *Minima Moralia*, Frankfurt/Main 1951, 1964, S. 323.

meine Misere sind irrational — sie stehen in den Sternen<sup>43</sup>. So werden jene besänftigt, die mutmaßen, daß das Leben ebenso vorherbestimmt ist, wie es dies auch tatsächlich ist, indem sie die Schuld dafür von der gesellschaftlichen auf die natürliche und übernatürliche Wirklichkeit schieben. Aber heute stellen die Kulte nicht nur eine Antwort auf eine kalte und kahle Gesellschaft dar, sondern auch auf eine Linke, die zu viel zu schnell versprach. Jene, die alles auf eine Revolution heute oder in spätestens sechs Monaten setzten, blieben mit leeren Händen zurück, als sich der Zeitplan änderte. Kann daraus ein Gesetz formuliert werden? Mystische Politik produziert Mystizismus ohne Politik. Die jüngsten Interviews mit Laing legen diese Abfolge nahe.

Dabei darf man nicht die Stärke der Schriften von Laing und Cooper vergessen; in einer Zeit, in der die Vernunft verrückt ist, hat die Verrücktheit ihre eigene Vernunft. Laing, Cooper und ihre Mitarbeiter haben diese Einsicht nachdrücklich betont. Aber sie verflachte, wie hier dargelegt, zunehmend zu einem bloßen Einsprengsel in ein Konglomerat aus Pop-Existentialismus, Positivismus und Spiritualismus. Der Schrift selbst entgleitet das Verhältnis von Theorie und Therapie; statt dessen werden Bemerkungen über menschliche Identität und Beziehungen vorgetragen, in denen die zerstörten Wesen, als welche die Menschen in der sozialen Landschaft erscheinen, als Exemplare einer künftigen Humanität ausgegeben werden. Das endlose Gerede über Ich und Du vergißt, daß keines von beiden aus endlosem Gerede hervorgebracht werden kann. Die Schriften von Laing und Cooper verraten zunehmend eine Verwechslung von Erster Hilfe für psychisch Kranke mit wirklicher Befreiung von den Zwängen der kapitalistischen Gesellschaft.

43 Vgl. T. W. Adorno: *The Stars Down to Earth: The Los Angeles Times Astrology Column*, in: *Jahrbuch für Amerikastudien*, II/1957, S. 19 ff.

## Diskussion: Probleme der Einführung in den Marxismus

Wolfgang Fritz Haug

### **Schleifsteins Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin**

Schleifsteins Buch\* ist genau so zu benutzen, wie der Titel es vorschlägt: als Einführung ins *Studium* — also nicht einfach in die Lehren — der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus. Als Anleitung zum umfassenden Selbststudium auf diesem Gebiet ist dieses Buch wohl das beste, das es derzeit gibt. In fünf Abteilungen — die sich naturgemäß immer wieder überschneiden — werden die Auffassungen der marxistischen Klassiker im Zusammenhang und mit gut ausgesuchten Zitaten dargestellt. Da der Aufbau für eine Einführung von großer Wichtigkeit ist, seien die Abteilungen genannt: I. Zur Entstehungsgeschichte des Marxismus, II. der dialektische Materialismus, III. die materialistische Geschichtsauffassung, IV. die politische Ökonomie, V. Wissenschaftlicher Sozialismus und Arbeiterbewegung. — Auf Sekundärliteratur hat Schleifstein verzichtet. Dafür gibt es zu jedem Abschnitt Lesevorschläge in Gestalt einer Auswahl der wichtigsten einschlägigen Texte von Marx, Engels und Lenin. Und das Buch entfaltet seinen Gebrauchswert am besten, wenn man es in der Bibliothek liest, wo diese Texte greifbar sind, und dann den Hinweisen der Zitatnachweise bzw. den weiterführenden Lesevorschlägen folgt. Wer so verfährt, dem gibt diese Einführung die Anleitung zu einer Aneignung des Marxismus aus erster Hand. Dabei erweist sich Schleifstein, Leiter des der DKP verbundenen Instituts für marxistische Studien und Forschungen, als ein Schriftsteller, der offensichtlich für die Phrasen und endlosen Redundanzen, wie man sie viel zu oft auch in sozialistischen Texten findet, gar nichts übrig hat. Seine Sprache ist klar und einfach. Die Vorzüge dieses Buches, die Bedeutung dessen, was es vermittelt, unterstreichen, wie wichtig es für die Arbeiterbewegung ist, wenn ihr ein Intellektueller derart dient, in einer Weise, wie Brecht sie gelobt und von den sozialistischen Kopfarbeitern verlangt hat.

Wenn gesagt wurde, daß dieses Buch die beste zur Verfügung stehende Anleitung zum Studium der sozialistischen Klassiker sei, dann konnte das natürlich nicht heißen, daß keine Kritik zu äußern und keine Verbesserungsvorschläge zu machen seien. Im Gegenteil, ein Buch muß schon sehr gut sein, um verbesserbar zu sein. Im folgenden soll es darum gehen, einige zum Teil gravierende Einwände und Verbesserungsvorschläge vorzubringen.

\* Schleifstein, Josef: Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin. C. H. Beck Verlag, München<sup>2</sup> 1974 (1972) (169 S., br., 11,80 DM).

Als erstes Problem stellt sich einer derartigen Einführung die Frage des Anfangs und des Aufbaus. Mit einem Abschnitt über die Herausbildung der Auffassungen von Marx und Engels zu beginnen, wie Schleifstein es tut, ist sicher optimal. Dieser Abschnitt (1, 2) ist der umfangreichste und womöglich der beste, weil hier jede Aufassung von ihrer Entstehung her, also in ihrer genetischen Plausibilität und auch Relativität gezeigt wird. Es wird überzeugend klar, daß marxistischer Materialismus heißt, keine Voraussetzungen anzuerkennen als die gesellschaftlichen und natürlichen der objektiven Realität, als das, was praktische Erfahrung und Geschichte lehren.

Allerdings kommt in die Darstellung in den folgenden Abschnitten ein Widerspruch — an manchen Stellen vielleicht auch nur eine durch Redeweisen bedingte bloße Mißverständlichkeit — hinein, wenn dieser Erkenntnisinhalt in eine Form gebracht wird, die ihm widerstreitet. Gemeint sind Redeweisen, die in der Form „Marx, Engels und Lenin gehen von der Anschauung aus . . .“ den Inhalt aussagen, daß von bloßen *Anschauungen* auszugehen nach Einsicht der Klassiker unwissenschaftlich (unpraktisch) ist. Die Klassiker haben ihre Stärke dort — und das machte ihre Äußerungen haltbar, also „klassisch“ —, wo sie ableiten, entwickeln, beweisen, nicht wo sie behaupten. Nun ist es klar, daß eine Studieneinführung hier ihre Hauptschwierigkeit hat. Soll sie nicht einführen in die Lehren und muß sie also nicht — im besten Sinn — dogmenkundlich sein? Aber dann darf man doch nicht das Resultat als Ausgangspunkt, den Überbau als Grundlage, die Abstraktion als das Konkrete erscheinen lassen. Ist dialektischer Materialismus wirklich als „philosophische Grundanschauung“ treffend charakterisiert? Ist er als Anschauung „Fundament“? (Vgl. etwa 38 u. 42 f.) Vielleicht sollte man noch einmal überlegen, ob es überhaupt seinem Anspruch gerecht wird, von historisch-materialistischer „Betrachtungsweise“ zu sprechen. Problematisch ist eine Auffassung von der Konstitution des Dialektischen Materialismus, wie sie durch folgende Formulierung hindurchschimmert: „Der dialektische Materialismus bildet das philosophische, theoretisch-methodische Fundament des gesamten Marxismus . . .“ (38).

Sicher ist etwa das, was wir Dialektik nennen, nicht nur Gelerntes, Erkanntes, verallgemeinerte Erfahrung, also *Resultat*, sondern danach auch *Ausgangspunkt* für weiteres Lernen und Erkennen auf höherem Niveau. Aber dann muß eben genau dieser Charakter, daß das theoretische Gebäude *Resultat* und *Ausgangspunkt* ist — bei Überwiegen des *Resultat*charakters und bei Ablehnung der Verselbständigung zur „Philosophie“ im alten Sinne —, dann muß genau dieser Zusammenhang besonders sorgfältig dargestellt werden, und es wäre diese Darstellung zugleich eine Probe aufs Exempel materialistischer Erkenntnistheorie.

In den Aufzeichnungen zur „Dialektik der Natur“ wendet sich Engels nachdrücklich dagegen, daß in der Forschung von „Prinzipien“ ausgegangen werde. Allgemeinste Resultate dürfen nur als „Ab-

schlüsse“ vorkommen, wie es eben ihrem Status, Resultate zu sein, entspricht. „Diese aus dem Kopf konstruieren, von ihnen als Grundlage ausgehen und weiter daraus die Welt im Kopf rekonstruieren, ist *Ideologie*, eine Ideologie, an der bisher auch jeder Materialismus gelitten, weil er über das Verhältnis von Denken und Sein wohl in der *Natur* einigermaßen klar war, aber nicht in der Geschichte, die Abhängigkeit des jedesmaligen Denkens von den historisch-materiellen Bedingungen nicht einsah“ (MEW 20, 574). Die Umkehrung dessen, was in Wirklichkeit Abgeleitetes ist, zum „Prinzip“, zum Ausgangspunkt, erzeugt das „Philosophische“ seiner selbständigen Form nach. „Aber ohne diese Umkehrung“ ist, wie Engels an dieser Stelle abschließend notiert, „*eine aparte Philosophie nicht möglich*“. Wenn sich Materialismus und Dialektik hier auf dem Boden der Ökonomiekritik verbinden, dann eben genau in diesem Sinn, daß sie die *Entstehung* des Geistigen aus dem *Materiellen* aufdecken und das, was realiter Entwicklungsergebnis ist, auch in der Theorie mit dem Status eines Resultates auftreten lassen. — Im Kontext (vgl. MEW 20, 578) kritisiert Engels die Verwendung starrer Definitionen, weil sie für die Wissenschaft wertlos seien. „Die einzig reelle Definition ist die Entwicklung der Sache selbst, und diese ist aber keine Definition mehr.“ Dies klargestellt, definiert er dann doch, tut es aber mit der ausdrücklichen Einschränkung „für den *Handgebrauch*“. Er gibt dann eine „kurze Darlegung der allgemeinsten und bezeichnendsten Charaktere“. Eine derartige „sog. Definition . . . kann auch nicht schaden, wenn man von ihr nicht mehr verlangt, als sie eben aussprechen kann“. Dazu ist es aber erforderlich, daß sie auch nur mit dem eingeschränkten Status einer Verallgemeinerung „für den Handgebrauch“ verwandt wird, als Resultat, das der Rechtfertigung aus dem Prozeß bedarf, aus dem es resultiert.

Was nun die Darstellungsweisen betrifft, denen zufolge „Marx und Engels von der Anschauung ausgingen . . .“, so scheinen sie doppelt mißverständlich, weil sie nicht nur das Resultat als Ausgangspunkt mißverstehen lassen, sondern auch als einer bloßen „Betrachtungsweise“ sich verdankend. Man vergewissere sich des Anspruchs des Marxismus an der Formulierung von Engels, die aus der Rede am Grab von Marx stammt: „Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, . . .“ usw. — es folgt die Darstellung des Basis-Überbau-Zusammenhanges. Nicht ausgehend von einer bestimmten Betrachtungsweise kam Marx zu bestimmten Anschauungen, sondern er *entdeckte* „die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache . . .“ usw. — ist es nicht falsche Bescheidenheit, diesen Anspruch der *Entdeckung* des Wirkungszusammenhangs in der objektiven Realität in den einer „Betrachtungsweise“ zurückzunehmen?

Beide Probleme: das Ausgehen von Resultaten und die philosophische Form der Theorie hängen eng zusammen. „Aber ohne diese Um-

kehrung“ — nämlich von Ausgangspunkt und Resultat — ist „eine aparte Philosophie nicht möglich“. Andererseits: ist nicht der dialektische Weg vom vorwissenschaftlichen Ausgangspunkt zum wissenschaftlichen Resultat auch der beste Weg für eine Studieneinführung?

Der Leser möge diese Bemerkungen nicht dahingehend mißverstehen, als ob mit ihnen gesagt werden sollte, daß Schleifstein diesen dialektischen Weg in seiner Einführung nicht berücksichtigte. Er referierte unmißverständlich die entsprechenden Einsichten und Ansprüche der Klassiker. Allerdings kommt in seine Darstellung der materialistischen Dialektik dadurch eine gewisse Inkonsequenz oder Widersprüchlichkeit, daß „philosophische“ Form einerseits, materialistischer Inhalt und Absage an die philosophische Form andererseits undiskutiert nebeneinanderstehen. Im Unterschied zu manchen marxistischen Philosophen löst aber Schleifstein den Widerspruch nicht nach der Seite der Philosophie — und das heißt auch in eine resultierende Lehrsystematik — auf, sondern gibt eine ungelöste Spannung an den Leser weiter. Hier wird weiterzuarbeiten sein.

Die Inkonsequenz in der Auffassung der materialistischen Dialektik rächt sich in der Abteilung Politische Ökonomie. Zunächst fällt beim „Kapital“-Referat auf, daß es sich viel zu ausführlich und viel zu nah am Text mit dem Anfang über Ware und Geld befaßt, während die Darstellung desto kursorischer wird, je näher es an die konkreten Kategorien des Kapitals herangeht. Hier ist auch an der Abfolge Kritik zu üben. Z. B. wird die Unterscheidung von konstantem und variablem Kapital ganz kurz an die Darstellung des Lohns angeschlossen. Vom ersten Band wird außer dem Anfang vor allem der Akkumulationsabschnitt mit seinen Aussagen zur historischen Tendenz nachdrücklich dargestellt. Dann geht das Referat unter völliger Überspringung des 2. Bandes auf einen einzigen — gewiß sehr wichtigen — Ausschnitt aus dem dritten Band über: auf das Gesetz vom tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate. Hier findet sich etwas, was es bei Schleifstein sonst nicht gibt, nämlich eine ungenaue Interpretation. Wo Marx sich — die Stellen (z. B. MEW 25, S. 33 und 53) werden angegeben — zu Aufbau und Abstraktionsgrad äußert und klarstellt, daß der Profit und seine Rate aus dem Mehrwert und dessen Rate *abgeleitet, entwickelt* werden muß und daß die „Gestalten des Kapitals“, wie er sie im dritten Band entwickelt, „sich also schrittweise der Form nähern, worin sie auf der Oberfläche der Gesellschaft . . . selbst auftreten“, interpretiert Schleifstein: Marx habe nachgewiesen, daß Profit „nur die Erscheinungsform des Mehrwerts ist“ (117), und im 3. Band werde gezeigt, wie das im 1. Band in seiner reinen Form Analytische auf der Oberfläche der Gesellschaft selbst auftrate. Während bei zweitem Beispiel die „schrittweise Annäherung“ übersehen ist, wird beim ersten Beispiel die Reduktion des Profits auf Mehrwert, die mehr oder weniger eine Leistung der klassischen politischen Ökonomie ist, für die spezifische Entdeckung von Marx angesehen. Wenn man sich überlegt, woran diese bei Schleifstein ganz ungewöhnliche Ungenauigkeit liegt, und was sie für Kon-

sequenzen hat, dann stößt man darauf, daß die *Kritik* der politischen Ökonomie hier durchweg als politische Ökonomie ohne weitere Umstände dargestellt wird — eine verbreitete Auffassung. Mit dem Charakter der *Kritik* wird aber genau das übersehen, was den Zusammenhang aller spezifischen Entdeckungen von Marx ausmacht und was das *Kapital* zum Paradigma einer materialistisch dialektischen Wissenschaft macht: die *Methode der entwickelnden Ableitung*, von der Darstellung, Begriffsbildung und Aufbau bestimmt sind. Gewiß kann eine Studieneinführung die weitläufige Ableitung der Erscheinungen nicht nachvollziehen. Zu Recht weist Schleifstein darauf hin, daß es im Rahmen dieser Einführung „nicht möglich ist, die von Marx untersuchten Kategorien im einzelnen darzustellen“ (110). Aber wenn es nicht anders geht, als die Lehren zu referieren, dann sollte man das tun, indem man gleichzeitig ihren erkenntnistheoretischen Status referiert. Dann würde man auch die ganze Umständlichkeit eines textnahen Nachvollzugs des ersten Kapitels sparen, das so noch nicht einmal klar wird. Statt dessen müßte man den Aufbau darstellen und seine Knotenpunkte möglichst vollständig beleuchten.

Weil Schleifstein nicht so vorgeht, wird der *Kritik*-Charakter des „Kapitals“ eingengt auf seine Parteilichkeit, wo doch mit ihm die zentrale methodische Entdeckung von Marx verknüpft ist: die genetisch-logische Darstellung. Sie erlaubt es, durch Analyse der ökonomischen Formen nicht nur das Gesetz der Bewegung der sozial-ökonomischen Formation aufzudecken, sondern auch das Gesetz ihrer Entwicklung; die Methode der entwickelnden Ableitung, also die dialektische Methode von Marx, macht aus dem logisch gereinigten Entstehungsgesetz der kapitalistischen Formation das Prinzip ihrer Darstellung; dabei werden mit den ökonomischen Formen zugleich die „gang und gäben Denkformen“, die „objektiven Gedankenformen“ abgeleitet, in denen dieses gesellschaftliche Sein den Menschen bewußt wird und von denen die Politische Ökonomie sich zunächst — und die Vulgärökonomie bis heute — ihre Kategorien vorgeben ließ. Mit dem darstellenden Nachvollzug von Entstehung und Aufbau der bürgerlichen Gesellschaft ist damit zugleich ihre spontane „Denkbarkeit“ abgeleitet und durch diesen Ableitungszusammenhang zugleich radikal kritisiert. Eine Anleitung fürs Studium kann gerade aus diesen Eigentümlichkeiten der Marxschen Dialektik die größten Vorzüge ziehen. Die Dialektik begründet zugleich eine spezifische Didaktik. Weil Schleifsteins Einführung diesen Vorzug nicht nutzt, ist ihr Ökonomie-Teil in der vorliegenden Form als Anleitung zum Selbststudium entscheidend schwächer als die übrigen Teile.

Zwei richtungsweisende Vorzüge dieser Einführung sind darin begründet, daß die Theorien von Marx und Engels von der Anlage her als in der politischen, parteilichen Praxis verankert gezeigt werden; und daß Lenins Werk als Anwendung, konkretisierende Ausarbeitung und Weiterentwicklung mit einbezogen wird. Wer

Marx anders behandelt, behandelt ihn wie der Wurm die Leiche — wie laut Nietzsche die Philosophieprofessoren mit der Philosophie umgehen. Jenes also nicht nur akzeptiert, sondern geradezu gefordert, bleibt zu kritisieren, *wie* Lenin und *wie* die Wechselwirkung Theorie-Praxis in die Darstellung einbezogen sind. Zunächst wäre es interessant, wenn der Übergang von Marx und Engels zum *Marxismus* kommentiert würde — unvermittelt taucht plötzlich anstelle der Personennamen der Name der Richtung und ihres entwickelten Fundus an Wissen, Erfahrung und Politik als Subjekt des Referierten auf (vgl. 77, wo vom Standpunkt des Marxismus ein Zitat aus der „Deutschen Ideologie“ kommentiert wird). — Was nun Lenin angeht, so ist es naturgemäß nicht erforderlich, die Herausbildung seiner Auffassungen in gleicher Weise zum Darstellungsprinzip zu machen wie bei Marx und Engels, weil er ihr Schüler und Fortführer ist. Aber genau dort, wo er — vor allem seit 1917 — den revolutionären Kampf um die Macht führt und schließlich, als die Sowjets die Macht übernommen haben und in ihnen die Bolschewiki die Führung, den Marxismus praktiziert im Sinne einer Grundlegung des Sozialismus, genau dort und in dem Maße ändern sich viele Auffassungen, müssen sich ändern, weil die Praxis es verlangt. Etwa in wirtschaftspolitischer Hinsicht vollführt die Sowjetmacht wahre Zickzackwendungen, bis es ihr zu gelingen anfängt, den ökonomischen Mechanismus in Gang zu bringen. Was nun in der Darstellung der Auffassungen Lenins unter den Tisch zu fallen droht, ist dieser sein großartiger Zug, in der Praxis dazuzulernen. Dieses Dazulernen drückt sich in den Texten aus verschiedenen Zeiten, wenn man sie miteinander konfrontiert, oft als verbaler Widerspruch aus. Solche vordergründigen Widersprüche — etwa in der Frage sozialistischer Warenproduktion —, die oft schon bei Marx und Engels in Keimform angelegt sind, werden in Schleifsteins Darstellung nicht beleuchtet. Nun könnte man sagen, eine erste Einführung brauche dazu nicht Stellung zu nehmen, den Anfänger verwirre das. Aber der Einwand verkennt wohl, daß man am besten vom Lernen aus der Praxis lernt — statt von papierenen Lehren — und daß zudem in den Diskussionen der neuen Linken diese vordergründigen Widersprüche unweigerlich zur Sprache gebracht werden. Bevor man sich von ihnen verwirren läßt, muß man sie aufarbeiten. — Kurzum, in der Darstellung Lenins kommt das Lernen zu kurz, er wird behandelt als Lehrender, auch wo er in Wirklichkeit ins Notizbuch schreibt, nach Formulierungen suchend, Begriffe ausprobierend, ohne daß dies unmittelbar für die Veröffentlichung bestimmt wäre. Solche Texte sind enorm nützlich, wenn man sie als Prozeßbelege behandelt.

Schließlich noch eine letzte Bemerkung. Wie von der Anatomie des Menschen aus die des Affen besser begriffen werden kann, so vom gegenwärtig erreichten Stand der internationalen Arbeiterbewegung und allgemein der Gesellschaftsentwicklung das Werk der sozialistischen Klassiker. Schleifsteins Einführung ist in der Tat durchtränkt von historischer Erfahrung und praktischer Perspek-

tive und fern von jedem Buchstabengelehrtentum. Wer diesen historisch-parteilichen Standpunkt verwehren will, vor allem wer die „Klassiker“ nicht mit den kommunistischen Parteien und den sozialistischen Ländern verquickt sehen will — aus welchen Gründen immer —, der bringt sozusagen den Menschen zurück auf den Affen. Indem er ihn rein zu bewahren meint, veräfft er den Marxismus. Es ist geradezu notwendig, den Marxismus aus der Gegenwart heraus zu ergreifen, statt ihn zu verphilosophieren. Allerdings kommt es ebenso notwendig zu Spannungen zwischen dem so Angeeigneten und der Gegenwart. Aber diese Spannungen bezeichnen Aufgabenstellungen und sollten daher als solche kenntlich gemacht und weitergegeben werden. — Im Abschnitt über „Grundzüge der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft“ (149 ff.) deutet sich nun bei Schleifstein eine Interpretation an, die gegenwärtiges allzu umstandslos zur Norm erhebt. Obwohl ohne jeden Abstrich die Perspektive vom „Absterben“ oder „Einschlafen“ des Staates im Kommunismus referiert wird, taucht daneben — ohne daß der Widerspruch erörtert würde — die Form des Staatseigentums als „die entscheidende Eigentumsform in der sozialistischen Gesellschaft“ auf. Und zwar nicht als Realaussage, sondern als eine den Klassikern zugeschriebene Auffassung. Eine zitierte Engels-Stelle besagt aber nur, daß nach dem Ergreifen der Staatsgewalt durch das Proletariat „die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum“ verwandelt würden (zit. 151). Daraus und aus ähnlichen Äußerungen, die sich auf die *Übergangsperiode* nach einer sozialistischen Revolution beziehen, kann aber doch wohl nicht der folgende Satz abgeleitet werden: „Im staatlichen Eigentum sieht der Marxismus deshalb die Hauptform sozialistischen Eigentums, weil die vom Kapitalismus hervorgebrachten riesigen modernen Produktionskräfte . . . nur bei *gesamtgesellschaftlicher* Planung, Leitung und Kontrolle zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt werden können.“ Das Problem des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und das der Übergangsperiode kann hier ausgeklammert werden. Gewiß gibt Schleifstein die Auffassungen der Klassiker absolut richtig wieder, wenn er die Notwendigkeit *gesamtgesellschaftlicher* Planung und all dessen, was zu ihrer Realisierung erforderlich ist, klarstellt. Aber ist es richtig, Staat und Gesellschaft zu identifizieren? Müßte nicht zumindest erörtert werden, was gegen die Auffassungen der Klassiker einzuwenden ist, die zwischen Gesellschaft und Staat einen scharfen Trennungsstrich zogen? Wenn man umstandslos sagt: „. . . die staatliche, *also* *gesamtgesellschaftliche* Form des Eigentums . . .“ (151) — wird da nicht ein historisches Merkmal der gegenwärtigen Epoche zur *suprahistorischen* Notwendigkeit verallgemeinert? Denn selbstverständlich kann es keine kommunistische Perspektive ohne *gesamtgesellschaftliche* Planung etc. geben. Andererseits wird jeder einsehen, daß gegenwärtig aus externen Gründen (der Systemkonkurrenz nämlich) der Prozeß des Abbaus des Staates in den sozialistischen Ländern partiell ausgesetzt sein muß, obwohl er partiell auch durchaus schon jetzt voranschreitet. — Auch hier gilt, daß

Schleifstein, indem er die wichtigsten Stellen der Klassiker zum Abbau des Staates im Kommunismus angibt, den Widerspruch als ungelöste Spannung an den Leser weitergibt. Es wäre wünschenswert, in einer künftigen Neuauflage solche Spannungen ausdrücklich zu kommentieren und in die Anleitung zum Studium einzubringen.

Robert Katzenstein

## **Haug's Einführung ins „Kapital“ als Einführung in die Methodologie wissenschaftlichen Arbeitens**

Es ist nicht einfach, Haug's Buch \* zu besprechen, denn es sind eigentlich zwei Bücher, die hier zu besprechen wären. Einmal die „Einführung ins ‚Kapital‘“ und zum anderen eine „Methodologie wissenschaftlichen Arbeitens“. Ich beginne mit der letzteren.

Haug setzt von vornherein Ansprüche, die an eine wissenschaftliche Untersuchung zu stellen sind. Das Elementare und das Einfache, Alltägliche als Ausgangspunkt einer wissenschaftlichen Ableitung, das sind solche Ansprüche. Der Ausgangspunkt muß nicht nur das logisch Elementare und das genetisch Erste, er muß auch jedermann zugänglich sein, auf einem praktisch-objektiven Zusammenhang basieren, geeignet zur Ableitung, und ihre Überprüfbarkeit garantieren. Es ist hier nicht darzustellen, wie er zu diesen Ansprüchen kommt; er untersucht die Fülle der Erscheinungen und Fragen, stellt sie in einen Erklärungszusammenhang und sucht so den Ausgangspunkt auszuondern, der seinen Ansprüchen genügt. Wichtig ist, daß er dabei verdeutlicht, worauf es in der Wissenschaft ankommt, was Wissenschaft ist. „Auf diese Weise konnte klar werden, mindestens andeutungsweise“, so schreibt er, „daß eine Wissenschaft einen bestimmten Aufbau haben muß. In ihr baut Satz auf Satz.“ (39) Durch sein Anknüpfen an alltägliche Erfahrung im Ausgangspunkt und die Geschlossenheit des Aufbaus, Satz auf Satz, vermittelt er dem Leser dieses Bild des Wissens um die Wissenschaft. Der Leser wird mit dem „Kapital“ vertraut, noch ehe er es kennt. Es ist für ihn kein Buch mit „sieben Siegeln“ mehr, er fürchtet nicht, daß es ihm nichts sagen könnte, sondern er stellt jetzt schon Anforderungen, wenn er die erste Seite aufschlägt, erwartet schon eine Aussage.

Erst wenn die Ansprüche gesetzt und die Anforderungen an die Wissenschaftlichkeit einer Arbeit gestellt sind, schlägt Haug das „Kapital“ richtig auf. Er betrachtet die Elementarform, die Ware, mit der Marx anfängt. Jetzt beginnt etwas Verwirrendes und zugleich Faszinierendes, was es so schwer macht, dieses Buch voll in den Griff zu kriegen, den praktischen Griff zu finden, der es einem in die Hand gibt (vgl. S. 63). Haug analysiert die Ware nicht direkt. Er überprüft vielmehr, ob Marxens Warenanalyse den Anforderungen entspricht, die an den Anfang einer wissenschaftlichen Untersuchung zu stellen

\* Haug, Wolfgang Fritz: Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital“. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1974 (196 S., br., 12,80 DM).

sind. Er vollzieht Marxens Vorgehensweise nach. Dabei wird die Ware gedreht und gewendet, werden ihre wesentlichen Merkmale herausgearbeitet — z. B. die spezifische Nützlichkeit der einzelnen Waren auf den ihnen allen gemeinsamen und sie von einer Seite her charakterisierenden Gebrauchswert reduziert —, aber das alles geschieht gewissermaßen nur nebenbei. Wie es geschieht, ist ein Leckerbissen. Haug knüpft hier eben an den alltäglichen Erfahrungsschatz an, den der Leser mit der Ware macht, er leitet nachvollziehbar ab, der Leser geht mit, und er erfährt, er entdeckt den Gebrauchswert als den elementaren Kern hinter den spezifischen Nützlichkeiten. Diese Wissenschaft des Gebrauchswertes als Beziehungsbegriff, der am nützlichen Ding eine bestimmte Art von Beziehung zwischen Mensch und Natur faßt (48), diese Abstraktion hat der Leser erfahren, im Sinne von „nachvollzogen“, von „echt in seinen geistigen Besitz übergegangen“. Er weiß auch, daß der Gebrauchswert eine Bestimmung der Ware ist. Aber das alles erfährt er nur in Beziehung gesetzt zur Vorgehensweise von Marx. Es sind wissenschaftsmethodologische Fragen, die hier behandelt werden, jedoch nicht zufällig anhand des „Kapital“ und zugeschnitten auf seine Erarbeitung.

Haug geht ganz konsequent vor. Der nächste und logisch auch nächsthöhere Schritt ist die Einführung des Lesers in das Instrumentarium wissenschaftlichen Arbeitens. An diese Einführung werden dieselben strengen Anforderungen gestellt wie an wissenschaftliche Arbeit überhaupt. Der Anfang muß klar, elementar und für jedermann zugänglich, die Ableitung muß überprüfbar, d. h. nachvollziehbar sein. Und genauso klar, auf das Elementare reduziert und für jedermann zugänglich, entsteht hier das wissenschaftliche Instrumentarium vor den Augen des Lesers, wird es aus seiner eigenen Erfahrung heraus entwickelt. Man kann nur am Beispiel anschaulich machen, wie Haug das herausholt.

Wählen wir als Beispiel die Ableitung des Begriffs „Bestimmung“. „Wo bestimmt wird, da ist zunächst Unbestimmtheit“ (52). Mit diesem Satz leitet Haug die eigentliche Begriffsbestimmung ein und verknüpft sie zugleich mit einer Erfahrung, die der Leser in der vorangegangenen Vorlesung gerade gemacht hat, die dort aber noch nicht von dieser Seite her ins Licht gestellt wurde. Haug zeigt ihm die Bedeutung eines wissenschaftlichen Instrumentariums. Dem Leser wird mit einem Schlage klar, daß es wirklich der Untersuchung bedarf, um ein Ding, dem man täglich begegnet, mit dem man umgeht wie mit dem eignen Hut, auch wirklich zu kennen. Klar wird ihm das anhand des Bezugspunktes „Ware“. In der vorausgegangenen Vorlesung war ihm gezeigt worden, daß er die wesentlichen Bestimmungen der Ware eigentlich schon kannte — er brauchte sie bloß noch zu erkennen. Fragt man ihn, was eine Ware sei, so nennt er sie beim Namen als Kohl und Kotelett, als Kleid und Schuh. Ware, das ist für ihn zunächst nur der Sammelbegriff für Gebrauchswerte, genau wie Obst der Sammelbegriff für Äpfel, Birnen und Bananen ist. Er hebt also, als Käufer, bei der Ware genau die Seite

hervor, die ihn interessiert — den Gebrauchswert. Für den Verkäufer spielt dagegen der Gebrauchswert der Ware nur in einer einzigen Beziehung eine Rolle, als Träger von Tauschwert. Daß dies eine Betrachtungsweise der Ware ist, leuchtet dem Leser durchaus ein. Es ist ein Hervorholen der wesentlichen Eigenschaften der Ware; der Leser weiß das, er hat es nur noch nie von dieser Seite her betrachtet. Daß hier ein soziales Verhältnis zum Vorschein kommt, wird in dieser Vorlesung noch nicht gesagt. Es ist aber in unserem Zusammenhang auch nicht wichtig. Wichtig ist, daß der Leser hier gerade erfahren hat: man kennt die Dinge, aber um sie zu erkennen, muß man ihnen auf den Grund gehen. Das ist Wissenschaft — auch dann, wenn es so alltäglich, einleuchtend ist! Um das zu erreichen, braucht man eine bestimmte Vorgehensweise, ein Instrumentarium. Den Anfang in diesem Instrumentenkasten macht logischerweise die *Bestimmung*. Es geht ja schließlich zunächst einmal darum, das Ding, das man kennt, aber erkennen will, zu bestimmen, seine nebensächlichen Eigenschaften auszusondern und seine wesentlichen ans Licht zu holen. Interessant, wie Haug dem Begriff *Bestimmung* im alltäglichen Sprachgebrauch nachgeht. Man bestimmt über etwas, trifft also eine Entscheidung über die Verwendung von Ding oder Mensch, oder im mythischen Sprachgebrauch: Schicksal, Vorherbestimmung. Haug will hier zweierlei herausholen: einmal den Inhalt des Begriffs *Bestimmung*, und zwar, ans Alltägliche anknüpfend, als einfachen Vorgang der Bestimmung, also des Herauslösens der wesentlichen, das Ding charakterisierenden Seiten, zum anderen die Aussagekraft des Begriffs. Sie entspringt an sich aus dem Vorgang selbst. Hat man eine Erscheinung bestimmt, so ist auch umgekehrt klar, daß man von den wesentlichen Elementen dieser Erscheinung spricht, wenn man von ihrer Bestimmung spricht.

Haug entwickelt auf diese Weise „Bestimmung“, „Explikation des Impliziten“ (Analyse), „Abstraktion“ und „Begriff“ als Werkzeuge des wissenschaftlichen Arbeitens, bestimmt zur Untersuchung der Marxschen Theorie und zur Verständigung über sie. Er leitet ab, er baut auf, Satz auf Satz gewissermaßen, und er dringt dabei vom Einfachen zum Komplizierten vor. Dieses Vorgehen war schon zu Beginn seines Buches von ihm abgehandelt und begründet worden als Anspruch, der an den Anfang einer wissenschaftlichen Untersuchung zu stellen ist. Wir haben gesehen, daß er diesen Anspruch auch innerhalb seiner Arbeit, in bezug auf die spezifischen Ableitungen, einlöst. Genauso verfährt er aber auch im Hinblick auf den Gesamtaufbau seiner Arbeit.

Vom *Begriff* geht er über zur Erklärung der *begrifflichen Erkenntnis* als in bestimmter Weise anspruchsvoller Erkenntnis. In gewissem Sinne hat er das schon vorher angedeutet. Schon beim Begriff „Bestimmung“ haben wir gesehen, daß er Prozeß, Inhalt und Aussagekraft des Begriffs untersucht, ihn von allen Seiten betrachtet. Was vorher aber in seinen Ausführungen implizit enthalten war, für den geschulten Beobachter gewissermaßen hindurchschimmerte,

wird nun explizit zum Gegenstand einer eigenen Darstellung. Und hierbei wird jetzt auch gleich schon das entwickelte Werkzeug angewandt. *Begriffliche Erkenntnis* beansprucht zunächst, so führt er aus, aus der Vielfalt der Erscheinungen das Allgemeine, Charakteristische herauszulösen; es muß zugleich das Gleiche und Unveränderliche in der Mannigfaltigkeit sein etc. (66). Er „bestimmt“ also die *begriffliche Erkenntnis*, indem er die wesentlichen Ansprüche in einem Zusammenhang verbindet, die eine Kenntnis zu wissenschaftlicher Erkenntnis werden lassen. Wir kannten bisher das Molekül, hier sehen wir, wie es sich mit anderen zu einer Kette verbindet, einer Kette von wesentlicher Aussagekraft, von vertiefter Erkenntnis. So einfach ist das und, vor allem, so einfach wird das auch für den Leser. Er wird mit dem wissenschaftlichen Arbeiten vertraut gemacht; es verliert für ihn den Schein des Auserwählten und wird allgemein zugänglich. Das ist erst einmal ein wesentliches Ergebnis der Haugschen Arbeit, das hier festzuhalten wäre. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß er in dieser Weise fortfährt und immer kompliziertere Zusammenhänge behandelt. Wichtig auch, daß er anhand des Vorgehens von Marx Probleme der Darstellungsweise mitbehandelt. Etwa beim Fetischcharakter der Ware.

Bisher haben wir Haugs Buch eigentlich mehr als „Methodologie wissenschaftlichen Arbeitens“ erfahren. Ohne Zweifel hat er hier einen Leserkreis angesprochen, an den er gar nicht gedacht hat. Man kann mit dem Buch arbeiten. Man erhält hier die Begriffe gewissermaßen prozeßbezogen erfaßt und in die wesentlichen Zusammenhänge hineingestellt. Wie sieht es nun aber mit der anderen Seite, mit der „Einführung ins ‚Kapital‘“ aus? Hier stoßen wir auf einen Punkt, der Verwirrung schafft. Die beiden Bücher, die Haug hier, in einem zusammengefaßt, geschrieben hat, stehen sich manchmal im Wege bei den spezifischen Funktionen, die sie jeweils zu erfüllen haben. Die Einführung ins „Kapital“ wird durch wissenschaftsmethodologische Fragen abgelöst bzw. unterbrochen und umgekehrt. Das macht es nicht leicht, das Buch zu lesen. Wenn Haug in der Vorbemerkung Marx zitiert — und zwar jene Stelle (MEW 23, S. 31), an der Marx darauf hinweist, daß er befürchte, daß das französische Publikum sich durch die Untersuchungsmethode abschrecken lassen könne, weil es, stets begierig, den Zusammenhang zwischen den allgemeinen Grundsätzen und den Fragen zu erkennen, die es unmittelbar bewegen, nicht sofort in diesem Zusammenhange weiter vordringen könne —, so trifft das auch auf sein Buch zu. Obwohl Haug, wie schon erläutert, an der alltäglichen Erfahrung des Lesers anknüpft und die Ansprüche der Überprüfbarkeit, Nachvollziehbarkeit der Ableitungen etc. einlöst, dem Leser das wissenschaftliche Arbeiten, die Begriffe des „Kapital“, die Zusammenhänge, auf die es hier ankommt, usw. vertraut macht, erschließt sich sein Buch doch nicht leicht. Es sind zwei „rote Fäden“, die das Buch durchziehen. Durch den Bezug auf das „Kapital“ sind sie miteinander verknüpft, aber sie laufen auch auseinander, wenn rein methodologische Fragen schwergewichtig behandelt werden müssen. Man muß das „Kapital“ schon

kennen oder eben *es zugleich lesen*, dann erst erschließt sich Haugs Buch leicht. Das gilt aber auch umgekehrt: Für den, der Marxens ökonomische Theorie nicht nur kennenlernen, sondern sie sich aneignen will, erleichtert Haugs Arbeit den Zugang zum „Kapital“ ungemein.

Eine Einführung ins „Kapital“ im Sinne des Bekanntmachens mit etwas Neuem ist das Buch also nicht. Haug erklärt das „Kapital“ nicht. Darum geht es ihm auch gar nicht. Sehr plastisch drückt er das am Ende jener Vorlesung aus, in der er die Werkzeuge wissenschaftlichen Arbeitens behandelt. Das sind „Werkzeuge, die den Zweck haben, primär nicht die Sache, sondern die wissenschaftliche Theorie derselben zu begreifen“ (63). Er warnt deshalb auch schon in der Vorbemerkung: „Nur für Kapital-Leser geeignet! Wer eine Kurzfassung der ökonomischen Lehren von Marx sucht, der lege dieses Buch weg. Es soll den Anfänger einführen — aber nicht in die fertigen Lehren, sondern in ihre Verfertigung“ (5). Das ist ernst zu nehmen. Nur wer sich die Theorie von Marx aneignen will, der bekommt hier ein Arbeitsinstrument in die Hand, das ihm den Weg dazu beträchtlich erleichtert. Damit soll nun nicht etwa gesagt werden, man habe hier keine Einführung ins „Kapital“ vorliegen. Es ist nur eine Einführung, die nicht der konventionellen Art entspricht. Die „Methodologie . . .“ ist ja nicht abgehoben von der Marxschen Arbeit, sondern ausdrücklich auf sie bezogen. Hier wird die Ware erfaßt von ihrer dinglich-stofflichen Gestalt her, als Gebrauchswert. Es wird der Tauschwert untersucht. Als äußerliches Verhältnis zweier Gebrauchswerte zunächst, dann als Erscheinungsform des Wertes. Jetzt müßte eigentlich ein usw. folgen, denn Haug behandelt alle wesentlichen Seiten der Problematik. Um aber nochmals deutlich zu machen, was dieses Buch zugleich schwierig und gutes Arbeitsinstrument zur Aneignung der Marxschen Theorie sein läßt, sei lieber darauf hingewiesen, daß hier wieder eine Unterbrechung der Kette folgt: untersucht wird jetzt die Wechselbeziehung Wesen und Erscheinung. Das sind Unterbrechungen der Darstellungskette, notwendig von der Zielstellung des Verfassers her, wenn auch sicherlich nicht immer in der angelegten Breite, die es nur dem Marx-Leser gestatten, den Zusammenhang im Auge zu behalten. An sich rufen sie Verständnisschwierigkeiten hervor. Solche Unterbrechungen des ursprünglichen Zusammenhangs können sich über eine ganze Vorlesung erstrecken. Dann wird der Faden wieder aufgenommen, in unserem Fall: der Wert wird weiter behandelt. Und das ist nun wieder ganz ausgezeichnet, weil Haug immer auch beim spezifischen Problem die Ansprüche beachtet und einlöst, die er zu Beginn aufgestellt hat. Und weil er wirklich alle wesentlichen Probleme behandelt, und zwar sowohl vom Standpunkt der Analyse, die Marx hier vollzieht, als auch vom wissenschaftstheoretischen Aspekt des Marxschen Vorgehens her gesehen. Um nur einige zu nennen: Im Zusammenhang mit Wesen und Erscheinung das Problem der Vermittlung; Wertgröße als Durchschnittsbegriff; Gegensatz, Widerspruch usw. usf. Es ist eine ganze Fülle von Unterproblemen, wenn man es ein-

mal so nennen will, deren Lösungen und Lösungswege bei Marx der Autor behandelt, bis er schließlich das gesellschaftliche Verhältnis „Ware“ herauschält.

Ohne Zweifel ist das also eine „Einführung ins ‚Kapital‘“, aber eben eine anspruchsvolle, die Mitarbeit verlangt und dafür dann auch eine echte Aneignung der Marxschen Theorie bietet. Damit möchte ich eigentlich schließen. Es ist nicht sinnvoll, wesentlich mehr über das Buch zu sagen, weil es einfach schwierig ist, das Wesentliche der „beiden“ Bücher herauszuholen und gleichzeitig die Schwierigkeiten abgewogen zu werten, die dadurch entstehen, daß beide in einem Buch zusammengefaßt sind. Ob die Art glücklich gewählt ist, in der Haug in das „Kapital“ einführt, müssen die Studenten entscheiden. Ich selbst kenne das „Kapital“ und vermag daher den Schwierigkeitsgrad nicht so richtig einzuschätzen, der durch die Art des Herangehens hervorgerufen wird. Ist man mit dem „Kapital“ vertraut, so interessiert einen der wissenschaftsmethodologische Aspekt der Haugschen Arbeit besonders. Man erhält hier manche Anregungen für die eigene Forschungsarbeit. Manchmal einfach durch die Art seines Herangehens an die Dinge, manchmal dadurch, daß er Gesichtspunkte in der Vorgehensweise von Marx hervorhebt, die man vorher nicht beachtet hat. Im Zusammenhang mit der Marxschen Analyse der Wertformen stellt er z. B. fest, daß Marx mit seiner Vorgehensweise nicht weniger aufdeckt als sowohl das Funktionsgesetz wie auch das Entwicklungsgesetz der Sache (135). Man lese das nach bei Marx und überdenke diese Trennung in Funktion und Entwicklung und man merkt, daß Haug einem hier eine wissenschaftliche Vorgehensweise bewußt gemacht hat, die man bislang vielleicht unbewußt schon angewandt, weil unbewußt von Marx übernommen hat, aber deren bewußte Anwendung gerade bei der Untersuchung des gegenwärtigen Kapitalismus ganz beträchtlich helfen kann. Warum funktioniert etwas auf die gegebene Weise und warum verändert sich diese Funktionsweise? Allein diese Differenzierung in der Fragestellung bringt einen weiter, weil sie die Aufmerksamkeit auf die Bedingungen der Funktionsweise und auf die der Entwicklung lenkt — und auf Wechselwirkungen. Man wende das an in bezug auf das Kapitalverhältnis und seine Entwicklung, in bezug auf den gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und die Bedingungen der Kapitalverwertung, die dadurch gesetzt werden. Man vollziehe selbst den Prozeß, mit dem Instrumentarium, das Haug hier hervorhebt, in bezug auf die Kapitalverwertung und ihre Bedingungen, und man kommt notwendig zum Monopol und zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Es sind solche Anregungen, die selbst den ungeduldigsten Franzosen wieder versöhnen, wenn Haug sie am Schluß einer scheinbar vom Kernproblem abweichenden Abhandlung bringt.

Ulrich Müller

## Althusser's strukturalistische Umdeutung des „Kapital“

Der von Althusser vorgelegte Versuch\*, so etwas wie eine marxistische Wissenschaftstheorie unter dem Titel des „dialektischen Materialismus“ aus dem Marx'schen „Kapital“ zu erheben, ist tatsächlich nichts anderes als eine weitgehende Revision des Marxismus, die im Gewande der Herausarbeitung genuin Marx'scher Theorie auftritt. Diese eigentümliche Form der strukturalistischen Revision des Marxismus steht im Zusammenhang mit der subjektiven Ausgangslage des Autors, der als organisierter Kommunist an der Vorstellung von sich selbst als orthodoxem Marxisten festhält und eine offene Revision des Marxismus zweifellos ablehnen würde. So erhält der Angriff auf zentrale Bestandteile des Marx'schen Denkens den paradoxen Charakter, Marx im letzten Grunde zu einer Art Begründer des Strukturalismus zu erklären. Dies Unterfangen ist nicht ganz umstandslos zu verwirklichen, und so bedarf es auch eines recht mühseligen Einstiegs, bevor Vf. seine eigentliche Interpretation entfaltet. Er findet diesen Zugang, indem er, auf der Suche nach methodischen Tiefenschichten, eine andere als die übliche Art der „Lektüre“ empfiehlt, um auf diese Weise aufzuspüren, was, wie Althusser meint, bei Marx zwar nicht offenkundig, also „abwesend“, hinter dem, was ausdrücklich ist, aber doch „anwesend“, also — wie Vf. schließlich tief sinnig erklärt — „abwesend anwesend“ sei (35), Folge einer, wie A. weiterhin raunt, „Identität von Sehen und Nichtsehen im Sehen“ (23). Diesen *latenten* Charakter der fundamentalen wissenschaftlichen Neuerung von Marx muß A. unterstellen, weil das Marx'sche Selbstverständnis der eigenen wissenschaftlichen Leistung s. E. inadäquat ist. Er erhebt nämlich den Anspruch, erstmals eine angemessene Begriffssprache für das anbieten zu können, was Marx im Felde der Wissenschaft zwar faktisch geleistet, jedoch nicht in eine das eigene Tun angemessen ausdrückende Terminologie gebracht habe. Anstatt aber nun etwa die qualitativen Differenzen der Marx'schen Theorie gegenüber der klassischen Ökonomie, die gewiß keinem so bewußt waren wie Marx selbst, anhand des Ineinanders von Kritik und Theorieentfaltung in den „Theorien über den Mehrwert“ systematisch nachzuzeichnen, bietet A. für diese Differenz den

\* Althusser, Louis, u. Etienne Balibar: Das Kapital lesen. 2 Bde. Rowohlt Verlag, Reinbek 1972 (446 S., br., 13,60 DM). — Die Textstellen aus „Für Marx“ sind zitiert nach der in Frankfurt/M. 1968 erschienenen Ausgabe.

Begriff des fundamentalen „wissenschaftstheoretischen Bruchs“ („rupture épistémologique“) an, von dem Marx selbst keine zureichende Vorstellung gehabt habe. In dreifacher Weise versucht er, diese Behauptung abzusichern. Einmal habe Marx die wissenschaftstheoretische Differenz zur klassischen Ökonomie unterschätzt, wenn er dieser konzidiere, bei der Erklärung des Mehrwerts habe dieser wenig mehr gefehlt, als eben dieses Wort (119 u. 195). Zweitens habe Marx aus Mangel einer den eigenen neuen Wissenschaftsansatz reflektierenden Terminologie sich der ungeeigneten Hegelschen Begriffssprache bedienen müssen. Drittens liege hier der Grund dafür, daß Marx sich zuweilen einer metaphorischen Ausdrucksweise bediene. Vor allem die beiden ersten Argumente sind alles andere als überzeugend. Marx war sich völlig klar darüber, inwiefern er sich von der klassischen Ökonomie unterschied. Das läßt sich selbst an jener Stelle zeigen, die A. zum Beleg des Gegenteils dient. Wenn Marx lobend hervorhebt, Adam Smith habe stellenweise der Sache nach durchaus eine Erklärung des Mehrwerts geliefert, wenn auch unter dem Titel des „Profits“, so ist ihm dies eben zugleich Anlaß, als Hauptmangel von Smith hervorzuheben, daß dieser stets rein äußerlich zusammengebrachte Phänomene der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft mit Ansätzen systematischer Ableitung konfundierte. Er hat weiterhin hervorgehoben, daß die klassische Ökonomie, wo sie sich von der vulgären Abspiegelung von Kategorien der Oberfläche freimachte und allererst zum Verfahren der wissenschaftlichen Ableitung fand (am ausgezeichnetsten bei Ricardo), es ihr stets unmöglich war, diese abstrakten Bestimmungen wiederum zur Ebene der Erscheinung zu vermitteln, sie sich vielmehr eines gewaltsam subsumtionslogischen Verfahrens der unmittelbaren Zuordnung befleißigte. Daß somit ihre Abstraktionen immer theoretisch-unhistorische Allgemeinheiten waren, die einerseits methodisch die Ewigkeit kapitalistischer Verhältnisse erschlichen, deren *historischen* Charakter niemals begreifen konnten, wie auch im Verfehlen der historischen Formbestimmtheit der Epoche überhaupt die klassische Ökonomie blind blieb im Erkennen der wesentlichen Formunterschiede. Diese Marxschen Differenzbestimmungen nimmt A. jedoch nicht zur Kenntnis. Der für die Marxsche Methode so bedeutsame Begriff der „Formbestimmtheit“ wird von ihm überhaupt nicht wahrgenommen, die Marxsche Feststellung aber, die klassische Ökonomie sei unfähig, den historischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise zu erkennen, die sehr wohl auch eine scharfe, methodische Kritik enthält, wird von ihm zwar registriert, aber — wie ich glaube nicht zufällig — abgewertet und bagatellisiert (120 u. 198). Alle Hinweise nämlich auf den historischen Charakter Marxscher Theorie, selbst wenn sie von Marx und Engels stammen, hält A. für Mißverständnisse. Ähnlich verhält es sich mit dem Verhältnis von Marx zu Hegel; jede wirkliche, auch kritische Anknüpfung im wissenschaftlichen Verfahren von Marx an Hegel wird von A. gelehnet. Hatte er freilich noch in seinem Aufsatz „Über die materialistische Dialektik“ (in „Für Marx“) Versuche jeder Art, eine sol-

che Beziehung zu behaupten, mit dem schlichten Hinweis zurückgewiesen, Marx selbst habe ja bemerkt, daß sein Gebrauch der Hegelschen Terminologie bloßes „Kokettieren“ sei („Für Marx“ 142), so unterstellt er hier (34), Marx habe zwangsläufig darauf zurückgegriffen, da ihm eine neue Terminologie gefehlt habe, für A. „das Spiel eines realen Dramas, in dem alte Begriffe verzweifelt die Rolle eines abwesenden Begriffs übernommen haben und nun vergeblich versuchen, diesen namenlosen Begriff auf die Bühne zu rufen“ (35). So beteuert A. denn immer wieder, die Marxsche Dialektik habe mit der Hegelschen *überhaupt* nichts zu tun. Unklar bleibt dabei jedoch, warum er überhaupt an dem Begriff „Dialektik“ festhält, da dieser ihm erkennbar zum bloßen Synonym von „Methode“ wird. Gewiß trifft es zu, wenn A. davon ausgeht, daß die Hegelsche Totalität stets den Charakter einer „geistigen Einheit“ (127) habe, und es mag auch angehen, darin eine idealistische Ursprungsphilosophie nach theologischem Muster zu sehen. Was von A. jedoch bezeichnenderweise ignoriert wird, ist der Stellenwert der inneren Bewegtheit und der Entwicklung (auch wenn es sich immer freilich bloß um die von Begriffen handelt) im Hegelschen System, woran das Marxsche Denken anknüpft. Vielmehr dient A. die so begründete Ablehnung der Hegelschen Dialektik als Grundlage der Verwerfung von auch für Marx zentralen Kategorien. Das Begriffspaar „Wesen-Erscheinung“ ist ihm bloß Ausdruck einer metaphysischen Konzeption „expressiver Kausalität“, die bestrebt ist, alles unter dem Titel der bloßen Erscheinung auf *ein* ursprüngliches Wesen zurückzuführen (251). Ähnliches gilt für den Begriff der „Vermittlung“ — für dessen Bedeutung bei Marx hier nur als ein Beispiel das Verhältnis von Wertgesetz und erscheinender Preisbewegung genannt werden mag —, den A. ebenfalls als ein bloßes metaphysisches Vehikel der Rückführung einer reichen Vielfalt auf *ein* unausgewiesenes Ursprüngliches denunziert. Begründen kann er dies freilich nur mit dem spezifischen Gebrauch dieses Begriffes bei Sartre. Den konkreten Gebrauch der von ihm verworfenen Begriffe bei *Marx* diskutiert er hingegen an keiner Stelle, um dabei die angebliche „Verzweiflung“ der Begriffsbevölkerung auf der „Kapital“bühne einsichtig zu machen; würde man A. selbst in seiner Bühnenmetaphorik einen Platz zuweisen, so wäre es der des Zuschauers, für den schon beim Eintritt feststeht, daß jene verzweifelte Tragödie gespielt wird; der „Bühne“ und den „Akteuren“ nahezutreten ist darum nicht die feine Art, er verweilt lieber immer schon beim dort angeblich verzweifelt herbeigerufenen Namenlosen. Die von Marx selbst gegebenen Hinweise über die fundamentale Differenz seines Verfahrens zu Hegel, die Betonung des bloß reproduktiven Charakters der dialektischen Begriffsfaltung, die den großen methodischen Stellenwert des der Darstellung vorangehenden, bei den realen Erscheinungen beginnenden Forschungsprozesses impliziert, bleiben bei A. hingegen wiederum unbeachtet, obwohl er ansonsten dem Methodenabschnitt der „Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie“ große Bedeutung einräumt.

Angesichts des erhobenen Anspruchs ist das von A. unterbreitete alternative Begriffsangebot freilich erstaunlich schmal. Bezeichnenderweise wird es von ihm auch nicht eingebracht in bezug auf die immanente Entwicklung im „Kapital“, sondern in wesentlich allgemeinerem Rahmen; die Marxsche Totalität etwa soll begrifflich gefaßt werden als „Struktur mit Dominante“, worin A. eine begriffliche Fassung des Problems der Bestimmtheit aller gesellschaftlichen Bereiche durch die Ökonomie „in letzter Instanz“ sieht. Schon die Anpassung des strukturalistischen Ansatzes an recht allgemeine Aspekte Marxscher Theorie (die obendrein im „Kapital“ gar nicht Gegenstand sind) bereitet dem Autor große Mühe, wie dies die schwer verständlichen Ausführungen zu dem von ihm eingebrachten Begriff der „Überdeterminierung“ (d. i. „komplex-strukturell-ungleichmäßige Determinierung“) belegen, dessen Stellenwert allein in A.'s Versuch, den Strukturalismus für die marxistische Theorie in Absetzung gegen andere strukturalistische Positionen verwendbar zu machen, zu bestimmen ist. Hierbei entsteht massiv der Eindruck, daß, was er Marx vorhielt, für ihn selbst gilt: die behandelten Probleme in ein untaugliches Begriffssystem zu zwingen. Es bleibt um so unglaublicher, daß die adäquate Begriffsfassung für Marxens Rede von der „Darstellung (einer historischen Form) in ihren verschiedenen Erscheinungsformen“ der fehlende „Begriff der Einwirkung einer Struktur auf ihre Elemente“ (34) sei, als sich der Strukturbegriff gegen das Element der inneren Bewegtheit wie das der Vermittlung sperrt; der Versuch von Marx, diesen inneren Beziehungsaspekt des Ganzen im Begriff des „organischen Systems“ (Grundrisse, 189) zu fassen bleibt von A. unberücksichtigt. Sowohl die historische *Entwicklung* insgesamt, wie auch die innere Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft, die das „Kapital“ begrifflich einfängt, bereiten A. unüberwindliche Schwierigkeiten; die gesellschaftliche Totalität wird zu einer jeweiligen Kombination invarianter Strukturelemente, der Geschichtsprozeß insgesamt zu einer „Aufeinanderfolge von Immobilitäten“ (Lefèbvre); Wissenschaft wird zur ars combinatoria der immer gleichen abstrakten Momente der Produktion, die einen naturhaft erstarrten Charakter erhalten. Verloren geht dabei die Kritik von Marx am Stehenbleiben bei einer solchen Isolierung abstrakter Elemente, die nur verschieden in ein jeweiliges Ganzes einzuordnen wären (dgl. nennt Marx bewußt mit Hegel einen bloßen „Reflexionszusammenhang“), und seine Feststellung von der qualitativen Bestimmtheit dieser Elemente selbst durch die jeweilige gesellschaftlich-historische Form, worin sie allein wirklich sind.

Gerade in seiner scharfen Kritik bleibt A. merkwürdig der Sartreschen Marxrezeption verhaftet. Wenn er sich polemisch gegen dessen Reduktion des Gesellschaftlichen auf Subjektivität wendet, so bleibt er gerade in der falschen Alternative von „subjektiv versus naturhaft“ befangen und schlägt sich bloß auf die Seite der Natur und ihrer Gesetzmäßigkeiten. Die Marxsche Vermittlung beider im Begriff einer Gesellschaft, worin die Menschen die Geschichte wohl

selbst machen, jedoch in einer Weise, die sie — solange sie die Verhältnisse nicht bewußt gemeinschaftlich, also sozialistisch gestalten — an blinde, hinter ihrem Rücken wirkende Gesetze ausliefert, wird so auf einen immerwährenden, dem menschlichen Tun entzogenen Naturmechanismus heruntergebracht. Zu erläutern ist dies an seinem Mißverständnis des Marxschen Begriffs der „Produktionsverhältnisse“ (234 ff.). Er wendet sich gegen deren Fehlinterpretation als bloßer Verkehrsformen von Subjekten und setzt dagegen, daß damit auch Beziehungen zu *Dingen* gemeint seien; so verkennt er den *gesellschaftlichen* Charakter des Eigentums an Produktionsmitteln, das Verfügung über dinglich gewordene lebendige Arbeit ist, und verkennt, daß die Macht der gesellschaftlichen Verhältnisse und Gesetze über die einzelnen aus der Art von deren gesellschaftlicher Verbindung herrühren. Jene Dialektik der Selbstproduktion der gesellschaftlichen Zwangsgesetze wird dem „Marxisten“ A. wieder zu der Naturmacht des Dinglichen, die als fetischistischen Schein zu entlarven Marx doch unternommen hatte. Weil seinem statisch-definitiven Begriffsverständnis der dialektische Charakter der Marxschen Auffassung vom Gesellschaftlich-Beziehungshaften entgleitet, weiß er denn auch zwangsläufig mit den Marxschen Ausführungen zum Fetischismus wenig anzufangen, was um so krasser anmuten muß, als gerade einer Methodenanalyse des Marxschen Werkes nicht entgehen darf, daß es sich hierbei nicht etwa um ein bewußtseinstheoretisches Einsprengsel obskurer Provenienz handelt, sondern um ein Resümee dessen, was sich aus der vorausgegangenen Warenanalyse stringent ergibt. Die Befangenheit in einem Marx fremden Denkansatz holt A. auch dort ein, wo er wichtige positive Elemente zur Marxinterpretation beiträgt. So verwahrt er sich gegen jeden Rückgriff auf die Frühschriften durch die marxistische Theorie, indem er den „absoluten Bruch“ zwischen den Werken des jungen und des späten Marx betont. Manifestation von subjektivistischem Moralismus das eine, Wissenschaft das andere, leugnet er jede Beziehung, verwirft er den frühen Begriff der Entfremdung als etwas dem „Kapital“ gänzlich Fremdes. Weil es in der Tat illegitim ist, etwa das „Kapital“ im vermeintlichen Licht der Frühschriften zu deuten, verkennt er, daß es umgekehrt gerade das Spätwerk ist, das der frühen Kritik von Marx ihre schwerwiegenden Mängel nimmt und die wissenschaftliche Form gibt. A. jedoch schüttet das Kind mit dem Bade aus. Aus seiner wichtigen Feststellung, daß das „Kapital“ keine Theorie des Geschichtsablaufs insgesamt bietet, ebensowenig wie eine Historie der Kapitalgenese, vielmehr die innere Systematik der bürgerlichen Gesellschaft beschreibt, zieht er letztlich Konsequenzen, die die Geschichte aus der marxistischen Theorie eskamotieren unter dem Titel des „Antihistorizismus“, so wie er unter dem aus der Polemik gegen subjektivistische Mißverständnisse geformten Etikett des „Antihumanismus“ den gesellschaftlichen Charakter dieser Theorie verfehlt hat. Er sieht nicht, daß, auch wenn Marx nicht die historische Entstehung des Kapitalismus, sondern die systematische Genese der Formen des vollendeten Kapitalismus zum

Gegenstand hat, der historische Resultatcharakter dieses Gegenstands bürgerliche Gesellschaft methodisch dennoch konstitutiv ist, weil es gilt, die kapitalistischen Formen als historisch bestimmt zu fassen und ihren transitorischen Charakter herauszuarbeiten. Das Problem der adäquaten Erfassung des Gegenstands liegt ja gerade im Charakter seiner inneren Dynamik. Selbst das Gleichzeitige ist im System, dessen Charakter Selbstreproduktion durch Weiterentwicklung ist (im Begriff der „Akkumulation“) zugleich Auseinanderhervortreibendes; die Tendenz der Konzentration des Kapitals, die Entfaltung des Weltmarkts oder auch das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate sind obendrein zugleich auch Theorieelemente, die die Dimension der innerkapitalistischen historischen Entwicklung implizieren. Nicht nur wird bei A. das Element der Entwicklung und historischen Bewegung wie selbstverständlich zur bloßen Diachronie verflacht, auch diese noch ist ihm ausschließlich Charakteristikum der *Darstellung*, nicht der Sache selbst, das bloße zwangsläufige Nacheinander aller Beschreibung als defizienter Wiedergabemodus einer hierarchischen Synchronie. So ist es auch fast kein Wunder mehr, daß es A. an Verständnis für die strenge Entwicklung und Ableitung der Kategorien als reproduzierendem Ausdruck realer gesellschaftlicher Formen im Marxschen „Kapital“ fehlt. Er begreift sie als „Definitionen“, über deren Genese er denn auch nichts weiter zu sagen weiß, als daß sie „konstruiert“ würden (91, 133, 240). Dies ordnet sich in seinen erkenntnistheoretischen Ansatz ein, den er interessanterweise aus dem Methodenabschnitt der „Einleitung zur Kritik“ ableiten zu können glaubt.

Wiederum knüpfen sich an eine zunächst richtige Interpretationstheorie Marx fremde Konsequenzen. Wenn A. recht hat mit der Feststellung, daß im „Kapital“ die Ebene der Abstraktion nie verlassen wird — weil, so wäre zu ergänzen, sein Gegenstand die *allgemeinen* Bewegungsgesetze des Kapitals sind —, so unterschiebt er jedoch sogleich seinen eigenen, Theorie von der konkreten Realität völlig abschneidenden Abstraktions- und Allgemeinheitsbegriff. Seine aus der Kritik ganz anderer Wissenschaftskonzeptionen gewonnene Ablehnung jedes „Empirismus“ erhält eine Qualität, die ihm völlig den Blick auf die Weise des Realitätsbezugs bei Marx verstellt. Der von Marx als das richtige Verfahren der wissenschaftlichen *Darstellung* charakterisierte Aufstieg vom Abstrakten zum Konkreten wird ihm zur Wissenschaft insgesamt ohne Reflexion auf die Konstitution jener Ausgangsabstrakta. Sie sind die „Erkenntnisobjekte“ (als Gegenbegriff zu „Realobjekten“), mit denen es Wissenschaft allein zu tun hat. Der Marxsche Aufstieg wird so in ein Schema gebracht, wo durch die Arbeiten der „Allgemeinheiten II“ an der „Allgemeinheit I“ (die Ausgangsabstrakta, die A. gegeben glaubt durch die „Ideologie“ vorausgegangener Wissenschaft) die „Allgemeinheit III“ (das „Konkret-Gedankliche“) produziert wird („Für Marx“ 127 f.). Wohl soll es sich um „Erkenntnis“ des Konkret-Wirklichen handeln, aber das bleibt Beteuerung, da dieses bei ihm methodisch eliminiert wird. Gegen die Hegelsche Illusion der Produktion der Wirklichkeit im

gedanklichen Aufsteigen hat Marx dessen reproduzierenden Charakter gesetzt, der methodisch gesichert wird durch die konstitutive Rolle des Forschungsprozesses an der realen Wirklichkeit. Dies fällt aus A.'s Ansatz heraus. Mag man noch meinen, es gehe um eben diese zentrale Problematik des Realitätsbezugs jenes diachronischen Diskurses (90), wie er nennt, was bei Marx „Darstellung“ heißt, wo er lange mit der Frage des „Erkenntniseffekts“ ringt (80 ff.), so zeigt sich dies schließlich als Scheinproblem, denn es geht ihm allein um zwei „Erkenntnisebenen“, die zwei Existenzformen des „Erkenntnisobjekts“ sind (91). Die diachronische bewährt sich darin, daß sie Repräsentanz der synchronischen ist. Solcher erkenntnistheoretischer Idealismus muß schließlich gar formulieren, „daß das System, um als System existieren zu können, die abwesende Präsenz des wissenschaftlichen Diskurses“ brauche (92 f.). Wenn dies im Klartext vielleicht noch nicht gerade heißt, den Kapitalismus gebe es nicht, wenn der Philosoph ihn nicht zumindest latent (wie er das wohl macht?) dächte, so doch zumindest, er sei ohne den Philosophen kein „System“. Die Gesetze und abstrakten Formen, wie etwa die Wertform, sind jedoch bei Marx (und für uns alle ständig spürbare) Realitäten, auch wenn man bei ihnen nicht wie bei der Wittib Hurtig stets weiß, wo sie zu haben sind, weil sie nicht dinglich existieren, und wo dies, dann in einer Form, die ihren wirklichen beziehungshaften Charakter verhüllt. In den erkenntnistheoretischen Überlegungen von A. zeigt sich auch die Richtigkeit der Bemerkung von Foucault über die Strukturalisten: „Nous sommes tous des néokantiens.“ Das kantianische Element einer unüberwindlichen Schranke zwischen Erkenntnis und Realität führt jedoch zu keiner dualistischen Konzeption. Vielmehr: des Realitätsbezugs entledigt und im Gehäuse der Erkenntnis wohnlich eingerichtet, erfahren die Erkenntnisobjekte in ihrer unbewegten Synchronie rasch eine Ontologisierung. Das vermeintlich Unhistorische des abstrakten Gedankens wird zum Unhistorischen der Struktur. Die Kompliziertheit dieser binnenwissenschaftlichen Exerzitien geben der Wissenschaft bei A. einen relativ offen zugegebenen esoterischen Charakter. Folgerichtig ist ihm daher die marxistische Wissenschaft auch kein Instrument im politischen Kampf, hierzu bedarf es einer marxistischen „Ideologie“, der auch wissenschaftlich nicht vertretbare Argumente erlaubt sein sollen (41 u. „Für Marx“, 144). Noch hier gibt sich ein strukturalistisches Element zu erkennen, Ideologie ist nicht im Marxschen Sinn Produkt konkret historischer Verhältnisse, sondern die Existenz von Ideologien in ihrer polaren Spannung zur Wissenschaft ist unwandelbare Gegebenheit.

Ingesamt also muß der Versuch von A., der Marxschen Wissenschaft den Strukturalismus als ihre adäquate Theorie zu unterschieben, nicht nur für völlig ungeeignet gehalten werden, vielmehr läuft er der Sache, wenn auch nicht der Intention nach auf eine substantielle Revision dieser Wissenschaft hinaus. In der Wendung gegen jeweils *andere* Theorien eingeführte kritische Kategorien geraten A. unter der Hand zum Generalangriff auf zentrale Bestandteile Marxscher Theorie. Unter der Wendung gegen den „Empirismus“ de-

struiert A. den Realitätsbezug der Marxschen Theorie, unter dem Titel des „Antihumanismus“ ihren gesellschaftsbezogenen, und unter dem des „Antihistorizismus“ ihren geschichtlichen Charakter. In der politischen Konsequenz zeigen sich zwei mögliche Resultate: einmal wird das Band von Wissenschaft und Praxis zerrissen. Im Tageskampf tritt an die Stelle der marxistischen Wissenschaft die Ideologie. Andererseits kann solche Theorie zur Legitimation der politischen Abstinenz herhalten: A. eliminiert die Spannung von Theorie und Praxis, indem er durch ein scholastisches Rasonnement den Praxisbegriff so erweitert, daß Wissenschaft generell darunter fällt, sie ist theoretische Praxis. Eine ins Esoterische zurückgezogene Wissenschaft darf sich durch einen verbalen Trick *ea ipsa* für Praxis halten.

## Besprechungen

### Philosophie

**Rot, Mike:** Kernstruktur unserer kapitalistischen Gesellschaft. Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1972 (102 S., br., 6,— DM).

Der Verfasser will mit diesem Begleittext zum „Kapital“ Gruppen, die mit der Lektüre beginnen, „Diskussionsanregungen“ geben (4). Dies anhand von „Fragen, Thesen und Kurzdarstellungen“, die „zur Vorbereitung einer Diskussion im Rahmen eines Projekts und einer Veranstaltung an der Uni Konstanz (71/72)“ entstanden (3/4). Diskussionsanregungen mag Rot mit diesem Text geben, allerdings wird es sich kaum um solche handeln, die zu einem tieferen Verständnis des Marxschen Textes führen. Es ist oft nicht zu unterscheiden, wo es sich um Kurzdarstellungen und wo es sich um eigene Thesen handelt, denn weder bei den Thesen noch bei den Kurzdarstellungen bezieht er sich auf genaue Textstellen bei Marx (bzw. höchst selten). Hinzu kommt, daß er trotz seiner Bemühungen, „verständlich“ zu schreiben (3), über weite Passagen unverständlich bleibt. Dies deshalb, weil er statt der Marxschen Kategorien eigene, die Dinge eher verunklärende Begriffe verwendet (z. B. „direkte und indirekte Vergesellschaftung“, 6, 75).

Ist das Buch deshalb schon aus didaktischer Sicht unbrauchbar, so ist es das erst recht, betrachtet man seine Aussagen über den Inhalt der Kritik der politischen Ökonomie. „Insofern bleibt hier auch ‚Kritik der bürgerlichen Ökonomie‘ trotz die-Philosophen-haben-die-Welt-nur-interpretiert-es-kommt-darauf-an-sie-zu-verändern so ‚theoretisch‘ wie das (selbst wenn wir unterstellen: überzeugend) von ihr Kritisierte“ (3). Rot behauptet also, Gegenstand des „Kapital“ sei nicht die bürgerliche Gesellschaft selbst, sondern Theorie darüber. Diese Auffassung Rots äußert sich auch darin, daß er Widersprüche immer in Kategorien beschreibt, die ihren realen Charakter verunklären. So spricht er nicht vom Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, sondern nur vom Widerspruch zwischen vergegenständlichter und lebendiger Arbeit.

Ein Kernstück der Marxschen Analyse, die sozialistische Perspektive, d. h. die Entwicklung von Elementen des Sozialismus im Kapitalismus, verdreht Rot folgendermaßen: „Zu reflektieren ist der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft zwischen der im

Kapital vergegenständlichten Arbeit und der (vom Kapital gekauften) lebendigen Arbeit *auf den transitorischen Charakter* der kapitalistischen Epoche. Dabei ist zu begreifen, daß die neue, direkte Form der Vergesellschaftung *durch die lebendige gesellschaftliche Arbeit* „im Schoß der alten Gesellschaft“ *notwendig* entsteht und wie diese direkte Form der Vergesellschaftung dadurch gekennzeichnet ist, daß sie *direkte Herrschaft des Kapitals* über den Arbeitsprozeß ist“ (75). Entweder gibt es „direkte Form der Vergesellschaftung durch die lebendige Arbeit“ (direkt soll bei Rot heißen unmittelbar gesellschaftlich), dann bedeutet sie Aufhebung des Kapitalverhältnisses. Oder die Herrschaft des Kapitals über den Arbeitsprozeß bleibt bestehen, dann findet die Vergesellschaftung nicht durch die lebendige Arbeit statt, sondern durch das Kapital. Mit Rots Worten wäre dies dann aber „indirekte“ Vergesellschaftung. Indem er so die Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus verwischt, bleibt in Rots Neuem alles beim Alten, aus der Perspektive wird eine Sackgasse.

Schließlich, wo es bei Marx gegen Ende des 1. Bandes heißt: „Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriert“ (MEW 23, S. 791), da endet Rot mit der Feststellung: „Die gesellschaftlichen Bedingungen für die Verwirklichung menschlichen Arbeitsvermögens in lebendiger, gesellschaftlich ‚fehlender‘“ — dieser Begriff soll angeblich aus MEW 23, S. 55, sein, dort ist er nicht zu finden, seine Bedeutung in diesem Zusammenhang konnte beim besten Willen nicht geklärt werden — „Arbeit sind nicht durch Willensakt des ‚betroffenen‘ Arbeitskraftverkäufers setzbar. Sie sind vielmehr objektiv gesellschaftlich gesetzt oder nicht gesetzt durch die objektive Bewegung des Kapitals, deren Gesetz sich als das ‚Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft‘ (MEW 23, S. 15) in der Kapitalanalyse enthüllt“ (80). Wäre dies die Schlußfolgerung aus dem Kapital, so bliebe als einzig mögliches „gesellschaftliches Handeln“ (3) das Nicht-Handeln. Denn, welche Funktion hätten dann Klassenkämpfe und politische Organisation der Arbeiterklasse, deren Analyse Rot in seiner Einleitung fordert (4 f.), wenn die gesellschaftlichen Bedingungen nicht durch sie geändert werden könnten?

Nachdem Rot so Stück um Stück die politische Dimension und damit die praktische Relevanz des „Kapital“ abgebaut hat, wird verständlich, warum er sich zu Beginn seines Buches über den nur „theoretischen“ Charakter des „Kapital“ beklagt. Dies grundsätzliche Mißverständnis der „Kritik der politischen Ökonomie“ als einer Theorie über Theorien ist nicht nur deshalb schädlich, weil es die Nützlichkeit des „Kapital“ für die Praxis unterschlägt, sondern weil es dem Hauptanspruch der Theorie, die Begriffe aus der Praxis zu entwickeln und damit an der Praxis überprüfbar zu sein, nicht gerecht wird. Für diejenigen, die dieses Buch als Begleittext benutzen, bleibt es somit eine Sache des Glaubens oder Nicht-Glaubens, ob Marx recht hat, wenn er z. B. die Arbeit als Substanz des Wertes — Rot zufolge: „postuliert“ (14).

Nora Rähzel (Berlin/West)

**Oberlercher, Reinhold:** Zur Didaktik der politischen Ökonomie. Verlag Association, Hamburg 1973 (163 S., br., 7,50 DM).

Ausgangspunkt der Didaktik sind Überlegungen, die Oberlercher zum pädagogischen Prozeß als Besonderung des allgemeinen wissenschaftlichen Arbeitsprozesses anstellt. Dabei bedient er sich der nicht neuen Methode, Kategorien aus der Marx'schen „Kritik der politischen Ökonomie“ analog auf andere Bereiche anzuwenden. Hier sind es Kategorien aus der Analyse des Arbeitsprozesses, mit denen Elemente des pädagogischen Prozesses etikettiert werden. Daß eine Übertragung marxistischer Begriffe auf einen anderen Gegenstand nicht als Analyse dieses Gegenstandes bezeichnet werden kann, dürfte einsichtig sein, und Oberlerchers Versuch bestätigt dies. Was dabei herauskommt ist, daß Arbeitsgegenstand, Arbeitsmittel und die Arbeit im Schüler zusammenfallen, und zwar auf „spezifische“ Weise (6, 8, 10). Wer wollte bestreiten, daß mit dieser Aussage Lernprozesse aufs trefflichste analysiert sind? Bei der Definition dessen, was ein allgemeiner, wissenschaftlicher Arbeitsprozeß ist, wird Oberlercher gar, trotz marxistischer Kategorien, zum Idealisten: „Eine wissenschaftliche Methode greift wie jede konkrete Arbeit in bestimmte Bewegungsformen der Materie ein, die sie verändert. Diese Bewegungsformen der Materie sind Gegenstand der allgemeinen Arbeit (mit der Oberlercher nur die wissenschaftliche Arbeit meint, d. V.), die geänderten Bewegungsformen ihr Resultat“ (10).

Die Didaktik als Teil dieser Wissenschaft, also ein „wissenschaftsimmanenter“ Prozeß (11), beschäftigt sich mit der „Kernfrage“: „Was geht mit einer wissenschaftlichen Theorie vor sich, ehe sie den breiten Schichten der Bevölkerung, vor allem den Kindern, zugänglich wird?“ (A. I. Markuschewitsch, Wissenschaft und Schule, in: Pädagogik, 1968, S. 103, zit. nach Oberlercher, S. 12.) Oberlerchers Antwort lautet: Sie entwickelt sich zur „Lehrweise“, welche die „Vollendung der Wissenschaft“ ist (21). Denn sie ist die letzte der drei „Wissenschaftsformationen“ neben „Forschungsweise“ und „Darstellungsweise“. Diese sind jeweils noch aufzugliedern in: „Darstellung und Lehre von Methoden und Resultaten der Forschung“ (19), „Erforschung und Lehre der Methoden und Resultate der Darstellung“ und schließlich die Lehrweise in „Erforschung und Darstellung der Methoden und Resultate der Lehre“. „Die aufgezählten Erscheinungsformen innerhalb der Wissenschaftsformationen  $F(W_i)$  und  $D(W_i)$  sind also Gegenstand der Lehrweise dieser Wissenschaft,  $L(W_i)$ “ (20). (Nebenbei: Wie kann eine Lehrweise einen Gegenstand haben?)

Nimmt man diese Aussage ernst, so bleibt es durchaus unverständlich, warum die Lehrweise der Kritik der politischen Ökonomie sich erschöpft in der Transformation der Ergebnisse der Darstellung in Formeln. Wo bleiben denn die Resultate und Methoden der Forschungsweise? Oberlercher postuliert mit seiner Aufgliederung auch einen Unterschied zwischen den Ergebnissen der Forschung, der Dar-

stellung und der sogenannten Lehrweise. Allerdings lassen die Beispiele, die Oberlercher für die Lehrweise einer Wissenschaft anführt (binomischer Lehrsatz [12]), eher darauf schließen, daß die obige Kombination jedes Elements mit jedem anderen nichts als formalistische Spielerei ist, die nicht ernst zu nehmen ist. Auch aus seiner Darstellung der Lehrweise der Kritik der politischen Ökonomie zeigt sich, daß Oberlercher unter Lehrweise nichts anderes als die Ergebnisformulierungen einer Wissenschaft versteht. Sicher ist zuzustimmen, daß eine Wissenschaft dann ihr höchstes Stadium erreicht hat, wenn sie Ergebnisse formulieren kann. Ob dies allerdings die Form ist, in der Wissenschaft am besten vermittelt werden kann, dürfte zumindest fraglich sein. Auch bei den Naturwissenschaftlern, auf die sich Oberlercher beruft, ist diese Didaktik heute sehr umstritten: „Sieht man sich nun andererseits irgendein Lexikon zur Physik oder ein Lehrbuch an, so wird ... nicht die notwendige Mehrdeutigkeit der Begriffe herausgestellt, ihre Beziehung, die sie zugleich disparat und einheitlich macht ... oder, wenn man als Schüler oder als Student gezwungen ist, sich tiefer einzuarbeiten, erscheint einem die Atomphysik als eine Sammlung zusammenhangloser und damit unverständlicher Sätze“ (Institut für Didaktik der Mathematik, Universität Bielefeld, S. 19).

Wird also die Vermittlung einer Wissenschaft allein durch Formeln schon in der Naturwissenschaft nicht unbedingt für brauchbar gehalten, so verfälscht eine solche Lehrweise den Charakter der „Kritik der politischen Ökonomie“ völlig. Für sie ist die Entwicklung der Begriffe, ihre Herleitung aus der wirklichen Bewegung konstituierend. An die Stelle der Ableitung werden aber in Oberlerchers Lehrweise, mit der er in „Schulungskursen für Lehrlinge, Schüler und Studenten“ den Inhalt der 3 Bände „erfahrungsgemäß“ in „12 Stunden“ (12) vermitteln kann, „Axiome“ gesetzt (34). Andererseits sind Formeln Verfahrensweisen zur Lösung bestimmter Probleme. Bei der „Kritik der politischen Ökonomie“ handelt es sich um die Darstellung des Entwicklungsgesetzes der bürgerlichen Gesellschaft. Will man die gegenwärtigen Verhältnisse analysieren, so kann dies nur geschehen durch Weiterentwicklung der Theorie, nicht aber durch die Anwendung irgendwelcher aus der Analyse extrahierter Formeln auf gegenwärtige Probleme.

Ist also die „Didaktik der Kritik der politischen Ökonomie“ schon sowohl von dem Versuch ihrer Herleitung (pädagogischer Prozeß als Arbeitsprozeß analog dem materiellen), als auch von ihrem Verständnis über die Möglichkeit der „Kapital“-Vermittlung (als Ansammlung von Formeln) her unbrauchbar, so kommt noch hinzu, daß Oberlercher in seiner Darstellung Fehler macht, die darauf schließen lassen, daß er von seinem Standpunkt der Formalisierung und Quantifizierung die „Kritik der politischen Ökonomie“ nicht nur anderen nicht verständlich machen kann, sondern sie auch selbst nicht versteht. Hierfür zum Schluß nur ein Beispiel: „Die Kategorie Arbeitslohn ist folglich doppelt gesetzt: als Erscheinungsform des Wertes der Arbeitskraft und als Preisform lebendiger Arbeit in Warenform.

Wer seine Dienste veräußert und ihren Wert realisiert, empfängt Arbeitslohn. Wer aber seine Arbeitskraft verkauft, dem erscheint ihr Wert ebenfalls als „Arbeitslohn“. Im ersten Fall ist Arbeitslohn Wesenskategorie, im zweiten Fall Erscheinungskategorie. Die Differenz beider Arbeitslöhne aber ist unwesentlich und nur quantitativ.

1)  $W1 := G2$    2)  $W1 := K2$    3)  $A1 := G2$    4)  $A1 := K2$  (61).

Man sieht, zu welcher „wissenschaftlichen Vollendung“ die Marxsche Theorie hier gebracht ist. Nora Rätzel (Berlin/West)

### Sprach- und Literaturwissenschaft

**Zmegac, Viktor, und Skreb Zdenko (Hrsg.):** Zur Kritik literaturwissenschaftlicher Methodologie. Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1973 (293 S., br., 11,80 DM).

Der Sammelband besteht aus Beiträgen zu zwei Komplexen: Der erste ist ein Rückblick auf in der Vergangenheit vorherrschende Methoden der Literaturwissenschaft. Dabei wird keineswegs nur die Germanistik berücksichtigt, sondern neben der positivistischen, der geisteswissenschaftlichen und der Methode der „wechselseitigen Erhellung der Künste“, die ihre Ausprägung vor allem in der Geschichte der deutschen Literaturwissenschaft gefunden haben, auch der russische Formalismus, der Prager literaturwissenschaftliche Strukturalismus und der anglo-amerikanische New Criticism. Die Beiträge des zweiten Komplexes stellen sich die Aufgabe, zu untersuchen, was gegenwärtige Literaturforschung durch die Adoption von Elementen der Linguistik, der Psychoanalyse, der Literatursoziologie und der materialistischen Dialektik gewinnen kann.

Die beiden Komplexe überschneiden sich natürlich in vielfältiger Weise, denn auch der historische Teil soll nicht nur „vom gegenwärtigen Standpunkt aus die für die Entwicklung der Literaturwissenschaft in der Vergangenheit entscheidenden theoretischen Positionen erneut ... prüfen — in der Hoffnung, daß die Erkenntnis der mannigfach bedingten Irrtümer von gestern dazu angetan sei, die Zahl der noch bevorstehenden um einiges zu verringern“ (7), sondern auch zu Unrecht Vergessenes für die gegenwärtige Literaturwissenschaft wieder fungibel machen.

Klaus Laermann („Was ist literaturwissenschaftlicher Positivismus?“), Karl Riha („Literaturwissenschaft als Geistesgeschichte“) und Beate Pinkernell („Zur Methodologie und Problematik der wechselseitigen Erhellung der Künste“) haben allerdings nicht die Absicht, zu Unrecht Vergessenes der gegenwärtigen Literaturwissenschaft wieder anzuempfehlen — im Gegenteil: sie entdecken in der gegenwärtigen Germanistik — meist unter falschem Namen —

vieles, was sehr zu Unrecht immer noch nicht vergessen ist. Das liegt allerdings nicht allein an ihren Untersuchungsgegenständen, sondern daran, daß sie im Gegensatz zu ihren Koautoren die gesellschaftlichen Konstitutionsbedingungen der von ihnen untersuchten Methoden reflektieren, diese demzufolge als Gesamtheit betrachten, die nicht beliebig beerbt werden kann, ohne andere Teile der Erbmasse nolens volens auch übernehmen zu müssen. Ihre Analyse des Zusammenhangs von gesellschaftlicher Entwicklung und literaturwissenschaftlicher Methodologie verzichtet weitgehend auf Schematismen und gelangt so teilweise zu neuen Ergebnissen: Laermann weist z. B. gegen gängige Vorurteile nach, daß die positivistische Methode der Scherer-Schule kein adäquates Mitgehen mit der sprunghaften Produktivkraftentwicklung in den ersten Jahren des Bismarck-Reiches war, sondern eine Fluchtbewegung vor dieser Entwicklung, die sich angesichts zunehmender Vergesellschaftung aufs Individuum zurückzieht. Schematismus verbot sich diesen Autoren wohl vor allem deshalb, weil sie sachkundig sind. Sie bleiben nicht dabei stehen, zu behaupten, daß da etwas gesellschaftlich bedingt sei, sondern sie machen klar, was da bedingt wurde, stellen also die wichtigsten methodischen Theoreme und Postulate der jeweiligen Methode dar. Hier liegt die Stärke des Buches: Wer knappe Information und die wichtigste Literatur sucht, kann Nützliches finden.

Das gilt auch für den Beitrag von Behrmann über den „anglo-amerikanische(n) New Criticism“. Sorgfältig analysiert er die disparaten Elemente, die unter dem Begriff „New Criticism“ zusammengefaßt werden, sorgfältig verfolgt er die Entwicklung dieser auf der Annahme weitgehender Autonomie des Kunstwerks aufgebauten Interpretationsmethode, die die postulierte Wertfreiheit nicht durchhalten kann, sondern in — konservativer — Moral, im Katholizismus versandet. Nur: ernsthafte Erklärungen für die Ursachen des großen Einflusses der New Critics auf die anglo-amerikanische Intelligenz versucht er nicht anzugeben. Weimanns Thesen, die den New Criticism als Resultat der Lage eines Teils der amerikanischen Intelligenz und den methodischen Aporien bürgerlicher Literaturwissenschaft erklären, bleiben weitgehend undiskutiert.

Soweit die Beiträge, die Irrwege auch als solche benennen. Flaker („Der russische Formalismus — Theorie und Wirkung“) und Cervenka („Die Grundkategorien des Prager literaturwissenschaftlichen Strukturalismus“) wissen nur von zu Unrecht Vergessenem oder noch nicht hinreichend Bekanntem zu berichten, obgleich die Grundtheoreme der von ihnen untersuchten Schulen in vielem denen des New Criticism und der deutschen geistesgeschichtlichen Methodologie verwandt sind. Die Verwandtschaft gründet in der gemeinsamen Auffassung, „daß die Literatur von der Gesellschaft unabhängig sei . . .“ (116), die Interpretation also von der Autonomie des Kunstwerks auszugehen habe. Aus dieser Gemeinsamkeit folgen weitere. So sehen die russischen Formalisten die Triebkräfte der literaturgeschichtlichen Entwicklung im Wechsel zwischen vorherr-

schenden, kanonisierten Stilformen und der darauf folgenden stilistischen Opposition, die die entgegengesetzten Konstruktionsprinzipien hervorruft (124). Zirmunskij unterscheidet z. B. 1928 wie Fritz Strich in Deutschland wenige Jahre früher zwei grundlegende Stiltypen, die aus der sich immer reproduzierenden Polarität des dichterischen Ausdruckszwanges abgeleitet werden: Klassizismus und Romantik.

Was hier unkritisch referiert wird, aktualisiert Katicic („Literaturforschung und Linguistik“) und trägt es der Literaturwissenschaft als literaturtheoretisches Fundament der Interpretation an. Dabei wird der Schritt zurück zum subjektiven Idealismus der Dilthey'schen Hermeneutik in den Mittelpunkt gestellt, das Erlebnis rückt wieder ins Zentrum der Kunsttheorie: „Da aber das literarische Phänomen gerade im Erlebnis besteht, hat man es ohne Erlebnis eigentlich gar nicht mehr mit Literatur zu tun“ (240). Daß auf dieser Grundlage wissenschaftliche Methoden nicht zu gewinnen sind, wird vollends bei Skreb („Die Wissenschaftlichkeit der Literaturforschung“) deutlich, der unter Bezug auf Cassirer „die Forscher“ beschwört, sich auf eindeutige wissenschaftliche Begriffe zu einigen, alles Weitere aber dann der Genialität des Interpreten überantwortet: „Kann man sich wirklich eine hochbegabte, ja geniale Forscherpersönlichkeit, den Idealtypus des Literaturforschers, als Nachschreitenden eines vorher schon bewußt ausgeschrittenen Weges des Erkennens vorstellen?“ (47)

Die „Irrtümer von gestern“, von einem Teil der Autoren kritisiert, erhebt der andere Teil zu methodischen Tugenden von heute. Zu diesen offenbar gewordenen Irrtümern ist auch die Konzentration der Literaturwissenschaft auf die Symbolforschung zu rechnen, aus der Strehlka die große Bedeutung psychoanalytischer Forschungsansätze für die Germanistik abzuleiten versucht. Dagegen fällt Zmegac („Probleme der Literatursoziologie“) Bekenntnis zu einer Literatursoziologie kaum ins Gewicht, die „den komplexen Beziehungen zwischen der unmittelbar wahrnehmbaren, datenhaft erfaßbaren Realität und den eigentlich motivierenden Instanzen und Kräften“ (262) nachspürt; wenn er auch nicht anzugeben weiß, wie sie methodisch beschaffen sein sollte, stellt er wenigstens ihre Gegenstandsbereiche zusammen.

Den Rahmen sprengt allein Richters Aufsatz über „Geschichte und Dialektik in der materialistischen Literaturtheorie“, der nicht nur unzweideutig die Autonomie der literarischen Produktion bestreitet, sondern vor allem die materialistische Dialektik davor schützt, als *eine* mögliche Methode neben andere aus der Soziologie, Psychologie und Linguistik gestellt zu werden, um der Literaturwissenschaft als Steinbruch für „materialistische“ Versatzstücke zu dienen — wie es die Herausgeber anscheinend beabsichtigt haben.

Das Ärgernis des Buches besteht jedoch nicht primär darin, daß es alte Irrtümer verbreitet, die auf nachlässige Art neu verpackt wurden, sondern darin, daß diese Irrtümer vehement und ungebrochen

eigentlich nur von Autoren aus der CSSR und aus Jugoslawien vertreten werden, während marxistische Positionen nur durch westdeutsche Autoren zur Darstellung kommen. Es läuft auf den Versuch hinaus, abgewirtschafteten Formen bürgerlicher Methodologie dadurch zur Auferstehung zu verhelfen, daß sie aus sozialistischen Ländern importiert werden. Daß er hier bewußt unternommen wurde, wird vollends dort deutlich, wo A. Flaker versucht, seine Position als repräsentativ für die sozialistischen Länder auszugeben, indem er behauptet, „daß die zeitgenössische sowjetische Literaturwissenschaft . . . den Prinzipien der werkimmanenten Untersuchung der Literatur — wie sie von den russischen Formalisten so energisch und beharrlich vertreten wurde — treu bleibt“ (136).

Karl Heinz Götze (Marburg)

**Gaede, Friedrich: Realismus von Brant bis Brecht.**  
A. Franke Verlag, München 1972 (83 S., br., 6,80 DM).

Gaedes Buch will, veranschaulicht an einer bunten Palette satirisch-kritischer Schriftsteller, einen Grundzug realistischer Literatur herausarbeiten: „Der Moment, in dem die epische Einheit von Natur und Geist überwunden war, ist als Geburtsstunde des Realismus anzusehen . . . Der auf Handlungseinheit zielenden Mimesis, die dem idealistischen Bewußtsein als literarisches Ausdrucksmittel diente, steht so die antimimetische Struktur des realistischen Werkes gegenüber, das sich nicht als Handlungseinheit, sondern als deren Negation präsentierte“ (19 f., vgl. 16).

In der Tat stellt die Gleichung ‚antimimetisch‘ = ‚realistisch‘ die neueste Variante westdeutscher Realismus-Forschung dar. Auf weniger als fünfzig Seiten springt der Verfasser von Brant über Murner, Eulenspiegel, Fischart, Grimmelshausen, Bonaventura, Büchner zu Brecht, hängt sechs Seiten zur „Realismusdebatte Lukács — Bloch — Brecht“ (62 ff.) dran und endet mit der „Schlußfolgerung: Realismus und das triadische Geschichtsschema“ (73 ff.). Die Begriffe ‚Mimesis‘ und ‚Realismus‘ werden ebenso falsch verstanden wie ‚Widerspiegelungstheorie‘: „Diese Theorie geht von der Annahme aus, daß nur das marxistische Denken die unabhängig vom Bewußtsein existierende Welt erfassen kann“ (62).

Mit diesen groben Verfälschungen wird auch die Grundthese Gaedes hinfällig, daß die satirische Literatur die realistische sei und nicht die von Lukács favorisierten Realisten des 19. Jahrhunderts. Aber nicht nur die Grundlagen, auch die Einzelanalysen halten einer Prüfung nicht stand. Ein Blick auf Gaedes Einschätzung des „NarrenschiFFes“ von Sebastian Brant („Das Schiff als Konkretes bedeutet den Verlust des Allgemeinen“, 28) zeigt, wie er seine Betrachtungen auf die Grundthesen hin zurechtbiegt: „Die allegorische Welt, die den Verlust des Geistes aussagt (?), ist realistisch konzipierte Welt, in der die sinnlichen und materiellen Interessen vorherrschen.

Dem entspricht das additive Formprinzip des Werkes“ (ebd.). Die Forschung hat diese These vom ‚additiven‘ Formprinzip aber vor einiger Zeit revidieren müssen, weil das „Narrenschiff“ sich exakter strukturieren läßt (vgl. U. Gaier, Studien zu Sebastian Brants Narrenschiff, Tübingen 1966). Auch Bonaventuras „Nachtwachen“ erfährt eine eigentümliche Interpretation: „Das additive Formprinzip der ‚Nachtwachen‘ ist nur aus dem Gegensatz zur mimetischen Form und ihres idealistischen Gehalts zu verstehen“ (46). Gaede ist nicht einmal in der Lage, Brechts Realismus-Begriff richtig darzustellen, wenn — angeblich bei Brecht — „der Realist der Schilderer sinnentleerter Welt“ (6) ist.

„Im Narrentanz voran ich gehe, / Da ich viel Bücher um mich sehe, / Die ich nicht lese und verstehe.“ (S. Brant. Motto zum 1. Kapitel des „Narrenschiffs“: Von unnützen Büchern.)

Hermann Korte (Bochum)

**Bleibtreu, Carl: Revolution der Literatur.** Mit erläuternden Anmerkungen und einem Nachwort neu herausgegeben von Johannes J. Braakenburg. Deutsche Texte 23, Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1973 (208 S., br., 10,— DM).

Beispiele naturalistischer Dichtung sind uns noch nicht so ferngerückt wie die Theorie der Naturalisten, und vielen Literaturwissenschaftlern dürfte etwa die wahrscheinlich wichtigste Programmschrift des Naturalismus entweder unbekannt geblieben oder fragmentarisch nur aus den literaturgeschichtlichen Darstellungen bekannt geworden sein. Bleibtreus Schrift ist das Dokument einer Phase der Entwicklung der Realismus-Theorie, ein widersprüchliches Dokument. Man sieht, unter welchen Schwierigkeiten sich das Neue emporarbeiten mußte und wie ihm die Vergangenheitsrelikte dabei im Wege standen, sich mit ihm vermengend.

Bleibtreu definiert „Realismus“ als „diejenige Richtung der Kunst, welche allem Wolkenkuckuksheim entsagt und den Boden der Realität bei Widerspiegelung des Lebens möglichst innehält“ (29). Sichtlich bemüht, dabei den „Schönheits“-Begriff nicht preiszugeben, setzt er das Ziel: „die Wahrheit realistischer Weltabspiegelung zu erreichen, ohne darüber die Schönheit einzubüssen“ (71). Der Begriff der Widerspiegelung erfordert die Frage nach dem Was, dem widerzuspiegelnden Gegenstand. Zunächst verweist Bleibtreu auf die Wichtigkeit des Inhalts: „nicht das Wie und das Können entscheidet allein, sondern auch das Was und das Wollen“ (VIII). Hiernach setzt er als Kriterium für Realismus primär den jeweils dargestellten Gegenstand. Von einer ersten Gruppe realistischer Künstler — sie allein heißen bei ihm „Naturalisten“ — distanziert er sich mit Hohn; diejenige, welche „das Wesen des Realismus“ darin erblicke, „gemeine Situationen und Konflikte zu pflegen“ (29). Nicht anders von einer zweiten, die glaube, „die Wiedergabe des Platten und

Alltäglichen als Kunstprinzip aufstellen zu müssen“ (ebd.). Indem Bleibtreu sich gegen solche Realismus-Auffassungen wandte, die ihm als Entstellungsformen erschienen, bahnte er einem modernen Realismus-Begriff den Weg. Dessen Bestimmung jedoch gelang ihm nicht mehr: „Der wirkliche Realist wird die Dinge erst recht *specie aeterni* betrachten und je wahrer und krasser er die Realität schildert, um so tiefer wird er in die Geheimnisse jener wahren Romantik eindringen, welche trotz alledem in den Erscheinungsformen des Lebens schlummert.“ (31)

Da er den Begriff „wahre Romantik“ nicht definierte, muß diese Bestimmung nebulos bleiben, obwohl zu ahnen ist, worauf Bleibtreu zielt, wenn er „die Sehnsucht nach dem Unendlichen“ als „dies innerste Mysterium der Poesie“ bezeichnet (90) und wenn man erfährt, welchen Teil des literarischen Erbes Bleibtreu festhalten möchte, jenen Teil, den er als „echte Dichtung“ nominiert: Heines „Romanzero“ und Byron, auch Cervantes, auch Shelley. Sein Romantik-Begriff zielt denn doch letztlich mehr auf die Darstellungsform, obwohl Bleibtrens vornehmliches Bemühen der Feststellung eines primären Sujets des „neudeutschen Realismus“ gilt; nämlich: „in erster Linie politische und soziale Konflikte der Gegenwartshistorie“ (VIII) oder „die furchtbaren sozialen Fragen“ (12), weshalb es die dringendste Aufgabe der Poesie sei, „sich der grossen Zeitfragen zu bemächtigen“ (13). (Unmittelbar hier folgt die Sentenz: „Zugleich gilt es, das alte Thema der Liebe in modernem Sinne, losgelöst von den Satzungen conventioneller Moral, zu beleuchten.“) Verbunden mit der Sujetbestimmung ist ein — allgemeines — Prinzip der „Teilnahme“: „Wahre Poesie wird nie aus abstrakter Liebe zur Kunst, sondern aus leidenschaftlicher Theilnahme an den Schmerzen und Freuden der Mitwelt geboren“ (ebd.). Bleibt er damit auch weit zurück hinter der literarischen Praxis etwa der Achtundvierziger, eines Freiligrath oder Weerth; verbleibt er im Banne bürgerlicher Ideologie — sein Diktum von den „lauernden Raubthierinstinkte(n) des vierten Standes“ ist Beweis dafür (36) —, so läßt er immerhin das *l'art pour l'art*-Prinzip hinter sich und hat sogar für die deutschen Romantiker das eingeschränkte Lob: „Sie waren wenigstens Herolde der Reaction“ (93).

Bedenkt man die Erscheinungszeit der Programmschrift und erinnert man sich, welche Mühe etwa Mehring hatte, Zugang zu Beispielen neuerer deutscher sozialistischer Literatur zu gewinnen, so verwundert nicht Bleibtrens Hinweis auf Kretzer, den er als Schöpfer des deutschen Realismus ehrt, als den Vertreter der „höchste(n) Gattung des Realismus“, des sozialen Romans. Kretzers Name und Werk wird den Zeitgenossen entgegengehalten: „In eurem Alter schrieb der mit mangelhafter Bildung ringende, vom Kampf um's Dasein schwergedrückte Kretzer seine ‚Beiden Genossen‘ — eine Arbeiternovelle, über welche ihr natürlich erhaben seid. Die Wahrheit ist aber, dass ihr meist weder Respect und Pietät für das Höhere überhaupt, noch auch Verständniss für das wirklich Moderne besitzt.“ (68)

In solchen Passagen zeigt sich das große Verdienst der Naturalisten an der Entwicklung der Realismus-Theorie; sowenig die Vertreter des Naturalismus daran dachten, sich von den ideologischen Grundpositionen des Bürgertums zu entfernen, so sehr zwang sie der Einfluß der sozialökonomischen Veränderungen des Zeitalters, dem Neuen Raum zu gewähren, in der literarischen Theorie ebenso wie in der literarischen Praxis. Darüber hinaus finden sich in Bleibtreus Programmschrift noch manche wertvollen Hinweise; beachtlich die Hervorhebung des „Hofmeisters“ von Lenz oder, erinnert man sich an Mehrings rühmendes Urteil, die Einschätzung des Romanciers Alexis. Demgegenüber finden sich bei Bleibtreu auch horrende Fehltritte, z. B. über Büchner. Bestandteile der zeitgenössischen Ideologie springen deutlich ins Auge: der Geniekult — in den gar Friedrich II. von Preußen einbezogen wird —; die Behauptung von der „Priesterschaft“ der Dichter, zurückweisend auf Klopstock, vorausweisend auf George; die Überschätzung der Literatur („Ja, im Buch lag der Zauber, der die Welt vom napoleonischen Bann befreite“, S. 9). Im Sprachlichen zahlte Bleibtreu der Zeit ebenfalls Tribut: der „echte Volldichter“ und „Vollmensch“ werden gerühmt, insgleichen der „germanisch-christliche Ernst“, „manches Schneidige“ in der Novellistik, „militärisch stramme Dramatik“ und der „geistige Heerbann des deutschen Reiches“. Andererseits: scharfe Worte gegen das „preussische Mandarinentum“, die Welt des Gamaschenknopfs und der Zopfperücke, allerdings im gleichen Atemzug gegen das „socialdemokratische Drillzuchthaus“. Mit helllichtigem Blick nahm er wahr: „Es liegt wie ein Schatten über dem ganzen neuen Reich trotz des kurzen blendenden Sonnenscheins.“ (12) Im Kommentarteil, der an Länge nicht hinter dem Bleibtreu-Text zurückbleibt, liefert der Herausgeber erschöpfendes Material, welches dem Leser die heute nur noch schwer verständlichen Einzelheiten der Schrift aufschlüsseln hilft. Wolfgang Beutin (Hamburg)

**Mehring, Franz:** Anfänge der materialistischen Literaturbetrachtung in Deutschland. Zusammenge stellt und eingeleitet von Theo Buck. Materialien und Untersuchungen zur Literatursoziologie. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1973 (115 S., br., 6,70 DM).

Neben einer Einleitung, Bibliographie sowie biographischen und didaktischen Hinweisen stellt Buck im Hauptteil auf reichlich sechzig Seiten einige der wichtigsten literaturkritischen Thesen Mehrings vor, jeweils anhand von Ausschnitten bzw. Zitaten aus dem Werk, die er kommentiert und denen er Äußerungen von Gegnern Mehrings, von Freunden und von Autoren moderner Sekundärliteratur konfrontiert. Nicht ein einziger Aufsatz, keine einzige Abhandlung ist hier komplett abgedruckt. Zwar bejaht der Herausgeber Mehrings literaturtheoretische Konzeption als ganze (77), doch enthalten Einleitung und Kommentare manches Zweifelhafte. Er spricht von Meh-

rings „Gegenentwurf zur herrschenden Wissenschaftsauffassung“ (42), glaubt andererseits aber, daß Mehring „seiner ganzen Arbeitsweise nach kein Wissenschaftler“ gewesen sei (21) — welcher Wissenschaftsbegriff liegt zugrunde? Und welcher Begriff des Klassenkampfes? „Mit dem missionarischen Eifer des Renegaten greift er aktiv ein in den Klassenkampf. Das geschah im Jahre 1890“ (5). Aber wären Mehrings Schriften aus der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gegen die Sozialdemokratie, seine Artikel in der „Volks-Zeitung“ unter dem Sozialistengesetz kein Element des Klassenkampfes? Gerade die von Marxisten am meisten bestrittene These Mehrings ist es, mit der Buck — wenn auch unter Umgehung eines klaren „Ja“ — sympathisiert: „Es lohnt sich nachzudenken über seinen Satz: ‚Die Kunst darf ihre Wiedergeburt erst von dem ökonomisch-politischen Siege des Proletariats erwarten; in seinen Befreiungskampf vermag sie nicht tief einzugreifen.‘ Wahrscheinlich ist das stimmiger im Sinne der marxistischen Enderwartungen als die bisherigen Scheinlösungen“ (95). Eine Begründung fehlt. — Dem Anspruch des Herausgebers, „künftige Mehring-Forschung anzuregen und zu erleichtern“ (3), wird der Band in keiner Weise gerecht.

Wolfgang Beutin (Hamburg)

**Scheck, Frank Rainer (Hrsg.): Erobert die Literatur! Proletarisch-revolutionäre Literaturtheorie und -debatte in der Linkskurve 1929—1932.** Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1973 (170 S., br., 14,— DM).

Scheck hat eine Reihe von Aufsätzen aus der Linkskurve, dem Organ des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller (BPRS), zusammengestellt und in einer Einleitung kommentiert. In dieser Einleitung versucht er, die in der Linkskurve vertretenen Positionen gegen heutige „revisionistische Autoren“ (21) auszuspielen, wobei er unter letzteren vor allem die „heruntergekommene DDR-Literaturwissenschaft mit ihrem klassenversöhnlerischen (!) Begriff ‚humanistisch‘“ (21) versteht. Daß Scheck seine Hauptaufgabe in der BRD folgerichtig darin sieht, die marxistischen Organisationen zu bekämpfen, nämlich z. B. „eine Weiterverbreitung der DKP-Illusionen vom Mitbestimmungs- und Wahlscheinsozialismus (!) zu verhindern“ (8), verwundert so kaum.

Wie unkritisch Scheck die von ihm ausgewählten Aufsätze rezipiert, wird u. a. am Beispiel eines Aufsatzes von J. R. Becher über Heinrich Mann offensichtlich („Vom ‚Untertan‘ zum Untertan“, hier 75—81). Es handelt sich dabei um einen Offenen Brief, in dem Becher zu Recht kritisiert, daß H. Mann sich im Frühjahr 1932 für die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten eingesetzt, daß er als Präsident der Preußischen Akademie der Künste, Sektion Dichtkunst, deren „Überparteilichkeit“ betont und zur reaktionären politischen Entwicklung geschwiegen hatte. Zugleich folgert Becher jedoch, H. Mann sei damit vom Autor des „Untertan“ selbst zum Un-

tertan, zum Agitator und Wegbereiter der faschistischen „Volksgemeinschaft“ geworden und habe sein Schicksal als Dichter besiegelt. — Dieser aggressive Ton Bechers war kaum geeignet, schwankende linksbürgerliche Kräfte, deren populärer Repräsentant H. Mann zu dieser Zeit war, zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen. Ähnliche Fehler in der Bündnispolitik der KPD und ihr nahestehender Organisationen drücken sich auch in anderen Texten des vorliegenden Bandes aus (z. B. in Neukrantz' Rezension von Döblins „Berlin-Alexanderplatz“). Im übrigen wurde die verallgemeinernde Verurteilung H. Manns durch Becher in den folgenden Jahren von H. Manns politischer und künstlerischer Weiterentwicklung ad absurdum geführt, wie wir heute wissen. Auf diese Tatsachen hätte Scheck in der Einleitung eingehen müssen. Statt dessen wertet er Bechers Brief als „prinzipienfeste Stellungnahme“ (21) zu einem fortschrittlichen bürgerlichen Autor. Hätte Scheck die differenzierten Untersuchungen von DDR-Literaturwissenschaftlern über die Entwicklung H. Manns (z. B. Werner Herden, Geist und Macht, Heinrich Manns Weg an die Seite der Arbeiterklasse, Berlin/DDR und Weimar 1971, zu Bechers Offenem Brief vgl. darin 24—27) zur Kenntnis genommen, wäre seine Einleitung vielleicht informativer geraten. — So lesenswert die Linkskurve-Beiträge selbst sind — durch das Fehlen einer angemessenen Kommentierung wird der vorliegende Band seinem Anspruch, die literaturtheoretischen und -praktischen Diskussionen im BPRS für die BRD fruchtbar zu machen, nicht gerecht. Uwe Naumann (Hamburg)

**Vondung, Klaus:** Völkisch-nationale und nationalsozialistische Literaturtheorie. List Verlag, München 1973 (247 S., br., 11,80 DM).

Vondung umreißt den Gegenstandsbereich seiner Arbeit in zweifacher Hinsicht: Erstens sei die Verbindung des Begriffs „völkisch-national“, der „als Sammelname benützt (wird) für politische und auch kulturelle Bewegungen, die im 19. Jahrhundert entstanden und nach 1918 ihre Blütezeit erreichten“, mit dem aufs Dritte Reich begrenzten Begriff „nationalsozialistisch“ aufgrund der Gemeinsamkeit zentraler ideologischer Positionen legitim. (10) Zweitens sei der Begriff „Literaturtheorie“ zu relativieren: Weder die mangelnde Verbindlichkeit der Aussagen von Dichtern und Literaturwissenschaftlern während des Dritten Reiches noch die Mannigfaltigkeit der ideologischen Strömungen erlauben von einer Theorie der Literatur zu sprechen. „In kritischer Terminologie müßte man daher eigentlich von dem zur Diskussion stehenden Gegenstand sprechen als von ‚völkisch-nationalen und nationalsozialistischen Ideologemen, Literatur betreffend.‘“ (13) Die Schwierigkeit, die zentralen Ideologeme auf einen theoretischen Nenner zu bringen, hat Vondung nicht ver-

anlaßt, in der politischen und ökonomischen Geschichte Deutschlands seit dem 19. Jhd. und besonders im Faschismus als einer Form des Imperialismus eine gemeinsame Ursache der Ideologeme zu suchen. Vielmehr versucht er, über phänomenologisch gewonnene Begriffe, in denen bereits Ursache und Struktur nationalsozialistischer Literatur enthalten sind, und über „seelische Haltungen“ den Gegenstandsbereich zu erfassen.

Das Buch ist gegliedert in zwei vom Umfang her gleiche Teile: „Texte“ und „Kritik und Forschung“. Eine umfassende Bibliographie und Kurzbiographien der bedeutendsten nationalsozialistischen Dichter sind angefügt. Die Kriterien für die Zusammenstellung der Dokumente im ersten Teil werden aus der Entwicklung völkisch-nationaler Ideologeme deduziert. Entsprechend der historisch frühen Bindung des Nationalismus an die deutsche Sprache als vereinigendes Element geht der erste Abschnitt des Textteils schwerpunktmäßig auf die nationalistische Fetischisierung des „Wortes“ (Hans Friedrich Blunck) ein. Die „Blutgemeinschaft“ stellt das begriffliche Zentrum des zweiten Abschnitts dar entsprechend der Entwicklung des Nationalismus zum offenen Rassismus (Hermann Burte). Über den Begriff „Heiliges“, der im dritten Kapitel als Orientierungspunkt gelten kann, sieht Vondung den Höhepunkt der nationalistischen Ideologie im Begriff „Gewalt“ erreicht, worauf im vierten Kapitel unter Berücksichtigung von Kriegsdichtung eingegangen wird (Gerhard Schumann). Die Zuspitzung nationalistischer Ideologie bis hin zur offenen Bejahung der Gewalt durch den faschistischen Staat begründet Vondung später — gegen die historisch-materialistische Deutung Günter Hartungs — idealistisch: Die regressiven Ideologeme waren „als sinngebende Existenzentwürfe . . . fundiert in der existentiellen Realität ihrer Schöpfer und Anhänger“ (169). Das fünfte Kapitel des ersten Teils enthält ein Referat über die wichtigsten Arbeiten Ernst Jüngers und Dokumente aus Gottfried Benns Werken, die beide „aufgrund ihres intellektuellen und künstlerischen Niveaus“ gesondert erscheinen. Im sechsten Kapitel sind programmatische Äußerungen führender nationalsozialistischer Politiker zusammengefaßt. Polemik und Kritik an nationalsozialistischer Literatur von Robert Musil, Kurt Tucholsky, Alfred Döblin u. a. vertreten „die andere Seite“ im siebten Kapitel; die Werke der Autoren des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller oder die Brechts werden hier überhaupt nicht zitiert.

Im zweiten Teil des Buches gibt Vondung einen umfangreichen, chronologisch angelegten Überblick der verschiedenen Deutungsansätze literarischer Produkte des Nationalsozialismus. Der Punkt, von dem aus Vondung die jeweiligen Ansätze kritisiert, liegt gerade auf dem Schnittpunkt der Ablehnung historisch-materialistischer Arbeiten (Günter Hartung) und der Forderung nach Berücksichtigung sozialer Einflüsse auf Literatur (Arnim Mohler). Die Abgrenzung von sowohl historischem Materialismus als auch Positivismus legitimiert sich für Vondung aus dem „Partizipieren des Menschen am

Seinsgrund“ (Platon), in dem Nichtwissen und Wissen vereint sind (130). Jeder Versuch, die Realität im ganzen erklären zu wollen, leugnet die Nicht-Gegenständlichkeit seelischer Phänomene. Dies hält Vondung für den Fehler, den Herbert Marcuse und besonders Wilhelm Reich bei ihrer Deutung der faschistischen Ideologie begangen hätten. Entsprechend der von Vondung konstruierten Leugnung der Funktion des Subjekts bei der literarischen Produktion hält er das Leugnen sozialer Einflüsse in werkimmanenten Ansätzen für ebenso falsch. Vondungs Bemühen, dem „subjektiven Faktor“ Gewicht für die Entstehung der nationalistischen Literatur zu geben, begünstigt mit der Abkehr vom realen geschichtlichen Prozeß auch die „Ideologie der Nullpunktsituation“ nach 1945.

Reinhard Leusing (Bremen)

**Urban, Bernd (Hrsg.): Psychoanalyse und Literaturwissenschaft. Texte zur Geschichte ihrer Beziehungen. Deutsche Texte 24. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1973 (299 S., br., 15,— DM).**

Die Beziehungen zumindest der germanistischen Literaturwissenschaft zur Psychoanalyse bestanden anfangs lediglich aus einer Kampagne gegen die psychoanalytische Literaturforschung. Erst nachdem Freud mit dem Goethe-Preis ausgezeichnet worden war (1930), wagten einige jüngere Germanisten den Versuch einer Neueinschätzung der Psychoanalyse und ihrer Nützlichkeit für die Literaturwissenschaft, dem jedoch das Jahr 1933 schnell ein Ende setzte.

Man erfährt in dem Band nur wenig über die psychoanalytische Literaturforschung, aber viel über die Aversion der Germanisten gegen sie. An Texten psychoanalytischer Literaturforscher enthält der Band: einen allzu komprimierten, für Studierende und Lehrer daher minder nützlichen des an sich ausgezeichneten Hanns Sachs; den berüchtigten Aufsatz Stekels, worin die — seither widerlegte — Gleichung „Dichter = Neurotiker“ enthalten ist; einen kurzen Text von Reik, der wegen polemischer Äußerungen gegen Karl Kraus interessieren könnte; jeweils eine Arbeit von Otto Rank und C. G. Jung (1922), beide veraltet, weil sie davon ausgehen, daß die psychoanalytische Literaturforschung den „Prozeß der künstlerischen Gestaltung“ bzw. „nicht so sehr die Werke der Kunst als den Künstler, der sie hervorbringt“, ins Auge fasse (19, 54).

Die Texte, die von Germanisten stammen, dokumentieren die Fülle der Mißverständnisse in der Beurteilung der Psychoanalyse. So wenn Walzel bei Freud „alle seelische Entwicklung restlos auf geschlechtlichen Konflikt“ zurückgeführt sieht (135), während doch Freuds Ansatz stets unmißverständlich dualistisch war. Derselbe Walzel war es, der den Weg bahnte für die Einbeziehung der Lehren Jungs in die

Literaturwissenschaft (136). Bezeichnend für diese Germanistik ist auch, daß Pongs zwar die „echte, geistgeborne Dichtung“ der psychoanalytischen Literaturforschung entziehen, ihr jedoch „mit dem Zeitungs- und Sensationsroman die ganze heutige Kinoproduktion und damit 90 Prozent unserer Massenbildung“ überlassen wollte (232, 257) — als wäre die eine heilig, daher dem Zugriff des Psychoanalytikers verboten, die andere nicht heilig und daher auch nicht durch Psychoanalyse entweihbar. Adolf von Grolman (in dem Band immer fälschlich: Grolmann) sondert zweierlei „Fälle“: „Es versteht sich von selbst, daß Menschen mit einer so labilen Sexualität wie Heine, wie Strindberg, wie Wedekind leichte Fälle sind“ (149). Das sieht danach aus, als hätten die Germanisten die von ihnen wenig geliebten Autoren Heine und Wedekind — für sie gerade keine „leichten Fälle“ — der Psychoanalyse sozusagen „gegönnt“. Schließlich dokumentiert der Band insbesondere die vielfach unbeschreibliche Banalität dessen, was einst als Wissenschaft galt: „Von dem Zerebralerotiker Beyle-Stendhal zu dem religiösen Ethiker Tolstoi führt ein vielverschlungener Pfad“ (Dehorn, 201). Herausragt einzig Walter Muschgs Essay: „Psychoanalyse und Literaturwissenschaft“ (1930), der nicht nur eine richtige Einschätzung der Forschungen von Rank und Sachs gibt, sondern auch Einsichten ermöglicht in die Schwächen des eigenen Fachs. — Ein wichtiger älterer Beitrag zur Geschichte der Beziehungen zwischen Germanistik und Psychoanalyse fehlt: Hugo Biebers Aufsatz „Dichtung und Psychoanalyse“ (1928).

Wolfgang Beutin (Hamburg)

**Matt, Peter von:** Literaturwissenschaft und Psychoanalyse. Eine Einführung. Verlag Rombach, Freiburg 1972 (114 S., br., 12,— DM).

Noch vor einigen Jahren lag die psychoanalytische Literaturforschung so gut wie außerhalb des Blickfelds der Literaturwissenschaftler der BRD. Selbst in dem 1970 zuerst erschienenen Buch von Maren-Grisebach „Methoden der Literaturwissenschaft“ fehlt sie; dies steht im Gegensatz zu vergleichbaren englischen und amerikanischen Werken. Mit Abnahme der Bedeutung der „werkimmanenten Interpretation“ begann eine Neubesinnung auch auf die psychoanalytische Literaturforschung Freuds und seiner Schule. Zwar liegen Freuds Schriften zur Kunst und Literatur sowie Groddecks Psychoanalytische Schriften zur Literatur und Kunst (Bonn 1964) vor, woran es aber vor allem noch mangelt, sind einmal Ausgaben von Schriften so wichtiger Literaturforscher der Freud-Schule wie Hanns Sachs und Otto Rank, zum anderen ist es der Versuch, die Ansätze der psychoanalytischen Literaturuntersuchung weiterzuführen. Er wurde zunächst unternommen von Dettmering (Dichtung und Psychoanalyse, 1969). Es folgten weitere Versuche, wodurch inzwischen die psychoanalytische Literaturforschung so weit an Boden gewon-

nen hat, daß neuere Methoden-Überblicke auf die Darstellung ihrer wichtigsten Kategorien nicht mehr verzichteten (z. B. Goette: Methoden der Literaturanalyse im 20. Jahrhundert, 1973).

Daß der Literaturwissenschaftler sich Kenntnisse der Psychoanalyse aneignen müsse, begründete bereits 1928 Volhard so: Moderne Autoren beziehen Erkenntnisse der Psychoanalyse in ihre Schriften ein, so daß der Literaturwissenschaftler, der diese interpretiert, nicht hinter dem Wissensstand der Schriftsteller zurückbleiben darf. Das gilt heute verstärkt, da Trivialliteratur-Verfasser, überhaupt die Produzenten der Medien-Produkte bewußt psychoanalytische Kenntnisse bzw. Pseudo-Kenntnisse anwenden, um das Publikum zu beeinflussen. Von Matt beschäftigt sich damit, was die psychoanalytische Literaturforschung über das „Spannungsfeld“ zwischen den drei Faktoren Literaturproduzent, Werk und Rezipient auszusagen hat, und er weist eine Reihe von Mißverständnissen zurück: daß die psychoanalytische Literaturforschung notwendigerweise das Kunstwerk zum Symptom einer neurotischen Seele werden lasse, und daß ihr Erforscher den Anspruch erhebe, mit der Erhellung der psychoanalytischen Struktur eines Phänomens alle anderen Aussagen darüber überflüssig gemacht zu haben. Solche Erhellung vermöge zwar eine umfassende Interpretation zu korrigieren, unter Umständen sogar entscheidend zu fördern, es erübrige sie jedoch niemals (63). Vor allem widerlegt von Matt die Ansicht, es könne ein Werk, das von einem Dichter verfaßt sei, „somit ganz und gar einer einzelnen menschlichen Psyche“ entsprungen sein. Psychische Kräfte „bewirken nicht das Werk, sondern sie bewirken die Arbeit des Künstlers. Die Arbeit, nur sie, führt zum Opus. Sie ist Umsetzung, Organisation, Verwandlung nicht von Traumbildern, sondern — meinerwegen im Hinblick auf Traumbilder — von konkretem, historisch definierbarem Material. Zu diesem ‚Material‘ gehört vor allem die Sprache. Es gehört dazu die im jeweiligen historischen Moment vorhandene literarische Konvention als Formenkatalog im weitesten Sinn. Es gehört dazu die jeweilige Gestalt des ganzen Literatur- und Kunstbetriebs als die Art und Weise, wie Dichtung gedruckt, verbreitet, gelesen, kritisiert und nicht zuletzt bezahlt wird. Es gehört dazu die jeweils vom herrschenden Consensus akzeptierte Definition des Dichters und seiner Relation zur Gesellschaft . . . Es gehört dazu die Summe aller Institutionen und Gesetze, unter denen der Dichter als Gesellschaftswesen lebt . . .“ (102) Hier müßte die materialistische Literaturwissenschaft eingreifen, um Psychoanalyse im Sinn W. Hollitschers zu integrieren, nach dem im Werk Freuds „nicht Weniges zu finden . . . [sei], das, zum Nutzen der Wissenschaft in neuen Zusammenhang gebracht, aufgehoben werden muß und kann“ („Kain‘ oder Prometheus?“ 1972, S. 32). Dies hat Peter von Matt nicht mehr unternommen. Doch erinnert sein Band den materialistischen Literaturwissenschaftler nachdrücklich daran, daß eine kritische Prüfung der Verwendungsmöglichkeiten der Kategorien und Resultate der psychoanalytischen Literaturforschung dringend geboten ist.

Wolfgang Beutin (Hamburg)

**Köhler, Erich: Der literarische Zufall, das Mögliche und die Notwendigkeit.** Wilhelm Fink Verlag, München 1973 (140 S., br., 16,80 DM).

„Soll die literaturwissenschaftliche Grundfrage nach dem Verhältnis von Wirklichkeit und Kunst sinnvoll erweitert und vertieft werden durch die Erhellung der Beziehungen zwischen Basis und Überbau, dann ist es unabdingbar, die Rolle des Zufalls als einer Instanz der Vermittlung zu klären“ (15). Köhlers Intention zielt indes auf ein Doppeltes: nicht nur soll die Einführung der Kategorien „Zufall“, „Möglichkeit“, „Potentialität“ einen differenzierteren Zugang zu literaturimmanenten Problematiken verbürgen, sondern deren Anwendung soll zugleich, geschichtsphilosophisch totalisiert, ihre historisch-gesellschaftliche „Objektivität“, das heißt für Köhler: ihre ontologische Qualität (100) ausweisen. Der Autor beabsichtigt, den Zufall dergestalt in eine dialektische Geschichtstheorie einzuarbeiten, daß dieser „das Allgemeine, Gesetzhafte, Notwendige“ (21) geschichtlicher Abläufe relativiert, um auf diese Weise einen möglichen „Rückfall in einen Determinismus“ zu verhindern, „welcher der menschlichen Tätigkeit keinen Spielraum ließe, die Zukunft in zugleich freier und notwendiger, humaner Praxis zu gestalten“ (137).

Soweit Köhler die Kategorie Zufall („Kontingenz“, „Hasard“) konkret am literarischen Material — in erster Linie an der französischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts — erprobt, gelingen ihm zum Teil überzeugende Interpretationen. So wird z. B. gezeigt, daß mit der Einführung des Zufalls in die Literatur der bürgerlichen Aufklärung (etwa in Diderots „Jacques le Fataliste“), d. h. mit der literarischen Zerstörung der mittelalterlich-feudalen Vorstellung von göttlicher Providenz, die liberale Bourgeoisie gleichsam unbewußt ihre ökonomische und politische Emanzipation aus den Fesseln des Ancien régime festhält. Der Zufall erscheint in solchem Kontext als Chance und Möglichkeit des bürgerlichen Individuums, sich aus hergebrachten sozialen Zwängen zu lösen: „Wenn . . . der Enzyklopädieartikel ‚Génie‘ das Genie als Gipfelmöglichkeit schöpferischer Individualität preist, die sich erst gegen die Norm, gegen die Regel in totaler Freiheit entfaltet, und ein Helvétius verkündet: ‚Toute idée neuve est un don du hasard‘, so wird hier die individuelle, jede soziale Schranke durchbrechende und sie grundsätzlich widerlegende Leistung inthronisiert“ (43). In Deutschland waren es zur gleichen Zeit die Stürmer und Dränger (Gerstenberg, Lenz, Klinger, der junge Goethe), die das Wirken des regellosen Genies als Protest gegen die politische und ökonomische Rückständigkeit der heruntergekommenen Duodezfürstentümer verstanden. Freilich vermerkt Köhler gleichzeitig die Ambiguität des Zufalls, da dieser ja nicht nur die Chance des Aufstiegs durch individuelle Leistung bot, sondern ebenso die Zementierung der sozialen Privilegien des Adels bedeutete. Der „Zufall der Geburt“, irrationales Relikt parasitär-feudaler Klassenherrschaft, mußte daher von der aufstrebenden Bourgeoisie

entschieden bekämpft werden (42). — Aus seinen materialen Analysen ergibt sich für Köhler folgende Beziehung zwischen Literatur als Überbau und gesellschaftlicher Wirklichkeit: „Die der Dichtung eigentümliche Fiktionalität ist erfundene Wahrheit und darum nichts weniger als Lüge. Souverän faßt sie zerstreutes Mögliches zusammen, wählt aus, konzentriert es im selbstgewählten Zufall, realisiert in der Fiktion Möglichkeiten, die in der Wirklichkeit nicht aktualisiert werden, und die doch wesentliche Elemente dieser Wirklichkeit und der ihr innewohnenden Notwendigkeit sind“ (116 f.).

Problematisch wird Köhlers Arbeit allerdings da, wo die Kategorie des Zufalls, polemisch gegen ein teleologisches Geschichtsdenken gerichtet, nun ihrerseits mit ontologischen Weihen versehen und so, anstatt ins Kritische, ins Affirmative gewendet wird. Den Zufall als eine „objektive ontologische Kategorie“ leitet Köhler aus den Forschungsergebnissen der modernen Naturwissenschaften ab, für welche — in der Formulierung Jacques Monods — der Mensch „allein ist in der gleichgültigen Unermeßlichkeit des Universums, aus dem er durch Zufall aufgetaucht ist“ (100). Aus dieser Gleichgültigkeits-Metaphysik, der die „moderne Welt“ nichts als ein blindes Agglomerat von „Absurditäten“ ist — Köhler spricht, in Anlehnung an H. Blumenbergs Schematisierung der Geschichte, von den drei Zeitaltern der Providenz (= feudales Mittelalter), der Kausalität (= Konkurrenzkapitalismus) und der Absurdität (= Monopolkapitalismus?) 136 —, kann denn auch resignativ gefolgert werden: „Agnostizismus ist ... die einzige zugleich anständige (!), illusionslose und totalitärer Verführung (!) widersprechende Position, die ... heute mehr als jede andere dem allgegenwärtigen Verdacht auf Ideologie sich zwar aussetzen muß, ihr aber am wenigsten unterliegt“ (101). Hinter diesem „kritischen“ Satz wittert man förmlich die „kritischen Kritiker“ der Frankfurter Schule. Wenn Köhler die „totale Determination und ökonomische Zweckkausalität“, die „Opazität des Marktes“ (97) — will sagen: das Wertgesetz — zur „Welt der Kontingenz“ (114) umdeutet, so unterschlägt er die der bürgerlichen Gesellschaft notwendig inhärente Widersprüchlichkeit, durch die umwälzende Praxis überhaupt erst ermöglicht wird. Nicht der Zufall ist der Geburtshelfer von Praxis, sondern die kapitalistisch produzierte Realität selber, die ihre eigene Negation notwendig aus sich heraussetzt.

Köhlers vom Ansatz her sinnvolles Unternehmen, mit den Kategorien des Zufalls und des Möglichen gegen einen vulgärmarxistischen Geschichtsobjektivismus vorzugehen — freilich zielt die Polemik nicht bloß auf stalinistische und neostalinistische Geschichtsversionen, sondern auf den Historischen Materialismus in toto —, verkehrt sich unversehens in ein Unternehmen, welches einem extremen Geschichtssubjektivismus Tor und Tür öffnet. Plötzlich sind es dann doch wieder die „großen Persönlichkeiten“, die, gemäß der Weisheit bürgerlicher Ideologen, Geschichte machen (vgl. 107 ff.). Zwar steht auch für Köhler das Ideologem des „Männer machen Geschichte“ nicht mehr „hoch im Kurs“, was aber nichts daran ändere,

„daß der Gedanke, Karl Marx wäre als Knäblein vom Zufall einer Krankheit, eines Unglücksfalles hinweggerafft, oder infolge verfrühten Todes seines Erzeugers gar nicht erst geboren worden, jedem Marxisten Schauer einjagen müßte“ (109). Hier wird Köhlers Argumentation schlicht lächerlich. Gegen eine derartige Hypostasierung der „bedeutenden Persönlichkeit“ wäre allemal Hegels großartig realistische Einsicht ins Feld zu führen, daß in den endlichen Zwecken der geschichtlich agierenden Individuen „ein . . . Allgemeines liegt“, das über deren subjektive Intentionen hinausgeht. Die Arbeit der Philosophie besteht für Hegel denn auch nicht darin, dem Wirken des Zufalls auf die Spur zu kommen, sondern darin, zu zeigen, „daß die Vernunft die Welt beherrsche, daß es also auch in der Weltgeschichte vernünftig zugegangen sei“. Den Hegelschen Idealismus, in dem der Akkumulationsprozeß des Kapitals als Akkumulationsprozeß der Vernunft erscheint, hat Marx materialistisch korrigiert. Gleichwohl steht er dem Marxschen Geschichtsdanken — der historischen Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit, an der sich die Individuen praktisch abzarbeiten haben — näher als die praxisblinde Zufalls- und Absurditätstheorie Köhlers, der schließlich nichts anderes übrigbleibt, als vor der Wirklichkeit und der Möglichkeit ihrer Veränderung zu kapitulieren.

Hans-Martin Lohmann (Offenbach) und Ludger Nolte (Düsseldorf)

## Soziologie

**Dahrendorf, Ralf:** *Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft*, Piper-Verlag, München 1972 (336 S., Ln., 29,50 DM).

Ralf Dahrendorf hatte in den frühen sechziger Jahren seinen Platz als „Aufmüpfer“, als Radikaler, der sich nicht umsonst immer wieder auf den Amerikaner C. W. Mills berief, und der, was er sich später zugute halten mochte, Marx nicht bloß im Zitat mitführte, sondern analysierte. Freilich wurde, im Gegensatz zu Mills, schon damals das Gespür für's Erlaubte deutlich. Die Dahrendorfsche Radikalität war echt, eine Mischung aus angelsächsischer Unbefangenheit und deutschem Systematisierungszwang. Es war letztlich, gegen Marx, dabei immer Max Weber, der ihm über die Schulter schaute und die Zeichen setzte, scheinbar klare und deutliche, und immer schon dem Hang nachgebend, soziologische Kategorien zu formalisieren und geschichtliche Fakten lediglich als Illustrationen einzufügen. Das machen die „Gesammelten Abhandlungen II“ noch deutlicher. Erfreulicherweise sammelt Dahrendorf dabei unter dem Titel „Konflikt und Freiheit“, der die Kontinuität zu früheren Arbeiten signalisiert, nicht vorab leicht Zugängliches und schnell Zusammengesuchtes. Dennoch enthält der Band vieles schon vor län-

gerer Zeit in englischer Sprache Geschriebenes; für Sprachfaule also durchaus Novitäten. Dem Leser der früheren Arbeiten bringt dies alles kaum Neues, vielmehr viel neu Arrangiertes. Er bringt einem wohlmeinenden Publikum, das sich durch die „Wirren“ der Endsechziger Jahre und die Entwicklung der deutschen Soziologie verunsichert fühlte, Tröstliches. Es klingt wie von vorgestern.

„Politische Theorie ist heute ... — wenn man von den bodenlosen Phantastereien der träumerischen Linken absieht — selten geworden.“ (9) Was, möchte man zurückfragen, hat Ralf Dahrendorf in diesen Jahren gelesen? Es handelt sich — und dies ist ohne Ironie gemeint — bei den hier versammelten Aufsätzen um ein Stück Wissenschaftsgeschichte (Rubrik: Soziologie). Dahrendorf nennt das Ganze einen Versuch, „Konflikte nach dem Klassenkampf“ zu untersuchen. Man mag, angesichts dessen, was in der Welt vorgeht, darüber mit ihm gar nicht mehr streiten. Noch nicht einmal eurozentrisch verengt kann man diese Thesen und die daraus gezogenen Schlußfolgerungen ernsthaft diskutieren. Wenn er erwähnt, daß die Theorie der Vormacht der Dienstklasse und ihrer Werte eine gute Erklärung liefere für so verschiedenartige Phänomene wie den Erfolg der Liberalen in britischen Nachwahlen, die Fünfte Republik in Frankreich und Adenauers vier Wahlsiege in Deutschland (164); wenn er andererseits unter soziologischer Analyse das Aufschließen empirischer Befunde mit den Schlüsseln überprüfbarer Theorie versteht: was alles muß passieren, bis diese Schlüssel ausgewechselt werden? Natürlich appelliert Dahrendorf immer wieder ans Plausible, so wenn er meint, daß in allen europäischen Ländern andere Trennungslinien existierten als die Klassenstruktur und in jedem Fall ein komplizierteres Bild sich präsentiere, als es unser historisches Bewußtsein liebe; so, ins Unreine gesprochen, leuchtet es natürlich ein. In einigen Ländern Europas gibt es ja tatsächlich den Konflikt zwischen Stadt und Land, Norden und Süden, Flamen und Wallonen, Protestanten und Katholiken (166); aber dazu gleich den Kommentar mitzuliefern, es handle sich um wichtigere Konflikte als zwischen den Menschen in verschiedenen Klassenlagen, ohne auch nur einen Hinweis darauf, daß hier ein Zusammenhang besteht und daß Soziologen und Politologen diesen Zusammenhang aufgespürt haben, den die betroffenen Bevölkerungsgruppen selbst sehr wohl empfinden? Und was soll man mit den *Aperçus* anfangen, der Begriff des Kapitalismus gebe immer weniger her, und Sozialismus sei nicht mehr so sehr eine revolutionäre Parole wie eine Beschreibung der Wirklichkeit? Und: „Nicht einmal mit einem Aromafläschchen Marcuse durchsetzt kann Marx — meist zudem vulgär mißverstanden — uns heute weiterhelfen“ (95).

Müssen die in der Großpolitik Engagierten wirklich so unsinnige Behauptungen dreheln? Dahrendorf und Helmut Schmidt auf dem gleichen Niveau?

Beim Ärgernis im Ganzen und in den Details: natürlich gibt es Punkte, die etwas anrühren; zum Beispiel die Formel von der „Ästhetik der Theorie“. Hätte Dahrendorf doch solche Phänomene

präziser erläutert, statt mit der Holzkeule einen Marxismus totschiagen zu wollen, den es so nicht gibt. Schwamm darüber.

Schwamm auch darüber, wenn angesichts der jüngsten Literatur formuliert wird, die Marx'sche Theorie sei nicht bloß verloren, sondern die Marxisten zeigten sich auch noch als schlechte Verlierer. Am Schluß schreibt Ralf Dahrendorf versöhnlich: „Die Institutionen der kritischen Wissenschaft und der repräsentativen Demokratie sind als Voraussetzung des Fortschritts die Welt der Freiheit und damit das Ziel selbst, um dessentwillen wir Wissenschaft und Politik betreiben“ (315). Das ist so verschwommen gesagt wie das Ganze. Humor bewahrt der Klappentext: „Dahrendorf meint, der Kulturpessimismus der neuen Ideologen drohe uns in alte Ungenauigkeiten des deutschen Denkens zurückzuführen. Gerade deswegen ist er für den Versuch einer möglichst exakten Analyse in kontroversen Begriffen“. Tatsächlich kenne ich in der jüngeren soziologischen deutschen Literatur — ob marxistisch oder „bürgerlich“ — wenig so wenig präzisiertes. Notwendig und möglich wäre es schon: eine bohrende, informierte und exakte Kritik der neuen marxistischen Klassenanalysen; das könnte für beide Seiten produktiv werden. Geleistet wird dies hier nicht. „Ganz elende Schriften haben mit ganz vorzüglichen dies gemein: ihr Wesen im Sprachlichen vollkommen offenkundig und präsent zu haben“ (W. Benjamin); man kann anhand dieser Aufsätze diesen Satz überprüfen.

Urs Jaeggi (Berlin/West)

**Luther, Henning:** Kommunikation und Gewalt. Überlegungen zu einer Theorie der Politästhetik. Andreas Achenbach Verlag, Gießen 1974 (90 S., br., 4,50 DM).

Unter Politästhetik versteht Luther jene Theorie, die die Ästhetik im ursprünglichen, weiteren Sinne jener Wissenschaft zum Thema hat, „deren Gegenstand die sinnliche Erscheinung war (und die) in doppelter Hinsicht als politische konzipiert (ist). Zum einen besitzt ihr Gegenstandsbereich — (soziale) Kommunikation — schon vom Begriff her entscheidende politische Qualität, insofern Kommunikation verstanden wird als der Bereich menschlichen Lebens, in dem über die Kategorien gelungenen Lebens reflektiert wird. Zum andern wird der Umfang dieses Gegenstandsbereichs hinsichtlich der gesellschaftlichen Realität nicht exklusiv auf ästhetische Bereiche reduziert, sondern inklusiv auf dessen Totalität hin bezogen“ (43).

Im Rahmen der Funktionsbeschreibung von Kommunikation unterscheidet Luther zwei Strategien zur Verhinderung von Gewalt: erkenntnis: a) die Alphabetisierung (worunter er den „systematischen Prozeß der Rückbildung oder Verkümmern der intellektuellen, psychischen und sinnlichen Fähigkeiten des Menschen“ faßt) und b) die „Kolonisierung des Alltags“ (worunter Luther „das technologisch verarmte Leben jenseits der Phantasie“ versteht). Die Fähigkeiten, sich der Medien zu bedienen, bleibt hinter dem Stand der

technologischen Entwicklung hoffnungslos zurück, und zwar in einer Weise, die direkt herrschaftsstabilisierend ist: gegenüber den massenmedial inszenierten Ablenkungsstrategien bleibt der durchschnittliche Betrachter nicht nur relativ hilflos, sondern dieser Zustand der Hilflosigkeit wird ihm noch verschleiert.

Dieser Teil der Arbeit Luthers ist auch der interessanteste. Weder der vorangehende, sich in kommunikationswissenschaftlichen Fragestellungen verästelnde, noch der darauffolgende Part, der Gegenstrategien zur kommunikationsstrukturellen Misere bietet, haben eine vergleichbare Brisanz. Was den letzten Abschnitt angeht, so scheint hier eher noch Kritik angebracht, weil da in enger gedanklicher Anlehnung an Enzensberger und Siepmann (Vgl. Kursbuch 20) einer Medienpraxis das Wort geredet wird, die man nur anarchisch nennen kann. Wenn einerseits gefordert wird, es bedürfe „pädagogischer, politischer und sozialpsychologischer Anstrengungen zur Aufhebung der immer noch vorherrschenden autoritären Persönlichkeit“(83) — was an sich schon problematisch genug ist, weil die genannte Aufhebung durch Medien in ihrer Notwendigkeit zwar vermittelt, nicht aber auch schon bewerkstelligt werden kann —, dann jedoch nach dem Kampf für neue Wohn- und Lebensformen u. a. sofort „nichtautoritäre Kommunikationsformen per elektronische Netzmedien. Wenn neue Formen von Spiel, Theater und sinnlicher Expression“ und gar „Strategien der Umkehrung, Verdrehung und Verunsicherung“ genannt werden, so geben sich in diesen Forderungen die Bedürfnisse eines bürgerlichen Intellektuellen zu erkennen. Hintertrieben wird durch solche Theorien die im Zusammenhang mit einer echten kommunikationspolitischen Alternative einzig sinnvolle politische Forderung nach Einfluß gesellschaftlich relevanter Gruppen auf die Medien. Statt utopischer Modelle muß der Einfluß der Arbeitenden auf die Medien und ihre Selbstverwaltungsorgane gefordert werden — was ja die möglichst weitgehende Einschaltung des einzelnen in Kommunikationsabläufe nicht behindert. Solange aber die Bayerische Staatsoper und die Jüdische Kultusgemeinde beispielsweise mit derselben Stärke im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks vertreten sind wie die Gewerkschaften, solange muß eine an Enzensberger orientierte utopische Medientheorie nicht nur anachronistisch, sondern auch schädlich erscheinen, weil sie Interesse vom historisch Machbaren und dessen politischen Erfordernissen abzieht.

Manfred Bosch (München)

**Treiber, Hubert:** *Wie man Soldaten macht. Sozialisation in „kasernierter Vergesellschaftung“.* Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1973 (132 S., br., 7,80 DM).

H. Treiber und J. Doppstadt beobachteten 1968 drei Monate lang die Grundausbildung junger Rekruten und protokollierten deren Verhalten und das ihrer Ausbilder. Mit Hilfe der systematischen, nicht teilnehmenden Beobachtung wollten sie herausfinden, wie es

der Bundeswehr gelingt, aus den eingezogenen Zivilisten Soldaten zu machen, die sich den Regeln der Institution Bundeswehr fügen. Die Aufgabe der Ausbildungskompanien beschreibt der Autor folgendermaßen: „Aus jemanden einen Soldaten machen, heißt ihn das Gehorchen in alltäglichen Situationen lehren, die das Gehorchen auch dann noch als etwas Alltägliches erscheinen lassen, wenn die Situationen alles andere als alltäglich sind“ (101). Das Ergebnis der Untersuchung läßt sich in Treibers These zusammenfassen, daß durch die Überbetonung des formalen Gehorsams das eigentliche Ausbildungsziel, das Töten als Handwerk zu erlernen, aus dem Bewußtsein der Rekruten verdrängt wird. Das Ziel der Grundausbildung ist es, den jungen Rekruten zum unselbständigen und konformen Soldaten zu erziehen, trotz aller offiziellen Beteuerungen über den Staatsbürger in Uniform. — Die Arbeit steht im Zusammenhang der Untersuchungen E. Goffmanns über Herrschaftstechniken in totalen Institutionen. Der Ansatz bietet sich auch für die „totale Institution“ Ausbildungskompanie an, da die soziale Situation der Rekruten der anderer Insassen totaler Institutionen gleicht (Gefängnisse, psychiatrische Krankenhäuser): Vereinigung aller Lebenssituationen an einem Ort, Normierung aller Situationen durch einen übergeordneten Stab und Gesamtbeurteilung des Verhaltens der Angehörigen der Institution durch den Stab sind die Voraussetzungen, um konformes Verhalten institutionell zu erzwingen. Die Macht über den Rekruten wird durch die Vielzahl der einzuhaltenden Normen hergestellt. Da kein Rekrut alle Normen gleichzeitig erfüllen kann — die wenigsten sind ihm einsichtig —, ist er in fast jeder Situation kritisierbar und unter Druck zu setzen. Aufsässige Rekruten können durch diese „Normenfalle“ sehr schnell zur Konformität gebracht werden, und zwar sowohl durch die Vorgesetzten als auch durch die gleichgestellten Kameraden.

Die Lernprozesse der Rekruten sind an der Vermeidung von Sanktionen durch die Vorgesetzten ausgerichtet. Über den Sinn von Anordnungen unaufgeklärt, orientieren sie sich an Kameraden, die bereits „durchblicken“: „Man muß eben immer nach den Kameraden sehen, was die machen, und das eben auch machen, dann fällt man auf keinen Fall auf. Dann fällt entweder alles auf, oder es fällt gar keiner auf“ (62). — Schließlich können die Ausbilder durch ihre Definitionsmacht der Ausbildungslagen (z. B. Gasangriff) für den Rekruten unangenehme Situationen schaffen, denen er so lange ausgesetzt bleibt, bis er zum blind gehorchenden Soldaten geworden ist. Die Kehrseite dieser Ausbildung ist der Rückzug der Rekruten in eine Subkultur, die das „Überwintern“ im Wehrdienst erleichtert. Mit steigendem „Durchblick“ wächst die Gleichgültigkeit der Rekruten, als Antwort auf die entmündigende Behandlung.

Treibers methodisch reflektierte Untersuchung erweitert die Kenntnisse über die Herrschaftstechniken in totalen Institutionen. Das Fazit muß lauten: Solange sich die Grundausbildung nicht ändert, bleibt die Idee einer demokratisch strukturierten Bundeswehr ein Wunschtraum. Die Beschreibungen der „Situationen aus dem

militärischen Alltag“ (10—37) sollten Pflichtlektüre jeder Schulabgangsklasse werden, um so die künftigen Rekruten auf die ersten Wochen bei der Bundeswehr vorzubereiten.

Thomas Berger (Freiburg)

**Richter, Jörg (Hrsg.): Die vertrimmte Nation oder Sport in rechter Gesellschaft.** Rowohlt Verlag, Reinbek 1972 (144 S., br., 3,80 DM).

Die Aufsatzsammlung prüft den Anspruch einer sozialintegrativen und gesundheitsfördernden Funktion des Sports in der kapitalistischen Gesellschaft. Dabei ergibt sich eine Problematisierung des gegenwärtigen Leistungssports und seiner Verwertbarkeit und Indienstnahme im Kapitalinteresse. Allgemeines Resultat ist, daß Sport heutzutage nur noch aus ideologischen, apologetischen oder naiv idealistischen Motiven als l'art pour l'art propagiert werden kann. Die Autoren, Journalisten und Wissenschaftler, sind aktive Sportler, einige ehemals qualifizierte Hochleistungssportler. Sie üben nicht Kritik am Sport als Spaß und Freizeitinhalt, wohl aber am Sportbetrieb der Bundesrepublik als Agentur politischer und ökonomischer Partikularinteressen. Die politische Bedeutung des Sports, die jeweils bei Olympiaden oder der Fußballweltmeisterschaft weltweit bewußt wird, belegt z. B. Sepp Binder in seinem Aufsatz „Nun siegt man schön, Sportpolitik zwischen Milliarden und Medaillen“. Ökonomische Aspekte der öffentlichen Sportförderung werden in den Aufsätzen zur Trimm-Dich-Bewegung und zu Neckermanns Sporthilfe statistisch belegt.— Interessierte Leser erhalten durch zahlreiche Quellenverweise Anregungen zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema.

Petra Blanke (Oberursel)

**Opaschowski, Horst W. (Hrsg.): Freizeitpädagogik in der Leistungsgesellschaft.** Klinkhardts pädagogische Quellentexte. Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn 1973, 2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage von Freizeitpädagogik, 1970 (216 S., br., 14,— DM).

Im Mittelpunkt der in dem vorliegenden Sammelband enthaltenen, mehrheitlich pädagogischen Beiträge von C. Wolfgang Müller, Erich Weber, Horst W. Opaschowski, Hartmut von Hentig u. a. — einige historisch, soziologisch und „gesellschaftskritisch“ (208) orientierte Beiträge von Iring Fetscher, Theodor W. Adorno u. a. vervollständigen den „pädagogischen Quellentext“ — steht die Frage nach der „Legitimation und den möglichen Inhalten, Methoden und Zielen der Freizeitpädagogik, die sich gegen eine von gesellschaftlichen Leistungsansprüchen und -zwängen bestimmte Umwelt behaupten“ (208) müsse.

Der theoretisch „fortgeschrittenste“ und interessanteste pädagogische Ansatz, den sein Verfasser Opaschowski als ein „Grundkonzept“

einer „gesellschaftskritische(n)-emanzipatorische(n) Theorie der Freizeitpädagogik“ (158) vorstellt, löst die Frage nach der Legitimation der Freizeitpädagogik auf eine verblüffend einfache, für die bürgerliche Erziehungswissenschaft jedoch charakteristische Art und Weise: Freizeit ist für Opaschowski ein Zeitraum, „der dem einzelnen ein Minimum an ökonomischem, sozialem und normativem Zwang auferlegt und ein Maximum an individueller Wahl-, Entscheidungs- und Handlungsfreiheit gewährt. Freizeit ist demnach ein individueller Lebensraum, in dem überlieferte Verhaltensregeln nicht mehr praktikabel, allgemein verbindliche Spielregeln aber auch noch nicht geschaffen sind. Hieraus leitet sich die Legitimation der Freizeitpädagogik ab“ (139 f.). Ist die Freizeitpädagogik erst einmal legitimiert, so kann man sich der Frage nach ihren (möglichen) Inhalten, Methoden und Zielen zuwenden; ihre Bestimmung hat für Opaschowski anzusetzen bei den ermittelbaren „individuellen und gesellschaftlichen Freizeitdefiziten“ (110 ff.). („Freizeitdefizite“ bezeichnen hier nicht Zeitdefizite — auf der Grundlage des bürgerlichen Leitbildes der „Freizeitgesellschaft“, das sich wie ein roter Faden durch den gesamten Band zieht, stellt sich das Zeitproblem ohnehin nicht mehr — sondern „Bewußtseins- und Gestaltungsdefizite“.) Die „Freizeitdefizite“ lassen sich für Opaschowski nicht dadurch beseitigen, daß man, wie die traditionelle Freizeitpädagogik fordert, die Individuen zu einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung erzieht, denn diese Forderung ist für ihn lediglich die „ideologisch verbrämte Durchsetzung bestimmter Inhalte, Ziele und Ideale“ (142). Da sich Opaschowski die Frage, welche gesellschaftlichen Interessen mit der „ideologischen“ Forderung nach einer „sinnvollen“ Freizeitgestaltung verbunden sind, erst gar nicht stellt, schleicht sich bei seinem Versuch der Beseitigung der „individuellen und gesellschaftlichen Freizeitdefizite“ der interessengebundene Freizeitdeterminismus vermittelt einer „kritischen Freizeitpädagogik“ unter der Hand wieder ein: die „relevanten Freizeitprobleme“ fordern die Pädagogen dazu heraus, „bestimmte Grundeinstellungen, Haltungen, Verhaltenstechniken, Verfahrensweisen und ‚Spielregeln‘ für die Freizeit zu entwickeln und erzieherisch (d. h. durch die Einschaltung von „Freizeitberatern“, HF) zu vermitteln“ (139). Die alten bürgerlichen Forderungen erscheinen in einem neuen „kritischen“ Gewand.

Die hier nicht referierten pädagogischen Ansätze einer Freizeitpädagogik unterscheiden sich von Opaschowskis Konzeption nur in Detailfragen. Allen gemeinsam ist die Borniertheit gegenüber dem durch das kapitalistische Gesellschaftssystem bedingten Zusammenhang von Produktion und Reproduktion. Arbeit wie Freizeit werden als voneinander isolierte Einzelercheinungen gefaßt, die voneinander unabhängiger Erziehungskonzeptionen bedürfen: Berufs- und Freizeitpädagogik. Das Nicht-erfassen-können bzw. -wollen des gesellschaftlich bedingten Zusammenhanges von Arbeit und Freizeit verweist zugleich auf das Elend spätbürgerlicher Freizeitpädagogik.

Hans-Jürgen Fuhs (Hamburg)

**Schmitz-Scherzer, Reinhard (Hrsg.):** Freizeit. Eine problemorientierte Textsammlung. Akademische Verlagsgesellschaft, Frankfurt/M. 1973 (512 S., Ln., 72,— DM), 1974 (512 S., br., 28,— DM).

Die vorliegende, von dem Psychologen Schmitz-Scherzer zusammengestellte Textsammlung umfaßt nicht weniger als 36 (davon 9 bislang unveröffentlichte) Arbeiten aus dem Bereich der „Freizeitforschung“; sie ist, wie Schmitz-Scherzer einleitend erklärt, für Studierende der Sozialwissenschaften sowie für „andere Interessierte“ konzipiert. Wiewohl es nicht die Aufgabe des Rezensenten sein kann, die hier versammelten Arbeiten einzeln vorzustellen — mindestens die Hälfte der Arbeiten sind ohnehin bereits (aus anderen Readern) hinreichend bekannt (wie die der „gestandenen Autoren“ Scheuch, Andreae, Weber, Cunningham, Heckhausen, Ulich, Hanhart, u. a.) —, so ist jedoch einiges zu dem von Schmitz-Scherzer angewandten Editionsprinzip dieser „problemorientierten“ Textsammlung zu bemerken.

Der Herausgeber, der sich im Vorwort von seinem Lehrer, Hans Thomae, die „besten Voraussetzungen“ zur Erstellung der Textsammlung bescheinigen läßt — was er sodann mit 6 Eigenbeiträgen zu rechtfertigen versucht —, geht davon aus, daß infolge des „komplexen“ und „vielschichtigen“ Freizeitverhaltens „die Notwendigkeit interdisziplinärer Bemühungen zur Erforschung der Freizeit auf der Hand liegt“, da nur eine interdisziplinäre Freizeitwissenschaft die Daten zu erarbeiten vermag, „die zur Aufstellung einer Freizeittheorie (genauer: einer „Freizeittheorie auf empirischer Basis“; Rez.) benötigt (werden)“ (1). Mit dieser denkbar knappen — da nicht weiter ausgeführten — Problemstellung entläßt Schmitz-Scherzer den Leser in die Lektüre von Arbeiten aus sechs „verschiedenen Wissenschaften“ (Philosophie, Soziologie, Ökonomie, Psychologie, Pädagogik und Medizin), mit denen „die Relevanz der Mitarbeit verschiedener Wissenschaften in der Freizeitforschung zu zeigen“ (2) versucht wird, wobei diesem ganzen Abschnitt zwei Arbeiten zum „Methodenproblem“ vorangestellt werden, denn: „Es ist fast trivial, daran zu erinnern, daß jede Wissenschaft angehalten ist, ihr methodisches Instrumentarium immer wieder zu reflektieren“ (ebd.). Ist die Relevanz der interdisziplinären Freizeitforschung „begründet“, fordert Schmitz-Scherzer die Untergliederung der „Freizeitwissenschaft“ in eine „allgemeine“ und „spezielle“, wobei die „allgemeine Freizeitwissenschaft“ „vor allem nach den Determinanten des Freizeitverhaltens (fragt)“ (ebd.). — Als die Determinanten des Freizeitverhaltens beschreibend stellt er Arbeiten zur Wohnsituation, Generationszugehörigkeit, Familie, Persönlichkeit und zum Beruf zusammen — und die „spezielle Freizeitwissenschaft“, die mit der „Erforschung von speziellen Freizeitaktivitäten und deren Determinanten“ (5) befaßt ist — er stellt beispielhaft einige Arbeiten über Urlaubsgewohnheiten, Sportinteressen und Mediennutzung vor. Was, so können wir zusammenfassen, Schmitz-Scherzer als Problemstel-

lung der vorliegenden „problemorientierten“ Textsammlung benannt, ist letztlich dürftig, aufgesetzt, denn an die Stelle der Begründung tritt das bloße, mit ein paar knappen Sätzen gerechtfertigte Aneinanderreihen von „fachspezifischen“ Arbeiten. Anstatt die eigenen Vorstellungen hinsichtlich einer „Freizeitwissenschaft“ darzulegen, d. h. das „Problem“ aufzuzeigen, mutet Schmitz-Scherzer dem Leser zu, aus den vorgestellten Arbeiten bitte schön selbst die intendierten Vorstellungen herauszuarbeiten, was diesem allerdings kaum gelingen dürfte, wissen sich doch die einzelnen Arbeiten den von Schmitz-Scherzer benannten Problemen nicht verpflichtet. Darüber hinaus zeigen die vom Autor angedeutete Problemstellung wie die versammelten Arbeiten — insoweit besteht zwischen diesen Übereinstimmung —, wie man sich mit dem „Problem“ Freizeit auseinanderzusetzen gedenkt bzw. bereits auseinandersetzt: Freizeit ist ein mehr oder weniger isoliertes gesellschaftliches „Phänomen“, das als solches auch von der Wissenschaft zu analysieren ist. Der gesellschaftliche Zusammenhang von Produktion und Reproduktion wird auf keiner der über 500 Seiten auch nur erahnt, geschweige denn aufgezeigt; dieses ist allerdings das einzig positive an diesem Reader, denn es zeigt einmal mehr und mit dem ganzen Gewicht seiner Länge die Notwendigkeit der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen „Freizeitwissenschaft“.

Für Schmitz-Scherzer ist die vorliegende Textsammlung aufgrund „der freilich (?) noch mangelhaften definitorischen Bearbeitung einer wie hier konzipierten Freizeitwissenschaft sowie deren fehlender akademischer Anerkennung (?)“ ein „Wagnis“ (ebd.). Der Rezensent fügt hinzu: ein überflüssiges und viel zu teures Wagnis.

Hans-Jürgen Fuhs (Hamburg)

**Schon, Donald A.:** Die lernende Gesellschaft. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1973 (258 S., br., 22,— DM).

Der Autor hatte in der US-Bürokratie die Funktion eines Beraters für wirtschaftliche und soziale Fragen und übernahm „bedeutende Aufgaben für die amerikanische Regierung und die Privatwirtschaft“. Er ist heute Präsident einer „Organisation für soziale und technische Innovation“ (Buchdeckel).

Im Vorwort verspricht Robert Jungk eine Sensation: vor uns läge ein „zeitadäquates Strukturmodell für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Organisation der Jahrtausendwende“ (IX). — Der Entwicklung des Strukturmodells ist eine Funktionsbestimmung vorangestellt: „Gesellschaftssysteme müssen die Fähigkeit zur eigenen Transformation erwerben, ohne daß es dabei zu unerträglichen Auflösungserscheinungen kommt“ (60). Schons Modell soll zur Entfaltung einer „evolutionären Struktur“ (61) beitragen.

Nun interessiert zuerst: 1. Wie wird der Begriff Gesellschaftssystem verstanden, und 2. Welche Ursachen haben „unerträgliche

Auflösungserscheinungen“? (Der Autor bezieht sich immer auf die USA bzw. auf die westliche Welt.)

Ad 1: „Das Gesellschaftssystem setzt sich zusammen aus strukturellen Gegebenheiten, Technologie und Theorie. Die strukturellen Gegebenheiten bedingen die Verteilung der Rollen (!) und Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedern. Die Theorie besteht aus den Ansichten, die man innerhalb des Gesellschaftssystems über Zweck, Funktionsweise, Umwelt und Zukunft hegt. Beide reflektieren und beeinflussen die herrschende Technologie des Systems“ (30). Zwischen „strukturellen Gegebenheiten“ und „Theorie“ entdeckt Schon einen Zusammenhang: „Obzwar nun die Grundtheorie des Gesellschaftssystems in großen Zügen von allen Beteiligten akzeptiert wird, so ist dennoch wahrscheinlich, daß in verschiedenen Teilen der Gesamtstruktur auch andere Varianten dieser Grundstruktur vertreten werden . . . Arbeiter am Fließband, Vorarbeiter und Betriebsdirektoren betrachten samt und sonders die Welt aus verschiedenen Blickwinkeln, und diese Ansichten heben sich wiederum ab von denen des Präsidenten der betreffenden Firma“ (32). — Ad 2: Der Verfasser beschreibt zwei treibende Kräfte für „Auflösungserscheinungen“: Auf dem Hintergrund von tiefen gesellschaftlichen Widersprüchen (es ist der Arm-Reich-, der Schwarz-Weiß- und Stadt-Land-Gegensatz benannt) sieht Schon eine „Gleichgewichtsgefährdung“ (10), die die Stabilität des Gesellschaftssystems durch „Forderung nach Mitwirkungsmöglichkeiten, nach Dezentralisierung, nach Verwirklichung einer lokalen Kontrolle und Autonomie . . .“ bedroht (11). Diese Positionen hält der Verfasser deshalb für so bedrohlich, weil „all diese Forderungen in den letzten Jahren revolutionäre Proportionen angenommen haben“ (11). Ferner habe die Technik „heute ein Niveau vollständiger Durchdringung und hoher Frequenz erreicht, das in geradezu einzigartiger Weise den stabilen Zustand bedroht“ (24). Dies ist zweifellos Reflex des komplexen Verhältnisses von revolutionärer Produktivkraftentwicklung und „stabilen“ Produktionsverhältnissen.

Schons Konzept, Gesellschaftsordnungen zur eigenen Transformation, ohne „unerträgliche Auflösungserscheinungen“, das heißt aber auch ohne Verlust der „wesentlichen Hauptfunktionen“ (60) zu befähigen, heißt Sicherung von „institutionellen Lernvorgängen“. Da es heute für Lernsysteme „keine ausreichende theoretische Basis“ (60) gebe, ist im Hauptteil der Arbeit die Aufmerksamkeit auf solche Institutionen gelenkt, in denen institutionelle Lernprozesse auch heute bereits vorbildhaft zu registrieren seien: Unternehmen und Regierung. Bei der geschichtlichen Entwicklung von Unternehmensformen unterscheidet Schon zwischen zwei grundsätzlichen Etappen. Zuerst dominiere das „klassische Unternehmen“, welches er als ausschließlich „produktorientiert“ beschreibt. Der entscheidende Wandel habe sich ereignet „etwa zur Zeit des 2. Weltkriegs, als sich umfassende Übergangsprobleme ankündigten: Der Wechsel von der gleichbleibenden Produktion zur Produktinnovation; die Verlagerung vom

Einzelprodukt auf eine Vielzahl; und schließlich die Abkehr von der produktbezogenen Unternehmensdefinition zur verarbeitungsbezogenen“ (62). Diese Vorgänge „veränderten damit das, was bislang unter einem Unternehmen oder einer Branche verstanden wurde, auf revolutionäre Weise“ (63). Daß dieser so verstandene „revolutionäre“ Prozeß die Identität und „Hauptfunktion“ des Unternehmertums ja keinesfalls tangierte, wird auch aus Schons Definition des Unternehmens deutlich: „Die Unternehmensdefinition ergibt sich aus der Festlegung auf Unternehmertum (!), aus der Bereitschaft zu neuen Geschäftsrisiken und aus der Vertriebsarbeit für das, was sich aus dem Entwicklungsprozeß ergibt“ (67).

Ganz ähnlich aufschlußreich ist die Vorstellung von der Regierung als Lernsystem. Als Dogma gilt dabei vorneweg: „... wenn wir uns die Regierung als Lernsystem vorstellen, denken wir dabei mehr an öffentliches Lernen, an eine bestimmte Form zur Erwerbung einer Fähigkeit zu neuen Verhaltensweisen, wobei die Regierung für das Gesellschaftssystem als Ganzes lernt“ (120). Auch hier geht es als Hauptziel wieder um die Bereitstellung von „Reaktionsmöglichkeiten gegenüber dem Gleichgewichtsverlust“ (121). „Sowohl die Auswüchse industriell gesteuerter Gleichmacherei als auch die Exzesse autoritärer Repressionen müssen als Reaktionen auf die überwältigende Fülle von Wachstum und Steuerung in jeder Form verstanden werden, die mit dem Prinzip ‚Zentrale-Peripherie‘ nicht im Einklang stehen“ (195). Das „Zentrale-Peripherie“-System ist zuvor bereits erklärt worden. Schon nennt dabei exemplarisch und in dieser Reihenfolge: 1. „Die Coca-Cola-Gesellschaft“ und 2. „die kommunistische Bewegung“. Beiden sei gemeinsam, daß das Verhältnis Zentrale (Geschäftsleitung bzw. Kremlführung) zur Peripherie (Vertriebsgesellschaften bzw. nationale kommunistische Parteien) durch folgende Funktionen der Zentrale geregelt ist: „Leitung der gesamten Bewegung; Ausbildung der Zellenleiter; Kontrolle der Zellen durch zentrale Politik und Sicherstellung eines einheitlichen Systems von Belohnung und Bestrafung; Kontrolle und gegebenenfalls Austausch der Führungskräfte; Entwicklung eines Modells, das von den Zellen übernommen werden kann; fortschrittliche Weiterentwicklung der zentralen Doktrin und der Verbreitungsmethoden; zentrale Verwaltung des gesamten Zellennetzes“ (89).

„Auswüchse“ und „Exzesse“ haben demnach allein organisatorische Wurzeln (beschränkte Informationskapazität, Überlastung des „Zentrale-Peripherie“-Modells). Und folglich sollen auch die Strategien zu ihrer Beseitigung rein organisatorisch-formaler Natur sein: „Was wir brauchen, sind differenzierte, reaktionsfähige, ständig sich verändernde, aber untereinander verbundene Systeme“ (195), „Netzsysteme“, deren „Planung, Entwicklung und Lenkung zum Angelpunkt von lernenden Systemen wird“ (196). — Nicht der Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung soll also im allgemeinen Interesse geplant werden, sondern als disponibel gilt lediglich die Transformation der gegebenen Organisationsstruktur.

Wolfgang Lumb (Berlin/West)

**Urban, George R. (Hrsg.): Können wir unsere Zukunft überleben? Ein Symposium.** R. Piper Verlag, München 1973 (216 S., br., 12,— DM).

Die Titel ökologischer und futurologischer Literatur sind häufig verräterisch — zumindest trifft das auf jene zu, die angesichts des günstigen Verkaufsklimas auf den Markt gebracht werden; allen düsteren Prognosen zum Trotz erscheint — wenn schon nicht die Zukunft selbst — so doch die Futurologie zukunftssträftig. Von der Zukunft werden da Bilder entworfen, die mehr mit den Entwerfern der Zukunft als dieser selbst zu tun haben.

Einen Querschnitt durch eine solche Futurologie, die angesichts der drängenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme bloß noch die Menschen sieht und zwischen diesen keine durch Ausbeutung entstehenden und entstandenen Probleme mehr, gibt der vorliegende Band. Er „enthält eine Auswahl von überarbeiteten Fassungen von Interviews, die in den Jahren 1970/71 original von Radio Free Europe gesendet wurden, mit dessen freundlicher Genehmigung sie hier abgedruckt wurden“ (4).

In den Interviews selbst äußert sich dieser Tatbestand in zweierlei Weisen: einmal in einem kruden und dümmlichen Antikommunismus, zum andern derart, daß die Zustandsbeschreibungen und die sich daraus ableitenden Warnungen und Gegenvorschläge jedes marxistischen Denkelements entbehren. Was vorgeführt wird, ist eine Laufstegrevue bornierten Denkens, dem jede an die Wurzel des Übels rührende Betrachtungsweise suspekt ist. So interpretiert, ist die vorgebliche Sorge der Herrschenden um unsre Zukunft eine Sorge um die Zukunft der Herrschenden, die langsam fraglich wird, weil die Ausweglosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise für das System selbst gefährlich werden — um das zu verdecken, wird durch Waldsäuberungsaktionen u. dgl. eine „Mitsprache“ aller bei der Zukunftsgestaltung suggeriert. Gegen die Entlarvung einer solchen Umweltschutzkonzeption ist eine Futurologie angezeigt, die die Klassenfrage und damit die gesellschaftlichen Produktionsweisen ins Zentrum des Problemzusammenhangs rückt. Hierzu ist die Kenntnis der herkömmlichen Futurologie und Ökologie nützlich, weil anhand dieser sich selbst als ideologiefrei verstehenden Disziplinen die Aporien der dabei angewandten Denkweisen offen zutage treten.

Wie sehr die jetzige „Ordnung“ sowohl den beiden Interviewern als auch den meisten Befragten am Herzen liegt, mag daraus hervorgehen, daß viel von Werteverfall und Verwirrung die Rede ist: So bringt Herrmann Kahn auf die beiden Stichworte einen so kabarettreife und Radio-Free-Europe-gemäßen Satz zustande: „In dieser Atmosphäre der Selbstverachtung, der Wertunsicherheit, der gesunkenen Moral kann die Neue Linke exzellente Fortschritte machen, und so wird der Totalitarismus erneut zu einer Gefahr.“ Aber gerade der mit „Verwirrung“ angedeutete und gemeinte Ideologieverdacht kann mit Werner Hofmann selbst als Element ideologischen Denkens bezeichnet werden.

Weiteres Kennzeichen so gut wie aller hier abgedruckten Meinungen ist es, daß die Beobachtungen am Oberflächlichen kleben bleiben. In erschreckender Weise äußert sich das in der als Frage getarnten These Urbans, Kriege entstünden immer dann, wenn es Überschüsse männlicher Arbeitsloser gäbe, oder wenn der Wirtschaftsjournalist Shanks schreibt: „Ich meine nun, daß wirtschaftliches Wachstum tatsächlich etwas Gutes ist, weil wirtschaftliches Wachstum bedeutet, daß die Menschen reicher werden, und je reicher die Menschen werden, desto größer ist ihr Entscheidungsspielraum...“ Falsch sind solche Mutmaßungen vor allem natürlich deshalb, weil die Klassenfrage nicht mit in die Überlegungen einbezogen wird. Die Institutionen und Mechanismen des bürgerlichen Staates erscheinen zur Lösung der Umweltkonflikte tauglich, ohne daß die Rolle der Industrie und des Monopolkapitals auch nur problematisiert wird. Die Möglichkeiten und Kompetenzen von Wissenschaft in den kapitalistischen Ländern total überschätzend, meint einer der Befragten in der Absicht, die Möglichkeiten sozialistischer Staaten zur Bewältigung der ökologischen Probleme zu bagatellisieren: „Wir haben die Möglichkeit, unsere Aufmerksamkeit und unsere Methoden von dem Industrieunternehmen auf die Gesamtgesellschaft, von der Produktplanung zur Sozialplanung zu verlagern. Außerdem bereiten wir an unseren Universitäten die systematische Untersuchung der Makroplanung vor. Mit diesen Trümpfen(!) sind wir in einer sehr viel günstigeren Lage als die osteuropäischen Länder, in denen der demokratische Zentralismus und die zentralisierte Planung seit Jahrzehnten jegliche Initiative getötet haben.“

Überhaupt scheinen die angewandten wissenschaftlichen Frageweisen weniger rational als emotional motiviert zu sein. Zwar finden sich Argumentationen gegen marxistisches Wissenschaftsverständnis — andererseits aber läßt sich häufig ein Trauma vor der organisierten Arbeiterschaft erkennen —, scheinrationalisiert als Neuauflage der Ortegascchen Kritik am Massenmenschen. Auch die offen gewerkschaftsfeindlichen Sätze, die zweimal völlig unmotiviert fallen, passen in dieses Argumentationsmuster.

Diese Ängste der bürgerlichen Futurologen und Ökologen, denen der Gedanke an eine Zukunft der Massen ein Alptraum und eine Art sozial-ökologisches Problem zu sein scheint, treibt antihumanes Herrschaftswissen hervor, dessen Zweck es ist, Herrschaft von Menschen über Menschen aufrechtzuerhalten. Und die genannten Berührungsängste vor denjenigen gesellschaftlichen Kräften, die dieses Spiel verkürzen wollen, verweisen auf den Klassencharakter der momentanen Zukunfts- und Umweltschutzideologien. Hans Magnus Enzensberger hat ihn präzise erfaßt in seiner „Kritik der politischen Ökologie“ (Kursbuch 33): „Was die Propheten (der ökologischen Bewegung, Anm. d. V.) mit Schrecken erfüllt, ist weniger die ökologische Verelendung, die bereits seit Menschengedenken herrscht, als deren Verallgemeinerung.“ Unsere Zukunft ist es also nicht, die diesen Wissenschaften am Herzen liegt, sondern nur notgedrungen auch unsere,

weil sich „Privat-Umwelt“ nicht mehr beliebig schaffen läßt. Da aber Umwelt wie alles andere nicht teilbar ist, kann es keine Frage sein, zu wessen Gunsten die Frage nach der Zukunft zu entscheiden sein wird.

Manfred Bosch (München)

## Psychologie

**Bruder, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Kritik der bürgerlichen Psychologie.** Zur Theorie des Individuums in der kapitalistischen Gesellschaft. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1973 (245 S., br., 4,80 DM).

Den umfassenden Anspruch dieser Sammlung von vier Aufsätzen versucht Bruder einleitend historisch zu begründen, wobei er die Geschichte der Kritik der bürgerlichen Psychologie auf den Zeitraum verkürzt, den er selbst erlebt hat — die Studentenbewegung. Sicher wäre es interessant, die Aspekte dieser Kritik und ihre Weiterentwicklung zu untersuchen. Wer aber etwa Wygotzki, Rubinstein, Leontjew u. a. kennt, wird in der breit dargestellten psychologisierenden Wissenschaftskritik allenfalls eine bestimmte Variante, sicher aber keine grundlegende Kritik der bürgerlichen Psychologie erkennen können. Aber selbst der Nachvollzug der studentischen Kritik wird durch Pauschalisierungen behindert, die mit der „Zerschlagungskampagne“ auf dem „Kongreß kritischer und oppositioneller Psychologie“ in Hannover 1969 beginnen (8), eine Kehrtwendung zur „progressiven positivistischen Psychologie“ (9) unterstellen und schließlich den „mählichen Untergang“ (15) behaupten. In Bruders gesamtem Entwurf erscheint sowieso die werktätige Bevölkerung nicht als real handelndes Subjekt, sondern immer nur als abstrakte Kategorie; nun sind ihm auch die Studenten, die einige Jahre zum revolutionären Ersatzsubjekt erhoben wurden, aus dem Blickfeld geraten: sie haben das ganz Andere nicht erbracht, auch wenn sie es wortreich versprochen. Wie steht es mit dem Anspruch dialektischen Denkens, wenn Bruder nur noch „Konkursmasse“ sieht und „linke Wissenschaftler“, degradiert zu „bloßen Restposten ehemaliger Forderungen der Studentenbewegung, die niemand mehr einlöst“ (15).

Die demokratische Studentenbewegung ist stark geworden. Sie beklagt allerdings nicht nur „Psychologie als Technik der Ausschaltung von Politik“ (24), sondern erkennt gerade die politische Bedeutung einer Psychologie im Interesse des Kapitals und setzt ihr als praktische Kritik das Interesse an wahrer psychologischer Erkenntnis, das zugleich das Interesse einer immer größer werdenden Zahl der Werktätigen mit dem Ziel der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ist, parteilich entgegen. Bruder hält hingegen Grabreden auf

diese lebendige Bewegung an den Hochschulen und ist gegenüber der wissenschaftlichen Weiterentwicklung bestenfalls ignorant.

Insofern ist der Versuch, mit den in der Studentenrevolte diskutierten Positionen sehr heterogene Aufsätze zusammenzufassen, aufschlußreicher als einzelne Artikel, zumal Bruder selbst in seiner später verfaßten Einleitung sehr viel deutlicher ist als in seinem „Entwurf der Kritik der bürgerlichen Psychologie“. Nach langwierigem Zitieren Fechners, der als Urvater der Psychophysik für die Entwicklung fast der ganzen modernen Psychologie erhalten muß, erfolgt eine unvermittelte Wendung zu Plato (109), dann werden die verschiedenen Schulen der bürgerlichen Psychologie mit dem Anspruch materialistischer Geschichtsschreibung dargestellt. Allerdings dringt Bruder dabei bestenfalls bis zur Erwägung der jeweiligen Nützlichkeit einer Theorie für die gesellschaftliche Entwicklung vor. Am Beispiel der referierten Lerntheorien läßt sich zeigen, daß nicht die historische Entwicklung, die längst auch Kritik an der Lernpsychologie hervorgebracht hat, verarbeitet wird, sondern daß psychologische Theorien willkürlich und abstrakt der Kritik der Politischen Ökonomie gegenübergestellt werden. Bruder postuliert ein allgemeines Kapitalinteresse an der Erforschung der Gesetzmäßigkeiten des Lernens (144), aber er bezweifelt die Erkennbarkeit von Gesetzmäßigkeiten menschlichen Verhaltens überhaupt; möglicherweise würden selbst die Naturwissenschaften nur scheinbar erkennen (98). Wie soll der Zugang zur psychischen Realität, der „Innenstruktur des Individuums“ (123) eröffnet werden, wenn als ein *Mangel* behauptet wird: „Erkenntnis wird zur bloßen Widerspiegelung der Realität“ (118)? Wenn Bruders Exkurse in die Geschichte der Psychologie genau das leisten könnten! Statt dessen mündet die Darstellung in revolutionstheoretische Überlegungen, die sich am Begriff des produktiven Gesamtarbeiters festmachen, mit Zitaten von Marcuse, Gorz, Brückner und Krahl angereichert werden und die „sozialrevolutionär strategische Funktion der wissenschaftlich-technischen Intelligenz“ (191) beleuchten sollen. Dabei sieht er die Entwicklung der Psychologie „als Prozeß der Subsumption unter die Bedürfnisse des Kapitals“ so total, daß fast alles „nur durch Abschaffung des Kapitalismus zu zerstören ist“ (166) und jede bescheidene Veränderung lediglich anachronistische Einschränkungen beseitigt (194). Am Ende ist unklar, wie dieser Beitrag seiner Logik entkommt, da immer schon „die kapitalistische Produktionsweise selbst diese Kritik am Bestehenden verlangt“ (196).

*Streiffeler* unternimmt den Versuch, das Verhältnis von Psychologie und Marxismus zu klären. Abgesehen von der Verwechslung von Psychologie mit Psychoanalyse, vollzieht er einige sinnentstellende Interpretationen. So bewundert er an Sève, daß dieser die Theorie des Individuums weiterentwickelt habe, ohne damit „einer separaten ‚marxistischen Psychologie‘ das Wort reden“ zu wollen (26). *Streiffeler* muß Sève mißverstehen, wenn sich Marxismus bei ihm auf das Sammeln hinlänglich bekannter Marx-Zitate beschränkt und er ihn nicht als eine ständig weiter zu entwickelnde Wissen-

schaft begreift. Ausgehend von „dürren dialektischen Abstraktionen Engelsschen Typs“ (51) schließt Streiffeler aus der Einheit der materiellen Welt und der Einheitlichkeit des Erkenntnisprozesses, die der Marxismus in der Tat postuliert, auf einen durch nichts mehr zu unterscheidenden Untersuchungsgegenstand. Er sucht den „Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in den Individuen“ (52 u. a.), und für ihn „hat sich die Entfremdung qualitativ verändert, seitdem der Staat den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit moderiert“ (49). Der antagonistische Gegensatz von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse wird durch den von Individuum und Produktionsverhältnissen ersetzt, und es ist nur konsequent, wenn „Psychologie als Mittel zur Produktivitätssteigerung“ in jedem Fall als „Karikatur“ (25) bezeichnet wird.

Volpert beansprucht für die Psychologie das Ziel einer „Erhöhung der menschlichen Arbeitsproduktivität zum Zwecke der Formung sozialistischer Persönlichkeiten... Die so konzipierte Psychologie würde damit zentraler Bestandteil einer von Grund auf neuen Wissenschaft von der Arbeit“ (242). Zu dieser Aussage vermag Volpert dadurch zu gelangen, daß sich ihm in seiner theoriegeschichtlichen Studie zur Arbeits- und Betriebspsychologie der Kapitalismus nicht einer Kategorie allesbeherrschender, abstrakter Größe aufbläht. Er untersucht den praktischen Einsatz der Psychologie im Betrieb, analysiert den Doppelcharakter der Arbeit und folgert, daß es mit der bloßen Denunziation der Betriebspsychologie nicht getan sein kann (242). Die Entwicklung des Taylorismus wird so beschrieben, daß erklärbar wird, warum heute das Betriebsverfassungs-Gesetz vorschreibt, daß „Arbeitgeber“ und Betriebsrat „die gesicherten Erkenntnisse der Arbeitswissenschaft über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit berücksichtigen“ (§ 90) sollen. — Hier könnte Bruder noch lernen, daß der Taylorismus nicht mit Sohn-Rethel, sondern mit den Gewerkschaften zu überwinden ist (138 u. 228). Wenn Volpert sich nicht der gängigen Kritik der Arbeitswissenschaft als „perfide Verschleierungsabsicht“ anschließt, sie nicht global als Herrschaftsinstrument, wohl aber als „vom Ansatz her mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft“ (240) angeht — dann wird damit auf den letzten Seiten doch noch ein brauchbarer Beitrag zur Kritik der bürgerlichen Psychologie geleistet. — Wie kommt dieser Beitrag in diesen Sammelband? Volpert selbst stellt fest, „wie fern der Produktion und wie nah den Intellektuellen-Spielwiesen ‚Kritische Psychologie‘ weiterhin betrieben wird“ (219).

Bernhard Wilhelmer (Oldenburg)

**Mitscherlich, Alexander (Hrsg.): Bis hierher und nicht weiter. Ist die menschliche Aggression unbefriedbar? Zwölf Beiträge.** R. Piper Verlag, München <sup>4</sup>1972 (284 S., br., 14,80 DM).

Das vorliegende Buch enthält revidierte Beiträge namhafter Psychoanalytiker oder mit der Psychoanalyse verbundener Natur- und Sozialwissenschaftler zur Aggressionsproblematik, gehalten 1964 in

einem von Mitscherlich veranstalteten Symposium. Das unterschiedliche Gewicht und Forschungs- bzw. Erkenntnisinteresse der Einzelbeiträge macht ausführliche Detaildarstellungen unmöglich.

Schon der Untertitel des Buches macht die Antinomie und latente Vorurteilshaftigkeit psychoanalytischen Fragens zu diesem Punkt eindeutig: es wird nicht auf die mögliche *Befriedbarkeit*, sondern auf die „Unbefriedbarkeit“ der menschlichen Aggression rekurriert. Mitscherlich fragt im Vorwort: „Handelt es sich bei den großen Epidemien aggressiven Verhaltens um einen eingeborenen Rhythmus, in dem sich Aggression, die sich weder vom Individuum noch von der Gesellschaft als ganzer auffangen läßt, explosiv in todestrunkener Wut, in einem zerstörerischen Rausch entlädt?“ (7) und gibt sich im Nachwort selbst die Antwort: „Dies, so scheint es dem Autor, ist der politisch entscheidende Gewinn des Symposiums: es hat die Existenz einer primären Destruktivität als Triebanlage sehr wahrscheinlich gemacht und damit eine *vis a tergo* der Konfliktsphären benannt — aber auch einen Hinweis gegeben, welches Prinzip, wenn überhaupt eines, ihre Abschwächung besorgen könnte. Das Vertrauen, daß gesellschaftliche Veränderungen allein eine Milderung menschlicher Sitten mit sich bringen könnten, muß im Rückblick auf die Geschichte als trügerisch gelten“ (264). Diese Stellungnahme Mitscherlichs reflektiert zweierlei: einmal seine eigene parteiliche Position (die allerdings mit der Mehrheit der Autoren kongruiert) und zum anderen die damals aktuelle Diskussion mit Konrad Lorenz' „Naturgeschichte der Aggression“ (Das sogenannte Böse), die sich wie ein roter Faden durch die abgedruckten Beiträge zieht. Das impliziert eine positive Aufnahme Lorenzscher Prämissen, die Aggression als instinktmäßig-naturhafte Kompetenz, als „vitales Grundvermögen“ (Mitscherlich, 69) und mehr noch als unaufschiebbares Triebbedürfnis auffaßt (Kuiper: „Kann man die Lust am Zerstören, Beschädigen, Plündern und Morden verstehen, ohne einen Trieb anzunehmen? Ich glaube nicht“ [53]).

Alle psychoanalytischen Aussagen, die sich mit der Neutralisierung aggressiver Energie, mit ihren Verschiebungs- und Verdrängungsmechanismen befassen, kranken an der basalen ungenügenden sozialen Aufgeklärtheit. Von daher bleiben die Differenzierungsversuche in „gekonnte“ und „ungekonnte“ Aggressivität (Mitscherlich) von „subjektiver“ und „objektiver“ Aggressivität (Lincke) und schließlich metapsychologische Spekulationen über die Existenz einer primären Aggressionsenergie (die sich möglicherweise in jene, die der Selbsterhaltung dient, und jene, die sich gegen menschliche Objekte richtet, aufspaltet — Lantos' Ansatz, referiert von Lincke) in semantischen Versuchen stecken. Dieses Dilemma zeigt besonders kraß der Aufsatz von Alois M. Becker, der ernsthaft versucht, durch Definitionsübungen das Phänomen Aggression einzufangen, anstatt es an jeweils konkreten Erscheinungen abzuleiten. Mit der Hypnotisierung durch die „wesensmäßige“ Aggressionsfähigkeit „des“ Menschen verbindet sich durchweg bei fast allen Beiträgen eine individualistische Borniertheit: selbst wo die Untersuchung sich ausdrück-

lich mit Gruppenphänomenen befaßt (Brocher, Buxbaum), kann der Rahmen Individuum-bezogener Aussagen nicht verlassen werden (das reflektiert zugleich eine notwendige Folge Freudscher Kategorien). So ist das isoliert betrachtete bürgerliche liebe „Ich“ der geheime Hauptagent aller Bemühungen.

Zwei Beiträge des Buches fügen sich diesem Schema jedoch nicht und weisen (teilweise ungewollt) über die Begrenztheit psychoanalytischer Orthodoxie hinaus: Parin/Morgenthalers Referat „Ist die Verinnerlichung der Aggression für die soziale Anpassung notwendig?“, in dem die Verfasser einen interkulturellen Vergleich der Sozial- und Persönlichkeitsstruktur der westafrikanischen Dogon in bezug zum Thema versuchen. Sie stellen abschließend die bemerkenswerte Frage: „Ob das Schicksal der Aggression beim Durchlaufen der Trieb- und Ichentwicklung im Gesellschaftsgefüge der Dogon oder bei uns ein Spezialfall ist, bleibt offene Frage“ (241). Gerade bei diesem Aufsatz sträubt sich der Gegenstand gegen die psychoanalytischen Kategorien: Ob sich die Persönlichkeitsstruktur eines Dogon mit der Kennzeichnung „Oraler Charakter“ wesentlich bestimmen läßt, muß sehr bezweifelt werden.

Der zweite konstruktive Aufsatz des Buches ist der von Kunz: „Zur Problematik der Aggression“, der eine fundamentale Kritik an der Theorie der endogenen Triebhaftigkeit von Aggression mit vorzichtiger Zurückhaltung verbindet. „Dennoch möchten wir das Vorkommen endogen-spontaner Aggressionen und Destruktionen (um ihrer selbst willen und ohne Anlehnung an andere Antriebe) nicht prinzipiell leugnen, sondern die Möglichkeit solcher offenlassen. Eindeutige Zeugnisse dafür sind im menschlichen Bereich allerdings noch nicht beigebracht worden“ (250). Kunz nimmt zwar eine aggressive Kompetenz an, die willkürlich aktualisiert werden kann — und sieht darin das eigentlich Gefährliche von Aggression, nicht in der aus der Tiefe quellenden Triebhaftigkeit —, dies tangiert bei ihm jedoch keinesfalls die Tatsache, daß die meisten Aggressionsakte *reaktiv* begründet sind (und das schließt ihre soziale Dimension ein).

Wohin die Mitscherlich-Position führt, zeigt seine Schlußbemerkung: „So kommen wir nicht über die stoische Empfehlung hinaus, einmal erworbene Ich-Positionen in unserer Kultur um keinen Preis wieder aufzugeben. Mehr wäre also auch aus dieser Sammlung von Stellungnahmen zum Aggressionsproblem nicht zu destillieren. Die Bemühung um den Ausbau der Ich-Positionen liegt auf dem Weg in eine Zukunft“ (269/70).  
Ekkehard Ruebsam (Berlin/West)

**Moser, Tilman:** Lehrjahre auf der Couch. Bruchstücke meiner Psychoanalyse. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt 1974 (241 S., br., 20,— DM).

Das Buch ist auf großes Interesse gestoßen: bei der psychoanalytischen Zunft, bei Literaturkritikern und bei Laien. Moser schildert darin ausführlich die Besserung seiner neurotischen Depression mit-

tels 700 Analysestunden: Depressive Stimmungen, Minderwertigkeitskomplexe mit den zwillingshaft dazugehörigen Größenfantasien von intellektuellen Höchstleistungen, sexuelle Schwierigkeiten, erschwerte Bindungsfähigkeit an einen Partner: die Beschreibung dieses Arsenal typischer Intellektuellenleiden wird trotz der auszuliegenden 20 DM bei vielen Jugendlichen großes Kaufinteresse hervorrufen. Sie werden sich mit dem Autor identifizieren und mit ihm gemeinsam Hoffnung schöpfen.

Wer von all den vielen jugendlichen Lesern wird sich aber je eine 700-Stunden-Analyse leisten können? Die große Analyse aber ist, so muß man mit Moser meinen, der wesentliche, vielleicht sogar der einzige Weg zu einer solch tiefgründig durchdachten Heilung, wie sie dem Autor zuteil wurde.

Dieses Glaubensbekenntnis wird noch unterstrichen durch den leicht verächtlichen Ton, in dem der Autor seine ein Jahr dauernden wöchentlichen „vorbereitenden“ Therapiesitzungen abtut. An diese Zeit hat er „nicht viele deutliche Erinnerungen“ (43), sie hatte sichtlich nur den Zweck, ihn für die große Analyse bei der Stange zu halten. Wie deprimierend für all diejenigen, denen eine immerhin fast 50 Stunden währende Therapie als heiß umkämpftes Ziel bei einer Kassenrückerstattung vorschwebt.

Moser — ob er will oder nicht — bestärkt den Glauben, daß die große Analyse „der Königsweg der Forschung und Behandlung“ ist (238); das aber heißt: daß jede andere Form der Heilung nur ein Surrogat ist. Dies aber trägt einer Vielzahl neuer, weniger kostspieliger und schon von ihren Prinzipien her auf eine breitere Population hin angelegten Formen der Therapie nicht Rechnung. Man fragt sich also, weshalb Moser — von anderen Veröffentlichungen her als sozial engagiert bekannt — gerade der psychoanalytischen Methode der „Wenigen“ solches Gewicht beimißt. Kritiker rühmten das Buch als „aufklärerisch“ und „enttabuisierend“. In der FAZ (Nr. 131, 8. 6. 1974) wird es von Horst Krüger in aufgeregtem Ton als „notwendiger Sündenfall“ bezeichnet, der dem „sozialen Phänomen Psychoanalyse in der Öffentlichkeit eine Bresche schlagen soll“. Nach Gerhard Mauz bietet das Buch seinen Lesern sogar „endlich eine Möglichkeit zum Aufatmen“ (Spiegel, 26/1974). Heinz Kohut bewundert in der Einleitung Mosers „Mut, der die Scham durchbricht“.

Als geschickter Literat tut Moser alles, um seinen die Scham überwindenden Mut auch nachvollziehbar zu machen. „Gegen Ende des 3. Analysejahres erfolgte mein erster, oder soll ich sagen: kam es zu meinem ersten, oder wagte ich oder trieb es mich . . . ? Es ist in der Tat sprachlich schwierig zu fassen“ (119). Um es also sprachlich einfach zu fassen und den Leser nicht auf die Folter zu spannen: Moser besuchte gegen Ende des dritten Analysejahres ein Bordell.

Dies ist die Weise, wie der Autor sogenannte „Geständnisse“ zuerst ankündigt, sie dann herauszögert, Nebenwege der Reflexion einschaltet, und dann, mit entsprechenden sprachlichen Floskeln garniert, das „mutige Geständnis“ explosiv herausschleudert. Auf diesem Wege umständlicher Ziererei erfahren wir, daß auch Moser

onaniert, sich nackt im Spiegel betrachtet, Nobelpreisträger sein möchte u. ä. m.

Die von Kritikern und dem Autor selbst meist rhetorisch erhobene Frage, ob solche Geständnisse nicht als „schamlos“, ja sogar „exhibitionistisch“ zu werten seien, wird angesichts dieser Inhalte lächerliche Mädchenpensionats-Alberei. Nicht die Literarisierung der Scham, sondern die Schamhaftigkeit der Literarisierung schafft Unbehagen. Daß der Autor seine Onanie gesteht, ist selbstverständlich nicht schamlos. Schamlos ist die Ziererei, mit der er solche Intimdaten zutage treten läßt. Auf diese Weise wird die bei manchen schon erreichte Selbstverständlichkeit des Umganges mit dem eigenen Körper wieder rückgängig gemacht. Durch die Prüderie der literarischen Darstellung befällt den Leser seinerseits sogar so etwas wie Scham vor dem eigenen Voyeurismus.

Bliebe noch eine weitere mögliche Funktion des Buches: die sprachlich gekonnte Darstellung und Exemplifizierung analytischer Technik. Hier klappt in der psychoanalytischen Literatur tatsächlich eine Lücke — wohl weil die mündliche Tradierung im Verhältnis Lehranalytiker — Lehranalysand eine sehr große Rolle spielt bei der Ausbildung von Psychoanalytikern. Moser gibt interessante Beispiele für die Interventionstechnik seines Analytikers. Solche Interventionen scheinen dabei als besonders wichtig, die sichtlich weniger der psychoanalytischen Theorie entspringen als vielmehr dem verständnisvollen Humor und der Güte eines älteren Menschen. Die Frage, warum auf dem Hintergrund einer speziell eingengten Kommunikation relativ harmlose Scherze des Analytikers oder die Mitteilung persönlicher Erfahrungen plötzlich große Wichtigkeit und damit unter Umständen auch: Heileffekt — entfalten können, ist nun tatsächlich ein therapeutisches Problem. Es wird bei Moser ausgeklammert, und der Leser sieht sich unaufgeklärt konfrontiert mit einer Technik, von der er annehmen muß, sie sei entweder aufgrund der dahinterstehenden Theorie oder einfach aufgrund ihres Erfolges die richtige gewesen.

Das Fehlen jeder kritischen Distanz zur Theorie und Methode der Psychoanalyse durchzieht das ganze Buch in bedenklicher Weise. Hier redet ein „insider“ in geradezu rührender Naivität — so, als handle es sich nicht um Konstrukte, sondern um reale Fakten — von seinem „Vater“ bzw. „Großvater“-Analytiker und seinen „Geschwister“-Mitpatienten und suggeriert so dem Leser unversehens die ganze frühkindliche Determinationslehre, das Gebäude der Übertragungslehre etc. Wenn er sich zum Schluß der Analyse als braves Patienten-Kind ganz ernsthaft und besorgt den Kopf darüber zerbricht, wohin er nun mit der bislang an den Analytiker gebundenen Libido soll (vielleicht, so deutet sich als happy-end an, wird er sie in eine ordentliche Ehe überführen?), dann wird einem als Theoretiker ob der naiven Theorie von den „kommunizierenden Gefäßen der Libido“ bange; als Praktiker aber fragt man sich erstaunt, ob solche albernen Pseudo-Probleme nun tatsächlich das Ergebnis von 700 Therapiesitzungen sind?

Eva Jaeggi (Berlin/West)

## Geschichte

**Böhme, Helmut:** Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848—1881. Studien-Bibliothek. Kiepenheuer & Witsch, Köln ² 1972 (728 S., br., 38,— DM).

Die Arbeit ist aus Böhmes Hamburger Dissertation von 1964 hervorgegangen und 1966 erstmalig veröffentlicht worden. Anlaß der folgenden verspäteten, kurzen Stellungnahme ist die Tatsache, daß Böhme 1972 eine zweite unveränderte Auflage für gerechtfertigt hielt und mit einem die Kritik zurückweisenden Vorwort versah.

Böhme versucht in den Studien anhand der preußisch-deutschen Handelspolitik im Zeitraum 1848—1881 die Verflechtung von Ökonomie und Politik (Wirtschaft und Staat) zu analysieren. Dabei sieht er speziell in der Zollpolitik die Vermittlung zwischen den politikgeschichtlich relevanten Problemen auf der einen Seite und dem Prozeß des ungleichgewichtigen Wirtschaftswachstums auf der anderen Seite. Deshalb wird die Entwicklung der Handelspolitik chronologisch und teilweise bis in Details von Zollverhandlungen und der Veränderung von Zolltarif-Positionen verfolgt. Schwerpunkte dieser Darstellung sind in der politischen Dimension das Verhältnis Österreich — Preußen bzw. die Durchsetzung der „kleindeutschen Lösung“, die Genese des preußisch-deutschen Interventionsstaates, die „Mitteleuropa-Pläne“, die Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses in Preußen-Deutschland und die Bismarcksche Innenpolitik, die Auseinandersetzungen um handelspolitische Grundsätze sowie die Aktivitäten der entstehenden Interessenverbände. Die ökonomische Dimension wird durch eine grobe Skizze des Wachstumsverlaufs unter Betonung des Konjunkturaspekts (der Wirtschaftskrisen) und der Bankentwicklung repräsentiert (57—83, 185—220, 320—359).

Böhmes Idee erscheint einleuchtend, die Handelspolitik als Medium benutzen zu wollen, „mit dem die Industrialisierung Deutschlands als Reichsgründung politisch-ökonomisch darstellbar wird“ (XXII); seine Absicht wirkt faszinierend, „die Entwicklung des preußisch-deutschen Interventionsstaates als Folge der ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung faßbar, überprüfbar“ zu machen und „kausal begründet“ zu analysieren (ebd.). Allerdings ist das Böhme im wesentlichen nicht gelungen. Meist stehen sich Schilderungen wirtschaftlicher Abläufe und politischer Ereignisse unvermittelt gegenüber, wird die Handelspolitik nur in der politischen Dimension plausibel analysiert. Der wirtschaftlichen Entwicklung sind zwar fast 25 % des Textes gewidmet, doch ist die Darstellung zu wenig nach ausgewiesenen Kriterien gegliedert; sie bleibt oberflächlich und stellt unangemessen stark auf monetäre Faktoren ab. Die Ursachen der Dynamik und Zyklizität der Akkumulation industriellen Kapitals sowie deren Gesetzmäßigkeiten werden weder explizite noch implizite

erfaßt und können deshalb auch nicht für die Erklärung sozialer und politischer Prozesse herangezogen werden. Eine interdisziplinäre politökonomische Analyse des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft am konkreten historischen Gegenstand bieten Böhmes Studien nicht.

Die Gründe dafür, daß Böhme seinem Anspruch nicht genügen konnte, hat Wehler in vorbildlicher Weise herausgestellt (Sozialökonomie und Geschichtswissenschaft, in: Neue Politische Literatur, Bd. 14, 1969, S. 347 ff.). Sie sind vor allem zu sehen in Böhmes unzulänglicher wissenschaftstheoretischer Reflexion der eigenen Arbeitsweise und des Ansatzes. Sein „Versuch einer integralen Geschichtsschreibung“ (XXI) muß infolge eines „naiven Realismus“ (Wehler) und einer orthodox-positivistischen Fakten- (= Akten-) gläubigkeit notwendig scheitern. Statt des Entwurfs einer von bestimmten zentralen ökonomischen und sozialen Kräften, Impulsen und Verlaufsgesetzmäßigkeiten strukturierten gesellschaftlichen Totalität gelingt ihm nur die Beschreibung eines Chaos von ungewichteten, häufig widersprüchlichen Ereignissen und Entwicklungen. Dem entspricht der Verzicht auf die explizite Verwendung ökonomischer, politologischer und soziologischer Theorien bei der Begründung von Fragestellungen, zu untersuchenden Realitätsausschnitten, Methoden und Urteilen. Zufällige impressionistische und oft willkürliche Entscheidungen und Wertungen sind die notwendige Folge, da auch ein implizites theoretisches Konzept nicht erkennbar ist.

Diese schon 1969 vorgetragene Kritik hat Böhme im Vorwort zur Neuauflage 1972 attackiert. Dabei verdeutlichte er nur seine Defizite auf wissenschaftstheoretischem und methodologischem Gebiet. Das gilt insbesondere im Zusammenhang mit seiner Behauptung, die Vernachlässigung einer theoretisch angeleiteten Strukturierung der empirischen Informationen stelle einen „Verzicht auf eine dogmatische Interpretation allein von seiten einer Theorie her“ dar (XX), sowie der Unterstellung, man habe ihm nahegelegt, die reale historische Entwicklung aus vorliegenden Theorien zu „deduzieren“ (XX f.).

Böhmes Studien übertreffen ältere Arbeiten im wesentlichen nur durch Materialreichtum und die Heranziehung neuer Quellen. Zu einem besseren Verständnis der Interdependenz zwischen ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen während der Reichsgründungszeit tragen sie wenig bei. Reinhard Spree (Berlin/West)

**Büßem, Eberhard, und Michael Neher (Hrsg.):** *Neuzeit 3 (1871 bis 1914). Die imperiale Expansion. Repetitorium.* Akademische Buchhandlung, München 1972 (291 S., br., 24,80 DM).

Konnten die beiden ersten Repetitorien-Bände der Hrsg. (Mittelalter, Neuzeit I, rez. in *Das Argument* 70, S. 168) für die Bedürfnisse von Examenskandidaten ihre Verwandtschaft mit Handbüchern à la Gebhard nicht verleugnen, so sind die Verfasser des vorliegenden Bandes offensichtlich bemüht, soziale, ökonomische und politische

Geschichte zu integrieren. In Teilbereichen, nämlich bei der Darstellung des Kolonialismus und — mit Einschränkungen — der Imperialismustheorien ist das gelungen. Es wird belegt, daß die Politik des zweiten deutschen Kaiserreiches nicht in den Höhen autonomer Entscheidungen großer Persönlichkeiten, sondern auf der Ebene des Gerangels verschiedener wirtschaftlicher und traditionaler Interessen bewegt wurde. — Für den gesamten Zeitraum wird umfassendes Fakten- und Zahlenmaterial aufgearbeitet und verständlich dargestellt. Die Gegenüberstellung verschiedener Forschungsansätze — hervorzuheben der Abriß der Entwicklung der Imperialismustheorien — ist für Examenskandidaten von praktischem Nutzen; allerdings kann diese kritische Darstellungsweise das Fehlen einer expliziten eigenen Position nicht verdecken: die postulierten Ansätze werden oft nicht eingelöst. So wird eine Periodisierung im herkömmlichen Sinn zwar abgelehnt, dann aber mit der Teilung in Bismarcksches und Wilhelminisches Zeitalter doch praktiziert. Auch der kritische Gegenwartsbezug historischer Ansätze existiert lediglich als Postulat; einigermaßen präzise Aussagen (z. B. zur Funktion des Staates im Imperialismus) lösen sich in ein unverbindliches „wenn“ und „aber“ auf. Anfangs als unlösbar dargestellte ökonomische Widersprüche werden durch Hinweise auf „die damals fehlende wirtschafts-, speziell Konjunkturpolitik“ harmonisiert (32; cf. 14, 37). Über all dem waltet als Schutzpatron nicht unverdientermaßen H. U. Wehler (85, 130). — Es ist den Autoren jedoch zweifellos gelungen, entlang einer im Examen gerade noch vertretbaren Linie (Abweichungen je nach Bundesland) zu argumentieren und so die Distanz zwischen dem Stand kritischer Wissenschaft und dem, was in Prüfungen opportunerweise davon vertreten werden kann, zu überdecken. Unklar bleibt jedoch, ob dies Naivität oder Kalkuliertheit ist, da eine Thematisierung dieser Problematik leider fehlt.

Die Marktchancen von Repetitorien sind Indikator für einen — nur vordergründig quantitativen — Unterschied zwischen realem Studiengang und oft sehr umfassenden Prüfungsanforderungen; jedoch wird die Notwendigkeit, bei universalen Prüfungsanforderungen mit eingegrenztem Lernaufwand im Examen bestehen zu können, nicht reflektiert. Nicht nur Schwerpunkte bürgerlicher Geschichtswissenschaft wie z. B. die Verfassungsgeschichte kommen im Repetitorium zu kurz, sondern auch die Geschichte der Arbeiterbewegung, im Examen seit einiger Zeit en vogue, wird sträflich vernachlässigt. — Bei der Geschichte der Arbeiterbewegung greifen die Autoren bei bruchstückhafter und unübersichtlicher Anordnung auch inhaltlich mitunter daneben: der Reformist von Vollmar wird als Revisionist geführt (103), und als Ergebnis von Bebels Durchsetzung einer marxistischen Linie auf den Parteitag wird unmittelbar anschließend „ein Anwachsen der Streikaktivität vor allem im ersten Jahrzehnt des 20. Jhdts.“ (104) konstatiert. (Hier wedelt der Schwanz mit dem Hund.) — Das Festhalten an traditioneller Periodisierung erweist sich in jeder Hinsicht als unklug; einzelne Themenkomplexe werden zerrissen, und das Buch ist dadurch vollkommen unüber-

sichtlich. Examensthemen überschreiten zudem oft die starren Grenzen von 1871 und 1914. Eine Gliederung nach Themenkomplexen wie ‚Geschichte der Arbeiterbewegung‘, ‚Entwicklung des Liberalismus‘ usw. hätte nicht nur den Vorteil, die Fixierung auf 1871—1914 sinnvoll aufzulösen, sondern wäre auch didaktisch wesentlich günstiger. Die praktische Benutzbarkeit ist ebenfalls mangelhaft: Die Lesbarkeit wird durch den Kleindruck bis an die Grenze des physisch zumutbaren beeinträchtigt; die gute Idee, die rechten Seiten für Notizen des Benutzers freizuhalten, ist so zu teuer erkaufte. Die Literaturhinweise nach den einzelnen Kapiteln müßten entweder kommentiert werden oder knapper sein. — Hilfreich sind dagegen die gut aufgearbeiteten Grafiken und Tabellen.

Alexander Decker und Gerhard Gradenegger (Würzburg)

**Ruge, Wolfgang:** H i n d e n b u r g. Porträt eines Militaristen. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1974 (573 S., Ln., 14,80 M).

Die erstaunliche Karriere des preußischen Junkers Hindenburg, die gewissermaßen erst nach einem zweiten und dritten Anlauf Eingang in die Geschichtsbücher der Nation fand, hat frühzeitig das Interesse von Auftragschreibern, Feuilletonisten und Historikern gefunden. Einem Wust mystifizierender Heldenepen aus den Federn von Zeitgenossen und Wegbereitern, die nach 1945 in der Bundesrepublik, um die Kategorie der „Tragik“ erweitert, in wissenschaftlicher Verkleidung Auferstehung feierten (Görlitz, Hubatsch), standen bislang nur wenige kritische, aus liberalen Positionen gespeiste Arbeiten gegenüber (Ludwig, Dorpalen). Die vielfältig vorliegenden Bemühungen um die Person Hindenburgs hat Wolfgang Ruge nun um eine marxistische Variante angereichert, die mit letztgenannten Darstellungen darin konform geht, in der Figur des Protagonisten nicht mehr als unbedarfte, gleichwohl zu „staatsmännischer Größe“ empormaniplulierte Schlichtheit verkörpert zu sehen, deren historisch denkwürdige Leistung darin bestand, Hintermänner ungestört wirken zu lassen.

Mit der ernsthaften bürgerlichen Forschung hat Ruges Arbeit auch die Fragestellung gemein, nämlich die Gründe für den unaufhaltsamen Aufstieg des militärischen wie politischen Mittelmaßes aufzuhellen, „die sozialen, politischen und ideologischen Bedingungen“ (25) für den Weg eines pensionierten Generals zum Chef der Obersten Heeresleitung im Weltkrieg und zum Nachfolger Eberts auf dem Präsidentenstuhl der Weimarer Republik zu analysieren. Außerdem, und dies mag überraschen, schließt sich Ruge auch in der Methode in mancher Hinsicht an die bürgerliche Hindenburg-Biographik an. Mit ihr teilt er die Vorliebe für atmosphärische Details, die auch vor Hofklatsch nicht zurückscheut und bisweilen in platte, aus dubiosen Quellen gezogene Kolportage umzuschlagen droht (ganz eklatant bei der Schilderung von Groeners und Schleichers „Mesallianzen“ und den daraus gefolgerten Schlüs-

sen: 361). Trotz einiger Hinweise auf sozialökonomische Strukturzusammenhänge und interessanter Funde aus den Akten des Alldeutschen Verbandes, die schärfer als bisher Schlaglichter auf die seit dem Herbst 1931 bei Hindenburg zugunsten eines Hitler-Hugenberg-Kabinetts antichambrierenden Gruppierungen werfen (372 ff.), überwuchern doch immer wieder personalisierende Betrachtungsweisen, die auf Metaphern wie Kamarilla und Fronde zurückgreifen, ohne hinreichend deutlich zu machen, wer konkret sich hinter solchen Sammelbezeichnungen verbirgt.

Ruge hat sein Buch mit erkennbarem Anspruch auf Breitenwirkung geschrieben. Es ist — von wenigen im Grunde überflüssigen Grobschlächtigkeiten in der Formulierung abgesehen — voll von einfallsreich-distanzierender Ironie, gewürzt mit beißendem Sarkasmus, und läßt die Schlüsselereignisse in Hindenburgs Leben, die zugleich Schlüsselereignisse in der Geschichte der Weimarer Republik waren, dramatisch Revue passieren, vor allem die seit 1925 erst schrittweise, noch konzeptionell-tastend autoritäre, später dann im Eiltempo zum Faschismus führende Transformation der Weimarer Demokratie. Störend wirken dabei allerdings einige Nachlässigkeiten in der Interpretation des Materials. So wurden etwa auf dem Rätekongreß im Dezember 1918 die antimilitaristischen Hamburger Punkte zur Neuordnung der Kommandostruktur im Heer ausdrücklich nicht als unverbindliche „Richtlinien“ verabschiedet (188). Erst diese, gegen das Votum Eberts zustande gekommene Entscheidung macht den Groll der OHL und Groeners schnelle Reise nach Berlin verständlich, der bereits einen Tag später diesen Teil der Beschlüsse des Rätekongresses mit Hilfe der mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten und des neugewählten Zentralrats stornieren konnte. Silberbergs Rede 1926 in Dresden und das in ihr formulierte Bündnisangebot an die Gewerkschaften als repräsentativ für die gesamte Industrie hinzustellen (265), ist irreführend, und schlechterdings absurd ist es, Arnold Brecht mit Plänen in Richtung auf eine „schrittweise Preisgabe der Republik“ in Verbindung zu bringen (271).

Daß die Arbeiterbewegung den einzigen Gegenpol zu reaktionären Gruppierungen mit Hindenburg als Galionsfigur bildete, ist nicht zu bestreiten, ebensowenig, daß die Spaltung der Arbeiterklasse in zwei sich erbittert befehdende Hauptfraktionen die Reibungslosigkeit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler durch den senilen Hindenburg sowie die des Übergang in den Faschismus begünstigt hat. Die Verantwortung für diese Entwicklung lastet Ruge allein den Führungsgremien der SPD und der Gewerkschaften an. Bei allen Vorbehalten gegenüber deren quietistischem Kurs partieller Anpassung wird man jedoch auch ernsthafter, als Ruge dies zu tun bereit ist, die Schwächen der Konzepte, Lageeinschätzungen und Aktionen der Kommunisten kritisch analysieren müssen, um der Gefahr zu entgehen, die Politik der KPD über Gebühr zu idealisieren und sie dadurch historischer Erfahrung unzugänglich zu machen. Ruge unterliegt dieser Gefahr durchweg. Jens Flemming (Hamburg)

**Hahlweg, Werner (Hrsg.):** Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 8. Droste Verlag, Düsseldorf 1971 (LXXXIX, 738 S., Ln., 98,— DM).

Die Nationalversammlung und der Reichstag hatten Untersuchungsausschüsse eingesetzt, die die „Schuld“ am Ausbruch des 1. Weltkrieges, die Friedensbemühungen während des Krieges und die Ursachen der deutschen Niederlage erforschen sollten. Von der Arbeit des II. Ausschusses, der sich mit den Friedensmöglichkeiten beschäftigte, wurde — außer der Friedensaktion des US-Präsidenten Wilson 1916/17 — aus politischen Rücksichten nichts veröffentlicht. Das Auswärtige Amt ging so weit, daß es dem Ausschuß „bedenkliche“ Akten vorenthielt (XXIX/XXX). Werner Hahlweg hätte darauf vielleicht noch deutlicher eingehen können, etwa durch Hinweis auf die Rolle v. Bülow's, eines der Verbindungsmänner des Auswärtigen Amtes zum Ausschuß (XX/707): Er hatte, wie aus den Quellen hervorgeht, an den Brester Friedensverhandlungen teilgenommen, war während des Krieges mit der Verwaltung der Geheimakten zur Juli-Krise 1914 betraut gewesen und leitete nach Kriegsende das Kriegsschuldreferat des Auswärtigen Amtes, das die „deutsche Unschuldskampagne“ steuerte (I. Geiss, Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, Frankfurt 1972, S. 114).

Aus der Vielzahl der vom II. Untersuchungsausschuß zusammengetragenen Dokumente hat Hahlweg nun das Werk über den Frieden von Brest-Litowsk veröffentlicht, das die wichtigsten Akten enthält, die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes aufbewahrt werden (XXXIX). Die Konzentration auf dieses Archiv erklärt möglicherweise die mangelnde Berücksichtigung von Quellen zu Wirtschaftsfragen. Abgedruckt sind Sitzungsprotokolle der Brester Verhandlungen und von Konferenzen der Führungskreise, Eingaben der Obersten Heeresleitung, Notenwechsel mit befreundeten Regierungen, einige aufgefangene Funksprüche der Sowjetregierung, dazu eine Reihe von deutschen Zeitungsberichten über die Verhandlungen mit Randbemerkungen Kaiser Wilhelm II.

Die Quellen bieten interessante Einblicke in die Auseinandersetzung um die deutschen Kriegsziele im Osten. Dabei kann die These unterstützt werden, daß sich Oberste Heeresleitung und Auswärtiges Amt weniger in den Zielen als in den Methoden, sie zu erreichen, unterschieden (z. B. Annexion oder indirekte Abhängigkeit Litauens, 60—63). Wie weit die höchsten Militärs zu gehen bereit waren, kommt zum Ausdruck, wenn General Hoffmann äußert, „wir sollten die Russen nach Asien treiben“ (80), oder Hindenburg noch Ende 1917 „im Interesse des deutschen Vaterlandes“ hofft, daß die Westmächte die Aufforderung, einen allgemeinen Frieden zu

schließen, ablehnen werden, weil er einen Siegfrieden erreichen will (148).

Weiterhin ist in dem Band reiches Anschauungsmaterial zum Verständnis des Begriffes „Selbstbestimmungsrecht“ zu finden. Wie der deutsche Delegationsleiter v. Kühlmann ihn verwendet, um die eigenen Ansprüche zu legitimieren, und wie Trotzki ihm sehr entlarvende Äußerungen entlockt, ist außerordentlich lehrreich. Von sowjetischer Seite wurde das Selbstbestimmungsrecht ohne Abstriche und Verklausulierungen anerkannt, gleichzeitig aber betont, daß diese Anerkennung keinen Verzicht auf eine Politik im Interesse des Proletariats bedeute. Das Selbstbestimmungsrecht wurde also hier nicht zur Verschleierung der tatsächlichen Politik benutzt, sondern die Anerkennung dieses Rechts etwa der Ukraine und die Bekämpfung der ukrainischen Regierung waren zwei voneinander getrennte Seiten der Politik.

Aufschlußreiches Material enthält das Werk über die Einschätzung der Sowjetmacht durch deutsche und österreichische Politiker, über die Befürchtungen innerhalb dieser Regierungen hinsichtlich einer möglichen Revolution sowie über die Haltung einiger Parteien und Presseorgane zu den Friedensverhandlungen. Der SPD-Vorsitzende Ebert hat Anfang 1918 offenbar die Zustimmung der Arbeiterschaft für die Regierungspolitik gegenüber den Bolschewiki in Aussicht gestellt, wenn nur „die Volkskundgebungen in den besetzten russischen Randstaaten schon jetzt auf eine breitere Grundlage gestellt“ würden, also recht unbestimmt etwas mehr Selbstbestimmungsrecht praktiziert werde (436). Aus dem Kontext geht hervor, daß Ebert von der Möglichkeit eines deutschen Ultimatus an Sowjetrußland wußte. Geradezu zynisch mutet dann die Antwort des „Vorwärts“ nach diesem Ultimatum, dem deutschen Vormarsch und dem Abschluß des Friedensvertrages auf den von den Bolschewiki erwarteten Vorwurf an, die deutsche Arbeiterschaft sei ihnen nicht tatkräftig genug beigesprungen. Die Bolschewiki hätten es dem deutschen Imperialismus zu leicht gemacht. „Und wer sein Land, anstatt es mit glühender Seele zu verteidigen, gelassen dem fremden Einmarsch öffnet, der kann sich nicht wundern, daß die leichte Beute die Position der Beutegierigen unendlich stärkt“ (680).

Die sowjetische Seite ist naturgemäß nicht so ausführlich dokumentiert. Dennoch liefern die Quellen viel Material zur Beurteilung der sowjetischen Politik in der ersten Phase nach der Oktoberrevolution. Das beginnt damit, daß anfänglich der sowjetischen Delegation als Ausdruck der neuen Qualität der Außenpolitik ein Arbeiter, ein Matrose, ein Soldat sowie ein Bauer angehörten (41) und daß sich die Bolschewiki durchaus nicht als Besiegte fühlten — sie hatten den Krieg nicht geführt (z. B. 47). Die Protokolle der Plenar- und auch der meisten Kommissionssitzungen wurden sofort veröffentlicht. Das hat viele Politiker und dann auch Historiker zu der Ansicht verleitet, die Russen hätten nur „zum Fenster hinaus geredet“, um revolutionäre Propaganda zu machen. Im Selbstverständnis der Bolschewiki haben sie in der Tat zum Fenster hinaus

geredet, um ihren Anspruch einzulösen, den sie schon im Dekret über den Frieden einen Tag nach dem Oktoberumsturz 1917 verkündet hatten: mit den Regierungen und den Völkern gleichzeitig zu verhandeln.

Die langen Diskussionen, die Trotzki erzwang und auf die sich v. Kühlmann einließ, hatten zudem die Funktion, die tatsächlichen Absichten der Mittelmächte gegenüber Sowjetrußland und den Randstaaten (Polen, Baltikum, Ukraine) herauszukristallisieren. Die geschickte Redeführung Trotzkis, seine Ironie, die Art, wie er die eigene Position formulierte, sind spannend zu lesen (z. B. 249, 260, 266, 281, 332, 356 — natürlich immer im Zusammenhang). Dieser Hinweis macht schon deutlich, daß in dem Buch einige Quellen zur Untersuchung der Rolle Trotzkis bereitgestellt werden. In der heutigen sowjetischen Literatur wird seine Verhandlungsführung für negativ gehalten, insbesondere seine Erklärung vom 10. 2. 1918, daß Rußland aus dem Krieg ausscheide, ohne den annexionistischen Friedensvertrag zu unterzeichnen (538—540). Innerhalb der Sowjetführung gab es damals heftige Kontroversen, ob ein revolutionärer Krieg gegen das Deutsche Reich möglich sei oder ob man den Vertrag, wie er auch aussehen möge, unterschreiben müsse. Trotzki schlug vor, keines von beidem zu tun, sondern ohne Vertrag zu mobilisieren, weil ein Vormarsch und damit Erzwingen des Vertrages den Deutschen im Grunde keinen Vorteil bringe. Es zeigt sich, daß seine Einschätzung begründet und auch nicht völlig unrealistisch war (532 ff., 547 ff., 553 ff.), obwohl sie scheiterte.

Ebenso wie an diesem Punkt wird die weitere Forschung an der Frage ansetzen können, ob ein Fehler nicht in der Änderung der Taktik lag, nämlich von Diskussionen zur Vorlage einer schriftlichen Zusammenfassung der bisherigen Verhandlung überzugehen (12. 1. 1918, 295—299), die die äußerst scharfe Reaktion General Hoffmanns — den berühmten „Faustschlag“ — provozierte (299/300) und die Durchsetzung der harten Haltung der Militärs gegenüber den Diplomaten beschleunigte. Dabei wäre zu untersuchen, wie lange die Bolschewiki bei Beibehaltung der alten Taktik die Verhandlungen noch hätten hinausziehen können und welche Form für die Wirkung innerhalb der internationalen Arbeiterklasse besser war. Daß diese und viele andere Probleme, die durch die Lektüre des Buches aufgeworfen werden, gelöst werden sollten, leuchtet ein, wenn man die Bedeutung des Brester Vertrages für den Bruch der Koalition zwischen Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären, für die Kontroversen innerhalb der Bolschewiki, für den russischen Bürgerkrieg und die bewaffnete ausländische Intervention sowie für die internationale Arbeiterbewegung berücksichtigt.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zur Edition. Trotz der immensen Fleißarbeit, die darin steckt, wäre ein verbesserter Anmerkungsapparat wünschenswert gewesen. Die Funktion, Lücken in der Dokumentation wenigstens in Form eines Überblickes zu schließen, hätte stärker wahrgenommen werden können (etwa bei der deutschen Entscheidung zum Vormarsch und bei den Kontroversen

innerhalb der Bolschewiki, 562/563, Anm. 2, ist völlig ungenügend). Wenig nützlich sind die biographischen Angaben zu den einzelnen Personen, vor allem zu den russischen. Man merkt, daß Hahlweg russische Quellen kaum ausgewertet hat. Bei einigen Personen fehlen die Hinweise ganz (z. B. 41), andere sind unvollständig und sagen nicht viel aus. Dafür zwei Beispiele: Von G. Sokolnikow heißt es, er sei von 1917 bis 1919 ZK-Mitglied der Bolschewiki gewesen (45, Anm. 16), es wird jedoch nicht erwähnt, daß er 1922 bis 1927 jeweils wieder in das ZK gewählt wurde. Auch seine übrigen Funktionen werden nur unvollständig wiedergegeben. J. Swerdlow sei ein „hervorragender Funktionär der bolschewistischen Partei, fähiger Organisator, aktiver Teilnehmer an der Oktoberrevolution, Mitglied des ZK“ gewesen (653, Anm. 1), daß er von 1917 bis 1919 Vorsitzender des Allrussischen Zentralen Exekutiv-Komitees — des höchsten Sowjetorgans — und zugleich Leiter des ZK-Sekretariats war, erfährt man nicht (ähnlich unvollständig: 95, 551, 564, 599, 617, 653). Hätte Hahlweg die russischen Quellen nachgeprüft, die in deutschen Berichten zitiert werden, hätte er zumindest eindeutige Fehler berichtigen können, etwa wenn Trotzki als Volkskommissar für innere — statt für auswärtige — Angelegenheiten bezeichnet wird (176). Ein Druckfehler: Michaelis war nicht 1918, sondern 1917 deutscher Reichskanzler (239). Heiko Haumann (Freiburg)

**Krüger, Peter:** Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 25. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1973 (224 S., br., 16,80 DM).

Wurden die innenpolitischen Veränderungen vor, während und nach der November-Revolution in den letzten Jahren verschiedentlich untersucht, so trifft dies auf die außenpolitischen Fragen jener Tage bisher kaum zu. Hier versucht Krügers Habilitationsschrift eine Lücke zu füllen. Ziel der Untersuchung ist es zu zeigen, „daß die Grundzüge der deutschen Reparationspolitik nicht etwa von den neuen Männern in der Reichsregierung, also von den führenden Repräsentanten der Sozialdemokratie, bestimmt wurden, sondern von der alten Reichsbürokratie, voran das Auswärtige Amt und das Reichsschatzamt, ferner von den Praktikern der Wirtschaft, den Bankiers und Industriellen“ (11).

Dies wird — besonders im ersten Teil — sehr deutlich. Wie verhielt sich die Sozialdemokratie dazu in einer Zeit, in der sie formal alle politischen Machtmittel besaß? War sie bereit, die unzweifelhaft kommende wirtschaftliche Belastung den „Kriegsgewinnlern“ aufzuerlegen, oder wie sonst gedachte sie die Summen aufzubringen? Deutlich wird, daß vor allem die Unternehmer sehr schnell ihre Interessen in der neuen „Demokratie“ wahren konnten und in der Sozialdemokratie ihren Bündnispartner sahen. Als im Herbst 1918 der

Krieg auch für die Unternehmer als endgültig verloren galt, schalteten sie sofort um auf Verhandlungen mit den Gewerkschaften (um Auseinandersetzungen mit den Arbeitern vorzubeugen), machten Vorstöße zur Beendigung des Krieges (um militärische Besetzung zu vermeiden) und suchten das Arrangement mit der SPD, „da in ihrer gegen jeden Umsturz gerichteten Haltung die beste Gewähr für die kapitalistische Wirtschaftsstruktur gefunden war“ (33). Das Demobilisierungsamt konnten sie mit ihrem Vertrauten, Oberstleutnant Joseph Koeth, besetzen. Die Unternehmer bewiesen — so zeigt Krüger sehr deutlich — „eine erstaunliche Elastizität, die in einem gewissen Grade auch Ausdruck des Opportunismus war. Vom Staat verlangten sie vor allem optimale wirtschaftliche Unterstützung. Blieben sie in ihrer Bewegungsfreiheit ungehindert, war ihnen die Frage, ob sie in einer Monarchie oder in einer Republik lebten, zweitrangig. Für sie änderte sich nach 1918 nicht viel“ (130). Die Sozialdemokratie war nicht nur unfähig, politische Initiativen in der revolutionären Situation zu ergreifen (wie in vielen Untersuchungen der letzten Jahre belegt), sondern ebenso auch auf wirtschaftlichem Gebiet. „Technische Gehilfen“, die im Rat der Volksbeauftragten nach dem November 1918 nur „entscheidungsvorbereitend“ wirken sollten, führten realiter — wie etwa Erzberger — auch die Politik im Auswärtigen Amt.

Deutlich wird, wie wenig die führenden Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten — vor allem, nachdem die USPD im Dezember 1918 ausschied — an einer Mitgestaltung der ganzen Reparationsproblematik interessiert waren. Man überließ das Metier den „technischen Gehilfen“ des Auswärtigen Amtes und ihren Beratungskörperschaften aus der Hochfinanz (75) und kümmerte sich statt dessen in erster Linie um innenpolitische Fragen (99): der Niederschlagung selbständiger lokaler Rätebewegungen. Hier zeigt sich jedoch eine Schwäche des Buches. Zwar wird im ersten Teil das gesamte Bedingungsgefüge (wirtschaftlicher, sozialer, politischer Art) detailliert dargestellt, im weiteren Verlauf der Abhandlung werden aber nur die verschiedenen Vorschläge, Anregungen, Verhandlungstaktiken etc. geschildert. Möglich, daß die politischen Ereignisse der Novemberrevolution und ihrer Niederschlagung im Frühjahr 1919 auf die Entwicklung der Reparationskommission keine entscheidenden Auswirkungen hatten — zumal sich der Rat der Volksbeauftragten und die dann folgende erste sozialdemokratische Reichsregierung sowieso nicht darum kümmerte —, es wird jedoch weder gesagt noch dargestellt. Auch widerspricht es aller Erfahrung, revolutionäre Massenbewegungen lediglich an der Arbeitslosigkeit festzumachen wie es der Autor versucht (68). Damit sitzt Krüger genau der Propaganda auf, die die Unternehmer in und nach der November-Revolution in allen Tonarten ständig wiederholten: nur eine freie Unternehmer-Wirtschaft könne die Arbeitslosigkeit beseitigen und damit die Gefahr des Bolschewismus bannen. Folge man diesem Rezept nicht, so gebe es eine heillose wirtschaftliche Anarchie, und der Bolschewismus setze sich durch. Die politischen Aktivitäten der ver-

schiedenen Parteien zum Friedensvertrag werden nicht behandelt. Einzelne Aussagen sind in anderen Zusammenhängen versteckt angedeutet. Es wäre für eine abschließende Einschätzung nötig gewesen, ein eigenes Kapitel den Vorstellungen der verschiedenen Parteien zu widmen.

Trotz aller Mängel wird ganz deutlich: 1. Großbanken und Großindustrie haben bald nach Beginn der Beratungen zu den Reparationsfragen die entscheidenden Beraterpositionen inne. 2. Die sozialdemokratische Regierung schließt sich den Argumenten der Großindustrie an und begibt sich damit neben der allgemeinpolitischen Abhängigkeit vom alten Militär auch in wirtschaftspolitischen Fragen in neue Abhängigkeit von den wieder tonangebenden Mächtigen der Großbanken. 3. Die Einflußnahme der Junker geht merklich zurück. In dieser Auseinandersetzung ist für sie kein Platz. Krüger faßt zusammen: „Die Unternehmer konnten mit dieser Entwicklung zufriedener sein; sie waren fast unentbehrlich geworden. Ihre Stellung in Deutschland war gefestigt, ihr Einfluß stieg, und es waren schon die Voraussetzungen dafür vorhanden, daß er politisch wirksam zu werden vermochte“ (72).

Hartfrid Krause (Darmstadt)

**Groh, Dieter:** Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Propyläen Verlag, Frankfurt/M.-Berlin/West-Wien 1973 (783 S., Ln., 48,— DM).

Groh bemüht sich nicht nur um eine Darstellung der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von 1909 bis 1914, sondern auch um eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse des Wilhelminischen Reiches. Dabei bedient er sich eines doppelten methodischen Ansatzes: Einmal begreift er die Entwicklung der deutschen Gesellschaft als in erster Linie durch die Interessen der Kapitaleigner in der Schwer- und der Textilindustrie sowie der Großgrundbesitzer determiniert. Sie drängten seit dem Ende der neunziger Jahre auch die Unternehmer der Fertigungsindustrie und der monopolisierten Chemie- und Elektroindustrie in eine Opposition. Der grundlegende Klassenunterschied zwischen Bourgeoisie und Proletariat aber hielt auch die Teile des Bürgertums, die vom junkerlich-schwerindustriellen Machtkartell ausgeschlossen blieben, von einem oppositionellen Klassenkompromiß mit der Arbeiterbewegung fern (98). Hieran scheiterte die von süddeutschen Sozialdemokraten geplante Großblockpolitik „von Bassermann bis Bebel“. Ein zweiter Ansatz besteht weniger in einer theoretisch fundierten Anwendung sozialpsychologischer Methoden als in dem Postulat ihrer Unverzichtbarkeit, wobei der Verfasser sich letztlich zum Dilettantismus auf diesem Gebiet bekennt (49—53) und es bei der Konfession keineswegs beläßt, sondern historische Vorgänge immer wieder auch in diesem Sinne psychologisch zu erklären versucht.

Grohs wirtschaftsgeschichtliche Problemstellung führt ihn — wie bereits Wehler für die Zeit Bismarcks — zur These von der „Industrialisierung ohne politische Innovation“ (26): die Demokratisierung, welche aus der Durchsetzung einer Industriegesellschaft im Deutschen Reich hätte folgern können, unterblieb, da es den herrschenden Klassen an dem „aufgeklärten Selbstinteresse“ (55) fehlte, das auf eine Erhaltung des bestehenden Gesellschaftssystems durch Kompromisse mit der Arbeiterbewegung abzielen mußte. Eine solche Politik aber trieb laut Groh aus zwei Gründen zum Krieg: Das mit der Flottenvorlage von 1898 einsetzende Wettrüsten konnte auf Dauer vom Deutschen Reich nur durch eine erweiterte Zulassung von bürgerlichen Elementen zum Offizierskorps, durch die Einbeziehung von Sozialdemokraten in die Unteroffiziersränge sowie durch eine Reichsfinanzreform, welche auch Agrarier und Schwerindustrielle zum Zwecke der Rüstungsfinanzierung stärker veranlagte, durchgestanden werden. Eine direkte Reichssteuer war nicht mit Einwilligung der Junker und Schwerindustriellen zu erreichen, sondern lediglich durch eine Kooperation zwischen Bethmann-Hollweg und der Sozialdemokratie, welche — wäre sie zum innenpolitischen Prinzip geworden und nicht (wie die Verabschiedung der Dekungsvorlage zum Wehretat 1913) eine Ausnahme geblieben — das innenpolitische Kräfteverhältnis nach links hätte verschieben müssen, wenn Bethmann-Hollweg überhaupt dazu bereit gewesen wäre. Der Reichskanzler war jedoch so sehr in die machtpolitische Realität des Reiches eingebunden, daß auch er mit der Sozialdemokratie „kein Geschäft auf Gegenseitigkeit“ (581) einging: die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte zwar 1913 der Finanzierung des Militäretats durch eine direkte Reichssteuer im Gegensatz zu den Konservativen zu, doch unterblieb letzten Endes eine Heeresreform ebenso wie eine Garantie expansiver Rüstungsfinanzierung durch Zusammenarbeit der herrschenden Klassen mit den kollaborationsbereiten Teilen der Arbeiterbewegung. So sah sich das Reich der Gefahr alsbaldiger „Überrüstung“ durch die Entente gegenüber, welcher es durch die Inszenierung des Kriegausbruchs von 1914 zuvor kam (355—460).

Die Sozialdemokratie vermochte es nicht, zur Gegenkraft gegen diese Katastrophenpolitik zu werden. Dies beruht nach Groh auf der Tatsache, daß sie selbst in das wilhelminische System integriert war, allerdings nur „negativ“ (21): die allmählich verbesserten Lebensbedingungen des Proletariats waren nicht von einer Erweiterung seiner politischen Rechte begleitet, sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften wurden lediglich durch den Machtapparat des wilhelminischen Deutschland in Schach gehalten. Die Stagnation der Reallöhne seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sowie die ökonomische und politische Offensive der in „Arbeitgeberverbänden“ organisierten Unternehmer verhinderten vollends jede „positive“ Integration. Die Arbeiterbewegung war in ihrer Mehrheit nicht imstande, Alternativen zur Regierungspolitik zu entwickeln. Am ehesten gesteht Groh noch dem badischen Revisionisten Ludwig Frank

die Entwicklung einer möglichen neuen Strategie zu. Doch Frank scheiterte an der Inflexibilität der Parteimehrheit, ihrem „revolutionären Attentismus“, dem Komplement zur Kompromißlosigkeit der herrschenden Klassen. Die äußerste intellektuelle Linke der Partei, etwa Rosa Luxemburg, erscheint als völlig einflußlos und in der Reichstagsfraktion überhaupt nicht vertreten: Karl Liebknecht wird einem „linken Zentrismus“ zugeschlagen, dessen Entdeckung der besondere Beitrag Grohs zum Zentrismusbegriff ist (198, 206, 218). Die unanfechtbare machtpolitische Dominanz der herrschenden Klassen einerseits, ihre Unfähigkeit zur „positiven“ Integration der Arbeiterklasse andererseits, schließlich die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung zwar in Schach gehalten, wohl kaum aber ohne unbe-rechenbares Risiko niedergeworfen werden konnte (ebenso wie eine revolutionäre Erhebung Gefahr lief, in einem Blutbad erstickt zu werden), erzeugte ein politisches Patt, das sich auf beiden Seiten im sog. „Damokles-Schwert-Strategum“ (500) ausdrückte. Es schaltete die Sozialdemokratie als revolutionäres Subjekt aus und ließ diese statt dessen auf eine objektive Entwicklung zur Revolution hin hoffen. Dieser „Darwinomarxismus“ (220, 353), der entscheidend von Kautsky geprägt wurde, ist laut Groh identisch mit dem offiziellen Sowjetmarxismus nach Lenins Tod bis hin zur Ideologie der SED (354). Ausgehend einerseits von der Kritik „der chinesischen Kommunisten gegenüber dem Sowjetkommunismus“, andererseits von Peter Christian Ludz' Begriff des „institutionalisierten Revisionismus“ kommt Groh zu der Vermutung, es sei der im heutigen „Revisionismus“ von SED und KPdSU sich fortsetzende „Kautskyanismus gleich revolutionärer Attentismus schon immer Revisionismus gewesen“ (354).

Nach dieser strukturalistischen Eskapade auf der „linken“ Außenlinie gelingt es Groh mit derselben Methode und dank seines zweiten — des sozialpsychologischen — Ansatzes, auf den festen Boden der Zunftmehrheit zu gelangen, wenn er sich bemüht, nach den Ursachen des Ersten Weltkriegs auch deren unmittelbaren Anlaß darzustellen: spricht Fritz Fischer von gezielten Expansionsbestrebungen der Führungsgruppen des Wilhelminischen Reichs, so sieht Groh hier nur eine „defensive Präventivkriegsbereitschaft als Resultat des inneren Rüstungsstops“ (406). Die Auslösung des Weltkriegs beruhte auf einem „pathologischen Lernprozeß“ (...) in Richtung auf Auslese negativer Daten“; „landläufig-psychopathologisch könnte man von depressiver Verarbeitung der Realität sprechen“ (622). Die „psychische Disposition“ der handelnden Personen weist darauf hin: Bethmann-Hollweg war geprägt durch „weltanschaulichen Defaitismus“ (623), „Moltke, der ein schweres Leberleiden hatte“, zeigt in seinen Denkschriften eine „stark pessimistische Tendenz“; für Wilhelm II. war ohnehin „Schwanken zwischen übersteigertem Selbstgefühl und Depressionen“ charakteristisch: „Einen Präventivkrieg aus Angst und Verzweiflung kann nur der auslösen, dem sich die Realität in einer für Depressive spezifischen Weise, das heißt negativ verengt“ (623). Ebenso war die Kriegsbereitschaft der sozialdemo-

kratischen Reichstagsfraktion einerseits durch die langjährige Einübung der herrschenden Normen qua Sozialisation (155), andererseits durch die allgemeine Massenstimmung des August 1914 und Angst vor Illegalisierung, zum Teil allerdings auch durch die aktive Integrationsbereitschaft der süddeutschen Parlamentarier und der Gewerkschaftsführungen bedingt (680 ff.).

Der große Nutzen des Buchs für den Leser beruht auf seiner Datenfülle, auf den zahlreichen neuen Details zur Parteigeschichte. Die Grundstruktur seiner Argumentation weist dagegen ein älteres Muster auf: die bereits von Bernstein aufgestellte, dann in der Weimarer Republik von Korsch und Rosenberg weitergeführte, nach 1945 von Matthias wiederaufgenommene These vom durchgehend reformistischen Charakter der deutschen Sozialdemokratie bei gleichzeitigem Dualismus von Theorie und Praxis. Grohs Arbeit ist der nunmehr aufs feinste ausziselierte Beleg für diese Interpretation. Ein Beleg — kein Beweis: Jeder, der sich heute mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis 1914 beschäftigt, wird sich der unüberbrückbaren Kluft bewußt, die zwischen der These vom reformistischen Grundcharakter der Vorkriegsarbeiterbewegung einerseits, der Behauptung eines den Revisionismus erst erzeugenden grundlegenden Wandels nach dem Übergang vom liberalen Konkurrenzkapitalismus zum Imperialismus andererseits klafft. Groh dagegen kennt zwar seine eigene Marschroute und die diese bestätigenden Daten sehr genau, die von der Gegenkonzeption entwickelte Literatur aber dient ihm nur als Daten-Steinbruch. Das Problem der Arbeiteraristokratie, genauer: der inneren Differenzierung der Arbeiterklasse und ihrer Beziehung zur sich kurz vor 1900 herausbildenden Monopolstruktur des Kapitalismus, ist nicht abgetan, sondern muß — gerade weil auch die leninistische Geschichtsschreibung hier noch keine schlüssigen Ergebnisse vorgelegt hat — neu diskutiert werden. Hier ist eine Konfrontation der Methoden und politischen Positionen unvermeidlich.

Diese notwendige Debatte ist bei Groh noch nicht eingeleitet. Er zeigt immerhin, wieviel neue Einzelheiten sich auch bei einer Fahrt auf ausgefahrenen Geleisen noch entdecken lassen, und andererseits: wie neue (sozialpsychologische und strukturalistische) Interpretationsansätze zur zweiten Entdeckung eines altbekannten Nordpols der Forschung (nämlich zu der These, die Arbeiterbewegung sei von Anfang an weitgehend in das kapitalistische System „integriert“ gewesen) führen können, dessen reale Existenz allerdings — anders als in der Geographie — in keiner Weise ausgemacht ist.

Georg Fülberth (Marburg)

**Kastning, Alfred:** Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919—1923.  
Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1970 (195 S., br., 9,— DM).

Die vorliegende Studie analysiert *nicht* politische Entwicklung und Funktion der Sozialdemokratie in der „revolutionären Nachkriegs-

krise“ in Deutschland. Während nämlich erstens der (Mehrheits-) Sozialdemokratie bis 1922 mehr als 70 Seiten gewidmet sind, wird der USPD nur ein kurzes Kapitel von knapp 20 Seiten eingeräumt. Zweitens konzentriert sich die Darstellung auf die mehrheitssozialdemokratische bzw. sozialdemokratische Reichstagsfraktion, ihr Verhältnis zu den jeweiligen Reichsregierungen und auf das Taktieren sozialdemokratischer Regierungsmitglieder. Außerparlamentarische Entwicklungen und Aktivitäten der Arbeiterbewegung werden nur gestreift und erscheinen lediglich als störende Faktoren sozialdemokratischer Parlaments- und Regierungspolitik. Der Autor selbst geht voll und ganz vom Standpunkt der „Koalitionspolitik“ an seinen Untersuchungsgegenstand heran. Koalition und Opposition sind ihm hierbei bloß formale Kategorien, welche nur die Stellung der Sozialdemokratie innerhalb des parlamentarischen Spektrums der Weimarer Republik und zur jeweiligen Reichsregierung bezeichnen, Inhalt und Funktion sozialdemokratischer Politik jedoch nicht zu erfassen versuchen. Somit klingt nur indirekt (wenn auch häufig) an, daß die Führung von Mehrheitssozialdemokratie bzw. Sozialdemokratie auch in Zeiten parlamentarischer Oppositionsstellung der Partei sowie außerhalb des Parlaments durchaus Koalitionspolitik betrieb. Verzicht auf außerparlamentarische Aktionsformen und Machtmittel, Kooperation mit den herrschenden gesellschaftlichen Mächten, Integration relevanter Teile der Arbeiterbewegung und Aushöhlung ihrer politischen Selbständigkeit gegenüber dem bürgerlichen Staat werden aber nicht als wesentliche Kennzeichen, die von wechselnden parlamentarischen Konstellationen unberührt blieben, gesehen.

Nun wäre die thematische Beschränkung auf die Politik von Reichstagsfraktion und Parteiführung nicht zu kritisieren, wenn nicht drittens beständig suggeriert würde, hiermit bereits die Sozialdemokratie erfaßt zu haben. Im Grunde werden MSPD bzw. SPD auf ihre Führungsgruppen reduziert; nur im Zusammenhang etwa mit Kapp-Putsch, Görlitzer Parteitag und der akuten Krisensituation, die sich ab Sommer 1923 entwickelte, kann man ahnen, daß die mehrheitssozialdemokratische bzw. sozialdemokratische Partei eben doch aus mehr bestand als nur aus ihrer Führung. Unter diesen Voraussetzungen kann der Autor zwar Divergenzen und Differenzierungen in der Reichstagsfraktion aufzeigen, die von wechselnden taktischen Gegensätzen bis zu tatsächlicher, wenn auch inkonsequenter Opposition einer kleinen Minderheit gegen die Koalitionspolitik reichten; Widersprüchlichkeit und Ambivalenz der Sozialdemokratie, deren hauptsächlichlicher Adressat eine (auch in ihren sozialdemokratisch orientierten Gruppen) sich bis 1923 fortschreitend politisierende Arbeiterklasse war und die sich einem anwachsenden Einfluß der KPD konfrontiert sah, sind von diesem Ansatz her jedoch nicht zu erfassen.

Die Integration der sozialdemokratischen Führung in den bürgerlichen Staat und die Umfunktionierung eines Teils (keineswegs der ganzen, wie Kastning stillschweigend unterstellt) der Vorkriegsarbeiterbewegung in eine in sich widersprüchliche „bürgerliche Arbeiterpartei“ werden als „Wandlung der Sozialdemokratie von der Agita-

tions- in die Regierungspartei“ (73) oder auch „von der Kampf- zur Emanzipationspartei“ (47) begriffen. Abgesehen von der mangelhaften Kennzeichnung der Vorkriegssozialdemokratie als bloßer „Agitationspartei“ (was diese, gerade auch in ihrer revolutionär-sozialistischen Komponente, weder sein wollte noch war), engt die Charakterisierung der Weimarer SPD als „Emanzipationspartei“ und deren Gleichsetzung mit „Regierungspartei“ den Emanzipationsbegriff auf sozialdemokratische Beteiligung an bürgerlichen Kabinetten und die politische und soziale Integration der Parteiführung in ein bürgerlich-parlamentarisches System ein. Ein so gefaßter Emanzipationsbegriff kann kaum mehr als unfreiwillig die „Emanzipation“ sozialdemokratischer Politik von den gesellschaftlichen Interessen ihrer sozialen Basis wiedergeben. Es fehlt die systematische Bezugnahme auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung (was nicht notwendigerweise deren ausführliche Analyse impliziert) sowie die Darstellung der materiellen Lage der Arbeiterklasse. Ebenso wenig findet man eine Auseinandersetzung mit den Ergebnissen marxistischer Geschichtswissenschaft.

Als Positivum bleibt zu verzeichnen, daß der Autor einigermaßen aufschlußreiches Material zur Anpassungs- und Kooperationsbereitschaft der sozialdemokratischen Führungsgruppen gegenüber bürgerlichem Staat und bürgerlichen Parteien vorlegt.

Jürgen Harrer (Marburg)

**Lucas, Erhard:** Märzrevolution 1920. Der bewaffnete Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet in seiner inneren Struktur und in seinem Verhältnis zu den Klassenkämpfen in den verschiedenen Regionen des Reiches. Verlag Roter Stern, Frankfurt/M. 1973 (250 S., br., 14,80 DM).

„Was machten die Arbeiter aus ihrem Sieg?“ So die Eingangsfrage des 2. Bandes der Untersuchungen von Erhard Lucas über die Märzereignisse im Ruhrgebiet 1920, die nicht — wie eine gängige Meinung will — mit der Abwehr des Kapp-Putsches beendet waren. Der erste Band (1970 im März Verlag erschienen) hatte die Entwicklung bis zur Befreiung des Ruhrgebiets von Reichswehr und Sicherheitspolizei untersucht. Folgende Fragen stehen im ersten Teil des vorliegenden Buchs im Zentrum: 1. Wie stützten die Arbeiter ihre Herrschaft, welche Ansätze zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft entwickelten sie? 2. Wie war die Rote Armee aufgebaut; wie funktionierte dieser auf ca. 50 000 Mann angewachsene proletarische Militärapparat?

Die Materialfülle, die Gründlichkeit ihrer Durcharbeitung und die Klarheit ihrer Anordnung lassen sich nur andeuten, bilden aber gerade das Charakteristikum dieser seltenen Art konkreter parteilicher Geschichtsschreibung zum Zwecke besseren Verständnisses der gegenwärtigen und zukünftigen Kämpfe des Proletariats. Lucas untersucht die „innere Struktur“ des Aufstandes: a) Eingriffe der Arbei-

ter in bestehende Zustände und Institutionen des bürgerlichen Staates, b) Bewältigung von Problemen, die aus dem Sieg der Arbeiter speziell entstanden: Befreiung der politischen Gefangenen, Kampf gegen den Alkohol, gegen Plünderungen, gegen die Kleiderknappheit, gegen die Nahrungsmittelblockade seitens der Reichsregierung Ebert-Bauer, c) Organisation des bewaffneten Kampfes: Arbeiterwehren, die Rote Armee, d) Widerstand der Bauern, Kleinbürger und Kapitalisten gegen die Arbeiterherrschaft. All diese Punkte werden detailliert dokumentiert, so daß die Lektüre ein konkretes Bild vom Klassenbewußtsein der Ruhrarbeiter 1920 entstehen läßt, weil nicht über dieses Bewußtsein spekuliert, sondern gezeigt wird, wie es sich praktisch manifestierte. Man findet äußerst wertvolles Material zum Studium des Verhältnisses von Organisation und Spontaneität in der deutschen Arbeiterbewegung, dabei überwiegend Primärquellen, die der Autor überhaupt erst wieder ausfindig gemacht hat. So ist das Buch zugleich Kritik an den immer mehr zur Gewohnheit werdenden historischen Globalabrissen, die oft nur Bekenntnischarakter haben. Hier dagegen: Mikrogeschichtsschreibung, die ein historisches Geschehen nach dem Ablauf von Stunden und Tagen, dazu nach örtlichen Unterschieden rekonstruiert und differenziert. Das ist keine Forscherpedanterie, vielmehr fördert die Betonung der Ortsunterschiede selbst in einem so relativ homogenen Gebiet wie dem Ruhrrevier gravierende politische Unterschiede zutage; so etwa bei der Frage nach dem Verhältnis zwischen den Vollzugsräten (Funktionärsdominanz, Parteieneinfluß) zu den Arbeiterräten, wie sie auf Betriebsebene entstanden:

„Zwar sorgten viele Vollzugsräte dafür, daß der politische Wille der Belegschaften nach dem Putsch durch Neuwahl von Betriebsräten zum Ausdruck kam; nur in zwei Fällen jedoch — Dortmund und Mülheim — waren sie bereit, die Betriebsräte als oberstes politisches Organ der Arbeiterschaft anzuerkennen und ihnen auch die Befugnisse zuzugestehen, die Zusammensetzung des Vollzugsrates endgültig zu bestimmen“ (46). Mit dieser Haltung eng verbunden ist die Position zu der Frage, ob schon während des Aufstandes Eingriffe in die Machtverhältnisse im Betrieb und in den Produktionsablauf durch die Arbeiter möglich oder sogar nötig sind, zum zweiten die Frage, ob man die Trennung zwischen „politischen“ und „wirtschaftlichen“ Räten in der revolutionären Situation aufrechterhalten soll. An den Beispielen Hagen (keine Eingriffe in die Produktion), Essen (Trennung zwischen „wirtschaftlichen“ und „politischen“ Räten) und Mülheim („sofortige Wahl revolutionärer Betriebsräte; diese haben die Sozialisierung der Betriebe zu organisieren“) analysiert Lucas die Stellung der drei wichtigsten politischen Richtungen, die den Aufstand trugen, „die der USPD, die in Hagen, die der KPD, die in Essen und der Syndikalisten, die in Mülheim geistig bestimmend waren“. Ergebnis: „Während USP und KPD glaubten, grundlegende Eingriffe in die Führung der Betriebe erst dann verantworten zu können, wenn der endgültige Sieg des Aufstandes errungen sei, waren die Syndikalisten genau gegenteiliger Ansicht.“ Der Au-

tor, der im übrigen hinter der Fülle seines Materials eher zurücktritt und nicht in den Verdacht gerät, das Material zur Stützung vorgefaßter Standpunkte geordnet zu haben, gibt hier seine Position wieder: er sieht sich „in dieser Grundsatzfrage . . . auf der Seite der Syndikalist“en. „Syndikalist“en bezeichnet dabei nicht eine dritte Partei gegenüber USP oder KPD (viele Syndikalisten waren hier Mitglied), sondern die Anhänger einer politischen Strategie, die stärker an den Auseinandersetzungen im Betrieb anknüpft als an den Beschlüssen übergeordneter Parteigremien und eine stärkere Tendenz zu spontanen direkten Aktionen aufweist. — Die Trennung zwischen „wirtschaftlichem“ und „politischem“ Kampf und die Furcht, die politische Führung des Aufstandes wirklich den Arbeiterräten zu überlassen, führt Lucas auf die negative sozialdemokratische Tradition zurück, von der USP wie KPD sich erst schrittweise befreit hatten. Aus der gleichen Tradition resultiere:

- die Unterschätzung der Kräfte der kämpfenden Arbeiter und die mangelnde Kenntnis ihres Bewußtseins seitens der Führung der Arbeiterparteien,
- die fehlende Einsicht in die Notwendigkeit öffentlicher Agitation etwa in Massenversammlungen, in denen der Ablauf der Ereignisse diskutiert und die reale Differenz zwischen den Arbeiterparteien — vor allem aber zur SPD auf Reichsebene — offengelegt worden wäre,
- der „Lokalpatriotismus“ der Arbeiter wie der Führung, der sich vor allem in der Lebensmittelfrage auswirkte, aber auch bei der Koordination des militärischen Kampfes,
- die weitreichende Unfähigkeit zur Kritik bürgerlicher Ideologie, die sich z. B. bei der Behandlung der Presse (Unfähigkeit bei der Zensur) zeigte.

Die gravierendsten Folgen habe dabei die Furcht, Entscheidungskompetenzen aus dem Bereich der parteiorientierten Gremien auf gewählte Basisräte übergehen zu lassen. (Eine Verschiebung, die ja keineswegs bedeutet, daß Parteipositionen unwichtig werden, im Gegenteil: erst auf diesem Wege könnten sie sich bei der Masse der Arbeiter praktisch durchsetzen.) Geschehe dies nicht, würde die Politik der Führung und die Aktion der Massen über das unvermeidliche (produktive) Maß hinaus auseinanderklaffen. Dieser Differenz geht Lucas nach: er schreibt nicht nur Parteiengeschichte, sondern die der selbständig handelnden Klasse dazu; auf dieser Ebene spielen lokale Bedingungen oft eine ausschlaggebendere Rolle als die aktuelle Parteiparole. Sehr deutlich ist das bei den Arbeiterräten auf Betriebs-ebene; dort handelten auch organisierte Parteiarbeiter vorrangig als Mitglieder einer Belegschaft, als Teilnehmer des gleichen Produktions- und Diskussionszusammenhanges — vor allem in Situationen schneller Entscheidungsnotwendigkeit. Die Geschichtsschreibung, die

hauptsächlich der Spur der Arbeiterparteien folgt, engt die Analyse des historischen Materials ein. In diesem Punkt ist das Buch von Lucas der Untersuchung der DDR-Historiker Könnemann/Krusch „Aktionseinheit contra Kapp-Putsch“ (1972) überlegen, und darin liegt auch sein größerer Nutzen für die Führung der heutigen Klassenkämpfe.

Mit Schlußfolgerungen ist Lucas sehr sparsam. Man muß sie selbst ziehen. Eine, die sich aus vielen Einzelbelegen speist, ist die Vermutung, daß die USP wie die KPD die Stärke des Einflusses der SPD auf die Arbeiter weit überschätzten: so blickten sie auch dann noch wie gebannt auf die hohen Mitgliederzahlen der SPD, als sich in den Arbeiterräten klare Mehrheiten gegen die SPD hergestellt hatten — so etwa beim Streit um den Zeitpunkt der Beendigung des Generalstreiks gegen Kapp in verschiedenen Teilen des Reiches. Die Führung der Arbeiterparteien habe nicht gesehen, daß viele Sozialdemokraten durch ihre Bereitschaft zur Fortsetzung des Streiks und zum bewaffneten Kampf den Boden der SPD real längst verlassen hatten. (Gerade die Erkenntnis, daß viele Arbeiter den Menschewismus praktisch überwinden, bevor sie ihn auch theoretisch angreifen, zeichnete Lenin aus.) Nicht zuletzt die Unsicherheit der deutschen Kommunisten in solchen Fragen kostete die Ruhrarbeiter die konsequente Unterstützung durch die Arbeiter im übrigen Reich, die sie so bitter nötig gehabt hätten. Mit diesem Problem befaßt sich die zweite Hälfte des Bandes. Sie stützt sich vorwiegend auf das von der DDR-Forschung vorgelegte Material.

Spekulative Fragen, wie: „Hätten die Arbeiter 1920 siegen können, wenn . . .“ stellt Lucas nicht, und man verlernt beim Lesen, so zu fragen. Man registriert Fehler, die gemacht wurden, viel eher mit dem Bewußtsein, daß noch viel politische Arbeit nötig ist, bevor man hoffen kann, daß sie sich nicht wiederholen. Gefördert wird ein geschärfter Blick für die vielfältigen Ebenen, auf denen die Klassenauseinandersetzungen sich abspielen. Eine gute Medizin gegen Dogmatismus also. Klaus Theweleit (Freiburg)

**Balzer, Friedrich-Martin:** Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1973 (296 S., br., 14.80 DM)

Friedrich-Martin Balzer untersucht die politische Entwicklung des „Bundes der Religiösen Sozialisten“ und dessen langjährigem Vorsitzenden, Erwin Eckert, in der Weimarer Republik. Der „Bund Religiöser Sozialisten“ war eine Organisation evangelischer Christen, die, zumeist von Pfarrern geführt, diejenigen Kirchenmitglieder, welche aktiv am kirchlichen Leben teilnahmen und zugleich ent-

weder ihrer sozialen Stellung oder ihrer politischen Entwicklung nach sich bereits im Einflußbereich der Arbeiterbewegung befanden, zu rekrutieren suchte. Mit der Intellektuellengruppe um Paul Tillich hatte er nichts gemein (16).

In einem religionssoziologisch angelegten Kapitel arbeitet der Verfasser die widersprüchliche Klassenstruktur der evangelischen Kirche heraus (26 ff.): kamen die Pfarrer überwiegend aus dem Bildungsbürgertum, so dominierten Großgrundbesitzer, Adlige und hohe Beamte in den Landeskirchenleitungen und in den Landes- und Kirchensynoden (30 ff.). Die nominellen Mitglieder der Kirche dagegen boten ein korrektes Spiegelbild der Klassenstruktur der Gesamtgesellschaft. Der „Bund der Religiösen Sozialisten“ rekrutierte seine Anhänger in erster Linie unter der Arbeiterschaft von Klein- und Mittelstädten, in deren Ideologie sich die Einflüsse der Arbeiterbewegung und der relativ konservativen politischen Strukturen ihrer unmittelbaren Umgebung kreuzten. Die Ambivalenz seiner sozialen Basis wurde durch Widersprüche in seiner Führung zugleich zum Ausdruck gebracht und verstärkt: einerseits war er — mehrheitlich — das Tummelfeld von christlichen Revisionisten, welche seit Paul Göhre eine Tradition in der Sozialdemokratie hatten, die Entkirchlichung weiter Teile des Proletariats rückgängig machen wollten und zumindest objektiv die Funktion erfüllten, eine weitere Linkswendung von bereits sozialistisch beeinflussten Proletariern zu verhindern. Im Gegensatz dazu stand die Position Erwin Eckerts, der die Abschottung der kirchlichen Massenbasis — soweit sie überhaupt noch religiös aktiv war — gegen die demokratische und konsequent marxistische Bewegung der Weimarer Republik zu durchbrechen suchte, die Kirche als Rekrutierungsfeld seiner politischen Arbeit begriff und sich darum bemühte, die Vereinnahmung der Christen für reaktionäre Interessen, die nach seiner Auffassung religiös nicht zu legitimieren waren, aufzuheben. Einer solchen Aktivität liegt allerdings, soll Eckerts schließliche Hinwendung zur KPD auch im Sinne seiner langjährigen selbstgestellten Aufgabe konsequent sein und nicht einfach als den bisherigen Wirkungskreis infolge der Übermacht der Rechtskräfte in der Kirche aufgebende Individualreaktion erscheinen, die Überzeugung von einer Vereinbarkeit christlichen Glaubens mit Marxismus zugrunde. Dieses Problem bleibt in Balzers Arbeit ein biographisches Axiom, das in der Person Eckerts angelegt scheint, aber nicht weiter erklärt wird. Mit seiner Absage an die Möglichkeit einer weltanschaulichen Koexistenz zwischen Christen und Marxisten macht der Verfasser bereits in der Einleitung sichtbar, daß es sich bei Eckert um einen nicht verallgemeinerbaren Ausnahmefall handelt (19). Eckert geriet im „Bund der Religiösen Sozialisten“ in die Isolation; er verließ ihn, ohne seine religiösen Positionen aufzugeben. Isolation und Austritt mußten notwendig erscheinen, solange aufgrund der kirchlichen Machtverhältnisse, aber wohl auch der ungenügenden Entfaltung der Bündnispolitik der Kommunistischen Partei in diesem Bereich seine Position nicht innerverbandlich abgestützt werden konnte.

Die Tatsache, daß das Problem des Verhältnisses von Marxismus und Christentum in Erwin Eckert letztlich nur eine sehr persönliche Synthese gefunden hat, rechtfertigt es, daß Balzer im dritten Kapitel seiner Arbeit letztlich eine Art individuelle, mit den Klassenkämpfen der Religiösen Sozialisten“ vermittelte Biographie Eckerts schreibt der Religiösen Sozialisten“ vermittelte Biographie Eckerts schreibt. (55—101). Eckerts Weg von der Sozialdemokratie (1911) über deren linken Flügel bis schließlich zur KPD macht den aus der Geschichte seiner religiös-sozialistischen Organisation allein nicht erklärlichen politischen „Rest“ sichtbar, der Eckert befähigte, in der Kirche als Sprecher von proletarischen Klasseninteressen in einer Weise aufzutreten, wie dies sonst nur außerhalb der noch fest religiös gebundenen Teile der Arbeiterschaft möglich war. Dies erklärt allerdings auch die wachsende Isolierung Eckerts im „Bund der Religiösen Sozialisten“: er geriet nicht nur in Widerspruch zu den Kirchenleitungen, sondern seine Agitation hatte im Kirchenvolk zweifellos eine schwächere Resonanz als im nicht mehr kirchlich orientierten klassenbewußten Proletariat. Eckerts Ausscheiden aus SPD und Kirche und der Eintritt in die KPD mag so zwar als Ausdruck individueller Weiterentwicklung erscheinen, markiert aber doch auch das Scheitern seines ursprünglichen Konzepts: sein erstes Rekrutierungsfeld spuckt ihn aus. Die KPD aber kommt nur als konsequentester Gegenpol der Machtzentren in den Blick, gegen welche Eckert unterlag; sie ist eine „Alternative“ zur Sozialdemokratie, wird aber nicht als eigener ideologischer und politischer Faktor klar. In Balzers Darstellung ist dies insofern konsequent, als KPD-Positionen im „Bund der Religiösen Sozialisten“ offensichtlich nun von Eckert vertreten wurden und auch in modifizierter Form kaum in diese Organisation hineinwirkten.

Eckerts allmähliche Eliminierung aus seinem religiös-sozialistischen Rekrutierungsfeld wird von Balzer in dem Kapitel über „Die Beteiligung der religiösen Sozialisten an den Klassenkämpfen der Weimarer Republik“ (102 ff.) sowie über die sich entfaltende Polarisierung zwischen Eckerts immer weiter nach links sich profilierender Position und der Parteinahme der Mehrheit des Bundes für die rechtssozialdemokratische Tolerierungspolitik (205 ff.) — welche Balzer als Ausdruck gesamtgesellschaftlicher und politischer Polarisierungen mit letzlichem Sieg der Rechtskräfte auch in der SPD begreift — sehr sorgfältig nachgezeichnet. In der Genauigkeit der historischen Bestandsaufnahme und der ständigen Reflexion der jeweils erreichten Etappe der Auseinandersetzungen kann das Hauptverdienst dieser Arbeit gesehen werden, welche durch gründliche Rechercharbeit wichtiges historisches Material bereitstellt und so Pionierarbeit auf einem erst neuerdings Aufmerksamkeit erweckenden Teilgebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung leistet, ohne die innere Brüchigkeit ihres Gegenstandes zu verbergen.

Georg Fülberth (Marburg)

**Perels, Joachim:** **Kapitalismus und politische Demokratie. Privatrechtssystem und Gesellschaftsstruktur in der Weimarer Republik.** Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1973 (88 S., br., 6,— DM).

Perels Untersuchung zum Verhältnis von Privatrechtssystem und Verfassungsstruktur versteht sich als „Spezialstudie zu dem allgemeineren Problem der Beziehung der sozialen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft zu deren politischer Herrschaftsform“ (5). Da angesichts der gegenwärtigen Theorielage „ein Bezugsrahmen für eine materialistische Staatstheorie nicht in einem abstrakten Vorgriff entworfen“ werden kann, beschränkt sich der Autor auf die Bearbeitung eines Teilbereichs „in der Form systematisierter Geschichte“ (5). Hinsichtlich des Verhältnisses von Theorie und Geschichte beruft er sich auf den von Korsch geprägten Begriff der „geschichtlichen Spezifizierung“.

Im klassischen Liberalismus und seiner deutschen Variante, der konstitutionellen Monarchie des Kaiserreichs von 1871, wird die Privatrechtsordnung unmittelbar in die Verfassungsstruktur umgesetzt. „Die Verfassungsstruktur ist mit dem Privatrechtssystem synchronisiert“ (18). Perels versteht unter dieser „Synchronisation“ die Sicherung der Privateigentumsordnung durch die Verfassung über Zensuswahlrecht und Beibehaltung des Monarchen als „Träger der verfassungsgebenden und damit verfassungsgesetzlich nicht zu erfassenden, prinzipiell unbegrenzten Gewalt“ (18). Die Entwicklung zum „organisierten Kapitalismus“ ändert nach Perels auch die Konstellation von Privatrechtssystem und Verfassungsstruktur. Indem der Staat der Tendenz nach zum realen Gesamtkapitalisten avanciert, refeudalisiert sich die an das Privatrechtssystem geknüpfte Herrschaft „zur Totalität einer staatskapitalistischen Verfassungsstruktur: in der öffentlichen Gewalt multiplizieren sich die ehemals getrennten Herrschaftssphären von Staat und Gesellschaft“ (23).

Die Verfassung der Weimarer Republik sanktioniert die Veränderungen im ökonomischen und politischen System und sichert gleichzeitig die Kontinuität der Privatrechtsordnung des Kaiserreichs. Nach Perels Hauptthese ist aber das Verhältnis von Privatrechtssystem und Verfassungsstruktur — allgemeiner von sozialer und politischer Struktur — aufgrund der Zugeständnisse, die trotz der „Arbeitsgemeinschaftspolitik“ von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in der revolutionären Nachkriegssituation an die Arbeiterklasse gemacht werden mußten, von einem Widerspruch beherrscht. Die Privateigentumsordnung wurde „vom egalitär strukturierten politischen Bereich, der den von Privateigentumsprivilegien ausgeschlossenen Klassen politische Einflußnahme und eine gewisse Stärke gewährte, virtuell bedroht“ (38). Wie das „verfassungsstrukturelle Einfallstor der Unterklassen . . . Zug um Zug geschlossen“ (81) wird, arbeitet Perels dann sehr sorgfältig am Beispiel von Enteignungsrecht, Arbeitsrecht und den „tauschvermittelnden Normen-

komplexen“ (Allgemeine Geschäftsbedingungen, Kartellrecht) heraus. Diese Entwicklung kulminierte im Faschismus: „die sozialen Verfügungsprivilegien (Privatrechtssystem — G. B.) werden unmittelbar in die Verfassung verlängert“ (80).

Die Darstellung der juristischen Formen der Genesis des Faschismus geht an Klarheit und Geschlossenheit — wenn auch nicht in ihren Einzelthesen — über bisherige Arbeiten zu diesem Thema hinaus. Im Interesse einer knappen Darstellung ist auch der Verzicht auf eine ausführliche klassentheoretische Begründung der Veränderungen im Verhältnis von Privatrecht und Verfassungsstruktur bis hin zum Faschismus zu rechtfertigen. Einer solchen Fundierung bedarf die Analyse aber noch, um sie für die Verhältnisse in der BRD fruchtbar zu machen — eine Forderung, die Perels selbst aufstellt.

Gert Bruche (Berlin/West)

**Winkler, Heinrich-August: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus.** Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1972 (307 S., br., 38,— DM).

Die beiden Fragen, die Winklers Studie orientieren, finden sich auf S. 161: „In welchem sozialen Milieu konnten sich faschistische Ideologien entfalten, und unter welchen sozialen Bedingungen konnten faschistische Bewegungen erfolgreich sein?“ Bei seinen Versuchen, adäquat zu antworten, konzentriert sich Winkler auf die weit hin deskriptive Darstellung „kollektiver Erlebnisse nationalen Traumas“, „Gefühle existentieller Bedrohung bei — objektiv oder subjektiv — nichtproletarischen Schichten“ (sic) und „antidemokratischen Ressentiments“ bei Kleingewerbetreibenden, d. h. Einzelhändlern und Handwerkern. Winkler geht genetisch-historisch vor, systematisch begründet und abgeleitet werden weder Bemerkungen über die „Klassengesellschaft des 20. Jahrhunderts“ noch über die gesellschaftliche Fundierung der erwähnten sozialpsychischen Problemfelder. Die Argumentation (bzw. Narratio) soll zwei Thesen stützen: Zum einen, daß es sich bei den verbandsoffiziellen Annäherungen des Kleingewerbes an die NSDAP, bei dessen aktivem Mitmachen in DNVP oder NSDAP seit 1919/20 bzw. 1929/30 nicht um eine kurzfristige „Panik des Mittelstandes“ (Th. Geiger 1930) gehandelt habe. Vielmehr sei dieses entschiedene Eintreten für eine verfassungspolitische Mixtur aus korporativem und „Führerstaat“ das konsequente Produkt der seit der Großen Depression (1873—94/96) staatlich sanktionierten „Evolutionsfurcht“ (178), die durch „Sozialprotektionismus“, d. h. weitreichende legislative und administrative Erhaltungssubventionen, abgefangen wurde. Die zweite These, die logisch freilich Vorrang hat: Der „Erfolg“ des deutschen Faschismus 1933 sei nicht zureichend aus seiner (stabilisierenden) Funktion für das System kapitalistischer Warenproduktion und privater Aneignung zu erklären. Vielmehr ergebe der Vergleich mit den Krisen-

verläufen in den USA, mit denen in England und Frankreich ab 1929, daß die in dieser Form nur in Deutschland gegebenen „Rückversicherungschancen“ des Kapitals „bei vorindustriellen Stütsschichten“ das entscheidende Moment für die Etablierung eines faschistischen Regimes gewesen seien (162).

Winkler präsentiert zunächst Daten zur ökonomischen Lage aus den zeitgenössischen Erhebungen. Dabei kann er bestätigen, daß die Krise ab 1928/29 in sehr hohem Maße nicht mit der Aufgabe der Betriebe, sondern mit ihrer Verkleinerung beantwortet wurde. Die Gewinneinbußen waren zwar erheblich stärker als der gleichzeitige Rückgang der (Tarif-)Löhne — aber Winkler hält selbst dagegen, daß die „Chance“ zur Arbeitslosigkeit die des Konkurses um das ca. 30fache übertraf (35). So sehr diese Belege die vordergründige „Panik des Mittelstandes“ relativieren, so zutreffend ist deshalb Winklers Insistieren, Genesis und Rigidität der aktualisierten Bewertungs- und Verhaltensregeln seien zu klären und zu gewichten.

Als entscheidende Schwelle bezeichnet Winkler zu Recht den Preisfall der Großen Depression nach 1873, den die Gruppen des Kapitals u. a. mit Agitations- und Kampfverbänden zur organisierten Sicherung des sozial-ökonomischen status quo beantworteten. Dabei ist wohl auch hier besonders einschneidend die zweite Abschwungphase 1882—84 gewesen. Als die mittelständische Integrationsideologie in dieser Phase hat bereits H. Rosenberg den zeitgenössischen Antisemitismus betont; „die Juden“ galten als die Hauptträger der „goldenen Internationale“ des Finanz- und Großkapitals. Winkler ergänzt, daß in der Aufschwungphase ab 1896 (—1913) demgegenüber die ‚puren‘ ökonomischen Interessen als ‚positive‘ Integrationsmedien in den Vordergrund traten. Entsprechend dominierten in dieser Phase die von Winkler als „integrale Mittelstandsverbände“ (54) bezeichneten quasiständischen Gesamtverbände von Handwerk und Handel, aber auch die „modernerer“ Fachverbände in einigen Branchen. Einige Forderungen, die zur Status- und Existenzsicherung seit den 1870er Jahren massiv erhoben worden waren, konnten in mehreren Novellen zur Gewerbeordnung bis 1897 durchgesetzt werden. Insbesondere das nur in Deutschland eingeführte Institut der öffentlich-rechtlich abgestützten fakultativen Zwangsinnung scheint der Konservierung der vorkapitalistischen Arbeitsorganisation und — teilweise — der Stützung lokaler Märkte gedient zu haben.

Winkler betont für den gesamten Untersuchungszeitraum nachdrücklich die Heterogenität der z. T. sehr kurzlebigen Interessen innerhalb des Kleingewerbes wie gegenüber dem Handels-, Industrie- und Bankkapital; nur gelegentlich gibt er jedoch Hinweise auf die reale Hierarchie dieser Interessen, die eben nur im nicht-redistributiven Bereich konfligierten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang Winklers Hinweis, daß in den 1890er Jahren die Forderungen nach hermetischer Abschließung des „Standes“ durch „Großen Befähigungsnachweis“, nach Preisautonomie der Innungen und gemeinsamer Finanzierung der Ausbildung durch Industrie und Handwerk an den in diesen Punkten unmittelbar tangierten Interessen

der Großindustrie an Mobilität und Innovation scheiterten. Das hinderte jedoch bei der Masse der Kleingewerbetreibenden nicht, daß der „subjektive Antikapitalismus“ sekundär blieb angesichts der „roten Gefahr“. Sie wurde der permanente Konvergenzpunkt mit den junkerlichen und den großindustriellen Interessen. Winkler gibt gute Belege für die realistische Einschätzung der ihre ökonomische Lage spiegelnden Fragmentierung und des daraus resultierenden Opportunismus der Handwerker und Kleinhändler seitens der Großindustrie 1918/19 (80 f.) — auch ein Motiv für das Stinnes-Legien-Arrangement mit den Gewerkschaften.

Für die Inflationsperiode und die Phase der relativen Stabilisierung bis 1928 kann er für Wählerverhalten der Kleingewerbetreibenden einen zunehmenden ‚anti-liberalen‘ Trend belegen, in dem sich der fortdauernde Anti-Sozialismus und die Republik-Feindschaft niedergeschlagen hätte. Neben der ungeklärten Frage, inwieweit Wählerverhalten ein brauchbarer Indikator für das Potential mobilisierbarer und manipulierbarer Einstellungen und Verhaltensweisen und für deren konkrete Inhalte ist, bleibt dieses Unternehmen schon deshalb lückenhaft, weil Winkler sich nur auf die protestantischen Regionen Nordwestdeutschlands beschränkt.

Für das Reichskabinett und die Verwaltung kann Winkler zeigen, daß in einer Phase geringerer Realisierungsschwierigkeiten für die Großindustrie die „Vernachlässigung“ des Kleingewerbes einmal mehr zugunsten von (zumindest ideologischen) Gemeinsamkeiten („produktive Stände“, „Herr-im-Haus“) zurücktrat. — Die begrenzte Effektivität der Verbandspolitik des (1919 gegründeten) „Reichsverbandes des deutschen Handwerks“ demonstriert Winkler in einer nützlichen Fallstudie zum schließlichen Scheitern der Handwerksordnung, in der die nur von wenigen industrienahen Branchen (Bau, Elektro-Installation) bekämpfte Forderung des Verbandes nach Zwangsorganisation sowie seine strikte Gegnerschaft gegen jede Form von paritätischer Arbeiter-Mitbestimmung in den Innungen legislativ verankert werden sollte. Insofern war das anfängliche Eingehen des Verbandes auf den „Gedanken der Gemeinwirtschaft“ und auch auf den „Räte-Artikel“ der Reichsverfassung (Art. 165) nur der Versuch, den angestrebten Zwangszusammenschluß zu rechtfertigen, wobei „öffentliches Interesse“ allein als Pauschalgarantie für den „Stand“ begriffen wurde (86). Wichtig ist in diesem Abschnitt der Hinweis auf den im Vergleich zum Kaiserreich direkteren Zugang der Verbände zu den Ministerialbeamten sowie auf die Rolle innerbürokratischer Konflikte (hier zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium).

Die nach Winkler z. T. erheblichen Unterschiede der manifesten Interessen — die er am unterschiedlichen Organisationsgrad festmachen will — zwischen dem straff organisierten Handwerk und den vergleichsweise diffus organisierten Einzelhändlern ließen sich, so Winkler, nur durch die „radikale Vereinfachung“ der NS-Propaganda kurzfristig auf den „endlich . . . erlösenden gemeinsamen Nenner“ bringen (167). Das gilt entsprechend für das Verhältnis zur

Großindustrie. Am Verhalten der (regionalen) Handwerker-Bünde und dem Wählerverhalten belegt bzw. illustriert Winkler allerdings die offene Unterstützung der faschistischen Partei nur für Nordwestdeutschland.

Die Fülle stände- und auch führerstaatlicher Wendungen, die Winkler aus der Verbandspresse zitiert, zeigt, daß diese kleinbürgerlichen Gruppen ihre Status- und Existenzängste, die entstanden aus dem akut verschärften Widerspruch zwischen ihrer realen Abhängigkeit von den Monopolgruppen und der system-legitimierenden Ideologie gleicher und „gerechter“ Profitchancen, in der Mehrzahl auf Feindgruppen projizierten, so daß der „starke Staat“ zur Sicherung gegen deren „Schmutzkonkurrenz“ unausweichlich schien. Daß die Reaktionsweisen der Handwerker und Kleingewerbetreibenden durch „psychologische Fehler“, etwa der SPD, erst die bekannten politischen Folgen gezeitigt haben (127), macht nur deutlich, wie ungeklärt bei Winkler das Verhältnis und die Verschränkung von objektiven und subjektiven Momenten ist. In seinen Bemerkungen zum vergleichsweise „unbezweifelbaren Geschick“ (127) der KPD, die in den nationalen Empfindungen und Ressentiments entscheidende Elemente des ideologischen Repertoires dieser Gruppen anzusprechen versuchte, verschweigt Winkler dann auch nicht, daß auch dieses kurzfristig angesetzte Unternehmen, diesen Gruppen ihre eigenen Interessen zu verdeutlichen, der Partei nur marginalen Zulauf brachte.

Winkler macht zutreffend klar, daß zwischen dem Scheitern der mittelständischen Hoffnungen auf den Faschismus und dem nur teilweisen (und branchenspezifischen!) Erreichen der Ziele, die die Mehrheit des Großkapitals mit der „Bewegung“ verbunden hatte, keine Parallele gezogen werden kann. Handelte es sich bei den Kleingewerbetreibenden von vornherein um eine in hohem Maße manipulierte kollektive Illusion (und deshalb lehnt Winkler immerhin Lipsets These vom Faschismus als „Extremismus der Mitte“ ab, 180), man werde nun endlich als der deutsche „Normalstand“ einrangierte (179), so war es bei der Industrie (bei einer grundsätzlich zutreffenden Einschätzung der expansionistischen Potentiale des Regimes nach außen und seiner Kontrollkapazitäten nach innen) allerdings ein Verkennen der Möglichkeit, direkt-personale Kontrolle zu erlangen, um das notwendige Maß an „Rationalität“ (etwa bei der Hochrüstung, der militärischen Expansion und der Judenvernichtung) zu sichern. Im Hinblick auf beide Aspekte Faschismus als „Primat der Politik“ bzw. einer „kleinen Clique“ zu bestimmen (so Winkler 180), heißt jedoch, dem Schein aufzusitzen, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Kontrollleuren der Repressions-, Legitimationssicherungs- und Mobilisierungsapparate und den sozial und ökonomisch Herrschenden einen realen Antagonismus widerspiegeln.

Grundlegend für Winklers Argumentation ist die Annahme, daß das Kleingewerbe keineswegs eine „Zwischenschicht“ mit internen Differenzierungen ist, die im Prozeß der tendenziellen Monopolisierung des Kapitals sowie von wissenschaftlich-technischen Innovatio-

nen entweder eliminiert oder integriert und in ein quasi-feudales Abhängigkeitsverhältnis zu Bank- und Industriekapital gebracht wird. Die These, daß sich die „wirtschaftliche Position“ des Klein-gewerbes ungeachtet des dauernden Rückgangs seines Anteils an der Gesamtbevölkerung „teilweise“ konsolidiert hat (37) — in den 1960er Jahren! —, wird freilich von Winkler an anderer Stelle selbst widerlegt. Winkler bemerkt richtig, daß die „meisten Dienstleistungsgewerbe ... in eine existentielle Abhängigkeit von der Großindustrie geraten“ sind (188). Seine Entsprechung findet dieser konzeptuelle Wirrwarr in der Nutzenanwendung, die Winkler mehrfach für die BRD zu ziehen bemüht ist: Erst „eine öffentliche Kontrolle ... ökonomischer Machtzusammenballungen versprache eine effektive Sicherung gesellschaftlicher Freiheit“ (196). Denn damit ist ganz offensichtlich kein Übergang zu sozialistischen Gesellschaftsformen gemeint —, sondern nur eine vergleichsweise „klassische“ Form eines flankierenden Staatsinterventionismus (vgl. 194).

Daß zumindest die deutsche Erscheinungsweise dieser Kapitalismus-Formation in einer noch nicht genügend geklärten Weise durch „rückständige“ sozialstrukturelle und -kulturelle Elemente z. B. in der Weise der Herrschaftssicherung (Rigidität, administrativer Terror, Bürokratismus) und der ideologischen Rechtfertigung bestimmt ist, darf jedoch nicht verdecken, daß nicht nur „vorindustrielle Stütsschichten“, sondern v. a. pseudo-revolutionär mobilisierte lohnabhängige Angestellte und Teile der Arbeiterschaft die Massenbasis für den zeitweiligen Erfolg des offenen Terror-Faschismus bildeten. Zu dieser Frage kann Winkler nichts beitragen. Alf Lüttke (Tübingen)

**Kühr, Herbert:** Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Sozialstruktur und politischen Wahlen. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 49. Droste Verlag, Düsseldorf 1973 (309 S., Ln., 64,— DM).

Kühr versucht den Zusammenhang und die Wechselwirkung von Sozialstruktur und politischem (Wahl-) Verhalten am Beispiel einer deutschen Großstadt während der Zeit der Weimarer Republik aufzuzeigen. Gegenstand der Untersuchung ist Essen (1933: 650 000 in der Mehrzahl katholische Einwohner, zwei Drittel der Bevölkerung Arbeiter).

Die Arbeit gliedert sich in eine Beschreibung der Wirtschafts- und Sozialstruktur Essens, eine Analyse der Essener Parteien und deren „Hilfsorganisationen“, eine Untersuchung der Presse im Stadt- und Landkreis Essen und die Analyse der Wahlergebnisse 1919—1933. Seinen methodischen Ansatz gewinnt Kühr aus der Übernahme von Kategorien der amerikanischen „political science“, vor allem von Lipset (232 f.), etwa: Konsens/Dissens, Legitimation, Stabilität.

Dieses Instrumentarium wird z. B. auf die „Krisenzeit“ 1918—1923 übertragen und gefolgert, daß hier „die ersten Anzeichen eines zunehmenden, für die Demokratie illegitimen Dissenses ... sichtbar wurden.“ (232) Und: „Die Stärkung der linken und rechten Flügelpositionen des Essener Parteiensystems und die Schwächung der staatstragenden Parteien (Zentrum, DVP, DDP und SPD) bedeuteten gleichzeitig einen Legitimationsverlust der jungen Demokratie“ (233 f.). Der für Kühr relevante Bezugspunkt ist die Zustimmung zur oder Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. In diesem Zusammenhang wertet Kühr die Ergebnisse der Wahlen des Jahres 1919 als 75-prozentige Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie (234). Unerwähnt bleibt der Anteil der „linken Flügelposition“ am Zustandekommen der ersten deutschen Republik ebenso wie die zunächst abwartende Haltung des Zentrums der neuen Staatsform gegenüber, ganz zu schweigen vom nur pragmatischen Republikanismus der DVP.

Die Geichsetzung von „Linksradikalismus“ und „Rechtsradikalismus“ durchzieht die gesamte Arbeit: die KPD „war eine antidemokratische Kaderorganisation“ (131), in der Befehlsgewalt herrschte (133), die ihre politischen Ziele als soziale tarnte (121), die Streiks schürte (139) und ständig „Hetze“ betrieb (106), die ihre Mitglieder „häufig durch Überrumpelung und demagogische Beeinflussung“ gewann (131) und die last not least mit der NSDAP gemeinsame Sache machte (109). Die politischen und organisatorischen Wandlungsprozesse in den Arbeiterparteien in den ersten Jahren der Republik vermag Kühr überhaupt nicht zu erfassen. So wird etwa die Tatsache, daß sich die übergroße Zahl der USPD-Mitglieder 1920 in Essen (ebenso wie im Reich) für einen Anschluß an die KPD aussprachen und die KPD in Essen die größte sozialistische Partei wurde, damit erklärt, daß „deren Illusionierung der Arbeitermassen eine größere Suggestion auslöste als die gemäßigte Sozialdemokratie, die den in seiner dürftigen Alltagswelt befangenen Arbeiter wenig anzog oder durch ihre revolutionäre Stagnation und die scheinbare Verbrüderung mit dem Bürgertum abstieß“ (104). Und das gelang der KPD trotz der „wirren Reden“ (112) ihrer Anhänger. Die Spaltung der USPD ist für Kühr ein Ergebnis des Einwirkens Sinowjews. (102)

Die revolutionären Streikaktionen des Winters 1918/19 im gesamten Ruhrgebiet begreift Kühr als „Kampfmittel“ für den „kommunistischen Machtaufbau“ (113); von der verheerenden Versorgungslage wird abstrahiert. Auch der offensiven Niederschlagung des Kapp-Putsches durch die Arbeiter kann Kühr keine Sympathie schenken, haben sie doch die Zeitungen unter Zensur gesetzt und Plünderungen — „als Requisitionen getarnt“ (119) — durchgeführt. — Während die Positionen von USPD und KPD entweder unvollständig oder falsch dargestellt werden (vgl. z. B. die Schilderung der Haltung der KPD zur französischen Ruhrbesetzung 1923, S. 124), wird auf die konterrevolutionäre Rolle des Zentrums,

der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereine kaum eingegangen (79 ff.).

Was den eigentlich wahl-analytischen Teil der Arbeit betrifft, so wird Bekanntes bestätigt: die KPD hatte ihre größten Erfolge in den dichtbesiedelten Arbeitervierteln des Essener Nordens, Nordwestens und Nordostens (dort in der Regel um 40 %, bei einigen Wahlen über 50 % der abgegebenen Stimmen; der Stimmanteil für den Stadt- und Landkreis betrug von 1919—1932 zwischen 19 und 26 %) (294). Das Zentrum blieb während der gesamten Dauer der Republik (wie auch schon vor 1918) die stärkste Partei in Essen; ihr Stimmanteil schwankte zwischen 27 und 39 % der abgegebenen Stimmen (294). Die SPD erreichte nur 1928 wenig mehr als 15 % der Stimmen. Der KPD gelang es nur vereinzelt, in die Hochburgen des Zentrums einzubrechen, die sich vor allem im Essener Süden befanden. Kühr stellt zutreffend fest, daß neben der Klassenstruktur für das Wahlverhalten der Essener Bevölkerung dieser Zeit wesentlich auch die konfessionelle Bindung eine Rolle gespielt hat. Dies zeigt sich an dem vergleichsweise großen Einfluß, den das Zentrum, die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine auch in den Kerngruppen der Arbeiterklasse hatten (57 ff., 295). Dieser Einfluß war in Essen traditionell größer als in vergleichbaren Städten des Ruhrgebiets. Karlheinz Flessenkemper (Marburg)

**Plum, Günter:** Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928 bis 1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1972 (319 S., br., 26,—DM).

Plums Arbeit liefert einen speziellen Beitrag zum Thema: deutsches Bürgertum und Faschismus von 1928 bis 1933. Wenn sie sich auch in ihrem Ansatz auf den Regierungsbezirk Aachen beschränkt, so hat sie dennoch eine exemplarische, überregionale Bedeutung. Im ersten Teil werden die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen des Regierungsbezirkes (im Jahre 1925 zu 93,7 % katholisch) untersucht. Damit verknüpft ist eine Betrachtung über die politische Geschichte dieser Region während der Weimarer Republik. Eine Analyse der Wahlen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen zeigt, daß die Empfänglichkeit des Bürgertums (besonders des Kleinbürgertums) für die Politik und die Parolen der NSDAP weitaus größer war als die des Industrie-Proletariats. Dabei wanderten jedoch auch Arbeiter zur NSDAP: „Je mehr agrarisch-handwerkliche Formen den Wirtschaftscharakter der Kreise prägten, um so mehr löste sich der sozialistische Wählerstamm auf, um so mehr steigerte sich die Affinität auch der Arbeiterschaft zur NSDAP“ (35).

Plum macht die letztlich ausschlaggebende Rolle des christlich-konservativen Bürgertums und der mit ihm verbündeten Kirche in der Zentrumspartei deutlich. Dies trifft auch für diese rheinische

Hochburg des Zentrums mit einem starken Anteil christlicher Arbeiter zu. Der Gedanke einer organisch-ständischen Gliederung der Gesellschaft, die Ablehnung des Pluralismus einer parlamentarischen Demokratie, der Ruf nach dem starken Mann, dem „Führer“, alle diese in Richtung Faschismus führenden Leitbilder finden sich auch im Aachener Zentrum, in seinen Zeitungen, in den katholischen Vereinen und Verbänden und wurden seit 1928 immer stärker. Die Weltwirtschaftskrise wirkte als beschleunigender Faktor. „Seine Rettung erwartete das katholische Bürgertum nur noch von einer konservativen, gegen emanzipatorische Bestrebungen der Arbeiterschaft gerichteten Politik. Und seine wirtschaftlich-sozialen Hoffnungen trafen sich mit der aus Weltanschauung und autoritärer Struktur der katholischen Kirche erwachsenden Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. Die Kirche hatte erheblich dazu beigetragen, das ohnehin unterentwickelte Bewußtsein der Katholiken zu zerstören, ... Vom Nationalsozialismus trennte die Katholiken so bald nicht viel mehr als die von der Kirche gesetzten weltanschaulichen Normen; denn das Zentrum, welches nun seinerseits einen antiparlamentarischen Kurs eingeschlagen hatte, tat durch seine widerspruchsvolle Politik gegenüber der NSDAP viel dazu, das Odium der Kirchenfeindlichkeit, welches der NSDAP anhaftete, abzumildern“ (36). Ergänzend zu dieser Aussage Plums ist festzustellen, daß der päpstliche Hausprälat Kaas im Dezember 1928, also vor Beginn der Weltwirtschaftskrise, zum neuen Parteivorsitzenden des Zentrums gewählt wurde. Dies war ein sichtbarer Ausdruck des Rechtsrucks in der Partei; für seinen Zeitpunkt gibt es noch keine befriedigende Erklärung. Wahrscheinlich spielt der befürchtete Machtzuwachs der SPD eine Rolle. Nahm das katholische Bürgertum die Preußenkoalition noch hin, so konnte das Wiederauftauchen der SPD in der Reichsregierung im Juni 1928 (erstmal seit dem November 1923) noch dazu mit einem sozialdemokratischen Reichskanzler (zum erstenmal wieder seit dem Juni 1920) eine Bedrohung konservativer Positionen bedeuten. Doch auch diese Deutung bleibt unzureichend, wenn man an die SPD-Zentrum-Koalitionen 1919 bis 1923 denkt. Am schlüssigsten ist wohl die These, daß es in den ersten Jahren der Republik für die herrschende Klasse vor allem darum ging, die Kriegsfolgen zu überwinden und eine soziale Revolution bzw. einen Bürgerkrieg rechts gegen links abzuwehren. Nach der Phase der relativen Stabilisierung 1924 bis 1929 hatten sich die entscheidenden Teile des Bürgertums ökonomisch und politisch gefestigt. Sie waren nicht bereit, die nun um so nachdrücklicher vorgebrachten Forderungen, sei es nur nach mehr Mitbestimmung der Lohnabhängigen, nach „Wirtschaftsdemokratie“ und ähnlichem, zu akzeptieren. So ging es 1928 beim Reichsparteitag des Zentrums vor allem auch um die Abwehr des Stegerwald-Flügels. Die christlichen Gewerkschaften erlitten eine Niederlage (vgl. S. 74 ff.). Die dann durch die Weltwirtschaftskrise deutlicher erkennbare Bedrohung der herrschenden Klasse verschärfte ihre politische Reaktion. Der „Entscheidungskampf“ um die Republik, „geführt von den Generälen und Kapita-

listen gegen die demokratische Arbeiterschaft“ (Arthur Rosenberg) begann. Solchem weitergehenden Erklärungsversuch verspermt sich Plum, wenn er, nur vom Pluralismus-Modell als Desideratum für eine demokratische Gesellschaft ausgehend, die Zentrums-Ideologie analysiert. Das heißt, die von Plum erarbeiteten Fakten lassen sich durch eine sozio-ökonomische Untersuchung im Sinne einer Klassenanalyse widerspruchloser verarbeiten.

Die Entwicklung des Zentrums führte in ihrer Konsequenz dazu, daß Kaas und Perlitius schon am 31. Mai 1932 in einer Unterredung mit Hindenburg ein Rechtskabinett unter „Einbeziehung der NSDAP“ forderten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Zentrumspresse die NSDAP aus Konkurrenzgründen und wegen ihrer antiklerikalen Agitation vor allem bei Wahlkämpfen heftig bekämpft hat. Die Zentrums-Agitation ist auch voll von Angriffen auf die terroristischen Methoden der Nazis. Man fürchtete im Zentrum, daß ein zu radikales Vorgehen im autoritären Sinne den Bürgerkrieg im Innern und Deutschlands Isolierung nach außen bewirken würde. In dem Wunsch nach einer autoritären Lösung der Krise (letztlich im Interesse der herrschenden Klasse) stimmte man jedoch mit den Nationalsozialisten überein. Der gemeinsame scharfe Antikommunismus bzw. Antisozialismus lieferte wichtige Antriebe. In den Jahren 1928 bis 1933 hat das Zentrum so funktioniert, daß es katholische Arbeiter und Angestellte an die Interessen des Besitzbürgertums band. Nachdem die deutschen Faschisten 1933 gezeigt hatten, daß sie in der Lage waren, KPD, SPD und den ADGB auszuschalten, fügten sich viele Zentrumsanhänger relativ leicht in den neuen Führerstaat. Die wesentlichen Tendenzen in den Aussagen Plums werden durch eine Analyse der überregionalen Zentrums-*presse* (Kölnische Volkszeitung und Germania) bestätigt.

Klaus Wernecke (Hamburg)

## Soziale Bewegung und Politik

**Duverger, Maurice:** Demokratie im technischen Zeitalter. Das Janusgesicht des Westens. R. Piper Verlag, München 1973 (274 S., br., 22,— DM).

Gegenstand des Buches ist das „westliche System in seiner Gesamtheit“ (Sontheimer im Vorwort, 10). Dabei verschweigt die Ankündigung im Klappentext, dies sei „die erste umfassende Darstellung des westlichen Systems“, sämtliche marxistische Analysen seit Karl Marx selbst, deren Gegenstand schon immer die widersprüchliche Totalität des kapitalistischen Systems war und ist.

Duverger selbst allerdings, der sich bemüht um die Verbindungen von Ökonomie, Gesellschaft, Staat und Ideologie, findet häufig im

Marxismus Ergebnisse vor, die er — meist eingeschränkt — mitverwendet. Zugleich steht man aber ratlos vor Feststellungen wie z. B., daß die „sozialen Barrieren in den industriellen Gesellschaften abgebaut worden sind und daß die Volksmassen . . . nicht mehr von der übrigen Bevölkerung isoliert sind oder zumindest viel weniger als früher (?); im Satz zuvor heißt es, die Gleichartigkeit der Existenzformen sei „eher Schein als Wirklichkeit“ (174). Die Tendenz, Aussagen durch einen Neben- oder Folgesatz zurückzunehmen, ist häufig zu erkennen (15, 218, 252) und trägt zu begrifflicher Verwirrung bei.

Der zentrale Untersuchungsgegenstand, die „Technodemokratie“, d. h. das westliche System seit 1945, ist nach Duverger bestimmt durch große Unternehmen mit kollektiver Leitung, Staatsintervention, Massenparteien und strukturelle Annäherung von öffentlicher Verwaltung und privaten Firmen (150 f.). In Anlehnung an Galbraith definiert der Autor die „Technostruktur“ (154), kritisiert aber zu Recht dessen Unterschlagung der Rolle der Kapitalisten (158). — Die Verwendung marxistischer Termini (152, 158 u. a.) kann die Behauptung Sontheimers stützen, Duverger sei ein Liberaler, der einiges vom Marxismus gelernt habe (10). Daß dieser „Lernstoff“ den Ergebnissen aber letztlich äußerlich bleibt, erweist sich im letzten Kapitel über den „fundamentalen Widerspruch“ (255 ff.). Dort konstatiert der Autor, „der ungeheure materielle Erfolg des westlichen Systems ist von einem richtiggehenden Scheitern in menschlicher Hinsicht (?) begleitet“ (256). Die Antinomie von individuellem Profit und allgemeinem Interesse führe zur „Entwertung des Lebens“ (262); diese Entwicklung könne „unmöglich in einem kapitalistischen System“ mit Profitimperativ geändert werden (261). Solche Erkenntnis verweist ihn auf den Ausweg des „demokratischen Sozialismus“ (273), der die „Qualität des Lebens“ erhalten könnte. Die Bestimmung dieser neuen Qualität bleibt vage. Zum einen hofft Duverger, daß die Gemeinschaftsmoral des Sozialismus den natürlichen (!) Egoismus von Mensch und Organisation mildern könne (273), auf daß die ökonomische Oligarchie sich selbst beschränke und ihre Profitbasis aufgebe, während völlig unklar bleibt, auf welcher Basis denn nun die Produktion aufgebaut werden soll. Zum andern ist nicht auszumachen, wie dieser Sozialismus erreicht werden kann. Denn da — laut Verfasser — die Verschärfung des fundamentalen Widerspruchs den Zusammenbruch der „Technodemokratie“ in absehbarer Zeit nicht herbeiführen wird, weil die integrativen Kräfte des Systems zu stark sind (266) und die protestierenden Randgruppen zu schwach (244), verschwindet ein historisches Subjekt des Übergangs. Was bleibt, ist die „Idee einer Konvergenz der Systeme“, die trotz ihrer Inaktualität dennoch „im Weltmaßstab gleichwohl gültig“ bleibt. Die Gesamtheit der hochentwickelten Industrienationen wird so zum selben Entpunkt getrieben“ (270).

Diese keineswegs originelle Wiederaufnahme der Konvergenztheorie mündet in der nebulösen Formel: „Der Sozialismus als sol-

cher (?) würde allein nicht zureichen, das Leben (?) zu ändern. Doch er könnte es möglich machen“ (274).

Die Erkenntnis der zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus führt nicht zu einer Strategie seiner Überwindung, sondern bleibt bei moralischen Appellen zur Reform durch „sozialistische“ Einsprengsel stehen und vertraut — wider alle historischen Erfahrungen — auf die Einsichtigkeit der Besitzenden und eine quasi-automatische, natürliche Evolution des westlichen Systems.

Reinhard Körner (Berlin/West)

**Gantzel, Klaus Jürgen (Hrsg.): Internationale Beziehungen als System.** Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 5. Westdeutscher Verlag, Opladen 1973 (388 S., br., 46,80 DM).

Der Band enthält Ergebnisse der Arbeit der Sektion „Internationale Politik“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft von 1970/71. Im Zentrum steht die Untersuchung des Wechselverhältnisses zwischen „System und Einheit unter den Bedingungen zunehmender wechselseitiger Penetration“ (7).

Inhaltlich betrachtet, zerfällt der Band in zwei Teile. Dabei steht im Mittelpunkt des ersten die teils rezeptiv-kritische (Pawelka, Simonis, Seidelmann), teils methodologische Behandlung (Faupel, Kammler) systemtheoretischer Ansätze in der Disziplin „Internationale Beziehungen“. Kritik versteht sich hier allerdings meist als Oberflächenkosmetik, berührt den modelltheoretischen Basisansatz nicht und ist nur an Detailverbesserungen interessiert. Lediglich Seidelmanns exemplarische Analyse eines empirischen Großprojekts in den USA zeigt die Dürftigkeit bisheriger Versuche, Systemtheorie in diesem Bereich empirisch anzuwenden (128). — Exemplarisch für ahistorisch-formale Betrachtung, die Empirie zum unwesentlichen Restprodukt theoretischer Überlegungen degradiert, sind die zwei Arbeiten von Faupel und Kammler, die damit die konventionelle politikwissenschaftliche Tradition amerikanischer Abkunft fortführen.

Die interessanteren Beiträge sind die vier letzten, und dies nicht zufällig: denn erst hier wird Theorie anhand historischer Kategorien entwickelt und durch steten Rückbezug auf „materiale Probleme“ (12) aussagekräftig; erst hier werden Herrschaftsverhältnisse in den Blick gebracht und politische Folgen thematisiert. — So zeigt H. Scheer in einer Studie über Abrüstungsdiplomatie, daß deren Funktion vor allem „in der Beruhigung und Narkotisierung des Konflikts durch Absorption“ liegt (232). — In dem Aufsatz von Schlupp/Nour/Junne über „Theorie und Ideologie internationaler Interdependenz“ manifestiert sich eine Imperialismusanalyse, die „das internationale System wesentlich begreift als ein sozialökonomisches Herrschaftssystem“ (329). Angesichts der Übermacht des Superstaates USA wird die analytische Basiseinheit „Nationalstaat“ (282) ersetzt durch den Begriff „Herrschaftssynthese“. —

U. Schmiederer kritisiert in ihrer Arbeit über Systemkonkurrenz die abstrakte Sichtweise eines globalen imperialistischen Sozialsystems, da hier der Komplex zwischenstaatlicher Beziehungen umgangen werde. Neben den Konzernen agieren weiterhin Staaten, deshalb lasse sich das Problem des Staates nicht einfach ausklammern (329). — Der abschließende Beitrag von E. K. Jahn analysiert verschiedene Interessenbegriffe, um die Akteure des internationalen Systems zu identifizieren. Angesichts eines globalen Militarismus sieht er das objektive Interesse der Weltbevölkerung im einfachen Überleben und bezeichnet die zivile, waffenlose Gewalt als die einzig erfolgversprechende Strategie zum Gewaltabbau.

Der Vergleich der beiden Teile des Bandes zeigt, daß die Arbeit am historischen Beispiel fruchtbarer ist als empirisch-leeres Theoretisieren. Gantzels Versuch der Synthese durch die Hoffnung, diese Unterschiedlichkeit der Beiträge möge das Systemdenken in methodischer wie substantieller Hinsicht schärfen (13), scheint trügerisch, da konventionelle Systemtheorie sich ja bewußt als stabilisierend begreift und transzendierende Momente vom Ansatz her ausklammert. Daß auf der anderen Seite historisch-kritische Wissenschaft sich der Ergebnisse bürgerlicher Forschung versichern kann, sofern diese tragfähig sind, dürfte außer Zweifel stehen.

Reinhard Körner (Berlin/West)

**Ronge, Volker, u. Günter Schmieg:** Restriktionen politischer Planung. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (334 S., br., 14,80 DM).

Die vorliegende Analyse kapitalistischer Planungsprozesse am Beispiel der Bildungs- und Finanzplanung in der Bundesrepublik intendiert die Vermittlung von allgemeiner Kapitalismusanalyse mit historisch-konkreter Untersuchung. Bei kurzer Betrachtung erweist sich jedoch schon der Anspruch der Verfasser, nicht nur empirische Restriktionen von Planerstellung und -implementation aufzuzeigen, sondern darüber hinaus einen allgemeinen Beitrag zur materialistischen Planungsdiskussion zu liefern, als äußerst prätentios.

Kritisieren die Verfasser einen beschränkten politikwissenschaftlichen Begriff von Planung, der sich auf die institutionell-organisatorische Seite des Planungsprozesses bezieht, so wollen sie zugleich mit einem naiv-überzogenen Begriff der „Erforderlichkeit“ (16) bzw. des „objektiv Notwendigen“ (315) brechen, welcher von einer apriorischen qualitativen und quantitativen Bestimmtheit der Staatsfunktionen im Prozeß der Erstellung der allgemeinen Produktionsbedingungen ausgeht. Demgegenüber betonen sie zu Recht die Ebene der Wahrnehmung der jeweiligen Systemprobleme und die Mechanismen der Interpretation und Verarbeitung der immer wieder auftretenden krisenhaften Symptome durch das politische System. Das ansonsten geringe Methodenbewußtsein der Verfasser und das Dilemma der von ihnen beabsichtigten Synthese von politökonomischer und sy-

stemtheoretisch-funktionalistischer Analyse sowie die ungenügende Berücksichtigung des erreichten Diskussionsstandes verhindert die sinnvolle Integration ihrer empirischen Befunde in allgemeinere Theorien. Die allgemeinen Schlußfolgerungen wirken aufgesetzt. Schon zu Beginn der Arbeit wird die Möglichkeit der Verknüpfung von allgemeiner Analyse und historisch-konkreter Untersuchung implizit eingeschränkt (vgl. S. 16, wo die Grenzen der „logisch-deduktiven“ Ableitung als Schranken der Untersuchung objektiver Funktionsveränderungen des Staates überhaupt erscheinen und demgegenüber das Perzeptionsproblem in subjektivistischer Verkürzung in den Mittelpunkt der Analyse gerückt wird, womit eine Vorentscheidung für eine Betrachtung der Planungsprozesse primär als ideologische Phänomene gefallen ist). Wenn mittels der allgemeinen Kapitalismusanalyse sicher keine konkrete Bestimmung der historischen Modifikationen der Staatstätigkeit möglich ist (288 f.), so kann das nur bedeuten, daß die Analyse an dieser Stelle weiterzutreiben ist, daß die *historisch notwendigen* Entwicklungsgesetze der Konkurrenz, die Formveränderungen der Krise usw. untersucht werden und hieraus gesetzmäßige Veränderungen staatlicher Tätigkeiten herzuleiten sind. Erst dann kann sinnvoll die Basis der Planungsillusionen und auch der Planungsernüchterung bestimmt werden. Diese Fragestellung wird jedoch von den Verfassern ausgeblendet. Sie beziehen sich lediglich negativ auf einige mit der Analyse des Akkumulationsprozesses, dem Fall der Profitrate und konkreten Modifikationen des Krisenmechanismus befaßte Analysen (z. B. S. 313 f. auf die Theorie der Überakkumulation), ohne die Realprozesse auch nur anzudeuten. Mit der Vernachlässigung der objektiven Planungszwänge verliert die Analyse der staatlichen Problemperzeption jeden festen Bezugspunkt: Ronge und Schmiege kennen nur den platten Dualismus von richtiger bzw. „zufällig“ richtiger einerseits und falscher Perzeption andererseits (vgl. 266), konstruieren ein entsprechendes Kontinuum der Perzeption (Informationsdefizite) und der Implementation (verschiedene Grade der Funktionserfüllung vor allem wegen der permanenten Finanzkrise, aber auch die Möglichkeit der Übererfüllung aufgrund der „Überperzeption“ von Problemen) und enden so bei formalen Spielereien. Ein solcher Ansatz, der die Performanz des politischen Systems nur an dessen schwammigen Ansprüchen mißt, kann letztlich nur das Zurückbleiben der Planerfüllung hinter den Intentionen konstatieren. An die Stelle der Analyse des Krisenmechanismus tritt ein völlig abstrakter Begriff von „Systemlabilität“ (304), welcher der Staat mit einer bloß „symbolischen“ (235) Planung begegnet. Die gesamte antizyklische Haushaltspolitik wird in den Bereich bloßer Ideologie verwiesen, schließlich sogar der Tatbestand der Krise partiell geleugnet (304, 308 ff.). Die häufig bemühten äquifunktionalen Lösungsmechanismen (vgl. 294) sind selten konkretisiert.

Solche Blindheit erschwert die Auseinandersetzung mit den empirischen Analysen im Hauptteil. Dieser ist geprägt durch eine sehr immanente Vorgehensweise, welche die Begrifflichkeit der bürger-

lichen Wirtschafts- und Planungswirtschaft weitgehend akzeptiert und — von einigen ideologiekritischen Bemerkungen abgesehen — ihre Brauchbarkeit aufgrund der fehlenden Realanalyse nicht zu hinterfragen vermag. Die Auseinandersetzung mit zahlreichen interessanten Einzelhypothesen — insbesondere im Teil über die Finanzplanung, wohingegen der Abschnitt über Bildungsplanung kaum neue Informationen bringt — kann im Rahmen einer Rezension nicht geleistet werden. Aber auch sie sind weitgehend präformiert und in ihrer Allgemeinheit eingeschränkt durch die Mängel des gesamten Ansatzes.

Hans-Jürgen Weißbach (Berlin/West)

**Kaltefleiter, Werner:** Die Funktionen des Staatsoberhauptes in der parlamentarischen Demokratie. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1970 (306 S., br., 48,—DM).

Der aus der Kölner Schule der Politikwissenschaft um Hermens stammende, jetzt in Kiel lehrende und zugleich als Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung und wissenschaftlicher Sachverständiger der CDU fungierende Politologin Kaltefleiter hat hier seine Habilitationsschrift vorgelegt. Sie versteht sich als Beitrag zum „comparative government“ und behandelt — nach einer methodischen Einleitung — im ersten Teil das „klassisch“-parlamentarische Regierungssystem Englands, im zweiten die „quasi-parlamentarischen“ Systeme (Schweden, Norwegen, Dänemark, Belgien, Italien, Frankreich der III. und IV. Republik), in denen die Stellung des Staatsoberhauptes dem englischen Beispiel entspricht, die „Bedingungen für Machterwerb und Machtausübung jedoch anders gelagert sind“ (22), im dritten die „bipolaren“ (Weimarer Republik, Finnland, Österreich), in denen die Stellung des Staatsoberhauptes durch zusätzliche Kompetenzen gestärkt wird, und im vierten die Konsequenzen, die sich aus diesem internationalen Vergleich für die Ausgestaltung des Amtes des Bundespräsidenten in der BRD ergeben. Präsidiale Regierungssysteme wie das der USA werden nicht behandelt.

Kaltefleiter nennt seine Methode „funktional“ und „systemnormativ“: „Die innere Konsistenz des Systems verlangt eine gewisse wechselseitige Zuordnung der einzelnen Institutionen ... Es wird gefragt, wie das Amt des Staatsoberhauptes beschaffen sein muß, damit es der Arbeitsfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems dient“ und „welche Konsequenzen sich aus Abweichungen von diesen Regeln ... ergeben“ (18). Dieses „interdependentente System von Funktionalzusammenhängen“ ist freilich nicht um seiner selbst willen da, sondern dazu, „die Lösung der in einer Periode als anstehend empfundenen Staatsaufgaben“ in Angriff zu nehmen (19). Mehr erfährt man darüber nicht. Wessen „Empfindungen“ dabei maßgeblich sein sollen, wird nicht ausgeführt, doch geht aus der Logik der Argumentation hervor, daß die „Empfindungen“ der jeweils Regierenden gemeint sind. „Handlungsfähigkeit“, „Arbeits-

fähigkeit“, Effektivität also ist jedenfalls das oberste Kriterium. Dem hat sich auch die Interpretation des Verfassungstextes unterzuordnen (vgl. 23).

So kann Kaltefleiter an jene Staatstheoretiker der Weimarer Zeit anknüpfen, die durch ihre „wissenschaftlichen Interpretationen“ zur Aushöhlung des demokratischen Verfassungssystems wesentlich beigetragen und dann den Faschismus unterstützt haben wie Ernst Rudolf Huber und Rudolf Smend. Eben dieser von Kaltefleiter beifällig zitierte Huber löste 1937 das Problem der „Handlungsfähigkeit“ wie folgt: „Die völkische Einheit und Ganzheit aber verlangt, daß alle politische Gewalt in der Hand des einen Führers vereinigt ist . . . Alles Leben im Volk wird vom einheitlichen und umfassenden Führerwillen bestimmt“ (Verfassung, Hamburg 1937). Vom „funktionalen“ Standpunkt aus ist, wie die von der CDU von Anfang an betriebene und mit den Notstandsgesetzen noch keineswegs abgeschlossene Stärkung der Exekutivgewalt zeigt, gegen eine solche Lösung nicht viel einzuwenden. Und „systemnormativ“ kann man zwar Wenn-Dann-Sätze innerhalb eines vorgegebenen Verfassungssystems aufstellen, doch die Wahl des Systems selbst kann offensichtlich nur „funktional“ erfolgen. Auf der Basis von „Sozialpartnerschaft“ und dem „lebensnotwendigen Zusammenstehen aller“ bietet sich die „einheitliche und umfassende“ Exekutivgewalt ebenso als funktional an wie auf der Basis der „völkischen Einheit und Ganzheit“.

Im Vorwort dankt der Verfasser verschiedenen Staatssekretären und Ministerialdirektoren, die ihm „reichhaltige Information“ zur Verfügung stellten. Der staatliche Exekutivapparat wird dem Verfasser für seine „praxisbezogene“ Arbeit seinerseits zu danken wissen. Ferner dankt der Verfasser seinem Habilitationsvater Hermens, der ihm „die Hilfsmittel seines (!) Instituts zur Verfügung“ stellte (8).

Reinhard Kühnl (Marburg)

**Emenlauer, Rainer, Herbert Grymer, Thomas Krämer-Badoni und Marianne Rodenstein:** Die Kommune in der Staatsorganisation. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1974 (141 S., br. 6,— DM).

Der Sammelband umfaßt vier Aufsätze, die trotz einiger Unterschiede und der im Vorwort behaupteten „unterschiedlichen Positionen“ (8) in der Tradition der kritischen Theorie und ihren auf Luhmann, Godelier u.a. zurückführbaren systemtheoretischen bzw. strukturalistischen Varianten stehen.

Der Aufsatz von Rainer Emenlauer („Zum Praxisbezug einer politisch-ökonomischen Theorie kommunaler Konflikte“) befaßt sich mit verschiedenen Konzeptionen von Basisarbeit in Bürgerinitiativen (Jusos, Rote Hilfe, H. Fassbinder) und diskutiert sie „vor dem Hintergrund möglicher Entwicklung und Stärkung proletarischen Klassenbewußtseins“ (22). Eine eindeutige Position zur Rolle politischer Konflikte auf kommunaler Ebene bezieht Emenlauer nicht; er hebt vielmehr ihre „ambivalente Bedeutung für die Produktion

„Proletarischer Öffentlichkeit“ (32) (Negt/Kluge) hervor. Sein spontaneistisches Konzept erhebt die „Erkenntnis der objektiven Lage“ (29), die dem Proletariat von der aus ihrer Kapitalabhängigkeit befreiten professionellen Intelligenz (28) vermittelt werden soll, zur alleinigen Voraussetzung für die Bildung von Klassenbewußtsein. Auch wenn die „Interessen des Proletariats als treibende Kraft“ (32) beschworen werden, läuft Emenlauers Konzept letztlich auf die Ablösung der Arbeiterklasse durch die Konstitution der Intelligenz als revolutionäres Subjekt der bürgerlichen Gesellschaft hinaus.

Die Versuche, die Stellung der Kommune im Prozeß der Kapitalverwertung zu bestimmen, kranken nach Marianne Rodenstein („Thesen zum Wandel der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland“) daran, „daß die politische Form der Kommune unmittelbar an den derzeitigen Stand der Kapitalentwicklung und die ihm entsprechende staatliche Steuerung gebunden wird, wobei ein direkter Zusammenhang zwischen Logik der Kapitalentfaltung und der staatlichen Tätigkeit angenommen wird“ (36 f.). Demgegenüber sei eine „historische Betrachtungsweise“ eher geeignet, „die Dynamik in den Verhältnissen zwischen Demokratie, Selbstverwaltung, Staat und der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zu erkennen“ (37). Die historische Funktion der kommunalen Selbstverwaltung in der Auflösung der feudalen Produktionsweise (Beseitigung der politischen Schranke, die den Handwerker vor Konkurrenz und Eigentumslosigkeit schützte; weitere Einschränkung der Subsistenzwirtschaft), ihre komplementäre Funktion zur Tätigkeit des Zentralstaates bis hin zu ihrer Subordination als „landesunmittelbare Körperschaft“ in der BRD sollen den Funktionswandel dieser Staatsform deutlich machen. Bedauerlicherweise wird die „legitimatorische Entlastungsfunktion der kommunalen Selbstverwaltung“ (67), die sich nach Rodenstein gegenwärtig als Folge der mit der Zunahme staatlicher Planung verbundenen „Legitimationsbedürftigkeit staatlichen Handelns“ (69) ergeben hat, nicht mit der vorgehenden Analyse vermittelt. Dieser Sachverhalt, verbunden mit einer Überbewertung des Legitimationsproblems als „das Problem des Staates“ (69) überhaupt, schmälert den Wert der Arbeit.

Herbert Grymer („Zum Verhältnis von Zentralstaat und Kommunen“) beruft sich bei der Frage „nach der Funktionalität der Kommune innerhalb der staatlichen Tätigkeit überhaupt“ (74) auf eine Staatsableitung von v. Flatow und Huisken. Die spezifische Form der Staatsorganisation — und damit auch die Art ihrer Gliederung in Zentralstaat und Kommunen — wird nach Meinung des Autors nicht vom „Kapitalverhältnis als solchem“ bestimmt, „sondern es ist die Erscheinungsform der Widersprüche, die selbst Realität, ... die ... den einmal konstituierten Staat sich in einer spezifischen Form organisieren und entwickeln läßt ... Deshalb sind die ‚Kommunen‘ als Selbstverwaltungseinheiten ökonomisch nicht abzuleiten, wohl aber ist zu untersuchen, welchen Beitrag sie bei der Verwaltung von allgemeinen Interessen im Rahmen des Staates leisten“ (94). Die Verkürzung des Begriffs der „ökonomischen Analyse“ auf

das „Kapitalverhältnis als solches“ oder auf Sachverhalte, die durch dieses Verhältnis unmittelbar bestimmt werden, bleibt unbegründet. Statt dessen werden die Funktion der „Vermeidung von Interessenkonfrontationen“ und die „Problemperezeption des Staates“ als die Faktoren herangezogen, die die innere Form des Staates bestimmen sollen. Auf dieser Grundlage kommt Grymer zu dem Schluß, daß die Aufrechterhaltung der relativen Autonomie der Gemeindeverwaltungen und der damit verbundene „Einbruch von Widersprüchen in die Staatsorganisation selbst“ der Preis ist, der für die Konfliktvermeidung gezahlt werden muß (100 ff.).

Der letzte Aufsatz von Thomas Krämer-Badoni („Krise und Krisenpotential im Spätkapitalismus“) hat sich eine Auseinandersetzung mit der politischen Krisentheorie von Claus Offe vorgenommen. Seine Kritik soll einer „dem Spätkapitalismus adäquaten Rekonstruktion der marxistischen Theorie und des ihr eigentümlichen Begriffs von gesellschaftlicher Totalität“ (116) dienen und sei vor allem angesichts einer „Totalität nicht nur suggerierenden Systemtheorie Luhmannscher Prägung . . .“ (117) dringend erforderlich. In der Offeschen Krisentheorie wird — nach Ansicht des Autors — der Tausch auf das ökonomische System beschränkt „und verliert in der funktionalistischen Fassung der Beziehungen zwischen politisch-administrativem, ökonomischem und normativem oder legitimatorischem System seine synthetisierende Bedeutung . . . In diesem Konzept wird der Kapitalismus zum Subsystem“ (132 f.). Weil der „Konstitutionszusammenhang von Ökonomie, Staat und Norm“ (135) bei Offe ausgeblendet werde, gehe der Staat als kapitalistischer Klassenstaat verloren. Eine Staatstheorie, die zur „konstitutiven Bedingung des politischen Subjekts“ werden will, muß nach Krämer-Badoni aber den Klassencharakter des Staates ausweisen. Soweit kann der Kritik gefolgt werden. Unklar bleibt, warum der Autor sich angesichts seiner Forderung dann doch der Offeschen Vorstellung anschließt, wonach das „politische Subjekt nicht die Arbeiterklasse ist, sondern „Gruppen“ im Bereich der nichtproduktiven Arbeit.

Gert Bruche (Berlin/West)

### **Schmidt, Eberhard: Ordnungsfaktor oder Gegenmacht.**

Die politische Rolle der Gewerkschaften. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1971 (342 S., br., 8,— DM).

Es ist die Absicht des Autors, Vorarbeiten zu einer „Theorie der Gewerkschaften im Neokapitalismus“ zu leisten (6). Dabei geht er davon aus, daß die Gewerkschaften der BRD sich zu einer „Stütze des Systems“ entwickelt hätten (11). Ein historischer Abriß der Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit soll diese These stützen. Es gelingt jedoch lediglich, den Übergang zu Zentralismus und Integrationismus nachzuweisen. Dabei skizziert Schmidt sachkundig die besonderen Schwierigkeiten, denen sich die demokratische Bewegung in Westdeutschland gegenüber sah, wobei er die spezifische Rolle der Alliierten herausarbeitet. Die Klassenkämpfe unter den besonderen

Bedingungen eines sich restaurierenden Kapitalismus, die geprägt waren durch neue Formen des Zusammenspiels von Staat und Kapital, die sich daraus ergebenden Niederlagen der Gewerkschaften, der sich verstärkende Antikommunismus auch in den Gewerkschaften, werden untersucht. Eine Schwäche dieser sonst sehr genauen Analyse liegt darin, daß die Funktion des Antikommunismus in seiner letztlich den Durchbruch der integrationistischen Strömung in den Gewerkschaften begünstigenden Rolle nicht exakt genug in die übrigen Ursachen (wirtschaftlicher Aufschwung; wirtschaftsdemokratische Orientierung; Dezimierung klassenbewußter Arbeiterführer während des Faschismus) eingeordnet wird.

Der historische Teil endet mit einer ausführlichen Darstellung und Auswertung der Septemberstreiks 1969. Im theoretischen Teil entwickelt Schmidt Ansätze zur „Strategie einer autonomen Gewerkschaftspolitik“. Darin wird die Spontaneität an der Basis der gewerkschaftlichen Organisation gegenübergestellt, statt ein Verhältnis beider herzustellen. Die Solidarität fortschrittlicher Kritik innerhalb der Gewerkschaft und die Notwendigkeit ideologischer und organisatorischer Einheitlichkeit wird durch die Aufforderung zur Fraktionsbildung (195) ersetzt, obwohl Schmidt an mehreren Stellen in seiner Streikanalyse mangelnde zentrale Organisation und Koordination beklagt (122 u. a.). Er weist den Gewerkschaften im „Neokapitalismus“ die Funktion zu, ökonomische und politische Organisationen zugleich zu sein, was mit dem „Versagen“ der Arbeiterparteien in der Geschichte der BRD begründet wird und der parteifeindlichen syndikalistischen Grundauffassung des Autors entgegenkommt. So werden dementsprechend auch die Fehler des Zentralismus und Integrationismus nicht aus den gesellschaftlichen Widersprüchen abgeleitet, sondern in idealistischer Weise der zentralen Organisation per se angelastet (34). Die daraus entstandene Idee möglichst großer Dezentralisierung, das Sich-Verlassen auf einen Selbstlauf der Beziehungen prägt z. B. auch die Vorstellungen des Autors über innergewerkschaftliche Demokratie, Bildungsarbeit und über Mitbestimmung. Diese wird auf die Ebene (gewerkschaftlich unkontrollierbarer) Arbeitsgruppen und -sprecher beschränkt und mit Vorstellungen begründet, die vom voluntaristischen Charakter syndikalistischer Spontaneitätstheorie gekennzeichnet sind: Chancen der Bewußtseinserweiterung; Möglichkeit der Überwachung unternehmerischer Funktionen (!); Vorform der Kontrolle über den Produktionsprozeß (191). Syndikalistisch bestimmt ist auch die Schmidtsche Kritik an der Forderung von Agartz, durch expansive Lohnpolitik die Massenkauftkraft zu erhöhen: Er wendet ein, eine solche Strategie verhindere Krisen und stabilisiere somit den Kapitalismus. In groteskem Widerspruch zu der von Schmidt vertretenen Konzeption gewerkschaftlicher Gegenmacht steht die am Schluß aufgestellte Forderung nach einem Delegiertensystem, das — in falscher Interpretation des italienischen Musters — „von den Arbeitern direkt kontrolliert (wird) und deren Interessen gegenüber dem Unternehmer und den Gewerkschaften“ (!) vertritt (200).

Rüdiger Lison (Duisburg)

**Weyer, Hartmut: MSB Spartakus. Von der studentischen Protestbewegung zum Klassenkampf.** Seewald Verlag, Stuttgart 1973 (132 S., br., 12,— DM).

Wie andere Veröffentlichungen des Seewald-Verlages, die Schul- und Bundeswehrbibliotheken und jedem Interessenten durch das Bundesinnenministerium meist kostenlos zugesandt werden, gehört auch der vorliegende Band zu jenen, die unter Bemühung aller antikommunistischen Ressentiments die Gefahren aufzuweisen versuchen, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung angeblich von links drohen. Dieser soll den Lesern die Augen öffnen über die Positionen des MSB Spartakus. Der MSB diskutiert seine Programmatik und politische Praxis zwar seit Anbeginn vor und mit den Studenten in aller Öffentlichkeit, gleichwohl liest sich das Buch wie eine gutachterliche, geheime Quellen auswertende Auftragsarbeit für gehobene CDU- und RCDS-Funktionäre mit wissenschaftlichem Anspruch. Der MSB sei ein Verband mit „eindeutige(m) strategische(m) und taktische(m) Konzept“ (8 f.), mit „klar umrissene(n) Strategie- und Zielvorstellungen“ (67); dies sei „kein hochschulspezifisches Problem . . . , vielmehr eine Kampfansage an inneruniversitäre Nabelschau“ (68). Vor allem gelinge dem Verband „immer wieder . . . , demokratische Bündnispartner‘ zu finden“ (57). — Heute seien es „nicht anarchistische oder wortradikale Gruppen, die Gesellschaft oder Hochschulen bedrohen. Nicht eine kleine Minderheit, beseelt von ‚einer vagen revolutionären Gesinnung‘, hat den langen Marsch durch die Institutionen angetreten, sondern eine straff organisierte kommunistische Partei, die DKP, mit ihrer Jugend- und Studentenorganisation hat die Protestbewegung liquidiert und propagiert den Klassenkampf“ (8). Bemerkenswert an dieser Einschätzung im Vorwort ist nicht nur die Klarheit, mit der der Hauptgegner benannt wird; bemerkenswert ist auch die Manipulation, durch die der MSB zur „Jugend- und Studentenorganisation der DKP“ verfälscht wird, obwohl es sich um eine organisatorisch und politisch von ihr unabhängige Massenorganisation für Studenten handelt. Freilich orientiert er von Anfang an theoretisch und praktisch die Masse der Studenten auf den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse für ihre gemeinsamen Interessen gegen Großkapital und Reaktion. Daß dabei auch Beziehungen zur Kommunistischen Partei hergestellt werden, ergibt sich notwendig aus Theorie und Praxis des MSB als marxistischer Organisation. Nach dem Muster Weyers dagegen ist es die Strategie des MSB, „die Strategie der DKP (zu) übernehmen“ (31), die ihm von dieser „vorgegeben“ wird (67) und die er nach ihren Vorstandsbeschlüssen „vollstreckt“ (81). Wie immer Weyer sich das vorstellen mag — mit der Realität hat es so gut wie nichts zu tun. Es gibt genügend objektive Gründe dafür, daß der fortgeschrittenste Teil der demokratischen Studentenbewegung die Interessen der Masse der Studenten aufgrund materialistischer Analyse selbst aus dem Charakter des westdeutschen Imperialismus und der aktuellen wie perspektivischen Lage der Masse der Studenten abzuleiten fähig

ist. Der MSB hat auch seine eigene Leitung und allein deren Beschlüsse sowie die der Gruppen für die Konzipierung und praktische Umsetzung der Politik dieses Verbandes sind verbindlich. Töricht ist darüber hinaus die Behauptung, die Strategie der DKP, also einer marxistischen Arbeiterpartei, könne von einer a) ausschließlich studentischen, b) Massenorganisation „übernommen“ oder gar „vollstreckt“ werden. Ausgeblendet bleibt das schlichte Faktum, daß die Politik der DKP an den Hochschulen, die ja mehr soziale Gruppen als nur Studenten umfassen, ausschließlich von ihren Hochschulgruppen gemacht wird; ausgeblendet bleibt jegliche Reflexion auf marxistische Organisationsprinzipien, die Marxisten je konkret auf verschiedene soziale Gruppen anzuwenden pflegen.

Weyer operiert mit dem antikommunistischen Syndrom, das im gesellschaftlichen Maßstab der BRD in noch stärkerem Maß undurchbrochen ist als im Hochschulbereich, in dem das politische Spektrum nach links verschoben erscheint: mit Hilfe des gesamtgesellschaftlich noch breit und tief verankerten Antikommunismus, der sich speziell gegen die kommunistische Partei richtet, soll gleichzeitig der MSB Spartakus isoliert werden.

Die Isolierung des MSB, das Abschneiden der Möglichkeit, an den Hochschulen Aktionseinheiten und Bündnisse einzugehen, ist das eigentliche Ziel des Bandes, sein Beweggrund die Tatsache, daß der MSB diese Bündnispolitik trotz des heftig beschworenen Schreckgespenstes Moskauer Weltherrschaft recht erfolgreich betreibt. Entsprechend widmet sich schon der erste Teil der Einleitung nicht etwa dem MSB, sondern dem SHB und dem Bündnis zwischen beiden (11 ff.); entsprechend wird gemeinsame Politik gegen den gemeinsamen Gegner mit dem von Lenin jedenfalls nicht stammenden Topos des „nützlichen Idioten“ zu disqualifizieren versucht (14); wird die ähnlich lautende „Argumentation“ der ehemaligen SHB-Fraktion „SF“ gegen das Bündnis von MSB und SHB freudig ausgeschlachtet (11, 14); wird beklagt, daß Initiatoren von Bürgerinitiativen, Gewerkschafter, Professoren und Studentenorganisationen der Bündnispolitik des MSB „nicht gewachsen“ seien (46). Diese eigentliche Stoßrichtung zeigt auch die „Dokumentation“, immerhin mehr als die Hälfte des Bandes umfassend (83—124): Sie enthält gerade *ein* Dokument des MSB; alle anderen sind solche des Mitbestimmungskongresses von GEW, BAK, FU-Hochschullehrern und vds vom Dezember 1970 und des SHB. Weyer kann die Stärke des MSB nur schlicht mit den Daten des Verfassungsschutzes beschreiben (26 f.). Ungefragt bleibt, ob denn nicht eigentlich die Bündnispolitik des MSB und ihre Erfolge auf mehr als der Naivität der Bündnispartner beruhen, nämlich auf den objektiv gemeinsamen Interessen vieler Hochschulangehöriger.

Ein überflüssiger Band also. Jedenfalls für all jene, die hauseigene Ängste des RCDS zu teilen keinen Grund haben, um so mehr Grund aber, sich als Demokraten gegen Produkte solcher Couleur und ihre Produzenten zu wehren: sie sollen nicht allein den MSB Spartakus treffen.

Claudia Stellmach (Bremen)

**Sontheimer, Kurt, Gerhard A. Ritter, Brita Schmitz-Hübsch, Paul Kevenhörster u. Erwin K. Scheuch: Der Überdruß an der Demokratie. Neue Linke und alte Rechte — Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Markus Verlag, Köln 1970 (206 S., br., 12,60 DM).**

Dem „Überdruß an der Demokratie“, der in diesem Buch als Hauptmerkmal gleichermaßen rechten Formierungen (v. a. NPD) und linken Bewegungen (v. a. APO) zugeschrieben wird, versuchen fünf akademisch prominente Autoren das Selbstbewußtsein der „streitbaren Demokratie“ entgegenzusetzen. Sie fächern ihr Problem, den „politischen Extremismus“, auf in seine historisch-politischen (Sontheimer), parlamentarismustheoretischen (Ritter), ökonomischen (Schmitz-Hübsch/Kevenhörster) und soziologischen (Scheuch) Aspekte, die zugleich Gesichtswinkel einer beabsichtigten Apologie des „freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates der BRD“ sind. Den praktisch-politischen Zweck ihrer Bemühungen legt Helmut Schmidt, damaliger Bundesverteidigungsminister, in seinem Vorwort offen: „Die Autoren des vorliegenden Bandes stellen uns notwendiges Rüstzeug zur Verfügung ... Es geht ihnen nicht nur darum, die Gefahr von rechts und links aufzuzeigen, es geht ihnen darum, einen Beitrag zu leisten, damit diese Gefahr wirksam bekämpft werden kann“ (5). Das Verfahren der Autoren, dem zunächst politisch verwendeten Selbstentlastungs-Konsens der „demokratischen Mitte“ von Weimar bis Bonn, wonach sich „schon in der Weimarer Demokratie die extremen Flügel in der Politik hochschaukelten“ (Schmidt, 5), die wissenschaftliche Weihe zu verleihen, liefert ein kleines Lehrstück der Legitimation bürgerlicher Politik durch bürgerliche Wissenschaft.

Die Liquidierung der Weimarer Republik wird einhellig nicht als Fortsetzung monopolkapitalistischer Herrschaft unter faschistischen Bedingungen begriffen, sondern, traumatisch, als temporäre Vernichtung dem demokratischen Gedankens an sich durch die antidemokratische Zangenbewegung linker und rechter Kräfte, wobei letztere dank der hartnäckigen Existenz ersterer obsiegten. Aus diesem simplen Grundschema wird ontologisch die Identität von besonnenem Bürgertum und Demokratie gefolgert. Allein die internen Differenzen und Strittigkeiten erfüllten das Postulat der pluralistischen Meinungsbildung, formulierten den ständigen Fortschritt der modernen, rechtsstaatlichen und repräsentativen Demokratie.

Diese dem bloßen Augenschein bereits widerstreitende Selbststilisierung der ‚streitbaren Demokratie‘ vermeidet zu ihrer Begründung konsequent jede inhaltliche Analyse der eigenen historischen Voraussetzungen und Entwicklung. Von Ausbeutung, Unterdrückung, von imperialistischer Machtpolitik ist an keiner Stelle die Rede. Das pluralistische Funktionsmodell „Demokratie“, Produkt der im bürgerlichen Selbsterhaltungsinteresse formalisierten Erfahrung des Untergangs der Weimarer Republik, wird als inniger Ausdruck der gesellschaftlichen Wirklichkeit selbst ausgegeben.

Von diesem scheinhaften Selbstbild aus konstruieren die Autoren ein formales Abgrenzungsverfahren gegen linke und rechte Abweichungen, hinter dem jede historisch-gesellschaftlich vermittelte Inhaltlichkeit politischer Bewegungen verschwindet. Akademischer Ausdruck dieses Abgrenzungsverfahrens ist die Totalitarismus-Theorie. Obwohl sich Ritter der entscheidenden Schwäche der „die formalen Merkmale diktatorischer Herrschaft betonenden Totalitarismuskonzeption“ (50) bewußt ist, und er in der Kennzeichnung dieser Schwäche — „Verzicht auf eine sozioökonomische Erklärung des Aufkommens totalitärer Regime ... Tendenz zur Verwischung der grundsätzlichen und graduellen Unterschiede zwischen verschiedenen totalitären Systemen ...“ (50) — selbst ihre wissenschaftliche Untauglichkeit dokumentiert, soll dennoch der „Totalitarismusbegriff bei differenzierter Anwendung nicht aufgegeben werden“ (51). Der Sinn seiner Weiterverwendung kann nur in seiner praktisch-politischen Effizienz liegen, zumal die „differenzierte Anwendung“ sich in der Geschmeidigmachung formaler Merkmalsbestimmungen erschöpft, indem sie in einen Schein von Inhaltlichkeit eingehüllt werden: „... die Absolutsetzung einer exklusiven Ideologie mit revolutionärem Anspruch; die Glorifizierung der Gewalt im Dienste einer chiliastisch entworfenen Zukunftsordnung ...“ (51).

Im Rahmen dieser nicht einmal als formale für die politische Wirklichkeit zumindest linker Bewegungen zutreffenden Kriterien („Glorifizierung der Gewalt“!) setzt dann die Aburteilungsmechanik ein. Wortreich werden ‚Links- und Rechtsradikalismus‘ als Bedrohung für die Demokratie geächtet, wobei diese zur formalistischen Mächtigkeit aufgeblasene relationale Funktion des ‚politischen Extremismus‘ nur noch Scheindifferenzierungen zuläßt — nach Sontheimer sind die Linken antidemokratisch-progressiv und die Rechten antidemokratisch-reaktionär, nach Scheuch sind beide gleichermaßen reaktionär.

Mit der funktionalistischen Abweisung von „Links und Rechts“ als Liquidatoren der Demokratie begnügen sich die Autoren keineswegs. Um die absolute Schädlichkeit des „Radikalismus“ zu untermauern, werden linke wie rechte Bewegungen zu völligen Unzeitgemäßheiten erklärt. Nach Sontheimer hatten Kommunisten und Faschisten schon in der Weimarer Republik „einen falschen Begriff des Politischen. Politik war für sie nicht Bemühen um Ausgleich vorhandener Gegensätze, nicht der beständige Versuch, Konflikte friedlich zu regeln und Kompromisse zu schließen“ (20). Zu zeitgemäßem politischen Verhalten unfähig, versagten die „Extremisten“ auch in ihren Wirtschaftsanalysen (Schmitz-Hübsch/Kevenhörster, 99 ff.). Das ökonomische Denken der ‚Radikalen‘ sei „elitär und wirtschaftsfeindlich“ (102). Überhaupt verstünden sie „die moderne Gesellschaft“ nicht mehr (Ritter, 57 f.). Scheuch schließlich, die vorangegangenen Anwürfe auf die Spitze treibend, versteigt sich dazu, insbesondere die linken Gruppierungen in der BRD als tendenziell antigesellschaftlich zu denunzieren. Die APO, die er in der autistischen Hermetik fanatisierter religiöser Sekten verfangen wähnt,

zeichne sich aus durch „ritualisierte Verwendung von Schlagworten, pharisäerhaftes Moralisieren, Individualterror psychischer und physischer Art und ganz besonders Aggression gegen fachliche Leistungen“ (182). Bezeichnend für die heuchlerische und diffamierende Selbstgerechtigkeit Scheuchs und seiner Mitstreiter, daß sie die „fachliche Leistung“ des imperialistischen Krieges der USA gegen das vietnamesische Volk, einer der Auslöser der außerparlamentarischen Opposition, vollständig ignorieren und statt dessen die aktionistischen Übertreibungen der APO zur elitären Gewaltpolitik dämonisieren.

Bestehen auch zwischen Sontheimer, der partiell Momente linker Gesellschaftskritik reformerisch aufgreifen will, auf der einen und Scheuch, der kritische Analysen zu Sammlungen denunziatorischer Tricks stempelt, auf der anderen Seite weniger in der positivistischen Wissenschaftskonzeption als in der politischen Wertung einige Abweichungen, so demonstrieren doch beide im Verein mit Schmitz-Hübisch/Kevenhörster und Ritter durch die gemeinsame politische Intention und den identischen Grundtenor der Argumentation über den Verfall bürgerlicher Wissenschaft hinaus eine sich verschärfende demagogisch-autoritäre Tendenz spätkapitalistischer Herrschaft in der BRD. Daß die „wissenschaftliche“ Aburteilung der linken Bewegung praktisch bereits fruchtbar geworden ist, zeigt die diskussionslose Verfolgung und Unterdrückung demokratischer und sozialistischer Bewegungen, zeigt der Ausbau und die Perfektionierung des staatlichen Unterdrückungsapparats gerade unter der Ägide der sozial-liberalen Koalition.

Manfred Busowietz (Berlin/West)

## Ökonomie

### Vorbemerkung

Die Fülle der jährlich neuerscheinenden Ökonomielehrbücher läßt inhaltliche Veränderungen des Volkswirtschafts-Studiums vermuten. Während noch vor zehn Jahren nur eine sehr beschränkte Auswahl alternativer Einführungen in die Ökonomie bestand, hat sich diese Situation nunmehr in ihr Gegenteil verkehrt: Der Studienanfänger wird kaum noch in der Lage sein, eine bewußte Auswahl aus dem unübersehbar gewordenen Angebot zu treffen. Dieser Umstand ist auf Tendenzen zurückzuführen, durch die neue stoffliche und didaktische Aspekte in den Lehrbüchern Berücksichtigung finden, u. a. auch dadurch, daß dem Ökonomiestudium im Gesamtkontext Sozialwissenschaften und Lehrerausbildung wachsende Bedeutung zukommt.

Die theoretischen Inhalte haben sich allerdings weniger geändert, als die Lehrbuchfülle zu vermuten Anlaß gibt. Grob gesprochen, kann man zwei Richtungen unterscheiden: die eine stellt den Stoff zunehmend mathematisch dar, die andere versucht, ihn mit Kritik anzureichern bzw. ihn vollständig in der Form der Kritik zu präsentieren. Mit Hilfe der Mathematik werden gleichsam neue Etiketten auf alte Flaschen geklebt: Die alten Hauptgebiete der bürgerlichen Ökonomie, Preistheorie und Konjunkturtheorie, heißen nunmehr Mikro- und Makroökonomie. Die eklatanten Widersprüche sind dadurch keineswegs behoben, sondern nur verborgen unter dem Schein größerer Objektivität und logischer Folgerichtigkeit, den die mathematische Form hervorbringt. Hiermit soll natürlich kein negatives Urteil über die Verwendung von Mathematik in den Sozialwissenschaften gesprochen sein. Ein Gegengewicht bilden die zahlreichen kritischen Einführungen. Sie sind einerseits eine Reaktion darauf, daß den durch die Mathematik scheinbar objektivierten Theorien keineswegs schon ein besseres Begreifen der ökonomischen und sozialen Prozesse entspricht, zum anderen liegt ihnen die Einsicht zugrunde, daß die starre Trennung der sozialwissenschaftlichen Disziplinen in Ökonomie, Politik, Soziologie etc. nicht haltbar ist. In diesem Zusammenhang kommt der Marx-Rezeption zentrale Bedeutung zu. Insofern stellen die kritischen Einführungen — wie sie auch immer ausfallen — eine Antwort auf das Wiederaufleben und den zunehmenden Einfluß der marxistischen Theorie dar.

Die Auswahl der nachfolgend besprochenen Lehrbücher enthält neben einem typischen Standardtext drei exemplarische Versuche kritischer Einführungen innerhalb des Rahmens bürgerlicher Wissenschaft.

**Samuelson, Paul A.:** *Economics*. International Student Edition, McGraw-Hill-Kogakusha-Jurong. Singapore 1973 (917 S., br., 5,65 £).

Diese Einführung in die Volkswirtschaftslehre ist das umfassendste mit populärwissenschaftlicher Note versehene Werk, das die bürgerlich-ökonomische Theorie neoklassischer Provenienz bis heute anzubieten hat, verfaßt von dem führenden Vertreter dieser Richtung. Mittlerweile zählt das Buch aber auch zu den umstrittensten, und die zahlreichen Bemühungen, Lehrbücher vorzulegen, die nicht vollständig neoklassisch geprägt sind, haben etwa bei dem weiter unten besprochenen Lehrbuch von Hunt/Sherman zu einer Art „Anti-Samuelson“ geführt.

Samuelsons Buch — nun in der neunten Auflage — ist umfangmäßig kräftig angeschwollen, allerdings weniger überarbeitet als erweitert: Immer dann, wenn es ihm zweckmäßig erschien, hat er den vorliegenden Kapiteln weitere hinzugefügt. Die jetzt vorgelegte Auflage enthält ein „brand new chapter“ über die Evolution ökonomischer Lehren nebst einem Anhang über Elemente der Marxschen

ökonomischen Theorie. Insgesamt kann man sagen: Es ist gelungen, das Buch der jeweils neuesten Mode anzupassen. War dies vor einigen Jahren die erbitterte Auseinandersetzung zwischen Keynesianern und Monetaristen oder die Beschäftigung mit der sog. Stagflation, so ist es heute üblich, sich über Marx zu verbreiten.

Die Einführung bietet einen ziemlich vollständigen Überblick über die Teilgebiete der herkömmlichen ökonomischen Theorie sowie die Erörterung neuer Phänomene der kapitalistischen Gesellschaften einschließlich der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, mit denen versucht wird, der aktuellen Krisenerscheinungen Herr zu werden. Für die Betrachtung der Probleme ist die Bezeichnung „neo“klassisch eigentlich irreführend. Die ökonomischen Beziehungen und Zusammenhänge über Kapitalakkumulation und Verteilung sowie deren Grundlage, die Werttheorie, wie sie von den klassischen Theoretikern bis einschließlich Ricardo konzipiert waren, sind von den sog. Neoklassikern vollständig auf den Kopf gestellt bzw. völlig abgelehnt worden. Im Zentrum ihres Erkenntnisinteresses steht die Preisbildung auf dem einzelnen Markt bzw. der Summe der Märkte. Insbesondere gilt das Interesse der Bestimmung von Gleichgewichtspreisen bei voller Kapazitätsauslastung und Vollbeschäftigung.

Samuelson liefert einen kurzen Überblick über die mikroökonomische Theorie, also die Theorie des Angebots und der Nachfrage von Gütern. Hier werden die Kosten-, die Nutzen- und die Grenzproduktivitätstheorie vorgeführt, ein Kapitel der Monopoltheorie gewidmet, danach kommt er auf den eingeschränkten Wettbewerb sowie auf Oligopole zu sprechen; in diesem Zusammenhang diskutiert er dann „moderne Antitrust-Probleme“. Charakteristisch für seine Argumentation ist, einerseits reale Probleme wie die Trustbildung und die Antitrustgesetzgebung zu diskutieren, ohne andererseits zu reflektieren, daß in der von allem Realitätsgehalt gereinigten neoklassischen Theorie die Herausbildung von Trusts nicht einmal ansatzweise erklärt werden kann.

Ansonsten widmet Samuelson der makroökonomischen Theorie viel Raum. Er schließt hier völlig problemlos „den Staat“ mit der Begründung ein, daß wir in einer „mixed economy“ leben, in der sowohl Private wie der Staat Aktivitäten entfalten, und die des Staates überdies immer virulenter zu werden scheinen. Zunächst aber sind die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und Beziehungen „rein“ dargestellt, d. h. ohne den Staat. Nach einem Kapitel über die zentralen ökonomischen Probleme angeblich aller Gesellschaften — Samuelson formuliert hier das „Gesetz der Knappheit“, das Gesetz der sich verringernden Erträge“, das „Gesetz der relativ steigenden Kosten“ — kommt er auf die Funktionsweise des Preissystems im Kapitalismus zu sprechen, bemöhnt A. Smith und die „Invisible Hand“ -herbei, um zu belegen, daß im Kapitalismus nicht Chaos und Anarchie, sondern *Ordnung* herrscht. Nehmen wir nun an, alle Bedingungen zur adäquaten Durchsetzung der „Ordnung“ seien erfüllt. Kann dann — so fragt Samuelson — gefolgert werden, daß die hergestellte „Ordnung“ gut sei? Mitnichten! Aber wir haben

ja „den Staat“: er kann z. B. für ein Minimum an Wohlfahrt sorgen, denn die westlichen Demokratien können sich Samuelson zufolge nicht damit begnügen, mitanzusehen, wie die ‚unsichtbare Hand‘ für eine „Ordnung“ sorgt, in der Rockefellers Hund Milch trinken kann, nicht aber das Kind armer Eltern. Es ist klar: „Der Staat“ wird einbezogen, weil Samuelson anerkennt, daß die von den Neoklassikern so geschätzte Funktionsweise der Märkte und Preise nur theoretisch, nicht aber real zu wünschenswerten Zuständen führt. Ist der Staat aber in das makroökonomische System „eingeführt“, kann auch über Steuern, Finanzen, Konjunkturlenkung usf. diskutiert werden. Ferner bespricht Samuelson das amerikanische Bankensystem, später — im Abschnitt über den internationalen Handel — diskutiert er auch Probleme des Weltwährungssystems, kurz: es gibt keinen Bereich, der in dieser Einführung ausgelassen wird, nicht einmal die economics of discrimination: race and sex fehlen. Die Phänomene der sog. „Stagflation“ — also Nullwachstum bei gleichzeitiger Inflation — werden beschrieben, aber natürlich nicht erklärt. Im Appendix zu Kap. 42 stellt Samuelson — für ihn ungewöhnlich korrekt — einige Elemente der Marxschen Ökonomie dar. Er scheint hier einlösen zu wollen, was er bereits im Vorwort angekündigt hat, nämlich „to treat Karl Marx as neither God or Devil — but as a secular scholar whom half the world’s population deem important“ (ix). Mit einiger Verwunderung nimmt man zur Kenntnis, daß Samuelson es neuerdings als Skandal bezeichnet, wenn die Ökonomen von Karl Marx nichts weiter wissen „except that he was an unsound fellow“ (ix). Hat er selbst nicht überreichlich in den vergangenen 15 Jahren dazu beigetragen, Marx als „unsound fellow“ hinzustellen, nicht unermüdlich Gesetze entdeckt, die bei Marx überhaupt nicht zu finden sind, wie z. B. das „Gesetz“ des sinkenden Reallohnes? War damit die Marxsche Ökonomie nicht um den von ihm erzeugten Widerspruch reicher, daß eine fallende Tendenz der Profitrate und der sinkende Reallohn miteinander unverträglich sind? Mit der Konzession an den Zeitgeist heißt es dagegen heute: „... marxism may be too valuable to leave to the marxists“ (866).

Michael Krüger und Ulrich Kaminski (Berlin/West)

**Hunt, E. K., u. Howard J. Sherman:** *Economics. An introduction into traditional and radical views.* Harper & Row, New York 1972 (647 S., br., £ 4.30); deutsch: *Ökonomie aus traditioneller und radikaler Sicht.* Fischer Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1974 (156 S., br., 10,80 DM), Bd. 2 (276 S., br., 14,80 DM).

Während das „gesammelte Wissen“ Samuelsons zweifellos einen bewährten Leitfaden für die herkömmlichen volkswirtschaftlichen Lehrprogramme abgibt und damit auch Art und Umfang des dem Ökonomiestudenten abverlangten Prüfungswissens repräsentiert, passen Hunt/Sherman mit ihrem Lehrkonzept nicht unter diesen ewig modernen alten Hut. Der Vorteil ihres Buches ist dabei, daß gleichwohl das gängige Lehrgut der bürgerlichen Ökonomie nicht

über Bord geworfen, sondern in seinen Hauptlinien in kritischer Absicht verständlich entwickelt wird. — Der für das Lehrprogramm von Samuelson typischen Beliebigkeit der Stoffanordnung, der häufig grandiosen Realitätsferne und apologetischen Tendenz der theoretischen Aussagen versuchen die Autoren durch ein historisch orientiertes Herangehen an den Stoff zu entgehen.

Hunt/Sherman verstehen sich selbst als „sozialistische“ Politökonom und rechnen sich der Gruppe der „radicals“ zu, einem locker verbundenen über die USA verstreuten Kreis „linker“ Ökonomen. In einem anderen Buch annonciert Sherman seine Position als „marxistisch-humanistisch“, „undogmatisch“ und „unabhängig“. Dies hat wohl auch für das Lehrbuch Gültigkeit. Wie es gerade paßt, wechseln und vermischen sich immanente, moralische und marxistische Kritik.

Der eigentlichen Darstellung bürgerlicher Mikro- und Makrotheorie vorangestellt ist eine zugleich theorie- und realgeschichtliche Einführung, in der die Entwicklung ökonomischer Theorien zur Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus in Beziehung gesetzt wird. Dadurch wird die historische Dimension des Kapitalismus aufgezeigt, und zugleich ergibt sich eine richtige Ausgangsposition, um auf Kritiker des Kapitalismus einzugehen. — In den beiden anschließenden Hauptteilen werden mikro- und makroökonomische Theorien ausführlich behandelt. Man merkt dem Text die didaktische Bemühung um die leichtfaßliche Darstellung der Grundlagen an. Zusätzlich zu den üblichen Darstellungen der neoklassischen und keynesianischen Theorien werden mehr beschreibende Einschübe hinzugefügt, die zu einer Konfrontation von Theorie und Realität führen und damit der Entwicklung von Kritikfähigkeit dienen sollen.

Das Buch läßt sich als Verknüpfung einer kritischen Wirtschaftskunde mit einer unkritischen Theoriekunde charakterisieren. Theoretische Begriffe und empirische Beschreibungen geraten in Widerspruch zueinander, ohne daß dieser Widerspruch innerhalb des Buches noch fruchtbar genutzt würde. Dies soll an je einem Beispiel aus dem mikro- und makroökonomischen Teil gezeigt werden: Im mikroökonomischen Teil wird zu Anfang der „Markt“ als „Allokationssystem“ abstrakt innerhalb der Gegensätze von Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit diskutiert. In einem späteren Kapitel wird dann auf die historische Entwicklung der Monopolisierung in den USA eingegangen. Das vorher entwickelte Verständnis des Marktes wird dadurch jedoch nicht erneut in Frage gestellt. So reduziert sich der Kern der implizierten Kritik auf das Vorhandensein von Macht gegenüber dem Funktionieren des Marktes in seiner reinen Form. Ähnliches zeigt sich im makroökonomischen Teil. Es wird zunächst erklärt, daß die kapitalistische Wirtschaft durch Warenproduktion, Geld und Kredit sowie Profit charakterisiert und als Folge davon krisenanfällig ist. Im Zusammenhang mit staatlicher Konjunkturpolitik wird jedoch nur von *politischen* Grenzen solcher Staatseingriffe gesprochen. Daß es ökonomische Grenzen nicht geben soll, wird als übereinstimmende Meinung sämtlicher (auch der marxistischen) Ökonomen hingestellt: „Alle Ökonomen wissen und stimmen darin

überein, daß Staatsinterventionen theoretisch Arbeitslosigkeit und Inflation verhindern können“ (II, 137). Dem stünden jedoch mächtige Interessen entgegen, die die Regierung davon abhalten würden, entsprechend drastische Maßnahmen zu ergreifen. An diesen Beispielen werden die Grenzen der Position der Verfasser sichtbar. Indem Wert auf eine eingängige Darstellung gelegt wird, führt dies häufig zu einer zweifelhaften Identifizierung mit den jeweils vorgestellten theoretischen Konzepten.

Es ist bedauerlich, daß die Chancen zu einer kritischen Rezeption der bürgerlichen Ökonomie vertan wurden, da die vorgestellten Theorien nicht durch immanente Kritik jeweils bis an die Grenzen ihrer Aussagefähigkeit geführt wurden. Dadurch hätten die Schwierigkeiten der bürgerlichen Theoriebildung deutlich gemacht und die Kritikfähigkeit der Leser gefördert werden können. — Eine über moralisierende Urteile hinausgehende Kritik würde einen Standpunkt der Verfasser verlangen, der über das in der Einleitung gegebene Bekenntnis hinaus sich am konkreten Stoff als tragfähig erweisen müßte.

Die deutsche Ausgabe des Buches versetzt den Leser in die Lage des hungrigen Essers, der die Qualität des Menüs nach dem Geruch der übriggebliebenen Knochen beurteilen soll. Wesentliche Teile des Originals, so insbesondere die historische Einleitung und der vierte Teil, in dem ökonomische Probleme sozialistischer Länder dargestellt werden, wurden gestrichen. Wie W. Meißner in seinem Vorwort zur Ansicht gelangt, „immer wieder führt der Text bei der Behandlung der einzelnen Probleme an den Punkt, der ein vertieftes Studium der politischen Ökonomie nahelegt“, muß angesichts der Streichung von für die Kritikbildung wesentlichen Teilen sein Geheimnis bleiben.

Eberhard Liebau und Wolfgang Pfaffenberger (Berlin/West)

**Gahlen, Bernhard, u. a.:** Volkswirtschaftslehre. Eine problemorientierte Einführung. Goldmann-Verlag, München <sup>3</sup>1973 (300 S., br., 16,— DM).

Das Buch stellt sich die Aufgabe, die „herkömmliche Trennung von Theorie und Politik“ aufzugeben. Mit der Apostrophierung „problemorientierter Ansatz“ soll der Realitätsbezug des volkswirtschaftlichen Studiums wiederhergestellt werden. Die Autoren wollen keine endgültigen Lösungen anbieten, „nicht bestimmte festgefügte Meinungen verkünden, sondern zur Diskussion und weiteren Beschäftigungen mit den offenen Fragen anregen“ (5).

Wichtig scheint ihnen vor allem zu sein, „die beschränkte Aussagefähigkeit der Theorien aufzuzeigen“, damit eine „einseitige Betrachtungsweise vermieden wird“ (V). Diesem Ziel versuchen die Verfasser dadurch gerecht zu werden, daß sie die „wichtigste Anforderung an eine Theorie darin erblicken, daß sie über die Realität informiert und ihre Aussagen an ihr scheitern können“ (108). Mit Hilfe des Popperschen Falsifikationskriteriums wird gezeigt, daß beispiels-

weise bestimmte Aussagen der Wachstumstheorie „zwar alles zu erklären versuchen, aber letztlich nichts erklären“ (109). Knapp und präzise wird dargelegt, daß die neoklassische Variante der modernen Wachstumstheorie einer empirischen Grundlage entbehrt. Überhaupt erschüttern die Autoren mit Hilfe des Popperkriteriums zahlreiche Sätze der bürgerlichen Ökonomie. Bei der Einschätzung der Grenzproduktivitätstheorie bleiben die Autoren, die sich den wissenschaftstheoretischen Auffassungen des kritischen Rationalismus verpflichtet fühlen, allerdings weit hinter diesen zurück. Statt die Grenzproduktivitätstheorie als Tautologie zu entlarven, sprechen sie ihr eine bedingte historische Gültigkeit zu. Daß — offenbar zur Vermeidung von Einseitigkeit — auch auf sozialistische Wirtschaftssysteme eingegangen wird, wäre zu begrüßen, wenn hier nicht nach dem klassisch liberalen Muster vorgegangen würde. Das Kontrastieren des Idealtyps der Zentralverwaltungswirtschaft mit der Realität sozialistischer Gesellschaften verhilft zu keinerlei Erkenntnissen über die Gesetzmäßigkeiten sozialistischer Planung und kann nur als in die Vergangenheit gerichtete Referenz gegenüber den Vätern des Ordoliberalismus verstanden werden.

Was verbleibt an ökonomischer Theorie, muß man sich fragen, wenn die bekannten Theorien nicht geeignet sind, die ökonomische Realität zu erklären? Die Verfasser antworten darauf nur implizit, indem sie sich in ausführlicher Weise der Beschreibung ökonomischer Verhältnisse zuwenden und auf jede theoretische Erörterung derselben verzichten. Der breit angelegte Zugang zur Empirie trägt durch seine Untermauerung mit umfangreichen statistischen Angaben dazu bei, einige ökonomische Strukturen kapitalistischer Gesellschaft erkennbar werden zu lassen. Zum Beispiel deckt ein Kapitel über Konzentration die personellen und kapitalmäßigen Beziehungen zwischen Bank- und Industriekapital auf; wirtschaftliche Macht erwächst den Banken aus der Möglichkeit des Depotstimmrechts und ihrer Eigenschaft als Kapitalgeber; das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wird auf seine Tauglichkeit geprüft und als nicht besonders brauchbar zur Lösung des Konzentrationsproblems eingestuft, z. B. weil es nicht unmittelbar gegen Fusionen vorgeht, sondern sich mit einer Mißbrauchsaufsicht begnügt; die Konzentration benachteiligt den Verbraucher durch den fehlenden Preiswettbewerb und verschlechtert die Einkommensverteilung für die Arbeiter. Der Staat muß sich teilweise dem Druck konzentrierter Großunternehmen beugen, weil von ihnen beispielsweise weitgehend die Vollbeschäftigung abhängt (202). Das Problem der Kontrolle wirtschaftlicher Macht wird von den Verfassern nicht umgangen (203), sondern als Gretchenfrage für das Überleben der Marktwirtschaft angesehen (172). Das Kapitel über Stabilität kehrt deutlich alle Konflikte hervor, die sich bei der Umsetzung der vier bekannten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen (Wachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht) ergeben. In diesem Zusammenhang kritisieren die Autoren das Prinzip der Wertfreiheit in der Wissenschaft, weil es einerseits dazu diene, die Ziele als vorgegebene Grö-

Ben zu instrumentalisieren (Mittel-Zweck-Relation), andererseits aber der Analyse der wirtschaftlichen Ziele ausweiche.

Es ist den Autoren gelungen, den herkömmlichen Rahmen von wirtschaftswissenschaftlicher Theorievermittlung zu verlassen und eine empirisch fundierte Diskussionsgrundlage zu liefern. Will man die Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems in ihrer empirischen Erscheinungsform näher kennenlernen, kann man in diesem Buch Hinweise und Belege finden.

Heinrich Krüger (Berlin/West)

**Robinson, Joan, u. John Eatwell: Einführung in die Volkswirtschaftslehre.** Verlag Moderne Industrie, München 1974 (478 S., br., 44,— DM).

Der Titel der deutschen Übersetzung suggeriert, daß es sich um eine übliche Einführung in die Volkswirtschaftslehre handelt — die Überschrift des englischen Originals dagegen ist zu übersetzen mit „Einführung in die *moderne* Ökonomie“. Selbst das nicht unattraktive Attribut *modern* ist dem Verlag Moderne Industrie, der am liebsten programmierte Einführungen in... — auch für den betriebswirtschaftlichen Praktiker — auflegt, schon verdächtig gewesen, um an der breiten Zielgruppe der Wirtschaftswissenschaftler in Theorie und Praxis auch keine Vorweigeinbuße in Kauf nehmen zu müssen.

Wenn ausgerechnet eine altehrwürdige Lady aus Cambridge, denn Joan Robinson ist zweifellos die Hauptfigur in diesem Autorenteam, in die moderne Ökonomie einführen will, war dann der Verlag nicht gut beraten, durch die Übersetzung den Buchtitel zu standardisieren? Das Buch im Genre bürgerlicher Volkswirtschaftslehre ist *modern* — und zwar nicht im Sinne modischer Accessoires, hier ein wenig Umweltschutz, politische Planung, Marx — weil progressiv. Seine Progressivität besteht darin, daß der herkömmliche Stoff (Mikro- und Makroökonomie) gar nicht erst in der üblichen Form präsentiert wird, sondern daß die wissenschaftliche Position, die sich mit der Kritik der immanenten Ungereimtheiten dieses Ansatzes beschäftigt hat, selbst zum Gegenstand einer — dem Anspruch der Autoren nach — einführenden, lehrbuchmäßigen Darstellung wird. Hieraus ergeben sich vier Charakteristika: erstens besteht ein verglichen mit Elaboraten neoklassischer Provenienz überdurchschnittliches Argumentationsniveau; zweitens ist das Buch nur für einen beschränkten Leserkreis zugänglich, da gewisse Argumentationsmuster nur verständlich werden, wenn Kenntnisse der Mikro- und Makrotheorie, jedoch auch einige Grundzüge des Ansatzes von Robinson/Eatwell bereits vorausgesetzt werden können; drittens, da sich ihre Darstellung an der Kritik des (neoklassischen) Systems erst entwickelt hat, wird insgesamt nur ein kleineres als das herkömmliche Stoffgebiet abgedeckt; viertens ist eine solcherart kritische Einführung nicht schon ein Substitut für ein Lehrbuch der Politischen Ökonomie.

Die Autoren konstatieren, im ersten Buch „Ökonomische Lehrmeinungen“, daß viele Probleme der Analyse ökonomischer Verhältnisse

bis „heute offen geblieben“ sind (und darunter fällt bemerkenswerterweise die Werttheorie und die Bestimmung der Kapitalprofite) und betonen mehrfach den apologetischen Charakter bürgerlicher Doktrinen. — Der eigentlichen Diskussion der ökonomischen Lehrmeinungen stellen sie die Formulierung einer ihrer wirksamsten Kritikwaffen voran: den Metaphysikbegriff (vgl. 25 ff.). Dieser wird in aller Schärfe gegen das Nutzenkonzept der Neoklassiker gewandt, aber auch zur „Destruktion“ der Marxschen Werttheorie benutzt. Die von den theoretischen Interessenschwerpunkten der Autoren sehr stark beeinflusste Darstellung der ökonomischen Doktrinen mindert die allgemeine Verwendbarkeit dieses Buches. Einige Teile des Abschnitts über die klassische politische Ökonomie bedürfen jedoch noch einer besonderen Erwähnung. Die Ricardo-Rezeption der Autoren stellt dessen Ansätze einer Arbeitswerttheorie lediglich als ein zweckbestimmtes Ergebnis bei der Suche nach einem — beliebigen — unveränderlichem Wertmaßstab dar. Bei ihrer Wiedergabe der Hauptaussagen Marxsens gehen sie über die von Joan Robinson nunmehr seit 30 Jahren vertretenen und in Einzelheiten revidierten Fehlinterpretation kaum hinaus.

„Es ist Zeit, zu den Anfängen zurückzukehren und neu zu beginnen“ (89). Dieser Tenor bestimmt Buch 2 — „Analyse“ — zweifellos das Herzstück des Gesamttextes. Als Grundlage dient P. Sraffas „Warenproduktion mittels Waren“, die die weitestgehende Ausformulierung einer neoricardianischen Position darstellt. Es ist Intention der Autoren gewesen, dieses für die ökonomische Theorie so bedeutsame, komprimierte Werk in bezug auf seine Konsequenzen für alle Bereiche der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik zu bestimmen. Eines von Sraffas Hauptresultaten ist, daß die relativen Preise von der gesellschaftlichen Durchschnittsprofirate bestimmt werden, also unter kapitalistischen Bedingungen der Profirate das logische prius vor der Preistheorie einzuräumen ist. Dies liefert den Schlüssel für den vollständig anders gearteten Aufbau des Analyse-teils. Die übliche Kette: Gleichgewicht des Haushalts, Gleichgewicht der Unternehmung, partielles Marktgleichgewicht und totales mikroökonomisches Gleichgewicht = Preistheorie gilt nicht mehr. Dagegen legen Robinson/Eatwell dar, daß technische und soziale Beziehungen *zugleich* Gegenstand ökonomischer Analyse zu sein haben: „Die Wirtschaftswissenschaften sind ein Studium über die Beziehung von Menschen. Ihr zentrales Interesse gilt der Menschheit, die ihr Leben durch Arbeit aufrechterhält. Menschen können nicht als bloßer Produktionsfaktor auf demselben Niveau wie natürliche Ressourcen und andere Inputs behandelt werden“ (100). Ausgehend von diesem Ansatz wird durch Variation eines einfachen Arbeit-Boden-Modells die Bedeutung unterschiedlicher sozialer Verhältnisse für das Produktionsergebnis und die Verteilung demonstriert. — Derart wird auch das spezifische soziale Verhältnis der kapitalistischen Wirtschaft bestimmt. Es erscheint dadurch gekennzeichnet, daß Menschen, die einen Vorrat an Produktionsmitteln besitzen, vermittels eines industriellen Produktionsprozesses aus ihm Profite ziehen. Unter solchem

Aspekt werden Probleme der effektiven Nachfrage (eher im Anschluß an Kalecki als an Keynes), des technischen Fortschritts, der Konkurrenz, der Einkommensverteilung und der Finanzen behandelt; die Darstellung bleibt dabei stark zugeschnitten auf die Kritik der Neoklassik.

So sehr hervorgehoben werden muß, daß die Autoren an vielen Stellen wesentliche Merkmale des entwickelten Kapitalismus ansprechen, so sehr muß kritisiert werden, wie wenig sie zu ihrer Erklärung beitragen. Neben reiner Deskription müssen vielfach subjektive Verhaltensweisen allgemeine Erklärungsfunktionen übernehmen. Diese Schwäche zeigt sich z. B. besonders deutlich bei der Diskussion der Profitmaximierung als regelndem Gesetz der kapitalistischen Produktion. Es verbleibt schließlich nichts mehr als die Bemerkung, daß „der Gewinn das Ziel des Geschäftslebens“ insofern darstellt, als „das privatwirtschaftliche System eine Interessensphäre schafft, in der Ehrgeiz, die Liebe zur Macht und die Eitelkeit des Erfolges durch die Erzielung von Profiten . . . befriedigt werden können, die dann am besten floriert, wenn sie am profitabelsten ist“ (331). Ebenso bleibt ihre Analyse der sozialistischen Staaten, welche die Autoren ausgehend von den Planungskonzepten der neoklassischen Gleichgewichtstheorie bzw. der Marxschen Theorie vollziehen, in den — nicht nur kategorialen — Grenzen dieses Ansatzes stecken.

Verbleiben noch Gegenwartsprobleme: daß diese besonders scharf ausgeprägt bei den kapitalistischen Staaten und den Entwicklungsländern gesehen werden, bleibt ein Verdienst dieser Einführung in die moderne Ökonomie. Rüstungsausgaben als Verschwendung zu geißeln, den Problemkomplex Beschäftigungsschwankungen/Inflation als dem „Spätkapitalismus eigene“ Krisenphänomene zu benennen, die durch Krisenmanagement nicht zu beseitigen sind und mit massiven Verteilungskämpfen einhergehen, Armut inmitten des Reichtums zu sehen, Imperialismus anzuprangern, zeugt sicherlich von systemkritischem Bewußtsein. Die Erklärungen, die uns die Autoren mit ihrem Ansatz von Politischer Ökonomie an die Hand geben, um diese Probleme zu begreifen, haben ihre Grenzen aber darin, daß sie nicht von durch Produktionsverhältnisse bedingten gesellschaftlichen Formbestimmungen ausgehen. Folglich können sie Profit und Kapital unbedenklich auch im Sozialismus belassen.

Anka Gronert und Jens-B. Vetter (Berlin/West)

**Katzenstein, Robert:** *Technischer Fortschritt; Kapitalbewegung; Kapitalfixierung.* Einige Probleme der Ökonomie des fixen Kapitals unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1971 (22 S., br., 18,— M). Nachdruck: Verlag Das Europäische Buch, Berlin/West, Dezember 1974 (br., ca. 10,80 DM).

Der Titel gleicht einem Inhaltsverzeichnis. In vier Kapiteln geht Katzenstein den Problemen und der Durchsetzungsweise des tech-

nischen Fortschritts im Kapitalismus der BRD auf den Grund. — Er beginnt mit einer allgemeinen theoretischen Analyse der Entwicklung des technischen Fortschritts als eines Prozesses der Umichtung von lebendiger in vergegenständlichte Arbeit und der Veränderung der Arbeitskräftestruktur. Dabei entwickelt er besonders die spezifischen Antriebe und Schranken, die treibenden Widersprüche, aus denen heraus sich diese Entwicklung im Kapitalismus vollzieht. Das allgemeine Resultat dieses Abschnitts: im Zuge der technischen Revolution (deren Beginn bereits auf 1958 datiert wird, die jedoch erst seit Mitte der sechziger Jahre breit einsetzt, 34, 38) sei eine außerordentliche Steigerung des in Maschinerie und Materialien verauslagten Kapitals erfolgt, damit seien neue Probleme der Kapitalverwertung entstanden, die zu einer verstärkten Herausbildung des Vergesellschaftungsgrades der Produktion geführt hätten bzw. dahin drängten. Das Kapital — durch die Konkurrenz zu riesigen Anlage-Investitionen gezwungen — stehe vor folgendem Widerspruch: „Um den Erfordernissen der technischen Revolution Rechnung zu tragen, sich ihre Ergebnisse nutzbar machen zu können, muß das Kapital in vieler Hinsicht beweglich sein. Es wird aber in zunehmendem Maße fixiert!“ (36)

Im zweiten Kapitel werden die technischen Umwälzungen in ihren Auswirkungen auf die Produktionsstruktur insgesamt und die Entwicklung des fixen Kapitals im besonderen Gegenstand einer materialreichen (z. T. international vergleichenden) empirischen Analyse. Katzenstein führt eine statistische Untersuchung der Entwicklung der Bereiche und Branchen der Volkswirtschaft durch und hebt die großen Entwicklungstrends hervor, die den technischen Fortschritt kennzeichnen. Im Zuge der Untersuchung werden besonders die Systemprobleme des Kapitalismus, die Produktivkraftentwicklung zu Profitzwecken voranzutreiben, herausgearbeitet. Da dies beispielreich und konkret geschieht und zudem in einer leicht verständlichen Sprache geschrieben ist, kann diese Untersuchung als sehr lehrreich bezeichnet werden. Die Funktionsweise der kapitalistischen Produktion, die Widersprüche und Systemprobleme werden nicht — wie heute leider oft — abgehoben theoretisch dargestellt, sondern konkret vom Stoff her entwickelt.

Im dritten Kapitel wird im Anschluß an die gesamtgesellschaftliche Analyse der Produktionsentwicklung die spezifische Problematik der Verwertung des fixen Kapitals untersucht. Katzenstein sieht in dessen zunehmendem Anteil eine *Fixierung* des Kapitals; dieses könne sich der Produktivkraftentwicklung immer unzureichender anpassen; die Schranken der Kapitalverwertung hemmten den technischen Fortschritt. Ein Gegenbeispiel von vielen, das Verwerten von Computern in ADV-Netzen, bleibt dabei jedoch unberücksichtigt. Dieses Kapitel läßt sich in folgendem Widerspruch resümieren: „Einerseits eine nie dagewesene wissenschaftlich-technische Entwicklung mit enormen Möglichkeiten der Freisetzung von gesellschaftlicher Arbeit, andererseits Schranken für den Einsatz der neuen Technik, weil sich die Potenzen der Freisetzung von gesell-

schaftlicher Arbeit nicht in realen Profit umsetzen lassen. Einerseits ein großer Bedarf des Kapitals an neuen Anlagesphären, andererseits die Unmöglichkeit, sie im Rahmen der Kapitalverwertung zu erschließen“ (115).

Dieser Prozeß erzwingt eine weitere Monopolisierung der Märkte, also Zentralisation und Konzentration. Der Spielraum des Kapitals in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen wird zu eng, es stößt überall auf Grenzen. Diese werden jedoch beständig eingerissen und auf höherer Stufenleiter erneut gesetzt. (Vgl. Katzensteins Aufsatz über das Monopolkapital und die Profitrate in den Blättern für deutsche und internationale Politik, 7/1973.) Dem Staat wachsen in diesem konvulsiven Prozeß neue Funktionen zu: er reguliert die Investitionsprozesse (vgl. Katzensteins erstes Buch: Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1967), wälzt die Kapitalvernichtung durch Umverteilung auf die ganze Gesellschaft ab, stellt Akkumulationsmittel für Verkehrswesen, Luftfahrt, Nachrichtenwesen, Elektrotechnik, Kernenergie, Forschung und Entwicklung etc. bereit, er trägt die unprofitablen Kosten, die der Produktionsanwendung der Technik vorangehen, er sichert die infrastrukturellen und ökologischen Bedingungen der Kapitalverwertung und muß für Ausgleich zwischen höchstentwickelten Ballungsräumen und zurückgebliebenen Gebieten sorgen.

Die Rolle des Staates im Rahmen der Systemkonkurrenz und der Kriegsproduktion in ihrer Bedeutung für die wissenschaftlich-technische Umwälzung wird von Katzenstein m. E. unterschätzt. Es wird nur erwähnt (101 f.), nicht jedoch in die Analyse selbst einbezogen, daß Weltraumforschung und Militärtechnik „Rückwirkungen auf die Produktionstechnik“ haben und „neue Möglichkeiten der Profitsteigerung bzw. neue Möglichkeiten der Kapitalanlage schlechthin“ eröffnen. Dabei wird die Schlüsselstellung der Militärforschung und -entwicklung für den gesamten wissenschaftlich-technischen Fortschritt untertrieben. Die Fäulnis des Systems kapitalistischer Produktion zeigt sich ja gerade darin — und das setzt den Widerspruch zugespitzter, als Katzenstein ihn sieht —, daß entscheidende Entwicklungen der Produktivkräfte nur mehr losgelöst vom unmittelbaren Wirken des Profitmechanismus möglich sind, in der auf militärische Bedürfnisse orientierten Produktion, die das System als imperialistisches sichert und keine gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen und keine Kosten scheut. Die Genese der Automation ist nicht anders zu erklären. Hinzu kommt, daß der Staat die Umsetzungsmöglichkeiten der Kriegstechnologie für die Produktion privater Kapitale finanziert.

Katzensteins statistische Analyse schließt Mitte der sechziger Jahre ab, also gerade zu der Zeit einer sprunghaften Weiterentwicklung der technischen Umwälzung und der Automatisierung. So sieht er die technische Revolution und besonders die Automatisierung beschränkt auf die Verfahrenstechnik und Massenproduktion. Aber nach 1965/66 setzte die Automatisierung besonders in den Be-

reichen der Fertigungstechnik, in der Klein- und Mittelserienproduktion ein, wurden zunehmend NC-Maschinen und Prozeßrechner eingesetzt, wurde im Verwaltungsbereich außerordentlich stark auf EDV-Systeme umgestellt etc. Nach 1966 begann sich ferner die Konzentrations- und Zentralisationsbewegung des Kapitals zu beschleunigen; Katzenstein sieht sie jedoch noch als nicht gegebene oder unzureichende Voraussetzung, also als ein starkes Hemmnis: „Der Konzentrationsgrad der Produktion wird zunächst nicht den Erfordernissen der modernen Technik angepaßt, sondern umgekehrt, die Technik wird dem gegebenen Konzentrationsgrad angepaßt“ (94). Die wirkliche wirtschaftliche Entwicklung seit Mitte der sechziger Jahre jedoch unterstreicht Katzensteins Warnung: „Man darf diesen Prozeß (der Schaffung neuen Spielraums für die Bewegung des Kapitals in der Ausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, H. G.) nicht unterschätzen“ (117, vgl. auch 125, 144).

In einem vierten Kapitel wird die widersprüchliche Durchsetzungsweise der technischen Revolution in ihren sozialen Auswirkungen, insbesondere auf die Arbeiterklasse, untersucht. Katzenstein arbeitet allgemein heraus, wie das Zunehmen des fixen Kapitals im Zuge der technischen Revolution zu einer permanent krisenhaften Bewegung des Kapitalismus führt, die dem Staat Regulations- und Planungsfunktionen abverlangt, um den gesamtgesellschaftlichen Produktionsorganismus zu sichern. Es wird drastisch verdeutlicht, welche verheerenden sozialen Folgen die Produktion von Monopolen hat, die überall auf Grenzen stoßen. Doch scheint mir, daß bei dieser Analyse zu viel Gewicht auf die hemmenden, zerstörerischen, sozial niederdrückenden Folgen der technischen Revolution gelegt wird, zuwenig auf die Entwicklungschancen und neu entstehenden Umwälzungsmöglichkeiten auf Grund des enorm gesteigerten Vergesellschaftungsgrades der Produktion.

Dies mag man am Beispiel der Einschätzung der Entwicklung der Qualifikationsstruktur und des Bildungswesens sehen. Katzenstein geht zwar in historischer Perspektive von einer allgemeinen Anhebung des Qualifikationsniveaus der Arbeiterklasse aus, doch steht diese Einschätzung unvermittelt neben (unbelegten) Feststellungen über eine Dequalifizierung und Polarisierung des Qualifikationsniveaus, über eine Tendenz der Zunahme von Angelernten zuungunsten der gelernten Arbeitskräfte (wie dies schon Kern und Schumann in der RKW-Studie sagten). Ebenso steht die Einschätzung, daß im Zuge der technischen Revolution ein sehr viel höherer Bildungsgrad der Arbeitenden nötig werde, unvermittelt und unbelegt neben der Einschätzung, das Kapital wolle diese Bildung verhindern (142, 143). Diese Einschätzungen sind durch die wirkliche Entwicklung bereits überholt, zumindest sehr in Frage gestellt (vgl. Bildungspolitik vom Standpunkt des Kapitals von der Projektgruppe Automation und Qualifikation, in *Das Argument* 80, S. 13—54).

**Ästhetik  
und Kommunikation  
Beiträge  
zur politischen Erziehung**

18

**Mexikanische Wandmalerei  
Siqueiros  
Medienkritik  
Politökonomie des Ausbildungs-  
sektors  
„Linke“ Hochschulintelligenz  
Hegels Aktualität**

O. Münzberg: Siqueiros — ein revolutionärer Künstler und Sozialrevolutionär

I. Modelmog/F. Dröge: Kommunikation und gesellschaftliche Wirklichkeit

S. Müller-Doohm: Medienanalyse zwischen Systemimmanenz und Ökonomismus — Zu Horst Holzgers Medientheorie

J. Gröll: Grenzen der Qualifikationsbestimmung

P. Rech: Zum Widerspruch zwischen ‚intelligenter‘ und ‚gesellschaftlicher‘ Kreativität

C. v. Braunmühl/J. Hirsch: Am Ende der Hochschulreform

Sammelrezension zu neueren Hegelbüchern: H. Reinicke/G. Marramao

5. Jahrgang, Dezember 1974, Heft 4

Erscheint jährlich in vier Heften. — Doppelheft 10,— DM, im Jahresabo 8,50 DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Scriptor Verlag, 6242 Kronberg/Ts., Schreyerstr. 2; Red.: 1 Berlin 46, Zietenstr. 32 G, Tel.: 030 / 7 73 38 90

**MARXISTISCHE  
BLÄTTER**

**ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME  
DER GESELLSCHAFT, WIRT-  
SCHAFT UND POLITIK**

1'75

**Wirtschaftliche Entwicklungen im  
Kapitalismus  
Kampf gegen Abwälzung der Kri-  
senlasten**

J. Kuczynski: 150 Jahre zyklische Überproduktionskrisen

B. Güther: Staatsmonopolistisches Instrumentarium und wirtschaftliche Entwicklung

T. Müller: Multinationale Konzerne gegen nationale Interessen

J. Schleifstein/K. Steinhaus: Auswirkungen der Energiekrise in der BRD

Kapluck/Cieslak/Blum/Schubert: Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung

G. Huber/P. Sydow: Stabiles Wirtschaftswachstum und ökonomische Integration der RGW-Länder

R. Eckert/A. Seiderer: „Strukturelle Revolution“ — neue Strategie?

J. Reusch: Die nationale Frage in der BRD heute und die Politik der Pekinger Führer

R. Albrecht: Anmerkungen zur Konzeption der „modernen deutschen Sozialgeschichte“

H. Jung: Investitionslenkung und -kontrolle

13. Jahrgang, Januar 1975, Heft 1

Erscheint alle zwei Monate. — Einzelpreis 4,— DM. Auch im Abo erhältlich. Bestellungen über Buchhandel oder Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt/M. 50, Heddernheimer Landstr. 78a

# Blätter für deutsche und internationale Politik

12 '74

## *Kommentare und Berichte*

G. Stuby: Zur Entscheidung der SPD-Schiedskommission gegen die Jungsozialisten; M. Hall: Fords erste hundert Tage und die November-Wahlen; D. Boris: Internationales Erdöl- und Rohstoffseminar in Bagdad

## *Hauptaufsätze*

P. Neuhöffer: Die Rechtsgefahr und die Notwendigkeit einer demokratischen Offensive (Anhang: Zwischenbilanz des neuen McCarthyismus in der Bundesrepublik — Dokumentation); J. Huffschmidt: Zur herrschenden wissenschaftl. und polit. Krisendiskussion in der BRD; J. Kuczynski: Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht; W. Jens: Phantasie und gesellschaftliche Verantwortung. Zur literarischen Situation in der BRD; A. Sohn-Rethel/E. Berliner: Zum Artikel von E. Berliner: Das monopol-kapitalistische Problem der Massenbasis, die „Deutschen Führerbriefe“ und Alfred Sohn-Rethel

## *Medienkritik*

G. Giesenfeld: Die Welt-Öffentlichkeit des Dokumentarfilms

19. Jahrgang, Dezember 1974, Heft 12

1 '75

## *Kommentare und Berichte*

M. Hall: Rockefellers neue Rolle; G. Herde: Zur anhaltenden Förderung der Vertriebsverbände aus Steuermitteln

## *Hauptaufsätze*

G. Matthiessen: Die Krise des Westens und die Perspektiven der Entspannungspolitik 1975; J. Goldberg/D. Halfmann (Vorspann); Konjunkturzyklus und Arbeitslosigkeit; S. Ibrahim/O. Hartung: Zur Aktualisierung der Palästinafrage; D. Albers: Abriß der sozialen und politischen Entwicklung in Italien 1971 bis 1974; G. Schefer: Streiflichter aus der Geschichte der politischen Verfolgungen (Untertitel): Das Beispiel Vormärz

## *Bücher*

R. Kühnl: Zur Lage der Geschichtswissenschaft in der BRD. Ein Literaturbericht

## *Wirtschaftsinformation*

J. Goldberg: Wirtschafts- und sozialstatistische Daten; G. Kade: Aus dem Alltag der Marktwirtschaft

20. Jahrgang, Januar 1975, Heft 1

Herausgeber: Hilde Bentele †, Wilfried Frhr. v. Bredow, Gerhard Gollwitzer †, Urs Jaeggli, Gerhard Kade, Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschnig, Hans Rheinfelder †, Helmut Ridder, Robert Scholl †, Fritz Strassmann, Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen, Ernst Wolf †. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,— DM; im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten, Schüler, Wehr- und Ersatzdienstleistende 3,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115

# DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

---

10/11 '74

## **Zum IV. Philosophie-Kongreß der DDR**

### **Objektive Gesetzmäßigkeit und bewußtes Handeln in der sozialistischen Gesellschaft**

H. Kletsch u. H. Opitz: Die marxistisch-leninistische Theorie und die neue Qualität des geschichtlichen Handelns der Werktätigen im Sozialismus

G. Bartsch: Gesellschaftliche Gesamtentwicklung und spezifische Entwicklungsgesetze

H. Hörz: Objektive gesellschaftliche Gesetze und Subjekt-Objekt-Dialektik

Ch. Zak: Über die Objektivität der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten im Sozialismus

G. Koch: Charakter und Wirkungsweise der gesellschaftlichen Gesetze im Sozialismus

H. Schliwa u. M. Wockenfuß: Die materielle Reife der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der schöpferische Charakter der Ausnutzung der gesellschaftlichen Gesetze

A. Kahsnitz u. Ch. Neumann: Sozialistisches Bewußtsein und Beherrschung gesellschaftlicher Entwicklungsgesetze

H. Edeling u. H. Kulow: Wissenschaftlich-technische Revolution und Entwicklung der Arbeiterpersönlichkeit im Sozialismus

G. Stiehler: Objektive Gesetzmäßigkeit und Freiheit des Handelns

H. Steininger: Über Freiheit und Verantwortung

G. Bohring u. R. Mocek: Die Wissenschaft im System gesellschaftlicher Werte

E. Maier, G. Stöder u. H. Zschiedrich: Sozialistische Ökonomische Integration — Gesellschaft — Gesetze

H. Maier: Grundlegendes Produktionsverhältnis und Erforschung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus

R. Rosenfeld u. K.-F. Wessel: Objektive Gesetzmäßigkeit aus der Sicht des Verhältnisses von Philosophie und Psychologie

H. Ley: Differenz von Gesetz und Regel unter einzelwissenschaftlichem und methodologischem Aspekt

G. Richter: Zur positivistischen Konzeption des Gesetzes

G. Berger: Die anthropologische Frage in der bürgerlichen Philosophie der Gegenwart

22. Jahrgang, November 1974, Heft 10/11

---

Erscheint monatlich. — Einzelheft 6,— DM, Jahresabo 72,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Buchexport, DDR 701 Leipzig, Leninstr. 16

# MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge  
aus marxistischen  
und antimperialistischen  
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

# NEUES FORUM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT  
ENGAGIERTER CHRISTEN  
UND SOZIALISTEN

20

## Theorie und Praxis sozialdemo- kratischer Parteien

W. G. Wassin: Die gegenwärtige  
Lage der Sozialdemokratie

D. Priscott: Die Kommunistische  
Partei und die Labour Party

L. Voronkov: Theorie und Praxis  
der schwedischen Sozialdemokra-  
tie

K. Kvist/G. Agren: Die schwedi-  
sche Sozialdemokratie an der  
Schwelle der 70er Jahre

V. F. Kolomijcev: Vom Dialog zur  
Partnerschaft. Die Entwicklung  
der Politik der sozialistischen  
Partei Frankreichs

P. Joye: Zu Fragen der Ideologie-  
bildung in der Belgischen Sozia-  
listischen Partei

P. Ingrao/G. Chiaromonte/G. Na-  
politano/E. Berlinguer: Die Sozia-  
listische Partei Italiens (PSI) —  
Anmerkungen zu den Thesen des  
39. Parteitages

E. Wimmer: „Moderner“ Bour-  
geois-Sozialismus (SPÖ)

D. Putensen: Einige Tendenzen in  
der Entwicklung der finnischen  
Sozialdemokratie zu Beginn der  
70er Jahre

5. Jahrgang, Oktober-Dezember 1974,  
Heft 4

Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft  
5,— DM, im Jahresabo für Studenten,  
Lehrlinge, Wehr- und Ersatzdienstlei-  
stende 4,— DM (nur über IMSF). —  
Bestellungen über Buchhandel oder  
Institut für Marxistische Studien und  
Forschungen (IMSF), 6 Frankfurt/M. 1,  
Liebigstr. 6

252

F. Geyrhofer: Das große Weinen

P. Brückner: Terror schadet. Die  
Linken sollen sich nicht umbringen

A. Krims: Mit Gott gegen Kreisky.  
Zum österreichischen Katholiken-  
tag 1974

B. Liebermann: Die neuen Osma-  
nen. Türkei zwischen populistischer  
Reform und subimperialistischer  
Militärdiktatur

G. Wenzel: Die Schwarze Spur.  
Anschläge der Neofaschisten

Dokumentation: CIA total

M. Padovani: KP hilf! Wie Ita-  
liens KP durch einen historischen  
Kompromiß das Land vor dem  
Faschismus rettet

G. Scabia: Das große Theater des  
Pferdes Markus

I. Hanl: Der Wundervogel fliegt.  
Animazione: Das Publikum selbst  
ist das Theater

S. Keller: Luftschlösser der Päd-  
agogik. Warum die Schulreformen  
scheitern müssen

H. Pataki: Der Erzieher als Un-  
ternehmer. Makarenkos pädagogi-  
sches Poem

21. Jahrgang, Dezember 1974, Heft 12

Erscheint in 12 Heften im Jahr, z. T. in  
Doppelheften. — Einzelheft 5,— DM,  
35 öS; im Jahresabo 3,60 DM, 25 öS,  
für Studenten 2,50 DM, 17,50 öS. — Be-  
stellungen über Buchhandel und  
Neues Forum, A 1070 Wien, Museum-  
str. 5

# PROBLEME DES KLASSEN- KAMPFS

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

---

16

G. Armanski: Staatliche Lohnarbeiter im Kapitalismus

T. Graf/M. Steglitz: Homosexuellenunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft

W. Schoeller/W. Semmler/J. Hoffmann/E. Altvater: Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (II)

B. v. Greiff/H. Herkommer: Die Abbildtheorie und „Das Argument“

Bedingungen sozialistischer Solidarität

4. Jahrgang, Dezember 1974, Heft 5

---

Erscheint jährlich in sechs Heften, die in der Regel in zwei Einfach- und zwei Doppelheften ausgeliefert werden. — Einfachheft 7,— DM, Doppelheft 10,— DM, Jahresabo 31,— DM. — Bestellungen über Buchläden und Politläden Erlangen, 852 Erlangen, Postfach 2849

# vorgänge

Zeitschrift für Gesellschaftspolitik

---

11

**Marktwirtschaft in der Krise**

J. Steffen: Krisenmanagement oder Politik?

K. G. Zinn: Gesellschaftliche Planung in der Epoche der multinationalen Konzerne

A. Horné: Leistung und Versagen der Marktwirtschaft

H. Hinz: Inflation — Machtinstrument im nationalen und internationalen Verteilungskampf

G. v. Eyern: Lehren aus dem Herstatt-Skandal

U. E. Simonis: Qualitatives Wachstum, Anspruch und Wirksamkeit

13. Jahrgang, Oktober 1974, Heft 5

---

12

**Rechtsreformen in der Bundesrepublik**

R. Wassermann: Verlorene Rechtsreform?

T. Rasehorn: Justiz — Reform — Gesellschaft

J. Seifert: ... es kommt darauf an, das Grundgesetz zu schonen

P. Conradi: Bodenrecht im Wandel

C. Maack: Die problematische Institution Familie

H. H. Heldmann: Jugendschutzrecht — Legende und Wirklichkeit

13. Jahrgang, Dezember 1974, Heft 6

---

Erscheint alle zwei Monate. — Einzelheft: DM 10,— + DM 1,— Versandkosten, Abonnement: DM 38,— + DM 6,— Versandkosten. — Bestellungen über Buchhandlungen und Beltz Verlag, Postfach 167

<i>Althusser, Louis, u. Etienne Balibar: Das Kapital lesen</i> (U. Müller) . . . . .	85
<i>Rot, Mike: Kernstruktur unserer kapitalistischen Gesellschaft</i> (N. Rätzzel) . . . . .	93
<i>Oberlercher, Reinhold: Zur Didaktik der politischen Ökonomie</i> (N. Rätzzel) . . . . .	95

### **Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Zmegac, Viktor, u. Skreb Zdenko (Hrsg.): Zur Kritik literaturwissenschaftlicher Methodologie</i> (K. H. Götze) . . . . .	97
<i>Gaede, Friedrich: Realismus von Brant bis Brecht</i> (H. Korte) . . . . .	100
<i>Bleibtreu, Carl: Revolution der Literatur</i> (W. Beutin) . . . . .	101
<i>Mehring, Franz: Anfänge der materialistischen Literaturbetrachtung in Deutschland</i> (W. Beutin) . . . . .	103
<i>Scheck, Frank Rainer (Hrsg.): Erobert die Literatur! Proletarisch-revolutionäre Literaturtheorie und -debatte in der Linkskurve 1929—1932</i> (U. Naumann) . . . . .	104
<i>Vondung, Klaus: Völkisch-nationale und nationalsozialistische Literaturtheorie</i> (R. Leusing) . . . . .	105
<i>Urban, Bernd (Hrsg.): Psychoanalyse und Literaturwissenschaft</i> (W. Beutin) . . . . .	107
<i>Matt, Peter von: Literaturwissenschaft und Psychoanalyse</i> (W. Beutin) . . . . .	108
<i>Köhler, Erich: Der literarische Zufall, das Mögliche und die Notwendigkeit</i> (H.-M. Lohmann) . . . . .	110

### **Soziologie**

<i>Dahrendorf, Ralf: Konflikt und Freiheit</i> (U. Jaeggi) . . . . .	112
<i>Luther, Henning: Kommunikation und Gewalt. Überlegungen zu einer Theorie der Politästhetik</i> (M. Bosch) . . . . .	114
<i>Treiber, Hubert: Wie man Soldaten macht</i> (Th. Berger) . . . . .	115
<i>Richter, Jörg (Hrsg.): Die vertrimmte Nation oder Sport in rechter Gesellschaft</i> (P. Blanke) . . . . .	117
<i>Opaschowski, Horst W. (Hrsg.): Freizeitpädagogik in der Leistungsgesellschaft</i> (H.-J. Fuhs) . . . . .	117
<i>Schmitz-Scherzer, Reinhard (Hrsg.): Freizeit</i> (H.-J. Fuhs) . . . . .	119
<i>Schon, Donald A.: Die lernende Gesellschaft</i> (W. Lumb) . . . . .	120
<i>Urban, George R.: Können wir unsere Zukunft überleben?</i> (M. Bosch) . . . . .	123

### **Psychologie**

<i>Bruder, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Kritik der bürgerlichen Psychologie</i> (B. Wilhelmer) . . . . .	125
<i>Mitscherlich, Alexander (Hrsg.): Bis hierher und nicht weiter. Ist die menschliche Aggression unbefriedbar?</i> (E. Ruebsam) . . . . .	127

<i>Moser, Tilman: Lehrjahre auf der Couch. Bruchstücke meiner Psychoanalyse (E. Jaeggi)</i> . . . . .	129
<i>Richert, Horst-Eberhard: Die Gruppe (E. Wulff)</i> . . . . .	9

## Geschichte

<i>Böhme, Helmut: Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848—1881 (R. Spree)</i> . . . . .	132
<i>Büssem, Eberhard, u. Michael Neher (Hrsg.): Neuzeit 3 (1871 bis 1914). Die imperiale Expansion (A. Decker)</i> . . . . .	133
<i>Ruge, Wolfgang: Hindenburg (J. Flemming)</i> . . . . .	135
<i>Hahlweg, Werner (Hrsg.): Der Friede von Beest-Litowsk (H. Haumann)</i> . . . . .	137
<i>Krüger, Peter: Deutschland und die Reparationen 1918/1919 (H. Krause)</i> . . . . .	140
<i>Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des 1. Weltkrieges (G. Fülberth)</i> . . . . .	142
<i>Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919—1923 (J. Harrer)</i> . . . . .	145
<i>Lucas, Erhard: Märzrevolution 1920 (K. Theweleit)</i> . . . . .	147
<i>Balzer, F.-Martin: Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten (G. Fülberth)</i> . . . . .	150
<i>Perels, Joachim: Kapitalismus und politische Demokratie. Privatrechtssystem und Gesellschaftsstruktur in der Weimarer Republik (G. Bruche)</i> . . . . .	153
<i>Winkler, Heinrich-August: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kelnhandel in der Weimarer Republik (A. Lüdtkke)</i> . . . . .	154
<i>Kühr, Herbert: Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik (K. Flessenkemper)</i> . . . . .	158
<i>Plum, Günter: Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928—1933 (K. Wernecke)</i> . . . . .	160

## Soziale Bewegung und Politik

<i>Duverger, Maurice: Demokratie im technischen Zeitalter (R. Körner)</i> . . . . .	162
<i>Gantzel, Klaus Jürgen (Hrsg.): Internationale Beziehungen als System (R. Körner)</i> . . . . .	164
<i>Ronge, Volker, u. Günter Schmieg: Restriktionen politischer Planung (H. Weissenbach)</i> . . . . .	165
<i>Kaltefleiter, Werner: Die Funktion des Staatsoberhauptes in der parlamentarischen Demokratie (R. Kühnl)</i> . . . . .	167
<i>Emenlauer, Rainer, u. a.: Die Kommune in der Staatsorganisation (G. Bruche)</i> . . . . .	168